

Die soziale Integration der Sondersiedler in Westsibirien, 1945  
bis Mitte der 1950er Jahre

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades  
eines Doctor philosophiae (Dr. phil.)

vorgelegt dem Rat der Philosophischen Fakultät  
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

von 10. November 2020

Olga Filippenko  
geboren am 07. Oktober 1993 in Berdsk (Russland)

**Gutachter:**

1. Erstgutachter: Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller
2. Zweitgutachter: Prof. Dr. Joachim von Puttkamer
3. Vorsitzende: Prof. Dr. Andrea Meyer-Fraatz

Tag der mündlichen Prüfung: 10. März 2021

Dissertation, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2021

## **Inhalt**

<b>Einleitung .....</b>	<b>6</b>
1. Eine kurze Beschreibung des Sondersiedlungssystems der 1940er bis 1950er Jahre. Zum Problem der Integration der Sondersiedler.....	6
2. Zur territorialen und chronologischen Eingrenzung des Gegenstands .....	11
3. Zum Forschungsstand.....	15
4. Fragestellung und methodologische Vorgehen.....	32
5. Quellenbasis und Aufbau der Arbeit .....	42
<b>I. Die soziale Integration durch den Beruf: Fachkräfte, Facharbeiter und Parteimitglieder in Sondersiedlungen.....</b>	<b>46</b>
1. Arbeitsvermittlung von Fachkräften und Facharbeitern .....	49
1.1. Sowjetdeutsche.....	49
1.2. Kalmücken .....	58
1.3. Andere Kategorien der Sondersiedler .....	63
2. Der Einfluss der repressiven Kampagnen von den späten 1940er bis frühen 1950er Jahren auf den beruflichen Status der Sondersiedler.....	73
3. Parteimitglieder unter den Bedingungen der Sondersiedlung .....	89
3.1. Ehemalige Führungskräfte des sowjetischen Parteiensystems .....	89
3.2. Gewöhnliche Parteimitglieder .....	99
<b>II. Die soziale Integration durch Fach- und Hochschulbildung .....</b>	<b>106</b>
1. Die Erreichbarkeit der Fach- und Hochschulbildung.....	110
1.1. Barrieren auf dem Weg der Sondersiedler zur Immatrikulation .....	110
1.2. Der durchschnittliche Typ der ausgebildeten oder studierenden Sondersiedler .....	118
2. Die Effektivität der Fach- und Hochschulbildung .....	125
2.1. Die Diskriminierung der Sondersiedler innerhalb der Bildungseinrichtungen .....	125
2.2. Der Verlauf des Integrationsprozesses .....	129

<b>III. Die soziale Integration als Akzeptanz von gesetzlich festgelegten Regeln:</b>	
<b>Das Problem der Fluchten aus den Sondersiedlungen.....</b>	<b>139</b>
1. Die Fluchten Sondersiedler: Ziele, Mittel, Sanktionen .....	144
1.1. Unerlaubte Abwesenheiten .....	144
1.2. Unerlaubte Umsiedlungen .....	151
1.3. Absichtliche Fluchten.....	156
1.4. Anzahl der Fluchten und Festnahmen .....	173
2. Fluchten und Aufsichtssystem: Die Spezifik der unterschiedlichen Sonderkontingente.....	180
2.1. Fluchtaktivität unterschiedlicher Sonderkontingente: Ausmaß und Gründe .....	181
2.2. Besonderheiten des Systems zum Kampf gegen Fluchten.....	190
<b>IV. Die soziale Integration als Akzeptanz der politischen Normen: Die Teilnahme der Sondersiedler an ideologischen Kampagnen .....</b>	<b>204</b>
1. Die Sondersiedler bei den Wahlen 1946–1947.....	206
1.1. Die Aktivität der Sondersiedler während der Wahlkampagne .....	212
1.2. Die Wahlverweigerung.....	219
2. Die Protestreaktion der Sondersiedler auf den Tod Stalins.....	230
2.1. Die Merkmale der protestierenden Sondersiedler.....	236
2.2. Die Formen des Protestverhaltens und die Reaktion der Behörden .....	239
<b>V. Beseitigung des Sondersiedlungssystems .....</b>	<b>256</b>
1. Der Verlauf der Freilassungskampagne .....	258
2. Das Ausmaß der Migration der Sondersiedler nach ihrer Abmeldung.....	276
<b>Schluss .....</b>	<b>285</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>297</b>

<b>Quellen- und Literaturverzeichnis.....</b>	<b>298</b>
1. Archivalen.....	298
2. Dokumentensammlungen und Quelleneditionen.....	300
3. Tagebücher, Memoiren und zeitgenössische Literatur.....	301
4. Nachschlagewerke.....	302
5. Wissenschaftliche Literatur .....	302
<b>Ehrenwörtliche Erklärung .....</b>	<b>323</b>

## **Einleitung**

### **1. Eine kurze Beschreibung des Sondersiedlungssystems der 1940er bis 1950er Jahre. Zum Problem der Integration der Sondersiedler**

Die Verwirklichung einer kommunistischen Utopie erforderte von der sowjetischen Führung die Schaffung eines „neuen sowjetischen Menschen“: eines den sozialistischen Idealen, der Partei und dem Land getreuen fleißigen Arbeiters. In der sowjetischen Gesellschaft wohnten jedoch Personen, die nach Meinung des Regimes nicht in das Konzept des neuen Menschentyps passten und daher von der sowjetischen Führung als potentielle Bedrohung wahrgenommen wurden. Einige waren zu patriarchalisch und religiös, andere stammten aus der kommunistischen Gesellschaft als „fremd“ stigmatisierten sozialen Schichten, dritte hatten zu enge kulturelle Verbindungen mit dem kapitalistischen Westen, wiederum andere lehnten die sowjetische Macht ab und unterstützten diejenigen, die gegen sie mit der Waffe in der Hand vorgingen, und schließlich gab es jene, die keine nützliche Arbeit leisten wollten. Die Situation wurde aus Sicht des Regimes durch die Tatsache verschärft, dass diese „nutzlosen“ Elemente der sowjetischen Gesellschaft oft an der Grenze oder in strategisch wichtigen Regionen der Sowjetunion lebten. Infolgedessen stand das Regime vor der Frage: Wie kann dieses „Hindernis“ auf dem Weg des Landes zum Kommunismus beseitigt werden? Da das System der Arbeitslager kaum in der Lage gewesen wäre, so viele Bevölkerungsgruppen aufzunehmen, wandten sich die Behörden einer anderen repressiven Praxis zu – dem Sondersiedlungssystem.

Die Institution der Sondersiedlungen entstand in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren, als eine große Anzahl von Bauern, die vom stalinistischen Regime als „Kulaken“ stigmatisiert wurden, im Rahmen einer erzwungenen Kollektivierung und „Entkulakisierung“ in besondere Siedlungen in abgelegenen Regionen der Sowjetunion überführt wurden. Im Laufe der Zeit entwickelte sich diese Institution, wodurch die Sondersiedlungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre

nur äußerlich wie ihre Vorgänger aussahen. Es lassen sich drei Schlüsselmerkmale hervorheben, die das Sondersiedlungssystem der 1940er bis 1950er Jahre von seiner ursprünglichen Version unterschieden.

1. Die dominierende Gruppe, die in den 1930er Jahren in die Sondersiedlungen verschickt wurde, waren die „entkulakisierten“ Bauern. Bereits zu diesem Zeitpunkt begann sich jedoch die Zusammensetzung der Deportierten allmählich zu erweitern und immer mehr Gruppen gerieten in die Verbannung, darunter beispielsweise Deutsche und Polen, die während der Operation zur Säuberung der Grenzen 1936 ausgesiedelt wurden, oder die 1937 deportierten Koreaner. Gerade in der Kriegs- und Nachkriegszeit wurde die Zusammensetzung der Sondersiedler aufgrund der zahlreichen vom Regime durchgeführten Deportationskampagnen sehr vielfältig. Es lassen sich drei Gruppen definieren<sup>1</sup>: ethnische Deportationen (Völker, die von einer „totalen“ Deportation betroffen waren<sup>2</sup>), sozialpolitische Deportationen („OUN-Angehörige“,<sup>3</sup> „Ukazniki“,<sup>4</sup> „Angehörige der Wlassow-Armee“<sup>5</sup> usw.) und konfessionelle Deportationen („Wahre Orthodoxe Chris-

---

<sup>1</sup> Für eine vollständigere, detailliertere und genauere Klassifizierung: Vgl. Poljan, Pavel: *Ne po svoej vole... Istorija i geografija prinuditel'nych migracij v SSSR*, Moskau: Memorial, 2001, S. 46–50.

<sup>2</sup> Im Rahmen der „totalen“ Deportationen wurden alle Vertreter bestimmter Völker vollständig zwangsumgesiedelt, unabhängig davon, ob sie in ihrer historischen Heimat oder in anderen Teilen des Landes lebten. Sie betrafen auch Personen, die zur Armee eingezogen wurden. Darüber hinaus ging mit der Verbannung gegebenenfalls die Abschaffung der nationalen Autonomien einher. Diese repressive Maßnahme wurde gegen zehn Völker angewendet: Deutsche, Kalmücken, Karatschais, Ingusch, Tschetschenen, Balkare, Krimtataren (mit Beseitigung der Autonomie) sowie Finnen, Koreaner und meschetische Türken.

<sup>3</sup> Als „OUN-Angehörige“ (rus. *ounovcy*) galten Familienangehörige der Mitglieder der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN) und anderer Rebellenbewegungen. Die Deportation dieser Bevölkerungskategorie begann im April 1944 und dauerte bis in die frühen 1950er Jahre.

<sup>4</sup> Unter „Ukazniki“ wurden Personen verstanden, die aufgrund des Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 2. Juni 1948 „Über die Aussiedlung in entfernte Gebiete von Personen, die sich in böser Absicht der Arbeit in der Landwirtschaft entziehen und ein antisowjetisches, parasitäres Leben führen“ deportiert wurden. In der Regel wurden die Kollektivbauern, die nicht das obligatorische Minimum der Arbeitstage erfüllten, für acht Jahre ausgesiedelt.

<sup>5</sup> „Angehörige der Wlassow-Armee“ (rus. *vlasovcy*) ist ein ungenauer Name für eine Reihe von Bevölkerungskategorien. Zu diesem Sonderkontingent gehören nicht nur

ten“,<sup>6</sup> „Zeugen Jehovas“<sup>7</sup> usw.). Diese repressiven Kampagnen unterschieden sich nicht nur durch das Jahr ihrer Durchführung und die Grundsätze, nach denen die verbannten Personen ausgewählt wurden. Ihnen lagen auch unterschiedliche rechtliche Regelungen zugrunde. So wurden die „totalen“ Deportationen auf Grundlage von Verordnungen der Regierung durchgeführt, während die Entscheidungen über die Zwangsaussiedlung der „Ukazniki“ von Kolchosomeversammlungen getroffen und von Bezirksexekutivkomitees genehmigt wurden. Außerdem gab es befristete und unbefristete, individuelle und familiäre Deportationskampagnen. Auf diese Weise waren die Sondersiedlungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre ein komplexes soziales System, dem Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, sozialer Schichten, Konfessionen und sprachlicher Gruppen angehörten, die zu unterschiedlichen Zeiten, aus unterschiedlichen Gründen und für unterschiedliche Zeiträume verbannt wurden.

2. In den 1930er Jahren wurden die Bauern meistens in besondere Siedlungen eines Gulags verschickt, die sich in unbewohnten oder dünn besiedelten Regionen des Landes befanden. Dies bedeutete die Isolation der ersten Sondersiedler von dem sonstigen Umfeld. Einige der Deportierten wurden jedoch bereits damals aktiv im Industrie- und Verkehrssektor der Wirtschaft eingesetzt, wodurch die Sondersiedler aktiver mit dem Rest der sowjetischen Gesellschaft

---

Soldaten der Russischen Befreiungsarmee, sondern auch Angehörige des XV. SS-Kosaken-Kavallerie-Korps, Russischen Schutzkorps Serbien, Freiwillige des SS-Sonderregiments „Warager“ usw. Nach der Verordnung № 3141-950 cc des SNK wurde ein Teil dieser Militärformierungen nach der Filtration für einen Zeitraum von sechs Jahren in die Sondersiedlungen geschickt. In Sibirien kamen „Angehörige der Wlassow-Armee“ ohne ihre Familienangehörigen an, aber sie verfügten über das Recht, später die Genehmigung für den Nachzug der Familie zu bekommen. Tatsächlich wurde dies durch schlechte Wohnbedingungen erschwert. Vgl. Ablažej, Natal’ja / Natal’ja Markdorf: Vlasovcy na specposelenie v SSSR, in: Natal’ja Ablažej / Alan Bljum (Hrsg.), Migracionnyje posledstvija Vtoroj Mirovoj Vojny: Deportacii v SSSR i stranach Vostočnoj Evropy, 3 Bde., Novosibirsk: Nauka, 2013, Bd. 2, S. 133.

<sup>6</sup> „Wahre Orthodoxe Christen“ (rus. istinno-pravoslavnye christiane oder IPCH) sind die Angehörigen der gleichnamigen religiösen Sekte, die 1944 aus den Gebieten Rjazan’, Orel und Voronež verschickt wurden.

<sup>7</sup> Die Deportation der Zeugen Jehovas und ihrer Familienangehörigen wurde im April 1951 im Rahmen der Operation „Nord“ durchgeführt.



kommunizieren konnten. Während des Krieges gaben die Behörden die Praxis der Schaffung separater Siedlungen für neu ankommende Sonderkontingente fast vollständig auf. Die neuen Sondersiedler wurden unter die lokale Bevölkerung verteilt, wie die Menschen, die während des Krieges aus zentralen Regionen der UdSSR ins Hinterland evakuiert wurden. Folglich sollte eine Sondersiedlung nicht als besondere Siedlung mit einem darin festgelegten Sonderregime interpretiert werden. Unter dem Begriff wird stattdessen das System der Ansiedlung von Deportierten in bestimmten Territorien mit der nachfolgenden Kontrolle über sie und einer Reihe von wesentlichen Beschränkungen ihrer Rechte verstanden.

3. Die Sondersiedlungen der 1930er Jahre waren ein Teil des Systems Gulag. Es hatte die administrative Aufsicht über die deportierten Bauern, ihre Arbeitsvermittlung sowie Unterkunft (Verordnungen des SNK der UdSSR vom 1. Juli 1931, vom 16. August 1931, vom 20. April 1933, vom 21. August 1933). Allerdings wurde am 28. August 1941 die Abteilung für Sondersiedlungen (OSP) innerhalb des NKVD gegründet, wodurch die Deportierten der Kontrolle des Gulags entzogen wurden (am 14. November 1942 wurde diese Abteilung abgeschafft, aber bereits am 17. März 1944 neu eingeführt). Folglich waren die Sondersiedler einerseits kein Teil des Systems Gulag, sie wurden nicht von der Gesellschaft isoliert und nicht aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben ausgeschlossen. Andererseits waren sie jedoch einer Reihe von Beschränkungen unterworfen<sup>8</sup>.

Auf diese Weise erlaubte die Institution der Sondersiedlungen dem Regime, strategisch wichtige Regionen von „potenziell gefährlichen“ Elementen zu säubern, ohne sie aus dem Wirtschaftsleben zu streichen<sup>9</sup>. An den Orten der An-

---

<sup>8</sup> Mehr zum rechtlichen Status der Sondersiedler: Vgl. Šadt, Aleksandr: *Pravovoj status rossijskich nemcev v SSSR (1940-e – 1950-e gg.)*, in: *Nemcy SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny i v pervoe poslevoennoe desjatiletie, 1941–1955 gg.: materialy 7-i meždunarodnoj naučnoj konferencii*, Moskau: Gotika, 2001, S. 287–312.

<sup>9</sup> Über das Vorhandensein einer ähnlichen Logik in den Handlungen des stalinistischen Regimes bei der Durchführung der Deportation sagt die Amerikanerin Anne Applebaum, die das System Gulag erforschte: „Mit dieser Operation beseitigte er [Stalin] das, was er „feindliche“ gesellschaftliche Strukturen ansah: bürgerliche, religiöse und natio-

siedlung der Sondersiedler trat jedoch ein neues Problem auf. Einerseits konnte das Regime nicht zulassen, dass diese der kommunistischen Gesellschaft „fremden“ Gruppen ihren „zersetzenden“ Einfluss auf die Sowjetbürger ausübten, was aus der Sicht des Regimes unter den Bedingungen eines dispergierenden Ansiedlungssystems sehr wahrscheinlich war. Daher mussten die Grenzen dessen, was den Sondersiedlern gestattet war, klar markiert werden. Damit aber andererseits die Deportierten effektiv zum Wohl des Landes arbeiten konnten, musste das Regime ihnen Zugang zur Gesellschaft verschaffen, anders gesagt, sie integrieren.

Die Fragen, wie das Regime diese ambivalente Aufgabe löste, d. h., die Sondersiedler integrierte, während es sie weiterhin als potenziell gefährliche Gruppe betrachtete, und welche Versuche die Deportierten unternahmen, um sich erfolgreich zu integrieren, sind der Gegenstand dieser Dissertation. Die vorliegende Forschung wirft damit das Problem der Interaktion zwischen dem stalinistischen Regime und den „unzuverlässigen“ Elementen der Gesellschaft auf und erlaubt, das gesamte Spektrum der Praktiken, mit denen die Behörden diese Beziehungen aufbauten, und die Reaktionen der Mitglieder der Gesellschaft auf sie besser zu identifizieren.

---

nale Institutionen, die seinen Plänen im Wege standen, sowie gebildete Menschen, die sich gegen ihn auflehnen konnten. Zugleich aber bewahrte er „Arbeitseinheiten“, die ihm in Zukunft nützlich sein konnten“. Applebaum, Anne: *Der Gulag*, Berlin: Siedler, 2004, S. 456.

## 2. Zur territorialen und chronologischen Eingrenzung des Gegenstands

Die vorliegende Dissertation betrachtet drei westsibirische Gebiete: Novosibirsk, Tomsk und Kemerovo. Diese Regionen entstanden infolge der Trennung der Gebiete Kemerovo und Tomsk von der Region Novosibirsk in den Jahren 1943 bzw. 1944. Diese Territorien werden aus drei Gründen untersucht. Erstens wurden in diesen Regionen die meisten Deportierten untergebracht: Am 1. Januar 1949 wohnten 153.674 Sondersiedler im Gebiet Kemerovo, 92.041 in dem Gebiet Novosibirsk und 67.148 in dem Gebiet Tomsk. Dies entsprach 13,6 % der Gesamtzahl der Deportierten in der UdSSR (2.300.223 Pers.) und 27,5 % ihrer Zahl in der RSFSR (1.137.223 Pers.).<sup>10</sup> Dies ermöglicht, aus den Materialien dieser drei Gebiete repräsentative Schlussfolgerungen zu ziehen.

Zweitens wohnten Vertreter aller drei im vorigen Abschnitt erwähnten Sondersiedlerkategorien in den analysierten Gebieten. So wurden nach Daten für den April 1949<sup>11</sup> 55.084 Deutsche, 46.075 ehemalige „Kulaken“, 27.185 „OUN-Angehörige“, 14.802 „Angehörige der Wlassow-Armee“, 4.853 Deportierte von der Krim, 2.231 „Ukazniki“, 115 „Litauer“,<sup>12</sup> 87 Kalmücken, 25 Deportierte aus dem Kaukasus und 11 „Volksdeutsche“<sup>13</sup> im Gebiet Kemerovo untergebracht. Im Gebiet Novosibirsk wohnten 71.958 Deutsche, 16.506 Kalmücken, 10.062 „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“,<sup>14</sup> 3.168 „Volksdeutsche“, 507 „Un-

---

<sup>10</sup> Vgl. Zemskov, Viktor: Specposelency: po dokumentacii NKVD-MVD SSSR, in: Sociologičeskie issledovanija, Nr. 11, 1990b, S. 10 ff.

<sup>11</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 484, l. 2–6, 116–127, 192–208; d. 489, l. 1–45.

<sup>12</sup> Diese Gruppe umfasst Personen, die von 1945 bis Anfang 1948 aus Litauen als Angehörige von Banditen und Teilnehmern des antisowjetischen Widerstands deportiert wurden.

<sup>13</sup> Dies sind Personen, die während des Krieges als „ethnische Deutsche“ nach Deutschland gebracht wurden. Am Ende des Krieges wurden sie in die Sondersiedlungen geschickt.

<sup>14</sup> Zum Sonderkontingent „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“ gehören die im Rahmen der Märzdeportationen 1949 aus Lettland, Estland und Litauen verbannten Personen.

terstützer der deutschen Besatzungsmacht“,<sup>15</sup> 327 „Angehörige der Wlassow-Armee“, 185 „OUN-Angehörige“, 23 Deportierte von der Krim und sechs Deportierte aus dem Kaukasus. Das Gebiet Tomsk war der Verbannungsort für 36.241 ehemalige „Kulaken“, 21.630 Deutsche, 15.432 „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“, 4.606 „Zwangsausgesiedelte von der Schwarzmeerküste“,<sup>16</sup> 2.386 „Litauer“, 1.101 „Kulaken aus dem Gebiet Izmail“,<sup>17</sup> 1.037 Kalmücken, 401 „Wahre Orthodoxe Christen“, 288 „Angehörige der Wlassow-Armee“, 86 „OUN-Angehörige“, sechs Deportierte von der Krim und zwei Deportierte aus dem Kaukasus. Durch diese Zusammensetzung lässt sich das Integrationspotential der verschiedenen Kategorien vergleichen und ermitteln, ob sich die vom Regime verfolgte Politik in Bezug auf verschiedene Kontingente unterschied.

Drittens verfügten die betrachteten Regionen über eine unterschiedliche wirtschaftliche Spezialisierung, was sich in den Lebensbedingungen der Deportierten widerspiegelte. Das Gebiet Kemerovo war das Zentrum des Kohlebergbaus und der Schwerindustrie. Folglich waren die dort lebenden Sondersiedler meistens entweder im Bergbau oder in Sowchosen bei Industrieunternehmen beschäftigt. Die Mehrheit der Personen, die in die Sondersiedlungen des Gebietes Novosibirsk verbannt wurden, wurde auf dem Lande untergebracht und in der Landwirtschaft eingestellt. Im Gebiet Tomsk war die Forstwirtschaft gut entwickelt, sodass die Sonderkontingente in diesem Sektor eingesetzt wurden. Indem diese in ihren wirtschaftlichen Spezialisierungen unterschiedlichen Gebiete untersucht werden, lässt sich zeigen, wie externe Bedingungen den Integrationsprozess der Sondersiedler beeinflussten.

---

<sup>15</sup> Dies sind Personen, die wegen der Zusammenarbeit mit den Nazis während des Krieges in die Sondersiedlungen verbannt wurden.

<sup>16</sup> „Von der Schwarzmeerküste“ ist ein allgemeiner und ungenauer Begriff, unter dem Griechen, Daschnaken, Türken und einige andere Völker zusammengefasst wurden, die 1949 aus der georgischen, aserbaidischen, armenischen SSR, von der Schwarzmeerküste, aus dem Nordkaukasus und von der Krim deportiert wurden.

<sup>17</sup> Dies sind die ehemaligen „Kulaken“, die nach der Freilassung des südlichen Bessarabiens von deutsch-rumänischen Truppen aus dem Gebiet Izmail zwangsausgesiedelt wurden.

Die chronologische Untergrenze der vorliegenden Forschung ist 1945, obwohl die neue Etappe in der Entwicklung des Sondersiedlungssystems bereits 1941 im Zusammenhang mit der Deportation der Wolgadeutschen und der anschließenden Einrichtung der OSP im NKVD begann. Die bewusste Verengung des chronologischen Rahmens ergab sich durch zwei Umstände. Vor allem gibt es in der Geschichtsschreibung der Sondersiedlungen eine klare Disparität in Richtung der Kriegszeit. Das liegt teilweise daran, dass die Jahre 1941/1945 für viele Deportierte die schwierigste Zeit wurden, in der sowohl die Schrecken des Krieges als auch ihre anfängliche Anpassung einsetzten. Die vorliegende Forschung soll die bestehende Diskrepanz ausgleichen.

Darüber hinaus befand sich während des Krieges das Sondersiedlungssystem im Entstehungsprozess und der rechtliche Status der neu angekommenen Deportiertenkategorien war nicht klar geregelt. Die Situation änderte sich mit der Verabschiedung der „Vorschrift über regionale und dörfliche Sonderkommandanturen des NKVD“ vom 7. Februar 1944, in der die Rechte und Pflichten von Sondersiedlern dargelegt wurden<sup>18</sup>. Später, am 8. Januar 1945, wurde auf Grundlage dieser Vorschrift die Verordnung des SNK der UdSSR № 35 „Über den rechtlichen Status der Sondersiedler“ veröffentlicht, in der das Schlüsselprinzip festgelegt wurde, das die weitere Entwicklungsrichtung des Sondersiedlungssystems bestimmte. Nach ihm verfügten die Deportierten über alle Rechte der Bürger mit Ausnahme einer Reihe von Einschränkungen<sup>19</sup>. So wurde 1945 endgültig der rechtliche Status der Sondersiedler festgelegt. Gleichzeitig beruhte die Politik der Integration der Deportierten in der Praxis nicht auf diesem formal festgelegten Rechtsstatus, sondern auf verschiedenen Regimepraktiken.

---

<sup>18</sup> GARF f. r-9401, op. 12, d. 207 (2), l. 2.

<sup>19</sup> Mit der Verordnung wurden das Verbot auf Freizügigkeit (die Sondersiedler durften den Ansiedlungsort ohne Genehmigung des Kommandanten nicht verlassen) und die Verpflichtung eingeführt, eine gesellschaftlich nützliche Arbeit zu leisten, regelmäßig die Kommandantur zu besuchen und über alle Veränderungen in der Familienzusammensetzung zu informieren. Vgl. Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i rehabilitacii žertv političeskich repressij, hg. v. Evgenij Zajcev, Moskau: Respublika, 2005, S. 113.

Die Wahl der Mitte der 1950 Jahre als untersuchter Zeitraum ist auf den Beginn der Kampagnen zur massiven Freilassung der Sondersiedler zurückzuführen. Es sollte bedacht werden, dass die Geschichte der Sondersiedlungen schließlich in den späten 1960er Jahren endete, als „Wahre Orthodoxe Christen“, „Zeugen Jehovas“ und andere religiöse Gruppe abgemeldet wurden.

### 3. Zum Forschungsstand

Amerikanische und europäische Historiker wurden zu Pionieren bei der Erforschung des stalinistischen Sondersiedlungssystems, da ideologische Verbote es sowjetischen Wissenschaftlern nicht ermöglichten, solche Probleme anzugehen. Unter den Bedingungen fehlender Archivquellen versuchten die Forscher, die Gründe der Deportation zu identifizieren und die Motive der sowjetischen Macht bei ihrer Durchführung zu verstehen.

In der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft begannen die Untersuchungen der stalinistischen Deportationen bereits nach dem Krieg, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Analyse der Zwangsumsiedlung von Sowjetdeutschen<sup>20</sup>. Besonders hervorzuheben sind die Werke von Benjamin Pinkus und Ingeborg Fleischhauer. Sie betrachteten die Deportation als natürliches Ergebnis der gesamten früheren Politik des stalinistischen Regimes, die durch die Expansion Hitlerdeutschlands verstärkt wurde<sup>21</sup>. Joachim Hoffmann, der den Zusammenhang zwischen der „Kollaboration“ der Kalmücken und ihrer anschließenden Deportation feststellte, betonte, dass die Zusammenarbeit der Vertreter dieses Volkes mit den Deutschen das Ergebnis eines vollständigen Zusammenbruchs der sowjetischen ethnischen Politik gewesen sei und die Kalmücken unter güns-

---

<sup>20</sup> Vgl. Teich, Gerhard: Die Rußlanddeutsche Bevölkerungsbewegung in Kriegs und Nachkriegszeit (1941–1950), in: Johann Kampen / Hans Kampen (Hrsg.), Heimatbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart: LmDR e.V., 1958, S. 82–94; Roemich, Heinrich: Die Tragödie der deutschen Volksgruppe in Russland, in: Johann Kampen / Hans Kampen (Hrsg.), Heimatbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart: LmDR e.V., 1958, S. 7–21; Stumpp, Karl: Die heutigen Wohngebiete und berufliche Aufgliederung der Deutschen in der Sowjetunion, in: Johann Kampen / Hans Kampen (Hrsg.), Heimatbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart: LmDR e.V., 1959, S. 5–15; Pinkus, Benjamin: Die Deutschen in der Sowjetunion beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Johann Kampen / Hans Kampen (Hrsg.), Heimatbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart: LmDR e.V., 1973, S. 9.

<sup>21</sup> Vgl. Pinkus, Benjamin / Ingeborg Fleischhauer: Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1987, S. 232 f.

tigeren Bedingungen den Weg der Befreiung vom verhassten Regime eingeschlagen hätten<sup>22</sup>.

Amerikanische Forscher wandten sich wenig später, in den 1960er bis 1970er Jahren, dem Problem zu. Robert Conquest betrachtete die ethnischen Deportationskampagnen als logische Fortsetzung der russischen kolonialen Expansion und erklärte ihre Durchführung durch drei Gründe: 1) Verbindung der deportierten Völker mit kapitalistischen Ländern; 2) Vorurteile Stalins und seiner Mitarbeiter gegenüber einzelnen Nationen; 3) Glaube an die kollektive Verantwortung der Völker für Handlungen einzelner ihrer Mitglieder<sup>23</sup>. Der Historiker Aleksandr Nekrich, der aus der UdSSR in die USA ausgewandert war, verband die Deportationen mit den zunehmend eskalierenden Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Regionen. Ihm zufolge sei die Führung des Landes immer chauvinistischer geworden und habe versucht, die Kontrolle über die Grenzgebiete zu verschärfen, wo sich wiederum die nationalistischen Gefühle verstärkt hätten<sup>24</sup>. Die ersten Forscher sahen in den Deportationskampagnen somit weniger eine „Kriegsnotwendigkeit“ als vielmehr das Ergebnis akkumulierter interner Widersprüche, die sich unter den Bedingungen des militärischen Konflikts verschärften.

Dem Problem der stalinistischen Deportationen und Sondersiedlungen wandte sich die russische Geschichtswissenschaft Anfang der 1990er Jahre im Zuge der veränderten politischen Situation zu. Zwar sind die wissenschaftlichen Arbeiten dieser Periode als übermäßig deskriptiv zu kennzeichnen, aber sie wurden aufgrund der Verwendung einer Vielzahl von Archivmaterialien zur Grundlage aller nachfolgenden Forschungen. So identifizierte Nikolaj Bugaj die Me-

---

<sup>22</sup> Vgl. Hoffmann, Joachim: Deutsche und Kalmyken 1942–1945, Freiburg: Rombach, 1974, S. 191.

<sup>23</sup> Vgl. Conquest, Robert: The Nations Killers: The Soviet Deportation of Nationalities, London: Palgrave Macmillan, 1970, S. 9, 11, 48, 68–69, 81.

<sup>24</sup> Vgl. Nekrich, Aleksandr: The punished people. The Deportation and Fate of Soviet Minorities of the End the second World War, New York: W. W. Norton & Company, 1978, S. 6–11.



chanismen für die Durchführung fast jeder Deportationskampagne separat<sup>25</sup>. Die Gründe für die Zwangsumsiedlungen erklärte der Historiker durch den Wunsch des Regimes, die Gesellschaft von Gegnern der herrschenden Ideologie zu säubern sowie öffentliche Proteste gegen die Rote Armee und die Entstehung von Banditentum zu verhindern<sup>26</sup>. Viktor Zemskov, der durch die Einführung einer großen Menge statistischen Materials in den wissenschaftlichen Kreislauf einen wesentlichen Beitrag zur Geschichtsschreibung der Sondersiedlungen leistete<sup>27</sup>, nannte sowohl wirtschaftliche (Notwendigkeit der Entwicklung wenig bewohnter östlicher Regionen) als auch politische (Beschleunigung des Assimilationsprozesses nichtrussischer Völker) Ziele der repressiven Politik<sup>28</sup>. Arkadij German, Experte für die Geschichte der Russlanddeutschen, betrachtete die Zwangsumsiedlung der Wolgadeutschen 1941 als Rückversicherungsmaßnahme, die durch strategische Interessen gerechtfertigt schien, jedoch unter den Bedingungen des harten Krieges eine dem stalinistischen Regime innewohnende grobe Form annahm<sup>29</sup>.

---

<sup>25</sup> Vgl. Bugaj, Nikolaj: L. Berija – I. Stalin: „Soglasno Vašemu ukazanju“, Moskau: AJRO-XX, 1995; ders. / Askarbi Gonov: Kavkaz: Narody v ešelonach (20–60e gg.), Machačkala: INSAN, 1998.

<sup>26</sup> Vgl. Bugaj, 1995, S. 6; ders. / Askarbi Gonov: The Forced Evacuation of the Chechens and the Ingush, in: Russian Studies in History, Nr. 2, 2002, S. 47.

<sup>27</sup> Vgl. Zemskov, Viktor: K voprosu o repatriacii sovetskich graždan: 1944–1951, in: Istorija SSSR, Nr. 4, 1990a, 26–41; ders: Zaključennye, specposelency, ssyl'noposelency, ssyl'nye i vyslannye: statistiko-geografičeskij aspekt, in: Istorija SSSR, Nr. 5, 1991c, S. 151–155; ders: Gulag (istoriko-sociologičeskij aspekt), in: Sociologičeskie issledovanija, Nr. 7, 1991a, S. 3–17; ders: Massovoye osvobozhdenije spetsposelentsev i ssylnykh (1954–1960 gg.), in: Sotsiologičeskiye issledovaniya, Nr. 1, 1991b, S. 5–26; ders: „Kulackaja ssylka“ nakanune i v gody Velikoj Otečestvennoj vojny, in: Sociologičeskie issledovanija, Nr. 2, 1992, S. 3–26; ders: Sud'ba „kulackoj ssylki“ v poslevoennoe vremja, in: Sociologičeskie issledovanija, Nr. 8, 1992b, S. 18–37.

<sup>28</sup> Vgl. Zemskov, Viktor: Specposelency v SSSR, 1930–1960, Moskau: Nauka, 2005, S. 281–284.

<sup>29</sup> Vgl. German, Arkadij: Repressii kak neot'emlemyj element politiki bol'shevistskogo režima po otnošeniju k rossijskim nemcam, in: Irina Ščerbakova (Hrsg.), Nakazannyj narod. Repressii protiv rossijskich nemcev, Moskau: Zven'ja, 1999, S. 17–26; ders.: Die Deportation der Wolgadeutschen, in: Arkadij German / Ol'ga Silant'eva (Hrsg.), „Fortjagen muss man sie“. Zeitzeugen und Forscher berichten über die Tragödie der Russlanddeutschen, Moskau: VDK-Medien, 2016, S. 19.

Allmählich wechselten sowohl englisch- und deutschsprachige als auch russische Historiker von der Ermittlung der spezifischen Gründe und Umstände der Deportationen zu Versuchen, durch Analyse der Praktiken der Zwangsmigrationen das Wesen der sozialen und nationalen Politik des stalinistischen Regimes als Ganzes zu verstehen. So zeigte Terry Martin, dass die Deportationen ein klarer Indikator für den Misserfolg der in den 1920er und 1930er Jahren verfolgten Politik „affirmative action“ gewesen seien, in deren Rahmen die Unterstützung der ethnischen Minderheiten auf Kosten der dominierenden Gruppe, d. h. der Russen, erfolgte. Diesen Einbruch verband der Historiker mit dem entstandenen Widerspruch zwischen dem Wunsch der sowjetischen Führung, kommunistische Ideen unter der nichtrussischen Bevölkerung zu popularisieren, und der wachsenden Fremdenfeindlichkeit in seinen Reihen<sup>30</sup>. Zu ähnlichen Schlüssen kam Norman Naimark. Seiner Meinung nach habe das stalinistische Regime eine differenzierte Politik bezüglich der „sowjetischen“ und „ausländischen“ Völker durchgeführt. Es habe dabei im Rahmen der während des Großen Terrors entwickelten Logik gehandelt: Stalin, dessen Fremdenfeindlichkeit fortlaufend zugenommen habe, habe ständig nach Feinden gesucht und diese zerstört, weil er immer befürchtet habe, durch die subversiven Aktivitäten seiner Gegner seine Macht zu verlieren<sup>31</sup>.

Zygmunt Bauman formulierte die Konzeption des „gardening states“, nach der die Führer solcher Staaten die Gesellschaft, die sie regieren, als Objekt für

---

<sup>30</sup> Vgl. Martin, Terry: *The Origins of Soviet Ethnic Cleansing*, in: *The Journal of Modern History*, Nr. 4, 1998, S. 813–861; ders.: *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939*, New York: Cornell University Press, 2001, S. 829–847. Zu ethnischen Deportationen im Kontext der nationalen Politik: Vgl. Slezkine, Yuri: *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: *Slavic Review*, Nr. 2, 1994, S. 414–452; Burds, Jeffrey: *The Soviet War against „Fifth Columnists“: The Case of Chechnya, 1942–1944*, in: *Journal of Contemporary History*, Nr. 2, 2007, S. 267–314; Smith, Jeremy: *Red Nations: The Nationalities Experience in and after the USSR*, Cambridge: Cambridge University Press, 2013, S. 147–163.

<sup>31</sup> Vgl. Naimark, Norman: *Stalin’s Genocides*, Princeton, New York: Princeton University Press, 2010, S. 82–93. Alfred Rieber betonte die persönlichen fremdenfeindlichen Gefühle Stalins. Vgl. Rieber, Alfred: *Stalin, Man of the Borderlands*, in: *The American Historical Review*, Nr. 106 (5), 2001, S. 1689 ff.

das Entwerfen, Kultivieren und Jäten betrachten. Der Wissenschaftler bewertet die Projekte des „Social Engineering“ des 20. Jahrhunderts wie den Holocaust oder die stalinistischen ethnischen Deportationen als Produkt routinemäßiger bürokratischer Verfahren<sup>32</sup>. Als Form des „Social Engineering“ analysieren auch Pavel Poljan<sup>33</sup> und Alexander Statiev die repressive Politik Stalins, wobei Letzterer den Schwerpunkt dieses Engineering auf der Assimilation der Völker betonte<sup>34</sup>.

Das Verständnis der Deportationen als Form der „sozialen Konstruktion“ wurde von der Zeitschrift „Slavic Review“ als Ergebnis einer Diskussion zwischen Eric Weitz und seinen Gegnern Francine Francis Hirsh, Amir Weiner und Alaina Lemon konzeptionell umrahmt. Eric Weitz stellte die These auf, dass das stalinistische Regime bei der Durchführung des „Social Engineering“ von der Rassenlogik geleitet wurde. Das Konzept der Rasse manifestierte sich in der Tatsache, dass die sowjetischen Behörden Vertretern bestimmter ethnischer Gruppen als Träger derselben verdächtigen Merkmale zuschrieben, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden. Infolgedessen wurden diese Bevölkerungsgruppen nach Rassekriterien stigmatisiert<sup>35</sup>. Die Gegenargumentation von Francine Hirsh basiert auf der These, dass die Völker nicht wegen ihrer Rassenmerk-

---

<sup>32</sup> Vgl. Bauman, Zygmunt: *Gamekeepers Turned Gardeners*, in: Peter Beilharz (Hg.): *The Bauman Reader*, Malden, MA: Wiley-Blackwell, S. 103–112.

<sup>33</sup> Pavel Poljan ist einer der führenden russischen Spezialisten für das Problem der Zwangsmigrationen in der UdSSR. Vgl. Poljan, Pavel / Olga Gleser: *Ethnische Deportationen im Raum der ehemaligen UdSSR*, in: *Geographica Slovenica. Geografija in narodnosti. Geography and Ethnicity*. Institute of Geography of the University of Ljubljana, Nr. 24, 1992, S. 139–152; Poljan, Pavel: *Ethnische Deportation im Raum der ehemaligen Sowjetunion*, in: Robert Streibel (Hrsg.), *Flucht und Vertreibung: zwischen Aufrechnung und Verdrängung*, Wien, Österreich: Picus-Verlag, 1994, S. 227–236; ders.: *Nasil'stvennye migracii v byvšem SSSR*, in: Žanna Zajončkovskaja (Hrsg.), *Migracionnaja situacija v stranach SNG*, Moskau: Komplex-Progress, 1999, S. 265–276; ders.: *Deportacii i ètničnost'*, in: *Stalinskie deportacii. 1928–1953*, in: Aleksandr Jakovlev (Hrsg.), *Stalinskie deportacii. 1928–1953*, Moskau: Materik, 2005, S. 5–19; ders.: *Deportacija sovetskich nemcev v 1941–1943 gg. kak krupnejšaja deportacionnaja kampanija*, in: *Meždunarodnye issledovanija*, Nr. 2, 2010, S. 77–99.

<sup>34</sup> Vgl. Statiev, Alexander: *Motivations and Goals of Soviet Deportations in the Western Borderlands*, in: *Journal of Strategic Studies*, Nr. 28 (6), 2005, S. 977–1003.

<sup>35</sup> Vgl. Weitz, Eric: *Racial Politics without the Concept of Race: Reevaluating Soviet Ethnic and National Purges*, in: *Slavic Review*, Nr. 1, 2002, S. 18.

male, sondern wegen ihres sozioökonomischen Status diskriminiert wurden: Die sowjetische Macht nahm die Nationalität der Menschen im Hinblick auf ihre kulturelle Zugehörigkeit wahr<sup>36</sup>. Indem Amir Weiner der Position Hirshs zustimmte, betonte er, dass die Völker aufgrund ihres angeblichen Verhaltens und nicht aufgrund ihrer Rasse verfolgt worden seien: Das Regime wollte die Situation in den vom Russischen Reich geerbten instabilen und nicht assimilierten Grenzgebieten stabilisieren<sup>37</sup>. Alaina Lemon machte die wichtige methodologische Beobachtung, dass Rassenlogik in bestimmten historischen Situationen auf der Mikroebene gesucht werden muss. Zum Beispiel lässt sich festlegen, nach welchen Kriterien die Mitarbeiter des NKVD bestimmten, welche Person deportiert werden musste (Aussehen, Pass, Herkunft, Akzent usw.).<sup>38</sup>

Trotz Meinungsverschiedenheiten über die Rolle des Rassenbegriffs in der sowjetischen Ideologie und Praxis waren sich die Forscher einig hinsichtlich der Ziele der Zwangsumsiedlungen. Im Wesentlichen unterstützten sie die von Peter Holquist vorgestellte Konzeption der „Bevölkerungspolitik“, wonach das Regime durch Deportationen die Gesellschaft aufbaute, die es brauchte<sup>39</sup>. Diese Theorie wurde in den wissenschaftlichen Arbeiten von Aleksandr Ivanov weiterentwickelt, der die Deportation und das Leben von Kalmücken in der westsibirischen Verbannung umfassend untersuchte. Nach Schlussfolgerungen des Historikers verfolgten die Deportationskampagnen nicht das Ziel des Völkermords, der Mar-

---

<sup>36</sup> Vgl. Hirsh, Francine: Race without the Practice of Racial Politics, in: *Slavic Review*, Nr. 1, 2002, S. 30 f. und 38 f.

<sup>37</sup> Vgl. Weiner, Amir: Nothing but Certainty, in: *Slavic Review*, Nr. 1, 2002, S. 47. Weiners Position ist in seinen früheren Schriften ausführlicher dokumentiert: Vgl. ders.: Nature, Nurture, and Memory in a Socialist Utopia: Delineating the Soviet Socio-Ethnic Body in the Age of Socialism, in: *The American Historical Review*, Nr. 4 (104), 1999, S. 1114–1155; ders.: Making Sense of the War: The Second World War and the Fate of the Bolshevik Revolution, Princeton: Princeton University Press, 2001, S. 127–237.

<sup>38</sup> Vgl. Lemon, Alaina: Without a „Concept“? Race as Discursive Practice, in: *Slavic Review*, Nr. 1, 2002, S. 54 f.

<sup>39</sup> Vgl. Holquist, Peter: Information is the Alpha and Omega of Our Work: Bolshevik Surveillance in its Pan-European Perspective, in: *Journal of Modern History*, Nr. 3, 1997, S. 415–450; ders.: Violent Russia, Deadly Marxism: Russia in the Epoch of Violence, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History*, Nr. 3, 2003, S. 627–652.

ginalisierung oder der Assimilation von Völkern, sondern waren ein Instrument der sozialen Konstruktion<sup>40</sup>. Steven Barnes äußerte eine ähnliche Idee bei der Analyse des Gulags. Seiner Meinung nach wurde dieses System nicht nur zu wirtschaftlichen Zwecken, sondern auch zur Säuberung der sowjetischen Gesellschaft mit dem Ziel ihrer Wandlung in die sozialistische Richtung eingeführt und spiegelte das ständige Streben der sowjetischen Macht danach wider, Menschen zu sortieren und zu transformieren. In diesem Zusammenhang wird der Gulag als ideologischer Filter angesehen, durch den festgestellt wurde, ob Menschen in der Lage waren, sich zu wandeln<sup>41</sup>.

In einem Zyklus von kollektiven Werken, die von Aleksandr Šadt, einem Forscher für die Russlanddeutschen, und Sergej Krasil'nikov, einem Experten für die Bauernverbannung, herausgegeben wurden, wird die Deportation als Instrument der Marginalisierung betrachtet. Die Autoren analysieren unterschiedliche unterdrückte soziale Gruppen als Gruppen, die absichtlich durch die diskriminierende Politik des stalinistischen Regimes geschaffen wurden<sup>42</sup>. Unter diesem Ge-

---

<sup>40</sup> Vgl. Ivanov, Aleksandr: *Stalinskaja politika v otnošenii „nakazannyh narodov“ (1940–1950e gg.): genocid, assimiljacija, „politika naselenija“*, in: *Vestnik NVGU*, Nr. 4, 2015b, S. 3–8. Diese Position wurde auch in den neuesten Werken von Nicolas Werth entwickelt. Vgl. Werth, Nicolas: *Terror i besporyadok: Stalinizm kak sistema*, Moskau: ROSSPEN, 2010, S. 221 f. Darüber hinaus kritisiert Christoph Mick, die Ziele der Deportationspolitik als Streben des Regimes nach der gewaltsamen Assimilation der Völker zu bewerten, und betrachtet stattdessen die „Deportation als Form des ‚Social Engineering‘“. Vgl. Mick, Christoph: *Die Ethnisierung des Stalinismus. Zur Wirksamkeit ethnischer Kategorien bei der Sowjetisierung der Westukraine 1944–1948*, in: Jörg Baberowski (Hrsg.), *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006, S. 166.

<sup>41</sup> Vgl. Barnes, Steven: *Death and Redemption. The Gulag and the shaping of soviet society*, Princeton: Princeton University Press, 2011, S. 254 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Krasil'nikov, Sergej (Hrsg.): *Marginaly v sovetskom obščestve 1920–1930-ch gg.: istoriografija, istočniki*, Novosibirsk: In-t istorii SO RAN, 2001; ders. / Aleksandr Šadt (Hrsg.): *Marginaly v sovetskom obščestve: mehanizmy i praktiki statusnogo regulirovanija v 1930–1950-e gg.*, Novosibirsk: NGU, 2006; ders.: *Marginaly v sovetskom obščestve: mehanizmy i praktiki statusnogo regulirovanija v 1930–1950-e gg.*, Novosibirsk: NGU, 2007; ders.: *Marginaly v sovetskom sociume. 1930-e – seredina 1950-ch gg.*, Novosibirsk: In-t istorii SO RAN, 2010. Die Sondersiedler als marginalisierte Gruppe betrachtet auch Ljudmila Vavulinskaja. Vgl. Vavulinskaja, Ljudmila: *Specporeselency – marginaly v social'noj strukture sovetskogo obščestva (na materialach Karelii poslevoennogo desjatiletija)*, in: *Trudy Karel'skogo naučnogo centra Rossijskoj akade-*

sichtspunkt werden ethnisch Deportierte als ethnisch marginalisierte Gruppen dargestellt, während Marginalität als vorübergehender oder endgültiger Verlust des früheren Status und der früheren Identität eines Individuums, einer Gruppe oder einer Schicht mit dem Rückzug ihrer Träger an die Peripherie der sozialen Beziehungen oder gar in den Schatten der sozialen Struktur der Gesellschaft verstanden wird<sup>43</sup>.

Der Schwerpunkt auf wirtschaftliche Gründe der Deportationen wurde von Nadežda Ignatova gelegt. Ihren Schlussfolgerungen zufolge, die sich auf die Materialien der Republik Komi stützten, bestimmte der Personalbedarf der forswirtschaftlichen Organisationen die Anzahl der in die Region entsandten Sondersiedler. Gleichzeitig führte der irrationale Einsatz der ankommenden Sonderkontingente dazu, dass immer mehr Deportierte angefordert werden mussten. Der Zustrom von Zwangsmigranten wurde damit bewusst auf die Ziele der Kolonialpolitik ausgerichtet<sup>44</sup>.

Trotz der bestehenden konzeptionellen Differenzen sind sich die oben genannten Forscher einig, dass die Deportationen ein Teil der repressiven Politik des stalinistischen Regimes waren. Larisa Belkovec, die den rechtlichen Status deutscher Sondersiedler wissenschaftlich erforschte, nahm eine entgegengesetzte

---

mii nauk, Nr. 6, 2011, S. 106–113. Mehr über marginalisierte Gruppen in der sowjetischen Gesellschaft: Vgl. Fitzpatrick, Sheila: „Social Parasites“: How tramps, Idle Youth, and Busy Entrepreneurs Impeded the Soviet March to Communism, in: Cahiers du monde russe et soviétique, Nr. 47 (1–2), 2006, S. 377–408; Zubkova, Elena: Na „kraju“ sovjetskogo obščestva. Marginal’nye gruppy naselenija i gosudarstvennaja politika. 1940–1960e gody, in: Rossijskaja istorija, Nr. 5, 2009, S. 101–118.

<sup>43</sup> Krasil’nikov, Sergej / Aleksandr Šadt (Hrsg.): Marginaly v sovetskom sociume. 1930-e – seredina 1950-ch godov, Novosibirsk: ROSSPËN, 2017, S. 5.

<sup>44</sup> Vgl. Ignatova, Nadežda: Specpereseleny v Respublike Komi v 1930–1950-e gg., Syktyvkar: Ural’skoe otdelenie Rossijskoj akademii nauk, 2009, S. 116 und 178. Die Sondersiedlungen wurden hinsichtlich der wirtschaftlichen Verwertung der Deportierten auch von Rašit Bikmetov analysiert. Vgl. Bikmetov, Rašit: Ispol’zovanie speckontingenta v èkonomike Kuzbassa (1929–1956), Kemerovo: GU Kuzgtu, 2009. Darüber hinaus sieht Lynne Viola in den Zwangsmigrationen der „unzuverlässigen“ Nationalitäten eine Quelle für Arbeitskräfte für die wenig bewohnten Territorien. In diesem Zusammenhang wird das Sondersiedlungssystem als innere Kolonie des sowjetischen Reiches bewertet. Vgl. Viola, Lynne: The Unknown Gulag: The Lost World of Stalin’s Special Settlements, Oxford: Oxford University Press, 2007, S. 185–188.

Position ein. In Anbetracht der Deportation der deutschen Bevölkerung als vorbeugende Aktion unter den Kriegsbedingungen kam die Historikerin zu dem Schluss, dass diese Maßnahmen keinen repressiven Charakter gehabt hätten, da sie auf der Grundlage normativer Rechtsakte durchgeführt worden seien. Diese Rechtsakte seien gemäß der Verfassung der UdSSR von 1936 von staatlichen Stellen erlassen worden, die dazu befugt gewesen seien. Außerdem betonte sie, dass trotz der Tatsache, dass der Rechtsstatus der Sondersiedler verletzt wurde, die Deutschen die meisten ihrer Bürgerrechte behielten<sup>45</sup>. Dmitrij Gavrilov vertrat eine ähnliche konzeptionelle Position, wonach während der Kriegsjahre nicht nur der UdSSR, sondern allen Ländern der Anti-Hitler-Koalition Anzeichen von Totalitarismus innewohnten. In dieser Hinsicht werden Deportationen als eine gängige Praxis angesehen, die in einem Krieg notwendig ist, um das Überleben des Staates zu sichern. Darüber hinaus betonte der Historiker, dass die Sowjetregierung im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien über ausreichende Beweise für den Verrat der deportierten Völker verfügt habe<sup>46</sup>.

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Besonderheiten der nationalen und sozialen Politik des stalinistischen Regimes ist die Diskussion über den Grad ihrer Kontinuität von großer Bedeutung – die Polemik zwischen Vertretern der „neotraditionalistischen“ und „modernen“ Konzeptionen. Im Rahmen des ersten Ansatzes, dessen Urheber Sheila Fitzpatrick, Terry Martin und Matthew

---

<sup>45</sup> Vgl. Belkovec, Larisa: *Administrativno-pravovoe položenie rossijskich nemcev na specposelenie 1941–1945: Istoriko-pravovoe issledovanie*, Novosibirsk: In-t istorii SO RAN, 2003, S. 39. Die Schlussfolgerungen von Larisa Belkovec wurden einer umfangreichen Kritik unterzogen, die ausführlichsten Gegenargumente wurden von Sergej Krasil'nikov und Arkadij German beschrieben. Vgl. Krasil'nikov, Sergej: *Pis'mo v redakciju (o monografii L. P. Belkovec)*, in: *Otečestvennaja istorija*, Nr. 6, 2005, S. 198 ff; ders / Marina Salamatova / Svetlana Ušakova: *Korni i ščepki: Krest'janskaja sem'ja na specposelenie v Zapadnoj Sibiri (1930-e – načalo 1950-ch)*, Novosibirsk: Izdatel'skij dom Sova, 2008, S. 15 ff; German, Arkadij: *O krajnich napravlenijach v istoriografii rossijskich nemcev: popytka analiza*, in: *Izv. Sarat. un-ta. Nov. ser. Ser. Istorija. Meždunarodnye otnošenija*, Nr. 17, 2017, S. 55 f.

<sup>46</sup> Vgl. Gavrilov, Dmitrij: *Dvojnye standarty v ocenke vnutrennej politiki stran antigilevskoj koalicii v gody Vtoroj mirovoj vojny*, in: *Voenno-istoričeskij žurnal*, Nr. 1, 2012, S. 3–9. Die Kritik an diesem Standpunkt wird von Arkadij German geäußert. Vgl. German, 2017, S. 56.

Lenoe<sup>47</sup> sind, wird die stalinistische Gesellschaft als hierarchische und in eine Reihe von Gruppen oder Ständen mit unterschiedlichem sozialem Status unterteilt betrachtet<sup>48</sup>. Daher liegt der Fokus der „Neotraditionalisten“ auf Elementen, die traditionell der russischen Gesellschaft innewohnen, und vormodernen Praktiken. Die ersten „Modernisten“ nahmen eine diametral entgegengesetzte Position ein. Ihre Bemühungen zielten darauf ab, zu beweisen, dass die Sowjetunion bedingungslos als modern bezeichnet werden kann, aber nur die westliche Version von „Modernität“ anerkannt wurde<sup>49</sup>.

Laut Michael David-Fox besteht das Problem der beiden Ansätze darin, dass sie von einer binären Opposition ausgehen: Die Gesellschaft ist entweder modern oder nicht. Dem Historiker zufolge erlebten jedoch alle modernen Systeme eine Koexistenz von und Konflikte mit vormodernen oder traditionellen Praktiken<sup>50</sup>. Eine mögliche Lösung für dieses konzeptionelle Problem sah David-Fox in den Theorien der „alternative or entangled modernities“. Nach der ersten Konzeption ist „Modernität“ nicht nur auf ihre westliche Version beschränkt, sondern kann beispielsweise „illiberal“ sein.<sup>51</sup> In diesem Fall wird der historische Weg der Sowjetunion als eigenartig angesehen, aber gleichzeitig mit anderen Modellen verbunden. Hier erscheint jedoch die Bemerkung von Stefan Plaggenborg vernünftig, wonach das Konzept der „Modernität“ seine Bedeutung verliert,

---

<sup>47</sup> Vgl. Fitzpatrick, Sheila: Introduction, in: Sheila Fitzpatrick (Hrsg.), *Stalinism: New Directions*, London: Routledge, 1999, S. 1–14; Martin, Terry: *Modernization or Neo-Traditionalism? Ascribed Nationality and Soviet Primordialism*, in: David Hoffmann (Hrsg.), *Russian Modernity*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2000, S. 161–184; Lenoe, Matthew: In Defense of Timasheff’s Great Retreat, in: *Kritika*, Nr. 5 (4), 2004, S. 721–730.

<sup>48</sup> Vgl. Lenoe, Matthew: *Closer to the Masses: Stalinist Culture, Social Revolution, and Soviet Newspapers*, Harvard: Harvard University Press, 2004a, S. 251.

<sup>49</sup> Vgl. Holquist, Peter: *Making War, Forging Revolution: Russia’s Continuum of Crisis, 1914–1921*, Cambridge: Harvard University Press, 2002; Kotkin, Stephen: *Modern Times: The Soviet Union and the Interwar Conjunction*, in: *Kritika*, Nr. 2 (1), 2001, S. 111–164.

<sup>50</sup> Vgl. David-Fox, Michael: *Crossing borders: modernity, ideology, and culture in Russia and the Soviet Union*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 2015, S. 21–26.

<sup>51</sup> Vgl. Weiner, Amir: *Landscaping the Human Garden: Twentieth-Century Population Management in Comparative Perspective*, Stanford: Stanford University Press, 2003.



wenn alle besonderen Fälle als Formen „alternativer Modernitäten“ betrachtet werden, da diese besonderen Fälle letztendlich selbst Teil einer allgemeinen „Modernität“ sein sollen<sup>52</sup>. Ein wesentliches Merkmal der Theorie der „entangled modernity“ ist, dass „Modernität“ nicht als ein einziges geordnetes Ganzes verstanden wird: „Modernität“ wird in ihre Bestandteile zerlegt und durch die Interaktion dieser Bestandteile in Raum und Zeit verstanden<sup>53</sup>. Selbst in diesem Fall besteht jedoch die Gefahr, die verschiedenen Dimensionen der „Modernität“ so weit voneinander zu trennen, dass die grundlegenden Verbindungen verlorengehen.

Die nächste diskutierte Frage in der Geschichte der Sondersiedlungen ist das Problem des Genozids. Die Rhetorik des Völkermords ist heute eines der Mittel des Kampfes in der internationalen Politik und dient als Instrument zur Lobbyarbeit für bestimmte Entscheidungen<sup>54</sup>. Dies verweist auf die Aktualität der betrachteten Problematik und erfordert zugleich, dass die Geschichtswissenschaft eine unvoreingenommene, von der politischen Situation unabhängige Vorstellung über das Wesen der stalinistischen Deportationspolitik entwickelt.

In der wissenschaftlichen Literatur ist die Benutzung des Begriffs „Genozid“ in seiner direkten Bedeutung (Handlungen, die mit der Absicht durchgeführt werden, eine Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten) vor allem für Vertreter nationaler historischer Schulen charakteristisch. Diese betrachten Zwangsmigra-

---

<sup>52</sup> Vgl. Plaggenborg, Stefan: Schweigen ist Gold: Die Moderntheorie und der Kommunismus, in: Osteuropa, Nr. 63 (5–6), 2013, S. 71.

<sup>53</sup> Vgl. David-Fox, Michael: Russian-Soviet Modernity: None, Shared, Alternative, or Entangled?, in: Modernost' v Rossii i SSSR: otsutstvjuščaja, obščaja, al'ternativnaja, perepletennaja?, Nr. 140, 2016, S. 39.

<sup>54</sup> Am 9. Mai 2019 veröffentlichte der lettische Seim eine Resolution im Zusammenhang mit dem 75. Jahrestag der Deportation der Krimtataren (wenngleich die Zwangsumsiedlung dieser Bevölkerungsgruppe am 18./20. Mai 1944 durchgeführt wurde, wurde die Veröffentlichung zeitlich auf den Tag des Sieges abgestimmt). Indem die lettische Seite die Repressionen gegen die Krimtataren einen Genozid zur Zerstörung ihres kulturellen und historischen Erbes nannte, verurteilte sie noch einmal die Handlungen der russischen Regierung auf der Krim. Zuvor, am 26. Februar 2004, erkannte das Europäische Parlament die am 23. Februar 1944 durchgeführte Deportation des tschetschenischen Volkes als Genozid an. Diese Resolution wurde im Zusammenhang mit der Eskalation der politischen Situation in der Tschetschenischen Republik verabschiedet.

tionen nur vom Standpunkt des Traumas, das diese einem Volk zufügten<sup>55</sup>. In diesem Fall hat die Anwendung dieses Begriffes eher emotionalen als konzeptuellen Charakter<sup>56</sup>.

Im weiteren Sinn wird das Konzept des Genozids von Otto Pohl interpretiert. Unter ihm versteht der Historiker nicht die Absicht des Regimes, die in die Sondersiedlungen verschickten Personen zu vernichten, sondern dessen Untätigkeit, Todesfälle durch Hunger und Krankheit zu verhindern,<sup>57</sup> sowie dessen Wunsch, die Gruppenidentität der deportierten Völker durch die Kombination aus Massenvertreibung und erzwungener Assimilation zu zerstören<sup>58</sup>. Ein ähnliches Verständnis vom Genozid, jedoch mit Schwerpunkt auf der gezielten Zerstörung der Kultur unterdrückter ethnischer Gruppen („kultureller Genozid“) ist für eine Reihe anderer Werke – sowohl in englischer und deutscher<sup>59</sup> als auch russischer Sprache<sup>60</sup> – charakteristisch. Diese Position in der Interpretation von

---

<sup>55</sup> Vgl. Varju, Peep: Deportation of Estonian Children: 14th Juni 1941 – Both genocide and war-crime, in: *The International Journal of Evacuee and War Child Studies*, Nr. 9, 2012, S. 87–99; Brandisauskas, Valentinas: Anti-Soviet Resistance in 1940 and 1941 and the Revolt of June 1941, in: Arvydas Anusauskas (Hrsg.), *The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States*, Vilnius: GRRCL, 2002, S. 8–22; Riekstin's, Janis: Načalo stalinskich repressij v Latvii, in: *Daugava*, Nr. 1, 1992, S. 139–146; Maksimov, Konstantin: Repressii protiv kalmyckogo naroda i ego reabilitacija (1943–1950e gg.), in: Nina Očirova / Konstantin Maksimov (Hrsg.), *Istorija Kalmykii s drevnejšich vremen do našich dnei*, 3 Bde., Èlista: Gegal', 2009, Bd. 2., S. 580–641; ders.: *Tragedija naroda: repressii v Kalmykii. 1918–1940e gg.*, Moskau: Nauka, 2004; Bembeeveva, Elena: *Dejatel'nost' ženščin Kalmykii v gody Velikoj Otečestvennoj vojny (1941–1945)*, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Astrachan': Astrachanskij gosudarstvennyj universitet, 2008.

<sup>56</sup> Als typisches Beispiel lässt sich das Werk von Vladimir Ubušaeve anführen, in dem das Konzept des Völkermords nur aufgrund der Gesamtzahl der deportierten Kalmücken verwendet wird. Vgl. Ubušaeve, Vladimir: *Kalmyki: Vyselenie i vozvraščenie, 1943–1957*, Èlista: Sanan, 1991, S. 7.

<sup>57</sup> Vgl. Pohl, Otto: *Ethnic Cleansing in the USSR, 1937–1949*, London: Greenwood Press, 1999, S. 2 f.

<sup>58</sup> Vgl. Ders.: *Stalin's Genocide against the „Repressed Peoples“*, in: *Journal of Genocide Research*, Nr. 2, 2000, S. 268 f.

<sup>59</sup> Vgl. Applebaum, 2004, S. 455; Bruhl, Viktor: *Die Deutschen in Sibirien*, Nürnberg, München: Großburgwedel, 2003, S. 18 ff; Naimark, 2010, S. 96 f.

<sup>60</sup> Vgl. Barbašina, Èl'vira: *Praktičeskoye znachenije nauchnykh issledovaniy problem rossijskikh nemtsev kak samostoyatel'naya tema*, in: Arkadij German (Hrsg.), *Ključevye problemy istorii kul'tury rossijskikh nemcev. Materialy 10oj mezhdunarodnoj*

Norman Naimark wurde von Jeffrey Rossman kritisiert, der feststellte, dass Genozid nicht die einzige terminologische Kategorie ist, die Massengewalt charakterisieren kann (Ethnozid, Elitozid, Soziozid, Demozid usw.).<sup>61</sup> In diesem Zusammenhang ist es in der Tat schwierig, eine Grenze zwischen der Politik des „kulturellen Genozids“ und beispielsweise der erzwungenen Assimilation / Russifizierung zu ziehen. Folglich verstärkt der Begriff „kultureller Genozid“ auf emotionaler Ebene eher die negative Wahrnehmung der stalinistischen Politik, anstatt ihr Verständnis zu vertiefen.

Die Kritik an der Rhetorik des Genozids wird in wissenschaftlichen Arbeiten dargelegt, die sich auf den Durchführungsprozess von Deportationskampagnen, die materielle Unterstützung und die Beschäftigung der Sondersiedler konzentrieren. Während die Befürworter des Genozid-Begriffs den repressiven Charakter von Stalins Politik anerkennen und die relativ hohe Sterblichkeitsrate der Deportierten in den ersten Jahren ihres Verbannungsaufenthalts nicht bestreiten, betonen sie, dass die Behörden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Verluste zu minimieren. Diese reichten von der teilweisen Entschädigung für Eigentum bis zur Zuteilung von Baustoffen, seien jedoch nicht immer zufriedenstellend umgesetzt worden<sup>62</sup>.

Forschungen, die dem Zustand der Deportierten direkt in den Sondersiedlungen gewidmet wurden, gibt es viel weniger in der englisch- und deutschsprachigen Geschichtsschreibung. Erwähnt werden sollten die Werke von Viktor Krieger, dessen Schwerpunkt auf dem Leben der Sowjetdeutschen in den ersten

---

naučnoj konferencii, Moskau: ZAO MSNK-press, 2004, S. 40–43; Smirnova, Tat'jana: Nemcy Sibiri: ètničeskie processy, Omsk: ITS „RUSINKO“, 2002, S. 143; Čebotareva, Valentina: Gosudarstvennaja nacional'naja politika v Respublike nemcev Povolž'ja. 1918–1941., Moskau: OARN, 1999, S. 315, 413.

<sup>61</sup> Vgl. Rossman, Jeffrey: Commentary on Stalin's Genocides. *Journal of Cold War Studies*, in: *Journal of Cold War Studies*, Nr. 14 (3), 2012, S. 182 f.

<sup>62</sup> Vgl. German, 2017, S. 52; Ivanov, 2015b, S. 5; Statiev, Alexander: Soviet Ethnic Deportations: Intent Versus Outcome, in: *Journal of Genocide Research*, Nr. 11 (2/3), 2009, S. 247 f.

Jahren der Verbannung lag, und von Viktor Herdt, der das Kontrollsystem über deutsche Sondersiedler beschrieb<sup>63</sup>.

In der russischsprachigen Historiographie ist trotz der Fülle von Forschungen zum Leben der Deportierten in der Verbannung eine gewisse Stagnation vorhanden. Während die Historiker die Quellen unterschiedlicher Regionen sowie den Zustand verschiedener Sondersiedlerkategorien detailliert analysieren, gehen sie selten über die traditionellen Probleme hinaus: Unterkunft und Alltagsleben / Geographie der Ansiedlung und Gesamtzahl / Rechtsstatus und Kontrollsystem / Freilassung und Heimkehr<sup>64</sup>. Nichtsdestoweniger gibt es eine Reihe von Forschungen, deren Problemstellungen gesondert erwähnt werden müssen.

Das Problem der Anpassung der Sondersiedler steht im Mittelpunkt der Forschung Viktorija Sarnova. Indem die Historikerin sie auf mehreren Ebenen – klimatische, demografische, soziale und kulturelle Anpassung – betrachtete, kam sie zu dem Schluss, dass das Anpassungssyndrom, d. h. menschliche Schutzmechanismen, die als Reaktion auf starke und anhaltende negative Einflüsse auftre-

---

<sup>63</sup> Vgl. Krieger, Viktor: Personen minderen Rechts: Rußlanddeutsche in den Jahren 1941–1946, in: Alfred Eisfeld (Hrsg.), Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung. Die Jahre 1918 und 1941 bis 1948 in der Geschichte der Deutschen in Russland, Stuttgart, 2003: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, 2003, S. 93–107; ders.: Deportationen der Russlanddeutschen 1941–1945 und die Folgen, in: Alfred Eisfeld (Hrsg.), Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung. Die Jahre 1918 und 1941 bis 1948 in der Geschichte der Deutschen in Russland, Stuttgart: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, 2008, S. 106–122; Herdt, Viktor: Die Neuordnung des Sondersiedlungsregimes und das Dekret vom 26. November 1948, in: Alfred Eisfeld (Hrsg.), Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung. Die Jahre 1918 und 1941 bis 1948 in der Geschichte der Deutschen in Russland, Stuttgart: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, 2008, S. 204–222.

<sup>64</sup> Es sind diese Probleme, die oft die Gliederung der verallgemeinernden Werke über die Geschichte der Sondersiedlungen bestimmen. Vgl. Berdinskich, Viktor: *Specposelency: Političeskaja ssylka narodov Sovetskoj Rossii*, Moskau: Novoe literaturnoe obozrenie, 2005; Ubušaev, Vladimir / Konstantin Ubušaev: *Kalmyki: vyselenie, vozvraščenie, vozroždenie. 1943–1959*, Èlista: Kalmyckij gosudarstvennyj universitet, 2007; Vavulinskaja, Ljudmila: *Specpereselency i inostrannye voennoplennye v Karelii v seredine 1940-ch – seredine 1950-ch gg.*, Petrozovodsk: Karel'skij naučnyj centr RAN, 2013.

ten, für die Deportierten charakteristisch war<sup>65</sup>. Der Anpassungsproblematik ist auch das letzte Kapitel der Monographie von Elena Zberovskaja gewidmet. In dem sie der Bewertung der primären Anpassung der Sondersiedler von Viktorija Sarnova zustimmte, analysierte die Forscherin die späteren Stadien der Anpassung. Infolgedessen stellte sie fest, dass die vollständige Anpassung der Deportierten trotz der äußeren Anpassung (Erhöhung der Geburtenrate, Aufbau eines interkulturellen Dialogs, aktive Beteiligung der Sondersiedler an der Produktion usw.) nicht stattfand<sup>66</sup>.

Aus sozialanthropologischer Sicht wurden das kollektive Bewusstsein und das historische Gedächtnis der kalmückischen Sondersiedler von Èl'za Bair Gučinoва analysiert. Die Historikerin prägte den Begriff „Deportationstrauma“ und zeigte, dass die Kalmücken ihre ethnische Zugehörigkeit während der Verbannung selbst stigmatisierten. Gučinoва berührte auch die Anpassungsproblematik, wodurch sie zu dem Schluss kam, dass die Kalmücken durch eine hohe Anpassungsfähigkeit gekennzeichnet waren. Sie waren stets bestrebt, gut zu arbeiten und an staatlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Nichtsdestoweniger bemühten sie sich auch, ihre Kultur so weit wie möglich zu bewahren<sup>67</sup>.

Aleksandr Ivanov behandelte das Problem der Sozialisierung der Sondersiedler. Dieser Prozess wurde vom Historiker in drei Dimensionen analysiert: Tätigkeit, Kommunikation, Selbstbewusstsein. Infolgedessen kam der Historiker zu dem Fazit, dass der Regimestatus der deportierten Kalmücken einen allgegenwärtigen und systematischen Charakter hatte und alle Aspekte des Lebens der Sondersiedler umfasste, wodurch dieser die Arbeitsmotivation, traditionelle Familieninstitutionen usw. deformierte. Gleichzeitig führte die bewusst unternommene pragmatische Politik der Schichtung der Sondersiedler in „unzuverlässig“

---

<sup>65</sup> Vgl. Sarnova, Viktorija: Prinuditel'nye migracii naselenija SSSR v Zapadnuju Sibir' v period Vtoroj mirovoj vojny, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Novosibirsk: Tomskij gosudarstvennyj universitet, 2005, S. 28.

<sup>66</sup> Vgl. Zberovskaja, Elena: Specposelency v Sibiri (1940–1950-e), Krasnojarsk: Krasnojarskij gosudarstvennyj universitet, 2010, S. 143–159.

<sup>67</sup> Vgl. Gučinoва, Èl'za Bair: Pomnit' nel'zja zabyt'. Antropologija deportacionnoj travmy kalmykov, Stuttgart: Ibidem, 2005, S. 11 f und 268 f.

und „vertrauenswürdig“ in der Praxis zu einer Abwertung der positiven Anpassung der ethnischen Gruppe an die Bedingungen der Verbannung<sup>68</sup>.

Ein kurzer Überblick über die Geschichtsschreibung der Sondersiedler ermöglichte es daher, eine Frage zu identifizieren, deren Beantwortung notwendig ist, um das Wesen der sozialen und nationalen Politik des stalinistischen Regimes zu verstehen: Welches Endziel verfolgte die Deportationspolitik und was geschah tatsächlich mit den Sondersiedlern infolge all dieser repressiven Maßnahmen? Zu diesem Zeitpunkt sehen die Historiker in der Institution der Sondersiedlungen größtenteils ein Mittel zur Assimilierung / Marginalisierung / sozialen Konstruktion / zum Genozid. Diese Frage kann durch eine Analyse der repressiven Praktiken auf regionaler Ebene beantwortet werden, damit festgestellt wird, welche Stelle das Regime den Sondersiedlern in der sozialen Struktur zuwies und welche sozialen Positionen sie tatsächlich einnehmen konnten. Mit anderen Worten kann von einer Zwangsassimilierung gesprochen werden, wenn bestätigt wird, dass die Behörden bereit waren, die Sondersiedler zurück in die Gesellschaft zu lassen, vorbehaltlich ihrer Russifizierung und des Verzichts auf nationale Merkmale, während die Behörden gezielte Maßnahmen ergriffen, um die Deportierten ihrer Kultur und Identität zu berauben. Von einer Marginalisierung kann gesprochen werden, wenn Tatsachen ermittelt werden, die zeigen, dass die Sondersiedler an den Rand der sozialen Beziehungen gedrängt wurden und die für eine mögliche Rückkehr in die Gesellschaft erforderlichen Instrumente für sie praktisch unzugänglich waren. Die soziale Konstruktion impliziert das Streben des Regimes danach, aus „unzuverlässigen“ Sondersiedlern vollwertige Bürger zu machen. Folglich kann die Anwesenheit dieser Politik durch die Identifizierung von Faktoren bestätigt werden, die beweisen, dass die Behörden Maßnahmen zur Umerziehung der Deportierten unternahmen. Wenn nachgewiesen wird, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Sondersiedler

---

<sup>68</sup> Vgl. Ivanov, Aleksandr: Kalmyki v Zapadnoj Sibiri (1944–1956): osobennosti socializacii na specposelenie, in: Vestnik archeologii, antropologii i ètnografii, Nr. 2, 2011, S. 210–217.

nicht absichtlich ergriffen wurden, kann dies schließlich als Völkermord bewertet werden.

Darüber hinaus wurde in der Geschichtsschreibung eine deutliche Disparität festgestellt. Die Forscher konzentrieren sich auf die Analyse der einzelnen Sondersiedlerkategorien, die meistens im Rahmen der ethnischen Deportationen verbannt wurden (Wolgadeutsche, Kalmücken, Völker des Nordkaukasus). In den Werken, in deren Mittelpunkt verschiedene Sonderkontingente stehen, werden wiederum Fragen der Sozialgeschichte praktisch nicht berührt. Die repressiven Praktiken, die das Regime auf verschiedene Gruppen der Deportierten anwendete, könnten allerdings grundlegende Unterschiede aufweisen. Das Integrationspotential der Sondersiedler war ebenfalls unterschiedlich. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, den Zustand der verschiedenen Deportiertenkategorien zu vergleichen und die Merkmale der Hierarchie der sozialen Struktur in den Sondersiedlungen zu identifizieren. Außerdem wird der Vergleich der Position, die das Regime bezüglich der „ethnischen“, „sozialpolitischen“ und „konfessionellen“ Sondersiedlergruppen einnahm, helfen, die Rolle der Rassenkomponente in der stalinistischen Politik besser zu offenbaren.

#### 4. Fragestellung und methodologische Vorgehen

Die historiographische Analyse ermöglichte es, eine Schlüsselfrage zu formulieren, die im Rahmen der vorliegenden Dissertation beantwortet wird: Wie und in welchen Formen verlief die soziale Integration der Sondersiedler, inwieweit war sie erfolgreich und welche Merkmale hatte ihr Verlauf bei unterschiedlichen Deportiertengruppen? Die Arbeitshypothese dieser Forschung lautet, dass die soziale Integration der Sondersiedler unter einem ständigen Druck des Staates auf diese erfolgte, der sowohl durch formelle als auch informelle diskriminierende Praktiken die Lebensweise und Handlungsoptionen der Deportierten einschränkte und festlegte, was ihnen zur Verfügung stand und was nicht. Gleichzeitig verschob sich diese Grenze des Zulässigen aufgrund der Widersprüche innerhalb der Machtstruktur und der sich regelmäßig ändernden Ziele des Regimes ständig. Dies machte den Zustand der Sondersiedler äußerst instabil und verlangsamte ihren Integrationsprozess. Darüber hinaus erstellte das Regime eine Hierarchie in den Sondersiedlungen auf der Grundlage seiner eigenen Einschätzung des Integrationspotenzials der Deportiertenkategorien. Infolgedessen erhielten Gruppen, die als loyaler bewertet wurden, im Vergleich zu „weniger zuverlässigen“ Kategorien deutlich mehr Möglichkeiten.

Der zentrale Begriff dieser Forschung – soziale Integration – wird in der Soziologie mehrdeutig interpretiert. Im weitesten Sinne des Wortes bezieht es sich auf den Prozess der Herstellung stabiler Beziehungen zwischen unabhängigen Akteuren und deren weitere Umwandlung in ein integrales System, das auf gemeinsamen Zielen und Interessen beruht. Wenngleich dieser Prozess niemals abgeschlossen ist und keinen idealen Zustand erreichen kann, ist die Integration direkt mit der Kategorie „Erfolg“ verbunden, d. h., sie kann entweder gelingen oder erfolglos sein<sup>69</sup>. Nach der Konzeption der pragmatischen Integration gilt dieser Prozess als erfolgreich, wenn alle Mitglieder der Gesellschaft ein Gleich-

---

<sup>69</sup> Zu Folgenden siehe: Ganzenmüller, Jörg: Russische Staatsgewalt und polnischer Adler. Elitenintegration und Staatsausbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850), Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2013, S. 25 ff.



gewicht hinsichtlich der Befriedigung ihrer eigenen Interessen erreichen. Anders gesagt ist die Integration mit der Möglichkeit der Akteure verbunden, ihren Nutzen zu maximieren: Wenn normatives Handeln den Menschen den größtmöglichen Nutzen bringt, werden sie trotz Alternativen normativ handeln. Konflikte entstehen aufgrund unterschiedlicher Interessen unter den Mitgliedern der Gesellschaft, in deren Zusammenhang die Maximierung des Nutzens einiger zu einem Rückgang der Gewinne anderer führt. Bei einer normativen Integration wird die Integration als erfolgreich bewertet, wenn alle Mitglieder der Gesellschaft die vorherrschenden Normen akzeptierten und eine Balance zwischen den Bedürfnissen des Einzelnen und den Erwartungen der Gesellschaft an sie besteht. Mit anderen Worten ist eine Form der Integration einer Person in die Gemeinschaft die „Loyalität“. In der Regel manifestiert sich die „Loyalität“ in der Verpflichtung, allgemeine Regeln einzuhalten, die von verschiedenen Behörden kontrolliert werden. Die Ursache von Konflikten sind nicht die Widersprüche zwischen den Interessen der Mitglieder der Gesellschaft, sondern Unterschiede im Verständnis von Rollen, wenn eine „Loyalität“ und entsprechende Rollenerwartungen anderen widersprechen<sup>70</sup>.

Es ist jedoch kaum davon auszugehen, dass in der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen des Einzelnen und den Erwartungen anderer Mitglieder des Sozialsystems an sie erreicht werden konnte. Aufgrund der Besonderheiten des stalinistischen politischen Regimes wurde der Prozess der sozialen Integration deformiert.

Während der Erforschung der sowjetischen Geschichte der 1920er bis 1930er Jahren bildeten sich zwei klassische konzeptuelle Ansätze zum Verständnis des Wesens des Stalinismus heraus: der „totalitäre“ und „revisionistische“ Ansatz. Im Rahmen der ersten Konzeption wurde die stalinistische Gesellschaft entweder als völlig dem tatsächlich über grenzenlose Macht verfügenden Staat untergeordnet oder als mit ihm vereint betrachtet. Gleichzeitig wurde „Totalität“

---

<sup>70</sup> Vgl. Parsons, Talcott: *The System of Modern Societies*, New Jersey: Prentice-Hall, 1971, S. 18–26.

nicht nur in den repressiven Praktiken des Regimes, sondern auch in der Unterordnung aller sozialen Institutionen unter diese politische Struktur gesehen. Infolgedessen wurde nach Ansicht der Befürworter des „totalitären Paradigmas“ der staatliche Zwang auf Bereiche ausgedehnt, die zuvor nicht oder nur in begrenztem Umfang der Zuständigkeit des Staates unterlagen<sup>71</sup>. Indem die Vertreter des zweiten Ansatzes die These über den allgegenwärtigen totalitären Staat kritisierten, versuchten sie, die Dualität der Normen des Alltagslebens und die Heterogenität der öffentlichen Vorstellungen aufzuzeigen. Dadurch schlossen sie auf die spontane Ausrichtung von Stalins Terror<sup>72</sup>.

Die berechtigten Hinweise der Befürworter des „revisionistischen Ansatzes“ auf Widersprüche zwischen verschiedenen Untersystemen innerhalb des sowjetischen Systems sowie die Tatsache, dass der Staat nicht alle Bereiche der Gesellschaft kontrollieren konnte, können jedoch nicht als Grundlage für eine vollständige Ablehnung der Terminologie des „Totalitarismus“ dienen. In dieser

---

<sup>71</sup> Die konzeptionellen Grundlagen für diesen Standpunkt wurden von Hannah Arendt, Zbigniew Brzezinski, Carl Friedrich, Alfred Meyer und Juan Linz gelegt. Vgl. Arendt, Hannah: *The Origins of Totalitarianism*, New York: Harcourt, Brance & World, 1966; Brzezinski, Zbigniew: *Ideology and Power in Soviet Politics*, New York: Praeger, 1962; Friedrich, Carl / Zbigniew Brzezinski: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Harvard: Harvard University Press, 1965; Meyer, Alfred: *The Soviet Political System: An Interpretation*, New York: Penguin Random House, 1965; Linz, Juan: *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, Boulder: Lynne Rienner, 2000. Unter den moderneren Forschungen zum Stalinismus, die im Rahmen des totalitären Paradigmas durchgeführt wurden, sollten die Werke von Oleg Chlevnjuk und Irina Pavlova hervorgehoben werden. Vgl. Chlevnjuk, Oleg: *Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre*, Hamburg: Hamburger Edition, 1998; Pavlova, Irina: *Sovremennye zapadnye istoriki o stalinskoj Rossii 30-ch godov (kritika revizionistskogo podchoda)*, in: *Otečestvennaja istorija*, Nr. 5, 1998, S. 107–121; ders: *Mechanizm vlasti i stroitel'stvo stalinskogo socializma*, Novosibirsk: Izdatel'stvo SO RAN, 2001.

<sup>72</sup> Vgl. Fitzpatrick, Sheila: *Education and Social Mobility in the Soviet Union, 1921–1934*, Cambridge: Cambridge University Press, 1979; Getty, J. Arch: *Origins of the Great Purges: The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1939*, Cambridge: Cambridge University Press, 2008; Viola, Lynne: *The Best Sons of the Fatherland: Workers in the Vanguard of Soviet Collectivization*, Oxford: Oxford University Press, 1989; Manning, Roberta: *Government in the Soviet countryside in the Stalinist thirties: The case of Belyi Raion in 1937: The Carl Beck papers in Russian and East European studies*, Pittsburgh: Russian and East European Studies Program, University of Pittsburgh, 1984; Zubkova, Elena: *Obščestvo i reformy. 1945–1964*, Moskau: AJRO, 1993.

Hinsicht ist John Keep zuzustimmen, der darauf hinwies, dass die kognitiven Möglichkeiten des totalitären Paradigmas, auch im Rahmen der Analyse der Sozialgeschichte, nicht ausgeschöpft sind, wenn es korrekt angewendet wird. Der Historiker schlug vor, das Konzept „Totalität“ in drei Dimensionen – „the ruling Party’s totalizing aspirations“, „the mechanisms of rule“, „extensive controls over society“ – zu bewerten und gleichzeitig seine Grenzen zu identifizieren. In dem Keep die letzte Verhaltensdimension betrachtete und die wesentlichen Schwierigkeiten und Beschränkungen, die die totale Kontrolle der Bevölkerung begrenzten, betonte, kam er zu der folgenden Schlussfolgerung: „Soviet society was not ‚atomized‘, as early spokesmen for the totalitarian interpretation held, since horizontal linkages persisted. But it was indeed severely constrained. The Stalin regime tried very hard to impose total control, especially after 1945, and achieved a remarkable degree of success in doing so“.<sup>73</sup>

Im Rahmen der vorliegenden Dissertation wird die Definition der politischen Struktur des stalinistischen Regimes verwendet, die von Sergej Krasil’nikov formuliert wurde. Ihm zufolge war das politische System dieser Zeit durch das bürokratische (totalitäre) Regime gekennzeichnet, das seiner Existenz nach ideokratisch (basierte auf der sowjetischen Ideologie), mobilisierend (nutzte die Techniken der sozialen Mobilisierung, um seine Nachhaltigkeit zu erreichen) und bewachend (hielt an der Macht fest) war und auf einem Konglomerat verschiedener sozioökonomischer Ordnungen und einer mosaikartigen sozialen Struktur aufbaute<sup>74</sup>. Auf diese Weise wird die „Totalität“ als Streben des Staates danach angesehen, durch Terror sowie ideologische, mobilisierende und andere Praktiken die Gesellschaft zu unterwerfen; dieses Streben stieß im Prozess seiner

---

<sup>73</sup> Keep, John / Alter Litvin: *Stalinism. Russian and Western views at the turn of the millennium*, London, New York: Routledge 2005, S. 98 f.

<sup>74</sup> Krasil’nikov, Sergej: *Stalinskaja model’ social’noj mobilizacii: nekotorye problemy izučenija*, in: *Vestnik NGU. Serija: istorija, filologija*, Nr. 10, 2011, S. 41 f.; ders: *Ochranitel’nost’ kak sistemnaja charakteristika stalinskogo režima: k voprosu o roli i funkcijach repressij v kvazisudebnoj forme*, in: *Znat’, čtoby ne zabyt’: totalitarnaja vlast’ i narod v načale 20 – načale 50-ch godov XX veka.*, Ust’-Kaminogorsk: Vostočno-kazachstanskij gosudarstvennyj universitet im. S. Amanžolova, 2014, S. 248.

Umsetzung auf eine Reihe erheblicher Einschränkungen, die sowohl mit der Heterogenität des Sozialsystems als auch mit Widersprüchen innerhalb der Machtstruktur verbunden waren.

Die betrachtete Diskussion über die Natur des stalinistischen Regimes der 1920er bis 1930er Jahre beeinflusst das Verständnis der Merkmale seiner Funktionsweise in der Nachkriegszeit, da alle in ihrem Rahmen thematisierten Probleme weiterhin relevant sind. Es ist daher vernünftig, die Fragen sowohl zu den Grenzen des „Totalitarismus“, d. h. dazu, inwieweit das stalinistische Regime, das bereits durch den Sieg im Krieg seine Stabilität bewiesen und schließlich seine Macht gefestigt hatte, seinen Einfluss auf die sozialen Beziehungen vertiefen konnte, als auch zur Zentralisierung / Spontaneität des Terrors zu stellen, d. h. dazu, welche Rolle das Zentrum und die Regionen bei der Durchführung der diskriminierenden Praktiken spielten, einschließlich der bezüglich der Sondersiedler. Diese Probleme sollten im Kontext der Entwicklung der stalinistischen Diktatur betrachtet werden. Ferner sollte das Verhältnis von innovativen und auf der Grundlage der Modelle der 1930er Jahre rekonstruierten Praktiken im System des Spätstalinismus ermittelt werden.

Basierend nicht nur auf den modernen Interpretationen des „totalitären Paradigmas“, sondern auch auf den methodologischen Bemerkungen der Soziologin Ljudmila Korel'<sup>75</sup> zum Problem der unfreiwilligen Anpassungen lassen sich die folgenden Besonderheiten der sozialen Integration offenbaren. Erstens hatte dieser Prozess einen erzwungenen Charakter. Die Deportierten waren gezwungen, sich zu integrieren, weil sie keine legalen Möglichkeiten hatten, dieses Umfeld zu verlassen, in das sie unfreiwillig geraten waren. Der maximale Einsatz war dabei das physische Überleben. Zweitens verfügten die Sondersiedler über keine Mittel, um die festgelegten Normen anzupassen und sie mit ihren Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Die soziale Integration fand unter deutlichem Druck des Regimes statt, das die Grenzen des normativen Verhaltens klar definierte und

---

<sup>75</sup> Vgl. Korel', Ljudmila: Sociologija adaptacii. Voprosy teorii, metodologii i metodiki, Novosibirsk: Nauka, 2005, S. 137–142.

Abweichungen von diesen bestrafte. Da drittens politische, soziale und kulturelle Normen, die sich von den oben diktierten unterschieden und beispielsweise von einzelnen lokalen Führern, einheimischen Bewohnern oder religiösen Organisationen ausgingen, vom nach der totalen Kontrolle strebenden Regime als Bedrohung betrachtet wurden, war es für die Sondersiedler potenziell gefährlich und riskant, ihnen zu folgen. Viertens verschmolzen die Begriffe „Integration in die Gesellschaft“ und „Integration in das politische System“ in vielerlei Hinsicht in der stalinistischen Gesellschaft: Die erste kann kaum ohne die zweite erfolgreich sein, denn es ist in ähnlichen Gesellschaften fast unmöglich, Teil der gesellschaftlichen Strukturen ohne die Akzeptanz der politischen Spielregeln zu werden. Mit anderen Worten mussten die Sondersiedler für die erfolgreiche Integration mindestens lernen, ihre Loyalität zur Macht zu simulieren.

Als Kriterium für den Erfolg der sozialen Integration dient auf diese Weise nicht die Herstellung der Balance zwischen den Bedürfnissen des Individuums und der Gesellschaft, sondern die Schaffung einer Situation, in der das Regime einerseits den Sondersiedlern erlaubte, zu leben, zu arbeiten, eine Ausbildung zu erhalten, ihre Kultur zu bewahren usw., soweit dies den übrigen Sowjetbürgern gestattet war, denen die Deportierten durch die Verordnung vom 8. Januar 1945 tatsächlich gleichgesetzt wurden, und die Sondersiedler andererseits die ihnen gestellten Anforderungen erfüllten und ihre „Loyalität“ zeigten. Anders gesagt ist in dieser Hinsicht der Erfolg der sozialen Integration mit der Erreichung des durch das stalinistische politische System deformierten Interessenausgleichs zwischen dem Staat und den Mitgliedern der Gesellschaft verbunden, der eine vorübergehende Stabilität in der Beziehung zwischen diesen beiden Akteuren sicherte.

In der wissenschaftlichen Literatur wird über die Richtigkeit der Verwendung des Begriffs „Deportation“ bezüglich der Zwangsmigrationen der stalinistischen Zeit diskutiert. Diesen Terminus kritisierte beispielsweise Larisa Belkovec, die argumentierte, dass „Deportation“ aus rechtlicher Sicht die Ausweisung eines ausländischen Staatsbürgers aus dem Staat bedeutet, wenn keine rechtlichen

Gründe für seinen Aufenthalt im Land vorliegen<sup>76</sup>. Stattdessen verwendete die Historikerin den Begriff „Zwangsumsiedlungen“. Nikolaj Bugaj begann ihn in seinen späteren Werken zu nutzen und kritisierte traditionelle historiographische Konzepte wie „totale Deportation“, „sowjetische Deportationspolitik“ und „erzwungene Deportation“.<sup>77</sup> Nichtsdestoweniger ist der Begriff „Deportation“ immer noch eine der am häufigsten verwendeten Bezeichnungen für Zwangsmigration. Zum Beispiel nutzt Pavel Poljan ihn als Synonym für repressive Migrationen, die er mit „freiwillig erzwungenen“ Migrationen wie Repatriierung, Evakuierung oder Flucht kontrastierte<sup>78</sup>.

In der englisch- und deutschsprachigen historischen Gemeinschaft wird der Begriff „ethnic Cleansing“ / „ethnische Säuberung“ häufig zusammen mit „Deportation“ in Bezug auf ethnische Zwangsmigrationen der stalinistischen Zeit verwendet. Dieser Terminus wurde von Journalisten eingeführt, um die Migrationsprozesse zu definieren, die mit dem Krieg in Jugoslawien einhergingen, und wurde später von Norman Naimark konzeptionell begriffen<sup>79</sup>. Im allgemeinsten Sinne bezieht sich die „ethnische Säuberung“ auf jede Art von Vertreibung einer „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppe aus einem Gebiet, die durch politische, ethnische, religiöse, strategische oder ideologische Überlegungen verursacht wird. Dieser Begriff deckt jedoch nicht die gesamte Vielfalt der Zwangsmigrationen der Kriegs- und Nachkriegszeit in der UdSSR ab. In diesem Zusammenhang wird im Rahmen dieser Dissertation der allgemeinere und etabliertere Terminus bevorzugt – „Deportation“.

Ein stabiles Begriffssystem für die Übersetzung der Bezeichnung der Deportiertenkategorien wurde in der englisch- und deutschsprachigen Geschichtsschreibung noch nicht gebildet. Dies liegt daran, dass die westlichen Forscher sich hauptsächlich nicht auf die Besonderheiten der Funktionsweise des Sonder-

---

<sup>76</sup> Vgl. Belkovec, 2003, S. 32.

<sup>77</sup> Vgl. Bugaj, Nikolaj: *Zaščita sostojalas', problemy ostajutsja*, in: *Privolžskij naučnyj vestnik*, Nr. 7, 2014, S. 124.

<sup>78</sup> Vgl. Poljan, 2001, S. 47.

<sup>79</sup> Vgl. Naimark, Norman: *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Harvard: Harvard University Press, 2001, S. 85–108.

siedlungssystem, sondern auf die nationale und soziale sowjetische Politik und den Prozess der Umsetzung der Deportationskampagnen fokussieren. Die Situation wird durch die Tatsache verkompliziert, dass sich im Laufe der gesamten Geschichte dieses repressiven Systems die Terminologie, die durch das Regime bezüglich der Deportierten verwendet wurde, regelmäßig änderte. Infolgedessen wurden die Mitarbeiter des sowjetischen Strafvollzugssystems selbst regelmäßig mit zahlreichen Bezeichnungen verwirrt<sup>80</sup>.

Ursprünglich wurde der Begriff „Sondersiedler“ (rus. *specposelency* / *specpereselency*) auf die in den frühen 1930er Jahren als Kulaken deportierten Bauern angewendet. Seit 1933 wurden diese Personen als „Arbeitersiedler“ (rus. *trudposelency* / *trudpereselency*) bezeichnet. In der ersten Hälfte der 1940er Jahre umfasste der Begriff „Arbeitersiedler“ auch die Wolgadeutschen und zu den „Sondersiedlern“ gehörten in dieser Zeit beispielsweise die deportierten Polen. Am Ende des Krieges wurden die „Arbeitersiedler“ wieder „Sondersiedler“ genannt. Jedoch teilten die Verordnungen des SNK vom 24. November 1948 und das Dekret des Präsidiums des Obersten Rates vom 26. November 1948 diese Kategorie in zwei Gruppen ein: „Zwangsausgesiedelte“ (rus. *vyselency*) und „Sondersiedler“. Die erste, die etwa 80 % der Deportierten enthielt, umfasste Personen, die durch diese Dekrete für immer in Sondersiedlungen zurückgelassen wurden, darunter Deutsche, Kalmücken, Karatschais, Ingusch, Tschetschenen, Balkare, Krimtataren, Krimgriechen, Bulgaren, Armenier, meskhetische Türken, Kurden, Hemshils und 1949 aus den baltischen Staaten Deportierte. Die restlichen, die für eine festgelegte Frist deportiert wurden, wurden in die zweite Gruppe aufgenommen. Zum Beispiel gehörten dazu die „Angehörigen der Wladow-Armee“ und „Ukazniki“.

„Sondersiedler“ / „Arbeitersiedler“ / „Zwangsausgesiedelte“ sollten nicht mit „Verbannten“ (rus. *ssyl'nye*), „Verbannungssiedlern“ (rus. *ssyl'noposelency*)

---

<sup>80</sup> Mehr zum Registrierungssystem für Sondersiedler: Vgl. Ignatova, Nadežda: *Osobnosti učeta čislennosti specpereselencev v Komi ASSR v 1930–1950-ye gody*, in: *Magistra Vitae: èlektronnyj žurnal po istoričeskim naukam i archeologii*, Nr. 35, 2008, S. 42–52.

und „Verwaltungsverbannten“ (rus. administrativno vyslannye) verwechselt werden. Die ersten drei Begriffe bezeichnen Bürger, die im Rahmen der kollektiven repressiven Kampagnen ohne Gerichtsentscheidung in die Sondersiedlungen verschickt wurden. Die Deportationen der „Verbannten“ und „Verbannungssiedler“ wurden auf der Grundlage einer Gerichtsentscheidung individuell durchgeführt. Der Unterschied zwischen beiden Kategorien besteht darin, dass die ersten für eine festgelegte Frist verbannt wurden und die zweiten auf ewig in die Sondersiedlungen gerieten. „Verwaltungsverbannte“ wurden auch individuell deportiert, aber nicht durch eine Gerichtsentscheidung, sondern durch eine Entscheidung einer anderen Behörde, beispielsweise eines Exekutivkomitees. Der Status der „Verbannungssiedler“ wurde auf eine relativ große Gruppe von Personen angewendet, die nach dem Beitritt der baltischen Staaten zur Sowjetunion im Rahmen der Kampagne zur Säuberung dieses Territoriums von „antisowjetischen, kriminellen und sozial gefährlichen Elementen“ deportiert wurden. 1944 wurden diese Personen zum Teil der „Sondersiedler“,<sup>81</sup> obwohl sie in Quellen weiterhin regelmäßig als „Verbannungssiedler“ bezeichnet wurden.

In der vorliegenden Dissertation werden nur „Sondersiedler“ / „Arbeiter-siedler“ / „Zwangsausgesiedelte“ betrachtet. Der Einfachheit halber werden alle diese Kategorien „Sondersiedler“ genannt. Gleichzeitig bleiben die ehemaligen „Kulaken“ außerhalb des Rahmens dieser Forschung. Bis 1945 hatten sie bereits etwa 15 Jahre in der Verbannung gelebt. Außerdem hatten sie schon vor langer Zeit eine Phase der demografischen Anpassung durchlaufen: 1935/1936 entsprachen ihre Geburtenraten den Sterblichkeitsraten<sup>82</sup>, während 1945 die Sterblichkeitsrate von Personen, die während des Krieges deportiert wurden, um ein Vielfaches höher war als die Geburtenrate<sup>83</sup>. Aus diesen Gründen erscheint es nicht korrekt, das Integrationspotential der „ehemaligen“ Kulaken mit dem Potenzial von in der Kriegs- und Nachkriegszeit deportierten Personen zu vergleichen.

---

<sup>81</sup> Vgl. Ignatova, 2009, S. 4.

<sup>82</sup> Vgl. Zemskov, 1990b, S. 6.

<sup>83</sup> Vgl. Sarnova, 2005, S. 28.



Darüber hinaus wurden die meisten Bauern bereits Ende der 1940er Jahre abgemeldet und freigelassen. Als Synonym für das Wort „Sondersiedler“ wird der Begriff „Deportierte“ in der vorliegenden Dissertation verwendet, obwohl der zweite Terminus viel umfassender ist als der erste. Der Begriff „Verbannungssiedler“ bezieht sich nur auf Personen, die Anfang der 1940er Jahre aus den baltischen Staaten deportiert wurden. Diese Begriffsverwendung verfolgt das Ziel, sie von den „Zwangsausgesiedelten aus dem Baltikum“ zu unterscheiden, die 1949 in die Sondersiedlungen verschickt wurden.

## 5. Quellenbasis und Aufbau der Arbeit

Die Quellenbasis dieser Forschung umfasst sowohl dokumentarische als auch narrative Quellen. Zur ersten Gruppe gehören vor allem Gesetzgebungs- und Regulierungsdokumente. Dies sind nicht nur Entscheidungen von Parteigremien auf drei Ebenen (zentral, regional, lokal), einschließlich solcher, die durch den SNK oder das Präsidium des Obersten Rates formalisiert wurden, sondern auch Anordnungen des NKVD / MVD, insbesondere seiner vierten Sonderabteilung, die für die Sondersiedlungen zuständig war. Darüber hinaus enthält die Kategorie der dokumentarischen Quellen die Berichtsdocumentation. Hierbei handelt es sich um Berichte mit Informationen zu verschiedenen Aspekten des Lebens der Sondersiedler, die am häufigsten von den Bezirks- und Gebietsabteilungen des NKVD / MVD an höhere Behörden weitergeleitet wurden. Außerdem werden in der Dissertation die interne Verwaltungsdokumentation verschiedener Regierungsbehörden, Wirtschaftsorganisationen („Tomles“, „Kemerovougol“, „Molotovugol“, „Kiselevskugol“) und Bildungseinrichtungen (einer Tomscher Fachschule und vier Tomscher Universitäten) sowie Korrespondenz zwischen ihnen verwendet. Für diese Forschung sind auch statistische Quellen von wesentlicher Bedeutung, die sowohl Daten aus der Zentralverwaltung der UdSSR für die Statistik als auch verschiedene statistische Informationen vom NKVD / MVD umfassen. Besonders hervorzuheben sind die Personalakten von den in Fach- und Hochschuleinrichtungen ausgebildeten Sondersiedlern, die in Archiven dieser Bildungseinrichtungen gefunden wurden. Diese Dokumente enthalten verschiedene personenbezogene Daten der Deportierten, Informationen über ihre Noten, ihre Teilnahme am öffentlichen Leben, Erkenntlichkeiten und Bestrafungen. Diese Quelle ermöglichte es, die fehlenden von Mitarbeitern des NKVD / MVD zusammengestellten Personalakten der Sondersiedler, die derzeit für Forscher unzugänglich sind, in gewissem Umfang zu kompensieren.

Daher werden im Rahmen der Dissertation dokumentarische Quellen sowohl der Behörden auf drei Ebenen als auch der lokalen Bildungs- und Wirtschaftsorganisationen verwendet, in denen die Sondersiedler ausgebildet wurden

oder arbeiteten. Insgesamt wurden Dokumente aus 32 Beständen analysiert, die sich in den Sammlungen von zwei zentralen (GARF, RGAE) und vier regionalen Archiven (GANO, GAKO, GATO, CDNI TO) sowie vier Archiven von Hochschuleinrichtungen befinden.

Darüber hinaus wurden bereits veröffentlichte Quellen in der Forschung verwendet. Unter den zahlreichen Dokumentensammlungen sind besonders das von Boris Trenin verfasste Werk<sup>84</sup> zu beachten, das Dokumenten enthält, die nicht nur die Anzahl, die Beschäftigung und die Lebensbedingungen der Sondersiedler im Gebiet Tomsk, sondern auch die vom Regime durchgeführte ideologische Politik widerspiegeln, sowie die von Ol'ga Vydrina herausgegebene Dokumentensammlung<sup>85</sup>, in der Quellen, die unterschiedliche Aspekte des Lebens der Kalmücken im Gebiet Novosibirsk beschrieben, dargestellt sind. Besondere Aufmerksamkeit verdienen außerdem die deutschsprachigen Dokumentations-sammlungen, die Alfred Eisfeld und Viktor Herdt im Zuge der Erforschung der Geschichte der Sowjetdeutschen verfassten<sup>86</sup>.

Die narrativen Quellen repräsentieren Erinnerungen der Deportierten und Interviews mit ihnen, die in der postsowjetischen Zeit gesammelt wurden, als die ehemaligen Sondersiedler bereits einen langen Weg der Reflexion gegangen waren. Zusätzlich zu den Materialien, die bereits veröffentlicht wurden, werden Quellen in der Dissertation verwendet, die von den Mitarbeitern des Gedenkmuseums des Tomsker „Untersuchungsgefängnisses des NKVD“ zur Verfügung gestellt wurden.

Die soziale Integration ist das Ergebnis unterschiedlicher Prozesse. Das heißt, dass sie vielfältig ist und alle Aspekte des Lebens berührt: In ihrem Ver-

---

<sup>84</sup> Vgl. *Iz istorii zemli Tomskoj. 1940–1956. Nevol'nye sibirjaki: sb. dok. i materialov*, hg. v. Irida Nam / Natal'ja Naumova / Boris Trenin, Tomsk: Vodolej, 2001.

<sup>85</sup> Vgl. *Deportirovannye kalmyki na Novosibirskoj zemle: rasselenie i obustrojstvo. Dekabr' 1943–1946 gg.*, hg. v. Ol'ga Vydrina / Igor' Samarin, Novosibirsk: Gosudars-tvennyj archiv Novosibirskoj oblasti, 2018.

<sup>86</sup> Vgl. *Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956*, hg. v. Alfred Eisfeld / Viktor Herdt, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1996; *Eisfeld, Alfred: Die Aussiedlung der Deutschen aus der Wolgarepublik 1941–1957*, München: Osteuropa-Institut München, 2003.

lauf nehmen die Menschen die sozialen Normen des neuen Umfelds auf und passen ihr Verhalten an es an, verwirklichen sich im beruflichen Bereich und knüpfen Kontakte zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft, lernen die Sprache und bringen ihre kulturellen Vorstellungen mit der im Umfeld vorherrschenden Kultur in Einklang. Diese Tatsache gab die Gliederung dieser Dissertation vor: Jedes Kapitel ist einem eigenen Aspekt des Integrationsprozesses gewidmet. Es sollte aber bedacht werden, dass die soziale Integration nicht auf die in der Dissertation vorgestellten Parameter beschränkt ist. Beispielsweise bleiben Probleme im Zusammenhang mit der Bewusstseinsveränderung der Sondersiedler oder ihrer Beziehung zur örtlichen Bevölkerung unberücksichtigt.

Die ersten beiden Abschnitte der Dissertation konzentrieren sich auf die Möglichkeiten, die das Regime den Sondersiedlern gab. In dieser Hinsicht werden die Grenzen dieser Möglichkeiten sowie der Grad der Bereitschaft der Deportierten offenbart, sie zu benutzen. Im ersten Kapitel wird die soziale Integration unter dem Gesichtspunkt der beruflichen Selbstverwirklichung analysiert, d. h. die Möglichkeit der Sondersiedler, Positionen einzunehmen, die ihren Qualifikationen, Fähigkeiten und Arbeitserfahrungen entsprachen. Das zweite Kapitel basiert auf der von Pitirim Sorokin entwickelten Konzeption der „Kanäle sozialer Mobilität“, unter denen verschiedene soziale Institutionen verstanden werden, die Menschen helfen, die soziale Hierarchie zu erklimmen und ihren sozialen Status erheblich zu verbessern. Auf dieser Grundlage wird die soziale Integration als die Möglichkeit der Sondersiedler analysiert, solche „Kanäle“ am Beispiel eines der effektivsten von ihnen, der Fach- und Hochschulbildung, zu nutzen.

Im dritten und vierten Kapitel wird die Bereitschaft der Sondersiedler bewertet, die vom Regime gestellten Anforderungen zu erfüllen. Zunächst wird mit der Analyse der Fluchten der Deportierten ein Merkmal ihres Protestpotentials beschrieben. Damit wird ihre Integration hinsichtlich ihrer Fähigkeit bewertet, die gesetzlich festgelegten Regeln einzuhalten. Danach wird die Teilnahme der Sondersiedler an politischen Kampagnen betrachtet, da, wie oben erwähnt, der

Prozess der Integration in „totalitären“ Gesellschaften unmöglich ist, ohne dass Menschen die Fähigkeit entwickeln, ihre politische Loyalität zumindest zu simulieren.

Im Fokus des letzten, fünften Kapitels steht der Prozess der Freilassung der Sondersiedler. Dieses fasst die vorherigen Ergebnisse zusammen: Die Integration von Individuen in ein soziales System kann als bedingt erfolgreich betrachtet werden, wenn sie sich dafür entschieden, in diesem System zu bleiben, selbst nachdem sie die Möglichkeit bekommen haben, es zu verlassen.

## **I. Die soziale Integration durch den Beruf: Fachkräfte, Facharbeiter und Parteimitglieder in Sondersiedlungen**

Die Sondersiedler waren keine homogene Sozialgruppe: Zu ihnen gehörten Personen, die sich durch nationale, ethnische, geschlechtliche, religiöse, klassenbedingte u.a. Eigenschaften unterschieden. Anders gesagt, die soziale Integration von jungen deutschen Männern, die vor der Deportation in der städtischen Industrie gearbeitet hatten, und von älteren kalmückischen Frauen, die sich früher in den Dörfern mit der Viehzucht beschäftigt hatten, verlief unterschiedlich. In diesem Kapitel drei große Gruppen der Sondersiedler exemplarisch betrachtet: Fachkräfte (Lehrer, Ärzte, Agronomen, Anwälte, Ingenieure usw.), Facharbeiter (Schreiner, Schlosser, Traktorfahrer, Mechaniker usw.) und Parteimitglieder (sowohl ehemalige Führungskräfte des sowjetischen Parteiensystems als auch gewöhnliche Angehörige der KPdSU).

Diese Gruppen wurden für die Analyse ausgewählt, da sie vor der Deportation relativ prestigeträchtige Positionen einnahmen und in das sowjetische Sozialsystem integriert waren. Zwar verloren sie als Ergebnis der Verbannung ihren alten Sozialstatus und gerieten in eine Überlebenssituation. Jedoch besaßen sie im Vergleich zu anderen Sondersiedlern durch ihre berufliche oder politische Erfahrung, die ihre Integration erleichtern konnte, einen expliziten Vorteil. Wenn folglich die vorliegende Forschung zeigen wird, dass Vertreter dieser Gruppen weder zu einem vollwertigen Teil der Sowjetgesellschaft werden noch relativ prestigeträchtige Sozialpositionen einnehmen konnten, lässt sich die Hypothese aufstellen, dass die restlichen Sondersiedler in eine noch schwierigere Situation gerieten und realer Chancen auf eine erfolgreiche Existenz im Sowjetsystem beraubt wurden. Umgekehrt beweist die mehr oder weniger erfolgreiche Integration von Fachkräften, Facharbeitern und Parteimitgliedern, dass mindestens ein Teil der Deportierten nicht gänzlich marginalisiert war, weil sie ihre berufliche Stellung zumindest teilweise behaupten konnten.

Obwohl in der wissenschaftlichen Literatur traditionell der Frage nach dem beruflichen Stand der Sondersiedler große Beachtung gewidmet wird, werden erst in letzter Zeit ernsthafte Versuche unternommen, dieses Problem in Bezug auf einzelne soziale Gruppen zu analysieren. Nichtsdestoweniger hat dies schon zu recht interessanten Diskussionen geführt. So wies Aleksandr Šadt auf die massiven Entlassungen von allen zu den Sondersiedlern gehörenden Lehrern, Professoren und Künstlern 1948 hin, die mit der Verschärfung des Sondersiedlungsregimes verbunden gewesen seien<sup>87</sup>. Dies manifestiert das Streben der sowjetischen Behörden nach einer Marginalisierung der unterdrückten Kontingente. Diese Schlussfolgerung wurde indirekt von Elena Genina bestätigt, die die Säuberungen der Unternehmen und Einrichtungen von Sondersiedlern im Rahmen des Kampfs gegen den Kosmopolitismus bewies<sup>88</sup>. Aleksandr Ivanov stimmte Šadt nicht zu und kam zu dem Schluss, dass mehrfach versucht worden sei, Deportierten (als unzuverlässigen Elementen) zu kündigen, aber der Wunsch der regionalen Behörden nicht immer den Möglichkeiten entsprochen habe. Am Ende hätten die Sondersiedler weiter in diesen Positionen gearbeitet<sup>89</sup>.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Kapitels steht die Frage: Inwieweit konnten Fachkräfte, Facharbeiter und Parteimitglieder ihren im Ergebnis der Deportation verlorenen Sozialstatus wiederherstellen? Der erste Teil widmet sich der Analyse des Arbeitsvermittlungsprozesses von Fachkräften und Facharbeitern, der unmittelbar nach dem Kriegsende vom Regime initiiert wurde. Die erhaltenen Ergebnisse erlauben zu verstehen, ob die Sondersiedler eine ihren Fertigkeiten und Erfahrungen entsprechende Arbeitsstelle finden konnten oder sie gezwungen waren, neue Berufe auszuüben oder sich mit einer unqualifizierten Ar-

---

<sup>87</sup> Vgl. Šadt, Aleksandr: Ètničeskaja ssylka sovetskich nemcev, in: Sergej Krasil'nikov Krasil'nikov / Aleksandr Šadt (Hrsg.), *Marginaly v sovetskom sociume. 1930-e – seredina 1950-ch gg.*, Novosibirsk: Institut istorii SO RAN, 2010, S. 335–416.

<sup>88</sup> Vgl. Genina, Elena: Kampanija po bor'be s kosmopolitizmom v Tomskoj oblasti (konec 1940-ch – načalo 1950-ch gg.), in: *Vestnik Tomskogo gosudarstvennogo universiteta*, Nr. 437, 2008, S. 59.

<sup>89</sup> Vgl. Ivanov, Aleksandr: Obrazovatel'naja sreda i ierarchičnost' na specposelenie v Zapadnoj Sibiri (1940–1950-e gg.), in: *Oriental Studies*, Nr. 27, 2016b, S. 50.

beit zu beschäftigen. Gleichzeitig wird ein besonderer Schwerpunkt bei der Analyse auf die Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Arbeitsvermittlung von verschiedenen Fachleuten gelegt. In diesem Zusammenhang wird fast jedes Sonderkontingent separat betrachtet. Darüber hinaus wird die Frage nach der u.a. geschlechtlichen, ethnischen sowie beruflichen Struktur von Fachleuten behandelt. Der zweite Abschnitt widmet sich dem Einfluss der von den späten 1940er bis frühen 1950er Jahren vom Regime durchgeführten repressiven Kampagnen (des Kampfs gegen den Kosmopolitismus und der Ärzteverschwörung) auf den Status der Deportierten. So lässt sich ermitteln, ob die Situation von Personen, die dennoch einer ihrem Beruf entsprechenden Tätigkeit nachgingen, stabil war oder sie von der sich regelmäßig ändern Parteipolitik abhing. Im dritten Teil werden die Sozialpositionen der Parteimitglieder analysiert, d. h. der Sondersiedler, die vor der Deportation die politische Stütze des Sowjetsystems waren. Auf Grundlage der dadurch gewonnenen Ergebnisse wird festgestellt, ob das Regime die vorherige Einstellung zu dieser Bevölkerungsgruppe beibehielt.



# 1. Arbeitsvermittlung von Fachkräften und Facharbeitern

## 1.1. Sowjetdeutsche

Sowjetdeutsche, die im Ergebnis der im August 1941 begonnenen Deportationskampagne nach Sibirien kamen, wurden anfänglich auf dem Land untergebracht. Nach den Schlussfolgerungen von Aleksandr Šadt habe dies eine differenzierte Herangehensweise an die Arbeitsvermittlung der Fachkräfte verursacht. Fachleute aus der Landwirtschaft wurden ohne jegliche Einschränkungen in Kolchosen, MTS und Landwirtschaftsämtern angenommen. Komplizierter war die Situation für Ärzte, Buchhalter, Lehrer, Ingenieure und Techniker, die in kleinen ortsansässigen Industriebetrieben und Handwerksgenossenschaften eingestellt wurden oder gezwungen waren, sich als Hilfsarbeiter zu verdingen. Einzelne Ärzte waren bereit, als Arzthelfer tätig zu werden. Im Ergebnis wurde ein unbedeutender Teil der Sondersiedler, außer Spezialisten der Landwirtschaft, entsprechend ihren Erfahrungen, Fertigkeiten und Qualifikationen angenommen<sup>90</sup>. Die Situation veränderte sich Anfang 1942, als die Mehrheit der Deutschen in der Arbeitsarmee mobilisiert wurde. Als Arbeitssoldaten wurden die Sondersiedler, einschließlich der Fachkräfte und Facharbeiter, meistens in Industrieunternehmen angenommen. Sie arbeiteten in den Werkhallen der Betriebe oder für die Bauwirtschaft, erledigten Be- und Entladearbeiten oder wurden zu Hilfsarbeiten eingesetzt<sup>91</sup>. Nach der Demobilisierung, von 1945–1946, kehrten die Deutschen im Regelfall in die Orte ihrer ursprünglichen Ansiedlung zurück und mussten erneut eingestellt werden.

Diesmal befassten sich die sowjetischen Behörden eingehender mit dem Problem der Arbeitsvermittlung von Fachkräften und Facharbeitern. Im Juli 1946 bereitete das MVD der UdSSR das Projekt „Vorschrift für die Sondersiedler“ vor, die den Prozess der Unterbringung und der Arbeitsvermittlung der Sonderkontingente regulieren sollte. Laut dieser Vorschrift hatten Fachleute das Recht,

---

<sup>90</sup> Vgl. Šadt; Aleksandr: Die Russlanddeutschen in den Sondersiedlungen Sibiriens, in: Arkadij German (Hrsg.), Auf ewig, ohne Recht auf Rückkehr, Moskau: MSNK-press, 2015, S. 60.

<sup>91</sup> Vgl. Ebd., 62.

eine ihrem Beruf entsprechende Arbeitsstelle zu bekommen. Darüber hinaus mussten die lokalen Behörden das Hauptaugenmerk auf die Arbeitsvermittlung von Ärzten legen. Zugleich wurde in der Vorschrift das Verbot der Ausreise von Fahrern, Künstlern usw. aus dem Ansiedlungsort ohne Genehmigung des MVD betont<sup>92</sup>. Obwohl dieses Projekt von der Sowjetregierung nicht gebilligt wurde, bekräftigte es das Streben des MVD nach einer Lösung des Beschäftigungsproblems. Diese Schlussfolgerung wird indirekt dadurch bestätigt, dass alle regionalen Abteilungen des MVD von 1946–1947 vierteljährlich vor der OSP des MVD der UdSSR darüber Rechenschaft ablegten, wie viele Fachkräfte und Facharbeiter in der Region wohnten und wie viele von ihnen eine ihren Fachgebieten entsprechende Arbeitsstelle bekamen.

Dieses Streben des MVD wurde nicht nur durch die offensichtliche ökonomische Zweckmäßigkeit der vorliegenden Politik verursacht, sondern auch dadurch, dass es eine Reihe von Fachkräften ablehnte, landwirtschaftlichen Artels beizutreten und ein Leben als Kolchosbauer aufzubauen. Darüber wird in der Mitteilung des MVD zum ersten Quartal 1946 berichtet. Der Leiter der Abteilung des MVD für das Gebiet Novosibirsk Generalmajor Fedor Petrovskij schrieb, dass nur 14.684 der 15.520 in Kolchosen untergebrachten deutschen Familien landwirtschaftlichen Artels beigetreten seien<sup>93</sup>. Seiner Meinung nach bestand der Grund darin, dass ein Teil der Fachleute ihren Aufenthalt in den ländlichen Gebieten als zeitweilig wahrgenommen und auf eine baldige Arbeitsvermittlung in ihren Fachbereichen gewartet habe. Folglich wurde die vor der Deportation erworbene Fachdisziplin der Faktor, der die Anpassung von in ländlichen Gebieten untergebrachten Sondersiedlern erschwerte.

Außerdem begründete der Leiter der OSP des Gebiets Novosibirsk Generalleutnant Georgij Žukov die Notwendigkeit der Durchführung einer zielgerichteten Politik für die Arbeitsvermittlung der deutschen Fachleute damit, dass die Sondersiedler nach der Verordnung des SNK № 35 vom 8. Januar 1945 über alle

---

<sup>92</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 448, l. 261 f.

<sup>93</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 290, l. 118.

Bürgerrechte außer Bewegungsfreiheit verfügt hätten<sup>94</sup>. Dass Deportierte nicht auf ihren Fertigkeiten entsprechenden Positionen arbeiten konnten, betrachtete der Leiter der OSP daher als Verletzung dieser Verordnung.

Laut Angaben von Žukov gab es im August 1945 644 Fachkräfte und 1.227 Facharbeiter im Gebiet Novosibirsk. Nur wenige, 307 (47,7 %) bzw. 223 (18,2 %), waren in Berufen tätig, für die sie ausgebildet worden waren<sup>95</sup>. Folglich lag der Anteil der nicht fachgerecht eingestellten Deutschen bei etwas mehr als 70 %. Im Staatsarchiv des Gebiets Novosibirsk wurde eine auch im August 1945 von Žukov zusammengestellte Namensliste von Deutschen gefunden, die berufsfremden Tätigkeiten nachgingen, die nicht ihrem Fachgebiet oder ihrer Qualifikation entsprachen. In ihr standen 479 Personen oder 35 % aller nicht fachgerecht eingestellten Deutschen<sup>96</sup>. Auf Grundlage dieser Liste erfolgte die Analyse der beruflichen, geschlechts- und altersgemäßen Zusammensetzung dieser Bevölkerungsgruppe.

Etwas mehr als ein Drittel (165 Pers.) arbeitete vor der Zwangsumsiedlung als Lehrer oder Pädagogen, gefolgt von Traktor- oder Mähdrescherfahrern (47 Pers.), Zimmerleuten, Tischlern, Schlossern und Fräsarbeitern (31 Pers.), Buchhaltern (30 Pers.), Pflegepersonal (27 Pers.), Webern und Näherinnen (22 Pers.) sowie Chauffeuren (16 Pers.). Nach der Deportation war deren Mehrheit (292 Pers. oder 61,0 %) gezwungen, als Hilfsarbeiter zu arbeiten (Lader, Hirten, Stallknechte, Melkerinnen, Viehpfleger, Fuhrleute, Wächter, Putzfrauen, Briefträger usw.). 76 Deutsche (15,9 %) waren als qualifizierte Arbeiter tätig (Schmiede, Zimmerleute, Tischler, Schlosser, Näherinnen, Traktor- oder Mähdrescherfahrer, Motormechaniker usw.). 64 Sondersiedler (13,4 %), zumeist Buchhalter, Lehrer und Agronomen von Beruf, nahmen die Position von Angestellten ein. Dabei war die neue Arbeit meistens mehr oder weniger mit der vorherigen verbunden: Ehemalige Lehrer wurden beispielsweise zu Buchhaltern oder

---

<sup>94</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 195, l. 3.

<sup>95</sup> Ebd., 3.

<sup>96</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 100–115.

Chemikern, Mikrobiologen und Ärzte wurden als Chemie- oder Biologielehrer eingestellt. 47 Personen (9,8 %) waren arbeitslos.

Unter den 479 in Betracht gezogenen Deutschen waren 252 Frauen (52,6 %) und 227 Männer (47,4 %). Trotz dieses kleinen Unterschiedes zwischen den Zahlen der beiden Geschlechter lässt sich nicht davon ausgehen, dass die lokalen Behörden Männer bevorzugten. Es sollte jedoch angemerkt werden, dass etwa die Hälfte der Frauen (128 Pers.), die keine ihren Fertigkeiten und Erfahrungen entsprechende Arbeitsstelle bekommen konnten, von Beruf Lehrerinnen waren. Das ist besonders wichtig, weil Vertreter anderer Berufe passende Arbeitsstellen annahmen, aber Lehrer größtenteils marginalisiert blieben. Dieser Faktor erschwerte die Situation der Frauen in den Sondersiedlungen im Vergleich zu den Männern. Außerdem verhinderten fehlende Kindergärten und Kinderkrippen in den Ansiedlungsorten die Arbeitsvermittlung eines Teils der Frauen. In der betrachteten Namensliste von Deutschen sind 13 Frauen als „Hausfrauen“ aufgeführt, was Grund zur Annahme gibt, dass sie wegen ihrer minderjährigen Kinder nicht arbeiteten.

Die altersgemäße Zusammensetzung der analysierten Deutschen ist folgende: 191 Personen (39,9 %) waren im Jahr 1945 30 bis 39 Jahre alt, 133 Deutsche (27,8 %) gehörten zur Altersstufe der 20- bis 29-Jährigen, das Alter von 94 Sondersiedlern (19,6 %) betrug zwischen 40 und 49 Jahren. 59 Deutsche (12,3 %) waren älter als 50 Jahre, 39 davon waren 50 bis 59 Jahre alt, 14 waren 60 bis 69 Jahre alt, sechs waren älter als 70 Jahre. Zwei Sondersiedler waren jünger als 20 Jahre. Folglich könnte das Greisenalter für etwa 4 % der Deutschen der potenzielle Grund dafür sein, dass sie keiner ihrem Beruf entsprechenden Tätigkeit nachgingen.

Es gibt drei Gruppen von Faktoren, die objektiv den Arbeitsvermittlungsprozess von deutschen Fachleuten erschwerten. Als Erstes sind die fehlenden erforderlichen Arbeitspositionen in den Ansiedlungsorten zu nennen<sup>97</sup>. Einige Sondersiedler wurden in der Industrie mobilisiert, wo es schwierig war, bei-

---

<sup>97</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 293, l. 115–123; d. 294, l. 236–245; d. 297, l. 63–72.

spielsweise Lehrer oder Traktor- sowie Mährescherfahrer einzustellen. Andere kehrten in die Orte der ursprünglichen Ansiedlungen zurück, d. h. meistens in ländliche Gebiete, wo es keinen Bedarf an Industriespezialisten gab. Zudem erschwerte die Einschränkung des Bewegungsrechts der Sondersiedler ihre horizontale Mobilität. Die zweite Gruppe von Gründen war mit der „Qualität“ des Sonderkontingents verbunden: Ein Teil der Deutschen konnte wegen des Alters, einer Invalidität oder der Notwendigkeit, sich um Kinder zu kümmern, nicht arbeiten. Es sollte betont werden, dass die regionalen Behörden als Grund für die erschwerte Arbeitsvermittlung von Deutschen nicht die fehlende Beherrschung der russischen Sprache nannten im Gegensatz beispielsweise zu den Kalmücken. Den dritten Grund gab Žukov an, der berichtete, dass mehrere Leiter von Unternehmen und Einrichtungen den Sondersiedlern keine qualifizierte Arbeit geben wollten, weil sie Deutsche seien<sup>98</sup>. Diese Tatsache wurde vom Sekretär des Komitees der KPdSU des Gebiets Novosibirsk Ivan Jakovlev bestätigt<sup>99</sup>. Diese Angst von Leitern der Organisationen, Deutsche anzustellen, berührte am stärksten die Lehrer, deren Arbeit sich direkt auf die Erziehung der neuen Sowjetgeneration bezog. Sie wird in der Folge zu der 1947 begonnenen Entlassung von zu den Sondersiedlern gehören den Lehrern geführt haben.

Aus den dargestellten Daten lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass ein Fachgebiet und eine Qualifizierung, die vor der Deportation beherrscht wurden, ursprünglich, bis Mitte 1945, die Erhaltung des vorherigen beruflichen Status nicht garantierten und die Einstellung der meisten Deutschen nur unwesentlich beeinflussten. Nur etwa 30 % der Fachkräfte oder Facharbeiter, besonders Spezialisten aus der Landwirtschaft, waren 1945 in den Berufen tätig, für die sie ausgebildet worden waren. Für die Mehrheit der deutschen Ankömmlinge verursachte die Zwangsumsiedlung den Totalverlust ihrer vorherigen Sozialpositionen: Etwa 70 % der betrachteten Sondersiedler, die keine ihrem Beruf entsprechende Anstellung fanden, wurden entweder zu Hilfsarbeitern oder arbeitslos.

---

<sup>98</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 195, l. 3.

<sup>99</sup> Ebd., 4.

Die Chancen, eine mehr oder weniger qualifizierte Arbeitsstelle zu finden, waren gering. Besonders schwierig war die Situation der Lehrer.

Auf Grundlage der viertel- und halbjährlichen Berichte der regionalen Abteilungen des NKVD / MVD wurde deutlich, wie die lokalen Behörden die Politik der Arbeitsvermittlung von deutschen Fachleuten realisierten (Tabelle 1.1). Es zeigt sich, dass es in den Regionen ein großes Problem der Buchhaltung über die Sondersiedler gab, über das die Autoren der viertel- und halbjährlichen Berichte regelmäßig schrieben (eine umfassende Inventur wurde erst im Jahr 1949 durchgeführt). Aus diesem Grund sind die dargestellten Angaben nicht vollständig zuverlässig. Dennoch lassen sich auf ihrer Grundlage die allgemeinen Tendenzen in der Dynamik der Arbeitsvermittlung von Deutschen verstehen.

**Tabelle 1.1. Beschäftigungsprozess der deutschen Fachleute im Gebiet Novosibirsk 1945–1947**

Kategorie		Periode							
		1945	1946				1947		
			Q3–4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1–2	Q3–4
Arbeitsfähige	Pers.	n. v.	19909	27798	27463	30802	29122	28663	
Fachkräfte	Pers.	644	594	516	672	578	692	729	
	%	n. v.	3,0	1,9	2,4	1,9	2,4	2,5	
Bekamen sie eine fachgerechte Stelle?	Ja	Pers.	307	341	383	510	430	472	436
		%	47,7	57,4	74,2	75,9	74,4	68,2	59,8
	Nein	Pers.	337	253	133	162	148	220	293
		%	52,3	42,6	25,8	24,1	25,6	31,8	40,2
Facharbeiter	Pers.	1227	1075	1349	n. v.	1857	1713	1874	
	%	n. v.	5,4	4,9	n. v.	6,0	5,9	6,5	
Bekamen sie eine fachgerechte Stelle?	Ja	Pers.	223	1026	1240	n. v.	1697	1609	1797
		%	18,2	95,4	91,9	n. v.	91,4	93,9	95,9
	Nein	Pers.	1004	49	109	n. v.	160	104	77
		%	81,8	4,6	8,1	n. v.	8,6	6,1	4,1

Auf Grundlage von: GARF f. r-9479, op. 1, d. 290, l. 118; d. 293, l. 115–123; d. 294, l. 236–245; d. 297, l. 63–72; d. 354, l. 308–311; d. 356, l. 221–232; GANO f. p-4, op. 34, d. 195, l. 3.

Die in Tabelle 1.1 dargestellten Daten zeigen, dass die Anzahl der deutschen Fachleute von 1946–1947 relativ stabil stieg. So betrug ihr Anteil im ersten Halbjahr 1946 6,7 % der arbeitsfähigen Deutschen, 7,9 % waren es im zweiten Halbjahr, 8,3 % im ersten Halbjahr 1947 und 9,1 % im zweiten Halbjahr. Folglich erwarben die Deutschen nach der Ankunft in Sibirien aktiv neues Fachwissen oder Qualifikationen. Im Allgemeinen verlief die Arbeitsvermittlung von Facharbeitern recht erfolgreich. Am aktivsten wurden Deutsche Ende 1945 eingestellt. Dies bestätigt die These, dass das Regime nach dem Krieg anfangs, das Problem der Anstellung von Deutschen systematisch zu lösen. Dies stand in vollem Einklang mit dem allgemeinen Verlauf der wirtschaftlichen Erholung. Bis Ende 1947 fanden mehr als 95 % der Facharbeiter eine fachgerechte Stelle.

Anders sieht es bei deutschen Arbeitskräften aus. Von 1945–1946 beschäftigten sich die regionalen Behörden mit ihrer Arbeitsvermittlung, wenn auch im Vergleich zu den Facharbeitern weniger aktiv. Jedoch nahm der Anteil von Spezialisten, die eine ihrem Beruf entsprechende Stelle fanden, Anfang 1947 erheblich ab. Bedingt war dies durch die begonnene Entlassung von als Lehrer tätigen Sondersiedlern aufgrund ihrer „Unzuverlässigkeit“. Nach dem Bericht zum ersten Halbjahr 1947 waren 167 der 220 Deutschen, die keinem Beruf nachgingen, für den sie ausgebildet waren, Lehrer von Beruf<sup>100</sup>. Im zweiten Halbjahr 1947 stieg die Anzahl der nicht eingestellten Lehrer auf 220 Personen<sup>101</sup>. Laut der beiden Dokumente wurden Deutsche aufgrund einer Anweisung der Gebietsabteilung für Wissenschaft und Bildung aus der Lehrerarbeit entlassen. Die Politik der „Säuberung“ der Schulen von Sondersiedlern war nicht nur für das Gebiet Novosibirsk charakteristisch. Als Beispiel soll hier die folgende Tatsache dienen: Nachdem vom Leiter der Abteilung des MVD für das Gebiet Tomsk Andrej Brovčenko unterschriebenen Bericht zum zweiten Halbjahr 1947 hätten im Ge-

---

<sup>100</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 354, l. 308–311.

<sup>101</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 356, l. 221–232.

biet 142 deutsche Fachkräfte gewohnt, von denen 23 nicht in ihren Fachbereichen beschäftigt worden seien. Alle seien von Beruf Lehrer gewesen<sup>102</sup>.

Das Streben des MVD, die Sondersiedler aus dem Lehrerbereich zu streichen, stieß in der Praxis auf das Problem des Personalmangels, über das die Abteilung des Gebiets Novosibirsk für Wissenschaft und Bildung regelmäßig das Exekutivkomitee des Gebiets informierte. Noch 1949 hatten mehr als drei tausend Unterstufenlehrer keine Mittelschulbildung, die Pädagogen waren stark überlastet, der Personalbedarf wurde von den Absolventen nicht gedeckt<sup>103</sup>. Genau deshalb arbeitete ein unbedeutender Teil von Sondersiedlern weiterhin im Bildungssystem. So berichtete der stellvertretende Leiter der OSP des Gebiets Tomsk Oberst Nikolaev am 11. April 1947 dem Gebietskomitee der KPdSU, dass im Bezirk Aleksandrovo die Auswahl an Lehrkräften äußerst schlecht durchgeführt worden sei. Die Führungs- und Lehrstellen seien von unzuverlässigen Personen besetzt worden, was eine große Empörung in der Bevölkerung verursacht und sich auf die Qualität der Erziehung der Kinderausgewirkt habe<sup>104</sup>. Insgesamt waren 13 Sondersiedler, von denen elf Deutsche waren, im Bezirk als Lehrer tätig<sup>105</sup>. Trotz Nikolaevs Mitteilung änderte sich die Situation im Jahr 1949 nicht: In der Mittelschule Aleksandrovo arbeiteten zwei Deutsche, ebenso viele wie 1947 in dieser Schule unterrichteten<sup>106</sup>. Es soll hervorgehoben werden, dass Aleksandrovo der entfernteste und nördlichste Bezirk des Gebiets Tomsk war, was das Problem des Personaldefizits dort besonders verschärfte.

Darüber hinaus wird die Arbeit eines unbedeutenden Teils von Deutschen als Lehrer durch Angaben zur ethnischen Zusammensetzung des Lehrpersonals am 30. April 1949 im Gebiet Novosibirsk bestätigt: 16 der 9.966 in der Region

---

<sup>102</sup> Ebd., 307–320.

<sup>103</sup> GANO f. r-1366, op. 1, d. 356, l. 59 f.

<sup>104</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 465, l. 125.

<sup>105</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 465, l. 126.

<sup>106</sup> GATO f. r-829, op. 4, d. 48, l. 47 f.



arbeitenden Lehrer waren Deutsche. Sie waren nicht als Mittel- oder Siebenjährigenschulleiter tätig<sup>107</sup>.

Einzelne Deportierte konnten eine Anstellung in Fach- und Hochschuleinrichtungen finden: Zwölf der 1.102 Professoren und Dozenten an den vier Universitäten in Tomsk waren Sondersiedler (es wurde nicht festgestellt, zu welchem Sonderkontingent sie gehörten).<sup>108</sup> In Tomsker Fachschulen unterrichteten neun Deutsche<sup>109</sup>.

1949 hörten die regionalen Abteilungen des MVD auf, in viertel- und halbjährlichen Berichten die Arbeitsvermittlung von Fachleuten darzulegen. Dies zeugt auf indirektem Wege davon, dass dieses Problem für die Sowjetregierung seine Schärfe verlor. Nichtsdestoweniger wurde der Arbeitsvermittlungsprozess 1950 nicht beendet. So berichtete Georgij Žukov 1950 darüber, dass bisher 118 Sondersiedler, die die Fach- oder Hochschulbildung hätten, in keinen Stellen gearbeitet hätten, für die sie ausgebildet worden waren<sup>110</sup>. Dieser Mitteilung wurde eine Namensliste von 14 Sondersiedlern (acht Deutsche, fünf Esten und ein Kalmücke) beigelegt, die nachgefragte Fachleute aus der Landwirtschaft waren. Um dieses Problem zu lösen, schlug Žukov deren Umsiedlung für die Arbeitsvermittlung vor<sup>111</sup>. Im Ergebnis wurde diesem Antrag im Allgemeinen stattgegeben, jedoch wurde der Umzug von zwei Esten verboten, weil als Bezirk für den Umzug der Bezirk Kyštovka, der kein Ansiedlungsort des Sonderkontingents war, vorgeschlagen wurde<sup>112</sup>. Dies bestätigt noch einmal die These, dass die gesetzliche Einschränkung der horizontalen Mobilität der Sondersiedler eine bedeutende Barriere für ihre erfolgreiche Arbeitsvermittlung war.

Auf diese Weise folgte die Sowjetführung bei der Arbeitsvermittlung von deutschen Fachleuten zwei Hauptmotiven, die oft einander widersprachen. Das erste ist das Streben nach einer relativ effektiven Nutzung des Potenzials der

---

<sup>107</sup> GANO f. r-1366, op. 1, d. 356, l. 73, 74, 119, 120, 122.

<sup>108</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1698, l. 149–164.

<sup>109</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 368.

<sup>110</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 374, l. 132.

<sup>111</sup> Ebd., 134–138.

<sup>112</sup> Ebd., 242.

Deutschen und nach ihrer Festigung in den Ansiedlungsorten. Das zweite ist der Wunsch, die Sondersiedler aufgrund ihrer politischen Unzuverlässigkeit in einer Reihe von beruflichen Bereichen nicht zuzulassen. Auf der Grundlage des ersten Motivs begannen die lokalen Behörden fast unmittelbar nach dem Kriegsende, zweckmäßig die Politik der Arbeitsvermittlung der Deutschen zu realisieren. Die Priorität kam dabei den landwirtschaftlichen Fachleuten zu. Genau dieses Fachgebiet begünstigte die vertikale Mobilität der Deutschen unter den Bedingungen der Sondersiedlung. Doch dieser Vorteil zahlte sich für die überwiegende Mehrheit der Deportierten erst nach dem Kriegsende aus. Davor waren Deutsche gezwungen, sich als Hilfsarbeiter zu verdingen. Nichtsdestoweniger fanden nicht alle Sondersiedler, die über nachgefragtes Fachwissen verfügten, eine ihren Fertigkeiten und Erfahrungen entsprechende Stelle. Der Grund dafür bestand in der beschränkten horizontalen Sozialmobilität der Deutschen. Im Rahmen des zweiten Motivs führten die örtlichen Behörden die Politik der Nichtzulassung von Sondersiedlern im Bildungsbereich durch: Deutsche wurden entweder nicht als Lehrer eingestellt oder aus ihrer vorherigen Stelle entlassen. Als Ergebnis war die Mehrheit der deutschen Lehrer marginalisiert und gezwungen, einer unqualifizierten oder wenig qualifizierten Tätigkeit nachzugehen. Nichtsdestoweniger konnten einzelne Sondersiedler eine Stelle in Schulen finden, da Personalmangel herrschte.

## **1.2. Kalmücken**

Kalmücken kamen im ersten Halbjahr 1944 in der Zahl von 6.512 Familien oder 19.248 Personen ins Gebiet Novosibirsk. Sie wurden in ländlichen Gegenden, überwiegend in den Bezirken Kupino, Ubinskoe, Ojaš und Tomsk (der letzte wurde zum Teil des 1944 gegründeten Gebiets Tomsk), untergebracht<sup>113</sup>. Im August arbeiteten von ihnen 7.795 Personen, deren Mehrheit in Kolchosen (3.904 Pers.), Sowchosen (1.040 Pers.) und in der Holz- (911 Pers.) sowie Fischindustrie (441 Pers.) eingestellt wurden<sup>114</sup>.

---

<sup>113</sup> GANO f. r-1020, op. 5a, d. 76, l. 39.

<sup>114</sup> GANO f. p-4, op. 8, d. 126, l. 356–371.

Am 1. Juli 1946 gab es 265 kalmückische Fachkräfte im Gebiet Novosibirsk: 118 Buchhalter, 75 Lehrer, 24 Zootechniker und Agronomen, 15 Ärzte und andere Spezialisten des medizinischen Bereichs, 14 Künstler und 19 Vertreter anderer Berufe. Im Gebiet Tomsk wohnten 22 Spezialisten, von denen acht Buchhalter, sieben Zootechniker und Agronomen, sechs Lehrer und ein Jurist waren<sup>115</sup>. Fedor Petrovskij und Georgij Žukov charakterisierten den Zustand dieser Gruppe von Sondersiedlern und kamen zu dem Schluss, dass die über eine landwirtschaftliche und industrielle Bildung verfügende Intelligenz gut gewohnt habe. Der ökonomische Stand der Fachkräfte anderer Bildungsbereiche habe sich dagegen im Zusammenhang mit der Umsiedlung beträchtlich verschlechtert<sup>116</sup>. Diesen Gruppen, deren Zustand sich negativ veränderte, rechneten sie Lehrer, Buchhalter (obwohl diese meistens eine ihrem Beruf entsprechende Arbeit bekamen, waren ihre Stellen schlecht bezahlt), Juristen und Künstler zu. Der Anteil dieser Gruppen von kalmückischen Fachkräften betrug 84,0 % (85,3 % im Gebiet Novosibirsk, 68,1 % im Gebiet Tomsk). Auf diese Weise lässt sich der in Bezug auf Deutsche gezogene Schluss bestätigen: Ursprünglich waren die überwältigende Mehrheit der Spezialisten als Ergebnis der Deportation marginalisiert. Sie übten entweder eine unqualifizierte oder zu ihrer Qualifikation nicht passende Tätigkeit aus oder nahmen schlechter bezahlte Stellen an. Ausnahmen waren Spezialisten aus der Landwirtschaft und medizinische Arbeiter. Unter den Kalmücken gab es am 1. Juli 1946 etwas weniger Facharbeiter als Fachkräfte: Im Gebiet Novosibirsk wohnten 227 dieser Personen, im Gebiet Tomsk 19 Personen. Unter ihnen waren größtenteils Schmiede, Schreiner, Schneider, Schuster und Meister der Fischverarbeitung (157 Pers. im Gebiet Novosibirsk und sechs im Gebiet Tomsk), gefolgt von Traktorfahrern (36 und fünf Pers.), Chauffeuren (elf und vier Pers.), Mährescherfahrern (zwölf und null Pers.), Schlossern (acht und drei Pers.) und Mechanikern (drei und eine Pers.). Nach Meinung von Petrovskij und Žukov hätten sie besser als andere Kalmücken gewohnt und ihr Le-

---

<sup>115</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 207, l. 39–57.

<sup>116</sup> Ebd., 39–45.

ben habe sich vom Leben der vollberechtigten Bevölkerung nicht unterschieden, mit der Ausnahme, dass sie einen großen Bedarf an Kleidung, Schuhen und Haushaltswaren hätten<sup>117</sup>.

Basierend auf den viertel- und halbjährlichen Berichten des MVD des Gebiets Novosibirsk wird die Dynamik der Arbeitsvermittlung der kalmückischen Fachleute zwischen 1946 und 1947 deutlich (Tabelle 1.2). Die Angaben zum ersten Quartal 1946 fehlen, da sie im Bericht zum zweiten Quartal 1946 als fehlerhaft gekennzeichnet sind.

**Tabelle 1.2. Arbeitsvermittlung der kalmückischen Fachleute im Gebiet Novosibirsk 1946–1947**

Kategorie		Periode					
		1946			1947		
		Q2	Q3	Q4	Q1–2	Q3–4	
Arbeitsfähige	Pers.	9003	8875	9032	9060	9094	
Fachkräfte	Pers.	265	219	218	257	237	
	%	2,9	2,5	2,4	2,8	2,6	
Bekamen sie eine fachgerechte Stelle?	Ja	Pers.	170	129	143	162	138
		%	64,2	58,9	65,6	63,0	58,2
	Nein	Pers.	95	90	75	95	99
		%	35,8	41,1	34,4	37,0	41,8
Facharbeiter	Pers.	227	307	303	366	378	
	%	2,5	3,5	3,4	4,0	4,2	
Bekamen sie eine fachgerechte Stelle?	Ja	Pers.	209	231	225	311	337
		%	92,1	75,2	74,3	85,0	89,2
	Nein	Pers.	18	76	78	55	41
		%	7,9	24,8	25,7	15,0	10,8

Auf Grundlage von: GARF f. r-9479, op. 1, d. 248, l. 9; d. 290, l. 197; d. 293, l. 166–181; d. 294, l. 45–60; d. 297, l. 73–86; d. 354, l. 334–337; GANO f. p-4, op. 34, d. 205, l. 1–11; d. 257, l. 51–61.

Anhand der Tabelle lässt sich erkennen, dass der Anteil von Facharbeitern unter den Kalmücken bedeutend geringer als unter den Deutschen ist. Dies ergibt

<sup>117</sup> Ebd.

sich dadurch, dass die Kalmückische ASSR keine industriewirtschaftliche, sondern eine landwirtschaftliche Region war, in deren Wirtschaft die Viehzucht eine große Rolle spielte. Folglich war der Bedarf an qualifizierten Arbeitern dort nicht so hoch. Diese Tatsache erschwerte die Integration der Kalmücken, denn Personen, die über eine Arbeitsqualifizierung verfügten, hatten mehr Chancen auf hohe Stellen. Außerdem erlernten die Kalmücken im Vergleich zu den Deutschen weniger aktiv die in den Sondersiedlungen gefragten Berufe: Während der betrachteten Periode nahm der Anteil von deutschen Fachkräften und Facharbeitern um 2,4 % zu, während die Fachleute nur um 1,6 % zunahmen. Nichtsdestotrotz zeigt das stabile, wenn auch langsame Wachstum, dass die Kalmücken neue Tätigkeiten in den Sondersiedlungen erlernten.

Zudem ist zu beachten, dass Ende 1949 ein geringerer Teil von Kalmücken im Vergleich zu den Deutschen eine Arbeit ausübten, für die sie ausgebildet worden waren. Das hing damit zusammen, dass das Sonderkontingent „Kalmücke“ nicht nur im Rahmen der Operation „Ulusy“ deportierte Personen, sondern auch Kalmücken, die während der erzwungenen Repatriierung in die UdSSR zurückkehrten, umfasste. Während der Filtrationsperiode wurden repatriierte Kalmücken, einschließlich Fachkräften und Facharbeitern, in Unternehmen in Novosibirsk und Tatarsk als Hilfsarbeiter angenommen. Im Gebiet Novosibirsk lebten am Ende des zweiten Quartals 1946 30 Repatriierte, am Ende des vierten Quartals 74 Personen, die einer ihrem Beruf nicht entsprechenden Tätigkeit nachgingen. Am Ende des ersten Halbjahrs 1947 waren es 90 Personen, am Ende des zweiten Halbjahrs 58 Personen<sup>118</sup>.

Die übrigen Gründe, aus denen nicht alle Kalmücken in ihren Fachbereichen tätig waren, ähneln im Allgemeinen den bei der Analyse des Arbeitsvermittlungsprozesses der Sowjetdeutschen genannten Gründen. Am schwierigsten war die Situation für Lehrer, Juristen und Künstler. Die kalmückischen wie auch deutschen Lehrer waren von der Kampagne der Entlassung betroffen. Im Bericht

---

<sup>118</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 248, l. 9; d. 297, l. 73–86; d. 354, l. 334–337; d. 356, l. 249–359.

zum vierten Quartal 1947 im Gebiet Novosibirsk heißt es, dass ihnen aufgrund einer Anweisung der Gebietsabteilung für Wissenschaft und Bildung gekündigt wurde<sup>119</sup>. Jedoch war diese Kampagne weniger massiv als bei den Deutschen: Im ersten Halbjahr 1947 hatten 20 Künstler, Juristen und Lehrer (es wurde nicht festgestellt, wie viele dieser Personen Lehrer waren) ihren Berufen nicht entsprechende Stellen in diesem Gebiet inne, im zweiten Halbjahr 40 Lehrer<sup>120</sup>. Dies lag daran, dass weniger Kalmücken im Vergleich zu den Deutschen ursprünglich als Lehrer eingestellt waren. Der Grund dafür wurde von den regionalen Behörden mehrmals genannt: Die kalmückischen Lehrer wurden in Schulen nicht angenommen, weil zum einen freie Stellen fehlten und sie zum anderen kein Russisch sprachen. Die Unkenntnis der Sprache machte die Integration der Kalmücken in die für sie neue Gesellschaft noch schwieriger.

Aus den dargelegten Erkenntnissen lässt sich folgende Schlussfolgerung ziehen. Im Allgemeinen ähnelte die Arbeitsvermittlung von kalmückischen Fachleuten der Arbeitsvermittlung von deutschen: Die Handlungen des Regimes geben auch die zwei oben genannten entgegengesetzten Motive zu erkennen. Nichtsdestoweniger gab es Faktoren, die die Integration der Kalmücken im Vergleich zum deutschen Sonderkontingent erschwerten. Erstens waren unter ihnen anfänglich weniger Facharbeiter, was mit der wirtschaftlichen Spezialisierung der ehemaligen Kalmückischen ASSR verbunden war. In der Folge konnten nach der Deportation weniger Kalmücken auf mehr oder weniger prestigeträchtige Positionen gelangen. Zweitens beherrschten viele Kalmücken, einschließlich der Lehrer, kein Russisch. Zudem gab es keine Bildungseinrichtungen, in denen die Kinder in Kalmückisch unterrichtet wurden. Dies verhinderte die Arbeitsvermittlung der kalmückischen Lehrer an Schulen. Beide Faktoren bedingten, dass der Arbeitsvermittlungsprozess der Kalmücken im Vergleich zu den Deutschen schwieriger verlief und sie eine Qualifikation in der Verbannung langsamer erwarben.

---

<sup>119</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 359, l. 249–259.

<sup>120</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 354, l. 334–337; d. 359, l. 249–259.

### 1.3. Andere Kategorien der Sondersiedler

Der Status der repatriierten Deutschen unterschied sich von dem der Sowjetdeutschen und Kalmücken wesentlich<sup>121</sup>. So wurden die Deutschen im Rahmen der Repatriierungskampagne verpflichtet, den Prozess der Filtration und der Überprüfung, zuerst in Frontstammlagern sowie in Transit- und Weiterleitungslagern, danach in Prüf- und Filtrationslagern, zu durchlaufen. Das Lagerregime dieser Einrichtungen ähnelte dem der Besserungsarbeitslager<sup>122</sup>. Im Ergebnis der Filtration wurden deutsche Agenten, Verräter sowie Komplizen der deutschen Besatzer enthüllt und verhaftet. Alle Repatriierten, die diese Überprüfung bestanden, wurden in Arbeitsbataillonen versammelt und wechselten für die ständige Arbeit meistens in Industrieunternehmen. Darüber hinaus wurde die Aufenthaltsdauer der Repatriierten in den Sondersiedlungen auf sechs Jahre begrenzt. In diesem Zusammenhang wurden sie von den regionalen Behörden als vorübergehende Arbeitskräfte betrachtet.

Am Ende des ersten Quartals 1946 wohnten 12.096 repatriierte Deutsche (3.964 Familien) im Gebiet Novosibirsk. Es gab 7.595 arbeitsfähige Personen, von denen 5.462 in Unternehmen, 1.712 in Sowchosen und 421 in Kolchosen arbeiteten<sup>123</sup>. Im Gebiet Tomsk lebten in dieser Zeit 4.445 Repatriierte (1.469 Familien), von denen 2.399 arbeitsfähig waren. Sie waren entweder in Unternehmen (2.295 Pers.) oder in Sowchosen (104 Pers.) tätig<sup>124</sup>. Im Gebiet Kemerovo siedelten sich 3.441 Repatriierte (1.038 Pers.) an. Alle 1.317 arbeitsfähigen Deutschen waren in der Industrie tätig, vorwiegend in Kohlengruben<sup>125</sup>. Die Anzahl der Fachleute sowie den Prozess ihrer Arbeitsvermittlung spiegelt Tabelle 1.3 wider.

---

<sup>121</sup> GARF f. r-9408, op. 1, d. 7, l. 120–122.

<sup>122</sup> Vgl. Bikmetov, Rašit: Repatrianty v promyšlennosti Kuzbassa (1945–1948 gg.), in: Vestnik Tomskogo gosudarstvennogo universiteta, Nr. 300, 2007, S. 82 f.

<sup>123</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 290, l. 127 f.

<sup>124</sup> Ebd., 311 f.

<sup>125</sup> Ebd., 302 f.

**Tabelle 1.3. Arbeitsvermittlung der Repatriierten in den Gebieten Kemerovo, Novosibirsk und Tomsk 1946–1947 (Pers.)**

Kategorie		Gebiet	Periode					
			1946			1947		
			Q2	Q3	Q4	Q1–2	Q3–4	
Arbeitsfähige		K.	1317	1148	1119	1212	1137	
		N.	7595	6020	5763	5999	6416	
		T.	2399	2457	2359	2364	2085	
Fachkräfte		K.	17	17	17	19	n. v.	
		N.	196	154	200	165	220	
		T.	117	109	18	24	25	
Bekamen sie eine fachgerechte Stelle?		Ja	K.	5	9	14	19	n. v.
			N.	129	108	154	117	129
			T.	69	76	6	12	19
		Nein	K.	12	8	3	0	n. v.
			N.	67	46	46	48	91
			T.	48	33	12	12	6
Facharbeiter		K.	79	124	308	315	378	
		N.	255	168	211	224	288	
		T.	202	243	87	88	212	
Bekamen sie eine fachgerechte Stelle?		Ja	K.	57	121	308	315	378
			N.	204	125	168	204	245
			T.	174	198	76	77	200
		Nein	K.	22	3	0	0	0
			N.	51	43	43	20	43
			T.	28	45	11	11	12

Auf Grundlage von: GARF f. 9479, op. 1, d. 290, l. 129, 303, 311 f; d. 293, l. 104 ff, 290 f, 295–300; d. 294, l. 150–155, 160–168, 229–235; d. 297, l. 55–62, 100–103; d. 299, l. 139 ff, 253 ff, 321 f; d. 356, l. 240–248, 292–306; d. 358, l. 47–51.

Tabelle 1.3 demonstriert den stabilen hohen Anstieg der Anzahl von Facharbeitern: Ihr Anteil an den arbeitsfähigen Personen sank während der betrachteten Periode in allen drei Gebieten von 4,7 % auf 8,6 %. Diese Tendenz war be-



sonders für das Gebiet Kemerovo charakteristisch und zeugt davon, dass die repatriierten Deutschen gezwungen waren, aktiv neue Arbeitsqualifizierungen zu erwerben, die für die Beschäftigung in der Bergindustrie notwendig waren. Außerdem wurde das Problem der Arbeitsvermittlung von Repatriierten in ihre Fachbereiche im Vergleich zu Deutschen und Kalmücken weniger aktiv gelöst. Zum Beispiel übten 20 % der Facharbeiter im ersten Quartal 1946 im Gebiet Novosibirsk Tätigkeiten aus, die nicht ihren Berufen entsprachen, im dritten Quartal waren dies 20,4 %. Rašit Bikmetov ist der Auffassung, dass die Repatriierten ausschließlich für Untertagearbeiten eingesetzt und aus ihnen Brigaden von Bergarbeitern, Kohlenhauern, Streckenhauern sowie Auswechselhauern aufgestellt werden sollten. In ihren Fachbereichen seien nur die Personen eingestellt worden, die über elektromechanische Qualifikationen verfügten. Sie wurden als Maschinisten, Elektrohauer und Motoristen eingesetzt<sup>126</sup>. Darüber hinaus strebten die regionalen Behörden danach, passende Arbeitsstellen für Traktor- und Mährescherfahrer sowie andere Facharbeiter aus der Landwirtschaft bereitzustellen. So berichtet die Mitteilung zum ersten Quartal 1946 des Gebiets Kemerovo darüber, dass sie mit dem Anfang der Aussaat in ländliche Gegenden geschickt wurden, obwohl sie in der Winterperiode nicht in ihren Fachbereichen benötigt wurden<sup>127</sup>.

Die repatriierten Deutschen waren ebenfalls von einem Zulassungsverbot für Lehrerstellen betroffen. Darüber informieren die lokalen Behörden aller drei analysierten Gebiete in ihren Berichten zum Jahr 1947. Im Gebiet Novosibirsk wurden beispielsweise 28 Lehrer nicht eingestellt<sup>128</sup>.

Insgesamt zeigt sich, dass der Prozess der Arbeitsvermittlung der Repatriierten, die über Qualifizierungen verfügten, in vielerlei Hinsicht durch die Ansiedlung dieses Kontingents in der Industrie und das Streben des Regimes, sie in Untertagearbeiten einzusetzen, bestimmt wurde. Dies verringerte einerseits die

---

<sup>126</sup> Bikmetov, 2007, S. 82.

<sup>127</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 290, l. 303.

<sup>128</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 356, l. 240–248.

Chancen der Repatriierten, eine ihren Fertigkeiten entsprechende Stelle zu bekommen, andererseits zwang dies die Sondersiedler, neue Berufe zu erlernen. Obwohl diese Umqualifizierung die vertikale Mobilität der Repatriierten erhöhte und ihren Lohn vergrößerte, hatte sie einen erzwungenen Charakter, weil sie für das Überleben unter den Bedingungen der schweren Arbeit in der Bergindustrie notwendig war.

„Angehörige der Wlassow-Armee“ wurden in der Produktion, überwiegend in Kohleunternehmen des Kuznecker Beckens, eingestellt und meistens in Betriebswohnheimen untergebracht, wo sie unter der besonderen Kontrolle des NKVD / MVD standen. Laut dem Leiter des MVD für das Gebiet Kemerovo Oberstleutnant Efim Skvirskij wohnten im zweiten Quartal 1946 16.380 Vertreter dieser Kategorie in der Region<sup>129</sup>.

Es ist zu beachten, dass die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ wie die im Gebiet Kemerovo wohnenden repatriierten Deutschen ausschließlich für Untertagearbeiten verwendet werden sollten. Hinzu kommt in Bezug auf die Arbeitsvermittlung der Fachleute ein Widerspruch zwischen den Interessen der unterschiedlichen Machtstrukturen. Einerseits versuchten Leiter der einzelnen Bergwerke, mithilfe der Ankömmlinge ein Personaldefizit zu beheben. Aus diesem Grund wurden die über eine erforderliche Qualifikation verfügenden „Angehörigen der Wlassow-Armee“ als Buchhalter, Lagerhalter, Arbeitsnormierer, Zehnergruppenleiter, Bergmeister, Mechaniker usw. eingesetzt. Andererseits verursachte dies Unzufriedenheit sowohl bei den Mitarbeitern des NKVD / MVD als auch bei den Leitern der Truste, die dieses Kontingent als extrem „unzuverlässig“ betrachteten.

Dieser Widerspruch lässt sich durch eine Mitteilung des stellvertretenden Geschäftsführers des Trusts „Kaganovičugol“ Bagrjancev veranschaulichen, die er an die Leiter der Bergwerke № 4, 5, 6, 7a, des Bergwerks „Kapital'naja“, der zentralen elektromechanischen Werkstatt und des speziellen Büros des Trusts schickte. Der Autor betonte, dass die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ über

---

<sup>129</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 292, l. 291–294.

Tage gearbeitet hätten und als Sprengmeister oder leitende Arbeitereingesetzt worden seien. Als Beispiel werden die Sondersiedler herangezogen, die als Ingenieure, Arbeitsnormierer, Lagerhalter, Buchhalter, Planer, Bergmeister, Mechaniker, Zehnergruppenleiter und Spediteure tätig waren. In dieser Hinsicht ordnete Bagrjancev nicht nur an, diese Personen zu entlassen, sondern auch diejenigen, die Nebentätigkeiten nachgingen, für harte körperliche Arbeit in die Bergwerke zu überführen<sup>130</sup>.

Nebst dem Gebiet Kemerovo wurde eine kleine Gruppe von „Angehörigen der Wlassow-Armee“ im Gebiet Tomsk angesiedelt: Am 1. Januar 1947 waren 298 Personen im Tomsker elektromechanischen Werk des Ministeriums für Kohleindustrie beschäftigt<sup>131</sup>. 23 von ihnen waren Fachkräfte und arbeiteten als Buchhalter und Lagerhalter. Darüber hinaus waren 140 „Angehörige der Wlassow-Armee“, die vor oder nach der Deportation über eine Qualifikation verfügten, als Dreher, Fräser, Revolverdreher und Bohrer tätig. Wahrscheinlich wurde diese Gruppe der Fachleute für die Arbeitsvermittlung im elektromechanischen Werk nach Tomsk umgesiedelt.

Alles in allem zeigt sich, dass die regionalen Behörden keine zielgerichtete Politik der Arbeitsvermittlung von „Angehörigen der Wlassow-Armee“ durchführten. Sie wurden wie auch die repatriierten Deutschen als vorübergehende Arbeitskräfte betrachtet, die für sechs Jahre in die Region kamen, um harter körperlicher Arbeit nachzugehen. Hier muss ergänzt werden, dass die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ vom Regime als illoyalstes Kontingent wahrgenommen wurden. Daher war es den Sondersiedlern nicht erlaubt, einer mehr oder weniger qualifizierten Arbeit nachzugehen. Dieses Streben der Behörden stieß auf den Widerstand der Leiter einzelner Bergwerke, die versuchten, mithilfe dieses Kontingents das Problem des Personaldefizits zu lösen.

Von 1944 bis Anfang der 1950er Jahre trafen Familienmitglieder der „OUN-Angehörigen“ vorwiegend aus der Westukraine und Westweißrussland in

---

<sup>130</sup> GAKO f. r-194, op. 2, d. 20, l. 19 f.

<sup>131</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 299, l. 135 f.

den Sondersiedlungen ein. Das Bildungs- und Qualifikationsniveau dieses Kontingents war wesentlich niedriger als das der zuvor betrachteten Gruppen. Laut Viktor Zemskov sei deren Mehrheit halbanalphabetisch gewesen und ein Viertel habe nicht schreiben können<sup>132</sup>.

Die Mehrheit der „OUN-Angehörigen“ wurde im Gebiet Kemerovo untergebracht, wo laut dem Bericht zum zweiten Quartal 1948 29.367 von ihnen wohnten. Sie wurden wie die Repatriierten und „Angehörigen der Wlassow-Armee“ in der Kohleindustrie eingesetzt. Eine Ausnahme bildeten 5.417 Personen, die im Februar und März 1948 aus Städten wegen ihres Alters, Arbeitsunfähigkeit oder Versehrtheit in ländliche Gebiete umgesiedelt wurden<sup>133</sup>. Obwohl keine Daten zur Anzahl von Fachleuten zur Verfügung stehen, lässt sich sagen, dass sie im Allgemeinen als unqualifiziertes und analphabetisches Kontingent galten, das die Arbeitsnormen unzureichend erfüllte. So erfüllten 162 (12,2 %) der 1.342 Personen, die im Trust „Kaganovičugol“ des Betriebs „Kuzbassugol“ tätig waren, im Mai und Juni 1948 keine der festgelegten Arbeitsnormen. Im Vergleich dazu betrug der Anteil der Personen, die die Normen nicht erfüllten, 3,9 % bei den „Angehörigen der Wlassow-Armee“ und 0,8% bei den Deutschen<sup>134</sup>. Im gesamten Gebiet war die Situation noch schlimmer: 33,6 % der „OUN-Angehörigen“ kamen den Produktionsnormen nicht nach (14,2 % der „Angehörigen der Wlassow-Armee“ und 11,4 % der Deutschen).<sup>135</sup> Das betrachtete Kontingent wurde auch als äußerst illoyal, fluchtanfällig sowie nicht bereit, einen Beruf auszuüben, bewertet.

Kleine Gruppen von „OUN-Angehörigen“ wurden in den Gebieten Tomsk und Novosibirsk angesiedelt. Im zweiten Quartal 1946 wohnten 398 Personen im Gebiet Novosibirsk, von denen nur 198 erwerbsfähig waren (meistens wurden sie in Sowchosen eingesetzt).<sup>136</sup> Außerdem verfügten nur sieben von ihnen über ein

---

<sup>132</sup> Vgl. Zemskov, 1990b, S. 178.

<sup>133</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 426, l. 162.

<sup>134</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 419, l. 253 f.

<sup>135</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 426, l. 176–179.

<sup>136</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 293, l. 44 f.

Fachgebiet, zehn hatten eine Qualifikation. Am Ende des zweiten Halbjahrs 1947 hatte sich die Situation nicht verbessert: Unter 105 Arbeitsfähigen waren nur zwei Fachkräfte und sechs Facharbeiter (alle von ihnen übten eine ihrem Beruf entsprechende Tätigkeit aus).<sup>137</sup> Die regionalen Behörden erklärten den allgemeinen Rückgang der Anzahl dieses Kontingents durch eine Massenflucht.

Die dargestellten Daten bestätigen Zemskovs These über die niedrige Alphabetisierung und Qualifizierung des analysierten Kontingents. Darüber hinaus bemerkten die regionalen Behörden, dass es den „OUN-Angehörige“ nicht nur aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen, sondern auch wegen ihres Alphabetismus und Widerwillens, sich in die Gesellschaft zu integrieren, schwerfiel, direkt und schnell im Arbeitsprozess einen neuen Beruf zu erlernen. Die Nichterfüllung der festgelegten Normen erschwerte ihren materiellen Zustand noch mehr, was sowohl die Fluchtbestrebungen dieser Sondersiedler als auch ihre antisowjetische Haltung verstärkte. Eine ähnliche Tendenz war auch für andere Sonderkontingente wie „Ukazniki“, „Echte Orthodoxe Christiane“ und „Zeugen Jehovas“ charakteristisch, von denen fast keiner über eine Qualifizierung oder ein Fachgebiet verfügte.

Im Gebiet Kemerovo wurde auch eine Gruppe von Sondersiedlern von der Krim untergebracht, die als Ergebnis der Deportationskampagne vom Mai 1944 nach Sibirien gerieten. Am Ende des zweiten Quartals 1946 wohnten 6.276 Personen dieser Gruppe im Gebiet, von denen 3.504 arbeitsfähig waren. Sie waren anders als die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ oder die Repatriierten nicht untertage tätig, sondern in Sowchosen und der Hilfwirtschaft des Ministeriums für Kohleindustrie. Unter ihnen waren 275 Fachkräfte (7,8 % der Erwerbsfähigen), von denen 148 Personen (53,8 %) in ihren Fachbereichen arbeiteten<sup>138</sup>. Am Ende des zweiten Quartals 1947 nahm ihre Anzahl ab, was mit der allgemeinen Reduzierung der Anzahl dieses Kontingents im Gebiet zusammenhing. Unter den 2979 arbeitsfähigen Sondersiedlern von der Krim gab es 212 Fachkräfte (7,1 %),

---

<sup>137</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 354, l. 331 f.

<sup>138</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 293, l. 80–82.

von denen 133 (62,7 %) eine zu ihrem Beruf passende Stelle fanden<sup>139</sup>. Dass nicht alle Spezialisten entsprechend ihren Fachkenntnissen und Fertigkeiten tätig waren, wurde in den vierteljährlichen Berichten durch fehlende Arbeitsplätze in den Ansiedlungsorten erklärt<sup>140</sup>. Im Allgemeinen ähnelt die Dynamik der Arbeitsvermittlung von Fachkräften, die zu diesem Kontingent gehörten, der Dynamik der Arbeitsvermittlung der Deutschen und Kalmücken. Ein wesentlicher Unterschied ist der im Vergleich zu Deutschen und Kalmücken ursprünglich höhere Anteil der Personen, die über eine Fachausbildung verfügten.

Die Facharbeiter zählten 292 Personen (8,3 % der Arbeitsfähigen) im zweiten Quartal 1946, von denen 256 (87,7 %) in ihren Fachbereichen tätig waren<sup>141</sup>. Im zweiten Quartal 1947 nahm nicht nur der Anteil der Arbeitsfähigen (260 Pers. oder 8,7 %), sondern auch der Teil der Arbeiter zu, die eine ihrer Qualifikation entsprechende Stelle bekamen (248 Pers. oder 95,4 %).<sup>142</sup> Folglich zeigt sich hier eine positive Dynamik in ihrer Arbeitsvermittlung. Obwohl der Anteil der Fachleute in diesem Kontingent ursprünglich höher als unter den Deutschen und Kalmücken war, lässt sich nicht sagen, dass Sondersiedler von der Krim aktiv in der Verbannung neue Berufe erlernten. So stieg der Anteil von Facharbeitern an den Erwerbsfähigen in dieser Sonderkategorie zwischen 1946 und 1947 um 0,4 %, während dieser Parameter in Bezug auf Deutsche und Kalmücken um 1,1 % und 1,7 % zunahm.

Leider lassen sich aufgrund der verfügbaren Quellen keine Schlussfolgerungen über die Arbeitsvermittlung von Fachleuten in Bezug auf alle Sonderkontingente ziehen. Nichtsdestoweniger wurden Dokumente in den Archiven gefunden, die indirekten Schlüsse über einzelne Aspekte des Prozesses ihrer Arbeitsvermittlung erlauben. Zum Beispiel offenbart die Dokumentation der Abteilung des Gebiets Novosibirsk für Volksbildung Daten über die ethnische Zusammensetzung von Lehrern und Schulleitern 1949. So waren nur sieben Personen unter

---

<sup>139</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 355, l. 199–203.

<sup>140</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 356, l. 389–393.

<sup>141</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 293, l. 80–82.

<sup>142</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 355, l. 200–203.

den 429 Mittel- oder Siebenjährigenschulleitern Vertreter jener Nationalitäten, die charakteristisch für die Sondersiedler sind: drei Juden (unter den Deportierten aus dem Baltikum und Moldawien war ein unbedeutender Teil der jüdischen Ethnie zu finden), zwei Polen, ein Lette und ein Litauer (381 Pers., 88,8 % waren Russen).<sup>143</sup> Unter den Lehrern gab es mehr dieser Personen: 25 Esten, 22 Juden, 16 Deutsche, 13 Polen, neun Letten, acht Kalmücken, fünf Litauer, fünf Lettgallen und ein Armenier (9.260 Pers., 92,9 %, waren Russe).<sup>144</sup> Obwohl die Nationalität kein hundertprozentiger Indikator der Zugehörigkeit zu einem Sonderkontingent ist, lässt sich die Hypothese aufstellen, dass einzelne Sondersiedler, besonders „Verbannungssiedler aus dem Baltikum“, trotz der festgelegten Einschränkungen eine Lehrerstelle erhalten konnten.

Zusammenfassend ergriffen die Behörden in den ersten Jahren nach Kriegsende explizite Maßnahmen, um Fachleute zu beschäftigen und die Situation dieser Sondersiedlerkategorie zu verbessern. Dies ist jedoch kein Grund zu der Annahme, dass das Regime die Integration der Deportierten beabsichtigte. Die Maßnahmen waren eher ein erzwungenes Zugeständnis, um die durch den Krieg vollständig zerstörte Wirtschaft unter den Bedingungen eines akuten Personal Mangels wiederherzustellen. Dies zeigt sich darin, dass die Behörden nicht auf Praktiken verzichteten, die die beruflichen Möglichkeiten der Sondersiedler einschränkten. So wurde den Deportierten der Zugang zu einer Reihe von beruflichen Positionen verweigert, die vor allem mit der ideologischen Erziehung der Bevölkerung verbunden waren. Infolgedessen verloren Vertreter solcher Berufe praktisch ihre Chancen auf eine erfolgreiche Integration und wurden marginalisiert.

Darüber hinaus hing der Erfolg der Integration der Sondersiedler direkt von ihrer Position in der von den Behörden aufgebauten sozialen Hierarchie ab. Mit anderen Worten, das Regime ordnete die Sonderkontingente in eine hierarchische Reihenfolge und bestimmte, was den Vertretern einer Kategorie gestattet

---

<sup>143</sup> GANO f. r-1366, op. 1, d. 252, l. 73, 99, 120.

<sup>144</sup> Ebd., 74, 122.

war und was nicht. Die Zuweisung zu einer Position in dieser Hierarchie beruhte auf der Wahrnehmung der Behörden sowohl hinsichtlich der Loyalität der Sonderkontingente als auch ihres Integrationspotenzials, d. h. der Fähigkeit, die ihnen bestimmten Funktionen auszuführen. Gleichzeitig hatten die Deportierten keine Gelegenheit, ihren zugewiesenen Status zu ändern. Als Ergebnis konnten im Gegensatz zu den Sowjetdeutschen, die vom Regime als relativ loyal und zur Integration geneigt bewertet wurden, die am unteren Ende der sozialen Hierarchie stehenden „Angehörigen der Wlassow-Armee“ sowie „OUN-Angehörigen“ unabhängig von ihren persönlichen Verdiensten keine Stelle als Buchhalter bekommen. Indem folglich das stalinistische Regime sein Streben nach sozialer Konstruktion umsetzte, schuf es nicht nur eine quasiständische Hierarchie, die entlang der Linie des Zugangs zum Verteilungssystem des Staates aufgebaut war<sup>145</sup>, sondern teilte diese Quasistände auch in Untergruppen. Dadurch wurde festgelegt, auf was die Untergruppen Anspruch erheben konnten, und damit die Geschwindigkeit des Integrationsprozesses bestimmt.

---

<sup>145</sup> Vgl. Meduševskij, Andrej: Stalinizm kak model' social'nogo konstruirovanija: K zaveršeniju naučno-izdatel'skogo proekta, in: Vestnik Evropy, Nr. 30, 2011, S. 12.



## **2. Der Einfluss der repressiven Kampagnen von den späten 1940er bis frühen 1950er Jahren auf den beruflichen Status der Sondersiedler**

Bis Ende 1947 / Mitte 1948 zielten die regionalen Behörden im Allgemeinen darauf ab, die Sondersiedler in ihren Fachbereichen zu beschäftigen (mit Ausnahme der oben genannten Einschränkungen). Allmählich änderte sich jedoch die Politik in dieser Frage in die entgegengesetzte Richtung. Dies ist auf die beginnende Kampagne des Kampfs gegen den Kosmopolitismus zurückzuführen, in deren Rahmen die Intelligenz (Künstler, Lehrer, Ärzte, Ingenieure usw.) auf ihre politische Zuverlässigkeit überprüft werden musste.

Die Auswirkung der betrachteten repressiven Kampagne ist in den Quellen sehr deutlich sichtbar. Vor allem änderte sich seit 1949 die Rhetorik der Dokumente der regionalen Behörden. Ursprünglich wurde es als Verdienst ausgelegt, dass die Mehrheit der Sondersiedler einer ihrer Qualifikation entsprechenden Tätigkeit nachging: Dies war ein Indikator für die effektive Bindung dieser Bevölkerungskategorie an die Ansiedlungsorte. Darüber hinaus wurde in Bezug auf die Sondersiedler beispielsweise die Formulierung „Verunreinigung der Unternehmen und Einrichtungen“ kaum verwendet. Über die Notwendigkeit der „Säuberung des Personals von Personen, die weder geschäftliches noch politisches Vertrauen verdienen“, schrieben die lokalen Behörden entweder in Fällen der massiven Arbeitsvermittlung von Deportierten in den Schulen oder in Fällen, in denen Sondersiedler, deren Familienmitglieder vom NKVD verhaftet wurden, verantwortungsvolle Stellen besetzten. Zum Beispiel informierte eine Mitteilung vom 23. Mai 1942 über die Überprüfung des Waisenhauses im Bezirk Bolotnoe, dass das Personal des Waisenhauses „verunreinigt“ gewesen sei, weil unzuverlässige Personen dort als Wäscherin (Deutsche, deren Ehemann vom NKVD verhaftet wurde), Köchin (Deutsche, deren Ehemann vom NKVD verhaftet wurde), Buchhalterin (Deutsche, die vorher aus einer Kolchose geflüchtet war), Erzieherin (Russin, deren Ehemann vom NKVD verhaftet wurde) und Kinderfrau (ihr Ehemann wurde vom NKVD verhaftet; sie wurde vorher aus einem Kindergarten

entlassen) tätig waren. Außerdem wurde als Maßnahme zur Lösung des Problems der „Verunreinigung“ nicht die Entlassung, sondern die zusätzliche Aufnahme in das Waisenhaus von zwei oder mehr Kommunisten vorgeschlagen<sup>146</sup>.

Nach dem Anfang des Kampfs gegen den Kosmopolitismus charakterisierten Mitarbeiter der Gebietsabteilungen des MGB die Tatsache, dass die Sondersiedler verantwortungsvolle Positionen besetzten, nur noch als „Verunreinigung der Unternehmen und Einrichtungen“. Darüber hinaus zeigt sich diese Tendenz in drei untersuchten Gebieten. Als Beispiel, das die Umkehrung in der Politik des Regimes und in der Lexik der Bürokratie der späten 1940er bis frühen 1950er Jahren treffend illustriert, soll hier ein Zitat aus einer vom stellvertretenden Leiter des MGB des Gebiets Tomsk Priščepa zusammengestellten Mitteilung vom 22. April 1952 dienen: „Durch den Beschluss des IV. Plenums des Tomsker Gebietskomitees der KPdSU vom Februar 1950 waren alle Parteiorganisationen, Leiter von Unternehmen und Bildungseinrichtungen verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen für die Säuberung des Personals von den weder geschäftliches noch politisches Vertrauen verdienenden Personen zu ergreifen. [...] Anstatt die vollberechtigte Bevölkerung in den Hauptproduktionsstandorten zu binden, entlassen die Betriebsleiter diese und binden das verbannte Kontingent in den Betrieben. [...] Diese Praxis führt dazu, dass viele Verbannte sich in diesen Unternehmen niederlassen, die hohe Qualifizierung der führenden Berufe erwerben und sich an die Hauptproduktionsstandorte binden“.<sup>147</sup>

---

<sup>146</sup> GANO f, p-30, op. 1, d. 226, l. 54–56.

<sup>147</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1698, l. 174–176. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Постановлением IV пленума Томского Обкома ВКП/б/ от февраля 1950 года партийные организации и руководители предприятий, учреждений и учебных заведений обязывались принять все необходимые меры к очищению кадров от не заслуживающих делового и политического доверия лиц. [...] Руководители этих заводов вместо закрепления на основных производственных участках кадров рабочих за счет правового населения, идут по линии массового их увольнения и закрепления на заводах ссыльного контингента. [...] Такая практика приводит к тому, что многие ссыльные оседают на этих предприятиях, приобретают высокую квалификацию по ведущим профессиям и закрепляются в основных производственных цехах“.

Um das Problem der Verunreinigung zu lösen, wurde begonnen, in den Regionen die Personen zu entlassen, über die kompromittierendes Material vorlag. Zu ihnen gehörten nicht nur Sondersiedler, sondern auch Personen, deren enge Verwandte antisowjetische Tätigkeiten ausgeübt hatten, ehemalige Soldaten der weißen Armee sowie Menschen aus sozial fremdem Umfeld. Tabelle 1.4 stellt dar, wie die Entlassungskampagne der „unzuverlässigen“ Personen in Tomsk verlief.

**Tabelle 1.4. Anzahl der „unzuverlässigen“ Personen von Anfang 1950 bis zum ersten Quartal 1952 in Tomsk (Pers.)<sup>148</sup>**

Periode		Am Anfang der Periode		wurden entlassen / degradiert		Am Ende der Periode	
Kategorie der Arbeiter		Ingenieure	Andere	Ingenieure	Andere	Ingenieure	Andere
Unternehmen	Elektromechanisches Werk	38	398	13	48	25	350
	Elektromotorisches Werk	24	492	6	155	22	337
	Kugellagerwerk	36	520	15	220	32	300
	Werk Sibkabel'	32	232	20	189	12	43
	Werk elektrischer Industrie	10	66	6	66	5	0
	Kraftwerk	26	n. v.	6	n. v.	30	5

Auf Grundlage von: CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1698, l. 134–164, 174 ff.

Diese Informationen bestätigen die These, dass das Regime seit dem Ende der 1940er Jahre auf eine Politik verzichtete, die auf eine berufliche Integration der Sondersiedler abzielte. Außerdem bemühten sich die Mitarbeiter des MGB um die volle Säuberung der Unternehmen und Einrichtungen von „fremden“ Elementen (in den Organisationen wurde dieses Ziel erreicht).

<sup>148</sup> Zur Kategorie „Ingenieure“ gehören nicht nur Sondersiedler, sondern auch andere „unzuverlässige“ Personen, während sich in der Kategorie „Andere Arbeiter“ nur Sondersiedler befinden.

Die betrachteten Entlassungen wurden durch politische Motive verursacht und wurden direkt vom MGB initiiert. Dies bestätigt der Schriftverkehr zwischen dem Leiter der Abteilung des MGB für das Gebiet Novosibirsk Generalmajor Meščanov, dem Sekretär des Komitees der KPdSU des Gebiets Novosibirsk Jakovlev und dem Leiter des Novosibirsker Büros der Leningrader Abteilung des Unternehmens „Teploèlektproekt“ Pavlovskij. Am 28. April 1949 teilte Meščanov Jakovlev mit, dass im Büro von „Teploèlektproekt“ „unzuverlässige“ Personen zu geheimen Arbeiten zugelassen seien. In diesem Zusammenhang könne die Wahrung des Staatsgeheimnisses nicht garantiert werden. Als Beispiele für „unzuverlässige“ Personen nennt Meščanov drei Deutsche: den Leiter der technischen Archive K. (aufgrund der Dokumentation der Archive hätte er die theoretische Möglichkeit, vollständige Informationen über Novosibirsker und Kuzbasser Kraftwerke zusammenzustellen), den leitenden Ingenieur K. (er habe die Projektierung eines Kraftwerks geleitet) sowie V. (zu seiner Tätigkeit habe auch die Kraftwerksprojektierung gehört). Laut dem Leiter der Abteilung des MVD habe er diese Information nur „zur Kenntnisnahme“ weitergegeben<sup>149</sup>. Nachdem Jakovlev eine Mitteilung von Meščanov erhalten hatte, stellte er die Frage nach der Qualität des Personals unmittelbar vor dem Leiter des Büros Pavlovskij, der schon am 14. Mai eine Antwort auf den Brief des Sekretärs vorbereitete. Im ersten Teil seiner Mitteilung erklärte Pavlovskij, warum diese Sondersiedler die Positionen besetzten (im Wesentlichen bezog sich dies auf den akuten Personalmangel). Darüber hinaus betonte der Leiter des Büros, dass erstens die Einstellung dieser Deutschen mit dem MVD abgestimmt worden sei und sie zweitens tatsächlich keinen Zugang zu geheimen Dokumenten hätten. Am Ende der Mitteilung schrieb der Autor, dass die angegebenen Sondersiedler bereits über die Entlassung benachrichtigt worden seien<sup>150</sup>.

Im betrachteten Fall reichte die Information, die der Leiter des MGB nur „zur Kenntnisnahme“ unterbreitete, für die Kündigungen der Sondersiedler aus.

---

<sup>149</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 342, l. 190a.

<sup>150</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 342, l. 191.

Häufig mieden die Angestellten des MGB die Andeutungen und sendeten an die Bezirkskomitees der KPdSU eine Liste mit den Namen der Sondersiedler, die entlassen werden mussten. Eine solche Liste erhielt beispielsweise am 11. Mai 1951 der Sekretär des Komitees der KPdSU des Bezirks Pichtovka Šajchorov vom stellvertretenden Leiter der Abteilung des MGB des Bezirks Pichtovka Oberleutnant Ivanichin. Im Dokument werden elf Personen aufgezählt, von denen nicht alle eine Position innehatten, in der sie geheime Informationen besaßen: Unter den Sondersiedlern gab es sowohl vier Buchleiter, einen Leiter der Funkleitstelle und einen Planer als auch einen Koch, einen Fleischer, einen Bäcker, einen Verkäufer und eine Putzfrau<sup>151</sup>.

Eines der Ziele des Kampfs gegen den Kosmopolitismus bestand in der Schaffung und der Aufrechterhaltung des Bildes vom inneren Feind, durch dessen Tätigkeit das Regime zum Beispiel wirtschaftspolitische Misserfolge rechtfertigen konnte. In diesem Zusammenhang beschuldigten die regionalen Behörden die Sondersiedler einer Reihe von Organisationen der mangelhaften Arbeit und betrachteten ihre Entlassung als ökonomisch zweckmäßig. So wurde auf der Sitzung des Barabinsker Stadtkomitees der KPdSU problematisiert, dass die Milchfarm einer Kolchose namens Timirjazev des Dorfsowjets Ustjancevo des Bezirk Barabinsk systematisch den Plan nicht erfüllte. Infolgedessen forderte das Büro des Stadtkomitees, dass die Kolchosleitung das Personal der Farm wechselt und Komsomolzen annimmt. Diese Forderung wurde durch die Kündigung der Deutschen und Kalmücken erfüllt, die „unehrlich und fahrlässig in ihrer Arbeit waren“. Nach Meinung des Sekretärs des Stadtkomitees der KPdSU Glaznev verbesserte sich im Ergebnis die Arbeit der Farm und nahm die Milchleistung zu<sup>152</sup>.

Hinsichtlich der Zweckmäßigkeit oder Legitimität der Kündigung von Sondersiedlern entstanden Konflikte zwischen den Mitarbeitern unterschiedlicher Zweige der Sowjetmacht. Diese Aussage wird durch das Beispiel der Deutschen

---

<sup>151</sup> GANO f. p-78, op. 1, d. 249, l. 12.

<sup>152</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 343, l. 290.

F. belegt. F. arbeitete im Büro „Vostokzagotzerno“ (Tomsk) als Buchhalterin und Kassiererin. Auf eine Anordnung des Büroleiters N. Žukov vom 30. Juni 1950 wurde sie entlassen. Diese Handlung bezog sich nicht nur auf die Kampagne des Kampfs gegen die Verunreinigung. So habe die Buchhaltertätigkeit in diesem Büro die Verarbeitung von geheimen Dokumenten umfasst. Folglich habe das Verbot der Zulassung von Sondersiedlern zu diesen Informationen die Büroleitung gezwungen, die Arbeitsbelastung unter den Mitarbeitern neu zu verteilen, was die Arbeit der Organisation erheblich erschwert habe. Darüber hinaus äußerte der Büroleiter Unzufriedenheit über die Professionalität dieser Deutschen. Aus diesen Gründen sei der Einsatz der Deutschen in dieser Arbeit für die Unternehmensleitung nicht zweckmäßig gewesen und habe mehr Schaden angerichtet als genützt. Die Logik, mit der Žukov die Sondersiedlerin entließ, ist verständlich. Jedoch bestand das Problem für den Leiter darin, dass F. nach ihrer Kündigung ein ärztliches Attest mitbrachte, dass ihre Schwangerschaft bestätigte. Deshalb unterschrieb Žukov am 10. Juli 1950 einen Befehl, durch den sie in eine niedrigere Position ohne Lohnkürzung versetzt wurde (Brigadierin der Sortierung). Trotzdem ging F. vor das Tomsker Bezirksgericht. Ursprünglich unterstützte das Gericht Žukov, doch danach hob die Kammer des Gebietsgerichts unter dem Vorsitz von Malachov den Gerichtsbeschluss auf und überwies den Fall für ein neues Verfahren an dasselbe Gericht. Infolgedessen stellte sich das Amtsgericht auf die Seite der Sondersiedlerin. Die Büroleitung versuchte, gegen diesen Gerichtsbeschluss im Gebietsgericht Berufung einzulegen, war aber erfolglos<sup>153</sup>.

Es wurde festgestellt, dass dieser Gerichtsbeschluss informell erörtert wurde. Die Umstände dieses Gesprächs legte Žukov in seinem Brief an das Gebietskomitee der KPdSU dar. Das telefonische Gespräch zwischen ihm und Malachov habe wenige Tage vor dem Gerichtsbeschluss stattgefunden, in dessen Rahmen der Vorsitzende abgelehnt habe, die Position des Bezirksgerichts zu unterstützen, in dem er folgendermaßen argumentiert habe: „Es ist mir egal, dass sie Deutsche ist oder nicht, in der Verfassung steht nicht, dass in Bezug auf

---

<sup>153</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1322, l. 315.

Deutsche ein besonderer Ansatz angewendet werden muss, ich richte sie nicht aufgrund der Herkunft, sondern als Bürgerin“.<sup>154</sup> Žukov drohte Malachov, dass er sich an das Gebietskomitee der KPdSU wenden werde, jedoch blieb der Richter bei seiner Meinung. Auch die Unterstützung des Vorsitzenden der Gewerkschaft Šeljakov half dem Büroleiter nicht.

Infolgedessen setzte Žukov seine Drohung in die Tat um, wendete sich für die Befürwortung an das Tomsker Gebietskomitee der KPdSU und schrieb an deren Sekretär Semin einen Brief, in dem er seine Sicht der Situation darlegte. Semin konsultierte den stellvertretenden Leiter der Abteilung des MGB des Gebiets Tomsk Priščepa. Erstaunlicherweise unterstützte die Abteilung des MGB den Standpunkt des Gerichts und widersetzte sich der Entlassung der Sondersiedlerin. Am 28. November 1950 berichtete Priščepa, dass die Handlungen Žukovs, die auf die Säuberung des Personals von unzuverlässigen Personen gerichtet waren, zwar richtig seien, aber in Übereinstimmung mit den sowjetischen Gesetzen durchgeführt werden sollten. Außerdem sei die Entlassung der Sondersiedlerin vor dem Mutterschaftsurlaub seiner Meinung nach inakzeptabel gewesen<sup>155</sup>.

Auf den ersten Blick mag Priščepas Standpunkt widersprüchlich erscheinen, da er einerseits eine Kampagne zur Entlassung „unzuverlässiger“ Elemente aktiv unterstützte sowie persönlich initiierte, andererseits in dieser einzelnen Situation die Sondersiedlerin aber verteidigte. Diese Position passt jedoch voll und ganz in die allgemeine Logik der stalinistischen Diktatur mit ihrem „inszenierenden“ Charakter<sup>156</sup>. Dies bedeutet, dass das Sowjetregime die Illusion von Harmonie und rechtlicher Legitimität schuf, während es durch verschiedene informelle Praktiken eine repressive Politik verfolgte. Am auffälligsten manifestiert sich

---

<sup>154</sup> Ebd., 316. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Мне безразлично, что она немка или нет, в Конституции не записано, что к немцам должен быть особый подход, я разбираю не по социальному происхождению, а как гражданина“.

<sup>155</sup> Ebd., 314.

<sup>156</sup> Konzeptionell wurde der Begriff „Inszenierungsdiktatur“ von Malte Rolf entwickelt: Vgl. Rolf, Malte: Das sowjetische Massenfest, Hamburg: Hamburger Edition, 2006, S. 7.

diese Eigenschaft der stalinistischen Diktatur in dem Phänomen des „nominalen Konstitutionalismus“, in dessen Rahmen die Verfassung von 1936 inmitten des großen Terrors verabschiedet wurde, um die rechtliche Legitimation des Regimes sicherzustellen und die Realität zu verschleiern<sup>157</sup>. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint Priščepas Position äußerst logisch, da der Schutz der Interessen einer schwangeren Frau den Eindruck erweckte, dass eines der wichtigsten sozialistischen Postulate – die Unterstützung von Mutterschaft und Kindheit – respektiert wird. In diesem Zusammenhang sollten diskriminierende Praktiken ohne offensichtliche Verstöße gegen die Normen der „sozialistischen Legalität“ umgesetzt werden.

Die Kampagne der Entlassung der Sondersiedler betraf zum größten Teil jene Fachleute, die in Unternehmen in den Städten arbeiteten, in denen es die Möglichkeit gab, den Personalmangel durch die vollberechtigte Bevölkerung auszugleichen. In entlegenen Bezirken herrschte dagegen ein großes Personaldefizit. Deswegen stellten die regionalen Behörden die Sondersiedler weiterhin als Lehrer, Ingenieure, Buchhalter usw. ein. So beantragte der Türke A., der im Bezirk Bakčar des Gebiets Tomsk lebte, bei der OSP seine Arbeitsvermittlung als Ingenieur. Aus diesem Grund bat der Stellvertreter des Leiters der OSP des Gebiets Tomsk Oberstleutnant Tolstych den Leiter des Trusts „Tomles“ Suchanov um die Einstellung des A.<sup>158</sup> Infolgedessen bot der Leiter des Trusts A. eine Stelle in der Maschinenwerkstatt des Forstbetriebs im Bezirk Verchnjaja Ket’ an<sup>159</sup>.

„Die Ärzteverschwörung“ markierte den Beginn einer neuen Phase der unterdrückenden Politik des Regimes: Es wurde begonnen, medizinische Einrichtungen von Sondersiedlern zu säubern. Zum Beispiel wurde im Februar 1953 im Bezirk Vengerovo des Gebiets Novosibirsk eine umfassende Überprüfung des medizinischen Personals durchgeführt. Im vom Zentrum entfernten Bezirk

---

<sup>157</sup> Vgl. Meduševskij, Andrej: Pravo i revolucija: Vklad sovjetskoj legitimnosti v postsovjetskuju konstitucionnuju transformaciju, in: Pravo: istorija i sovremennost’, Nr. 1, 2018, S. 54.

<sup>158</sup> GATO f. 858, op. 9, d. 2, l. 48.

<sup>159</sup> Ebd., 49.



herrschte akuter Personalmangel: Als Ärzte waren 17 statt 27 Personen tätig, das Pflegepersonal zählte 87 statt 123 Personen. Aus diesem Grund war ein bedeutender Anteil der medizinische Mitarbeiter Sondersiedler (sieben Ärzte, sechs Arzthelfer, drei Krankenschwestern, drei Hebammen, ein Epidemiologe).<sup>160</sup> Im Ergebnis der Überprüfung wurden diesen Mitarbeitern Bestechung, Nachlässigkeit, Verschwendung und schlechte Pflege der Kranken vorgeworfen. So nahm eine Sondersiedlerin nach Angaben des Sekretärs des Vengerovoer Bezirkskomitees der KPdSU Bochon von einer Kolchosbäuerin 4–5 kg Butter für die Behandlung ihrer Tochter und bekam 3055 Rubel vom Betrieb „Barabvodstroj“ für eine Wasseranalyse. Andere ließen sich von Patienten für Zahnbehandlungen bestechen. Außerdem suchten die Ärzte nicht immer rechtzeitig die Häuser der Kranken auf<sup>161</sup>. Alle diese „Ausschreitungen“ seien laut Bochon vom Chefärzte Č., der seit 1945 in dieser Position arbeitete, gedeckt worden (von 1943 bis 1945 war er als Chirurg tätig, absolvierte im Jahr 1945 den Auffrischkurs für Chirurgie in Tomsk und im Jahr 1949 für Onkologie in Moskau).<sup>162</sup> Der Chefarzt sei zwar kein Sondersiedler gewesen, habe aber geeignete Ärzte, die zu den Sondersiedlern gehörten, in das Krankenhaus gebracht<sup>163</sup>. Im Ergebnis der Überprüfung wurden 14 Ärzte aus dem Krankenhaus entlassen<sup>164</sup>.

Die gekündigten Fachkräfte entschieden, für ihre Rechte zu kämpfen und wandten sich an Gewerkschaften und Justizbehörden. Im Zusammenhang mit dem Tod Stalins wurden ihre Beschwerden befriedigt und alle medizinischen Mitarbeiter wurden schon im Herbst 1953 wiedereingesetzt, weil ihre Entlassungen laut der Quelle durch die Veröffentlichung von Artikeln über ‚Mörder-Ärzte‘ in der Presse verursacht wurden (eine Reihe dieser Fachkräfte wurde dabei in das Gebiet Pavlodar verlegt). Dies betraf auch die Fachkräfte, deren illegale Tätigkeit

---

<sup>160</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 437, l. 347.

<sup>161</sup> Ebd., 348.

<sup>162</sup> GANO f. r-29, op. 1, d. 589, l. 27.

<sup>163</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 437, l. 348.

<sup>164</sup> Ebd., 350

durch die Nachprüfung des Krankenhauses bestätigt wurde (sie wurden in niedrigeren Positionen wiedereingestellt).<sup>165</sup>

Das Krankenhaus Vengerovo war nicht die einzige medizinische Einrichtung, in der Anfang 1953 die Kampagne der Personalsäuberung durchgeführt wurde. So wurde eine Reihe von Sondersiedlern im Novosibirsker Krankenhaus № 4 degradiert. Die deutsche Oberschwester K. wurde zur Stationsschwester, die deutsche Krankenschwester T. wurde von ihrer Tätigkeit als Gewerkschaftsorganisatorin entbunden und die Oberärztin L. wurde zur Bezirksärztin degradiert<sup>166</sup>.

Die Kampagne der Entlassung und Degradierung von Sondersiedlern wurde von der vollberechtigten Bevölkerung teilweise unterstützt. Davon zeugen Briefe, die Redaktion der Zeitschrift „Sowjetische Sibirien“ erhielt. So äußerten die Autoren eines Briefs deutliche Empörung darüber, dass die Sondersiedler in relativ prestigeträchtigen Positionen tätig sind: „Was ist los? Diese Schuldigen arbeiten in verantwortlichen Positionen in unseren Staatseinrichtungen, aber Russen, Kriegsinvalide und Familienangehörige der verstorbenen Frontsoldaten können keine Stelle finden. [...] Sie sollten auch in anderen Einrichtungen, besonders in Behandlungseinrichtungen, nicht arbeiten“.<sup>167</sup> Andere Bürger schrieben einen anonymen Brief an die Zeitschrift, in dem sie sich über eine Deutsche beschwerten, die als Putzfrau in einem Laden arbeitete. Nach Meinung der Autoren habe sie regelmäßig ihre Freunde benachrichtigt, wenn knappe Waren in das Geschäft gekommen seien<sup>168</sup>.

Die Ergebnisse der Kampagnen von den späten 1940er bis in die 1950er Jahre zur Entlassung der Sondersiedler werden durch die folgenden Daten deutlich illustriert: Im April 1953 besetzten nur 43 Sondersiedler hochqualifizierte

---

<sup>165</sup> Ebd., 351.

<sup>166</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 418, l. 32 f.

<sup>167</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 438, l. 121. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „В чем же дело? Эти провинившиеся люди трудятся на ответственных постах в наших государственных учреждениях, а русским, инвалидам войны и членам семей погибших фронтовиков невозможно устроиться. [...] Не место им и в других учреждениях, тем более в лечебных“.

<sup>168</sup> Ebd., 120.

Positionen im Gebiet Tomsk, davon waren 19 als Ingenieure sowie zwölf als Ingenieure und Pädagogen tätig, elf arbeiteten in Hochschuleinrichtungen und in wissenschaftlichen Instituten (ein Jahr vorher zählten sie zwölf), einer war Leiter einer Abteilung in einer Einrichtung oder einem Betrieb. Außerdem gab es unter den Sondersiedlern keine Personen, die als Chefärzte, Agronomen, Betriebs-, Sowchos-, Werkstatt- und Schulleiter, Hauptmechaniker, Planer sowie Konstrukteure arbeiteten. Noch schlimmer war die Situation im Gebiet Novosibirsk, wo unter den Sondersiedlern nur vier solcher Personen waren. Im Gebiet Kemerovo besetzten die betrachteten „unzuverlässigen Elementen“ häufig Positionen, die eine hohe Qualifikation forderten (insgesamt gab es 61 Pers.). Dort bekamen die Sondersiedler wegen der ökonomischen Spezifität des Gebiets die Möglichkeit, als Werkstatt- und Betriebsleiter (26 Pers.), Ingenieure (sechs Pers.), Wirtschaftler oder Planer (drei Pers.) zu arbeiten<sup>169</sup>.

Nach dem Tod Stalins änderte sich die Richtung der Parteipolitik wieder: Die Arbeit der Sondersiedler in relativ hohen Positionen wurde von den regionalen Behörden erneut als Indikator der erfolgreichen Bindung des Sonderkontingents an die Ansiedlungsorte angesehen. Die Phrase der „Verunreinigung der Unternehmen und Einrichtungen“ verschwand aus der regionalen Dokumentation. Stattdessen begannen die Mitarbeiter der unterschiedlichen Gebietsbehörden, Fälle der hohen Leistungen von Sondersiedlern zu bezeichnen und deren zahlreiche Verdienste zu beschreiben. Eine in dieser Hinsicht typische Quelle ist eine Bescheinigung, die vom Sekretär der Parteiorganisation der MTS Parabel' des Gebiets Tomsk Cvetinskij zusammengestellt wurde. Er berichtet, dass zwölf Sondersiedler am 1. April 1955 in der MTS gearbeitet hätten (sieben Traktorfahrer, zwei Schmiede, ein Dreher, ein Zootechniker, ein Elektroschweißer), von denen er sechs als Stoßarbeiter bewertet habe. Einige von ihnen wurden mit einer Prämie (Geldprämie oder Ehrenurkunde) für ihre qualitative Arbeit bedacht oder auf der Ehrentafel vermerkt. Unlautere Arbeit von Sondersiedlern kam in der

---

<sup>169</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 436, l. 148.

MTS laut Cvetinskij nur in Einzelfällen vor<sup>170</sup>. Ähnliche Informationen erhielt das Gebietskomitee aus anderen Bezirken des Gebiets Tomsk, wie Kargasok, Pudino, Koževnikovo usw.<sup>171</sup>

Darüber hinaus bekamen die Deportierten wegen des Tods Stalins und der begonnenen Kampagne der Abmeldung von Sondersiedlungen die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu finden, für die die regionalen Behörden zuvor versucht hatten, den Zugang zu beschränken. So arbeiteten am 4. April 1955 im Bezirk Asino des Gebiets Tomsk neun Personen als Lehrer. Außerdem waren die Sondersiedler als Brigadiere (34 Pers.), Bracker (22), Buchhalter (22), Ärzte (zwölf), Meister (elf), Arbeitsnormierer (sieben), Rechnungsführer (vier), Krankenschwestern (drei), Tierärzte (zwei), Farmleiter (zwei), Agronomen (einer), Vorarbeiter (einer), Mechaniker (einer), Inspektoren (einer) und Ingenieure (einer) tätig<sup>172</sup>. Die dargestellten Angaben bestätigen die These, dass die Kampagne der „Säuberung der Unternehmen und der Einrichtungen von unzuverlässigen Personen“ größtenteils nicht die entfernten Bezirke, sondern die Städte berührten, und demonstrieren die Abschwächung der Regimepolitik in Bezug auf die Sondersiedler.

Die Einstellung der regionalen Behörden zu unterschiedlichen Sonderkontingenten war heterogen, einige von ihnen wurden als loyal bewertet, andere als feindlich. So berichtete der Sekretär des Parteibüros der MTS Galkino des Bezirks Bakčar im Gebiet Tomsk im April 1955, dass die in der MTS arbeitenden Esten, Letten und Litauer ihre Arbeit treulich einfüllt hätten und nach der Abmeldung mit großer Wahrscheinlichkeit im Bezirk bleiben würden. Anders bewertete er Türken, Assyrer und Aserbajdschaner: „Diese arbeiten in der Regel körperlich nicht gerne und wissen nicht, wie, sie sind nachlässig in Bezug auf Maschinen. Die Mehrheit dieser versucht, unter allerlei Vorwänden das Vertrauen der Leitung zu gewinnen. [...] Türken, Assyrer und Aserbajdschaner werden unter unseren Bedingungen nicht auskommen, unter allerlei Vorwänden und bei

---

<sup>170</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2267, l. 39 f.

<sup>171</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 33, 80 f; d. 2267, l. 28, 70, 99 f.

<sup>172</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2267, l. 19–22.

erster Möglichkeit werden sie wegfahren“.<sup>173</sup> Dieses Zitat zeigt, dass die hierarchische Einstellung der regionalen Behörden zu unterschiedlichen Sonderkontingenten nach dem Tod Stalins erhalten blieb.

Die regelmäßig in den nach dem Tod Stalins entstandenen Quellen erwähnte Prämierung von Sondersiedlern wirft die folgende Frage auf: Hatten die Sondersiedler zuvor den Zugang zu dieser Art von Auszeichnungen? Diese Frage zu beantworten, ist notwendig, denn „der Zugang zu den Auszeichnungen“ ist das wesentliche Kriterium für den Vergleich der Situation der Sondersiedler und der vollberechtigten Bevölkerung. Anders gesagt: Hatten alle Arbeiter unabhängig von ihrem sozialen Status das Recht, unterschiedlichen Prämien, Vergünstigungen und Privilegien zu erhalten, wenn sie Stoßarbeit leisteten, und hatten die Sondersiedler die reale Möglichkeit, derartige Auszeichnungen zu bekommen? Die Daten dazu sind widersprüchlich. Einerseits wird in den Quartals- und Halbjahresberichten von 1945–1947 mehrfach erwähnt, dass „nicht vollberechtigte“ Facharbeiter und Fachkräfte prämiert, auf der Ehrentafel vermerkt und mit der Medaille „Für heldenmütige Arbeit im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945“ ausgezeichnet wurden. Andererseits ist eine Reihe von Beweisen vorhanden, die den Schluss erlauben, dass es zur Diskriminierung der Deportierten in diesem Bereich gekommen ist.

Erstens strebten die Leiter der einzelnen Betriebe unter der Atmosphäre des Misstrauens gegenüber den Sondersiedlern danach, ihr Verhalten an die Parteipolitik anzupassen, und schränkten den Zugang von „unzuverlässigen“ Fachleuten zu den Auszeichnungen ein. So lehnte der Vorsitzende des Dorfrates Kuzneckij des Bezirks Čulym im Gebiet Novosibirsk 1950 die Prämierung von zwei Arbeiterinnen ab, denn sie waren Sondersiedlerinnen<sup>174</sup>.

---

<sup>173</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 74 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Эти, как правило, работать физически не любят, да и не умеют, к технике относятся небрежно. Большинство из них пытаются под различными предложениями втереться в доверие к руководству. [...] Турки, асирийцы и азербайджанцы не уживутся в наших условиях – под различными предложениями и при первой возможности они уедут“.

<sup>174</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 372, l. 237.

Zweitens wurden zwei Tatsachen offenbart, die von den direkten Einschränkungen der Rechte der Sondersiedler auf den Empfang von Vergünstigungen und Belohnungen zeugen. Obwohl die erste Tatsache die Fachkräfte und Facharbeiter nicht direkt berührte, illustriert sie sehr gut die allgemeine Einstellung zu den Sondersiedlern zu jener Zeit. 1945 gab das Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR die Anweisung, vorübergehend keine Preise für kinderreiche deutsche und kalmückische Mütter zu vergeben, bis der Großteil der vollberechtigten Mütter belohnt worden war. Diese Verordnung wurde ausgeführt und 225 im Gebiet Novosibirsk wohnende Sondersiedlerinnen wurden „nach dem Restprinzip“ ausgezeichnet<sup>175</sup>.

Die zweite Tatsache der Einschränkung des Rechts der Deportierten auf Vergünstigungen war mit Zuschlägen verbunden, die in Bezug auf in den nördlichen und extrem nördlichen Regionen beschäftigte Arbeiter eingeführt wurden. Nach dem Bescheid des Ministeriums für Holz- und Papierindustrie der UdSSR № 2667 vom 15. Juni 1949 sowie der Anweisung des Betriebs „Glavzapsibles“ № 156c vom 21. Juni 1949 wurde den Sondersiedlern, die in nördlichen Unternehmen der Holzindustrie arbeiteten, das Recht auf die Nordzuschläge entzogen<sup>176</sup>. Diese Einschränkung wurde teilweise auf die schon abgemeldeten Sondersiedler ausgedehnt, wie die Erklärung des Leiters des Trusts „Tomles“ A. Suchanov belegt: „[Die abgemeldeten Sondersiedler hatten das Recht auf die Nordzuschläge], wenn ihr bisheriger ständiger Wohnsitz (vor der Versetzung oder Abordnung zur Arbeit) durch eine Verbindung mit der Bahn mindestens 1000 km oder durch andere Verkehrswege 500 km vom Arbeitsort entfernt ist. Wenn diese angegebenen Personen in Bezirken des extremen Nordens in der Reihenfolge der Verbannung ankamen und dann abgemeldet wurden, verwenden diese Personen [...] keine Nordzuschläge“.<sup>177</sup> Diese Praxis wurde vom MVD als illegal betrachtet und deshalb verfasste der Leiter der OSP der UdSSR Oberst Vasilij Šijan am

---

<sup>175</sup> GANO f. r-1020, op. 6, d. 17, l. 27 f.

<sup>176</sup> GATO f. 858, op. 9, d. 2, l. 28.

<sup>177</sup> Ebd., 32.

13. Juli 1953 eine Erklärung, dass die Sondersiedler, die in den nördlichen Regionen arbeiteten, das Recht auf die Zuschläge unabhängig von den Umständen ihrer Einreise in diese Gebiete hätten<sup>178</sup>. Wenngleich folglich die Verordnung vom 8. Januar 1945 den Sondersiedlern alle Rechte, außer das Bewegungsrecht, gewährte, schränkten Wirtschaftsbehörden durch ihre Anordnungen einzelne Rechte der Deportierten ein, die sich vorwiegend auf ihre materielle Sicherstellung bezogen.

Sowohl der Arbeitsvermittlungsprozess der Sondersiedler mit einer Qualifikation als auch die anschließende Kampagne zu ihrer Entlassung spiegeln allgemeine Trends in der Entwicklung des Nachkriegsstalinismus wider. In der wissenschaftlichen Literatur wird die Phase von 1946–1948, die oft nach Andrej Ždanov als „Ždanovščina“ bezeichnet wird, als Zeit bewertet, in der das kulturelle Leben des Landes zerstört wurde<sup>179</sup>. Zum Teil trifft diese Aussage zu, da das Regime in dieser Zeit nicht nur eine Reihe von Kampagnen durchführte, um die Kontrolle über Vertreter der Intelligenz zu verschärfen, sondern auch die Hoffnungen auf eine mögliche Liberalisierung des Landes zerstörte. Fraglich ist aber das Ausmaß der Repressionen. In der Zeit des „Ždanovščina“ betrafen diskriminierende Praktiken Vertreter einzelner Berufe und Kategorien „unzuverlässiger“ Elemente. Erst ab 1948/1949 erfolgten die Personalsäuberungen nicht mehr relativ spontan und isoliert, sondern systematisch und allgemein und breiteten sich auf Vertreter der technischen Intelligenz aus. Es kam also zu einer Universalisierung der Säuberungen<sup>180</sup>.

Diese Wende ergab sich sowohl durch innenpolitische Faktoren (die Notwendigkeit, die Loyalität der Kader zu gewährleisten) als auch durch internationale Veränderungen (den Konflikt zwischen Stalin und Tito im Februar 1948). Darüber hinaus beeinflussten zwei Bestrebungen – „wirtschaftliche“ und „bewa-

---

<sup>178</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 457, l. 227.

<sup>179</sup> Vgl. Baberowski, Jörg: Der rote Terror: Die Geschichte des Stalinismus, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2003, S. 250 f.; Lewin, Moshe: The Soviet Century, London, New York: Verso, 2005, S. 129.

<sup>180</sup> Vgl. Kostyrčenko, Gennadij: Stalin protiv „kosmopolitov“: Vlast’ i evrejskaja intelligencija v SSSR, Moskau: ROSSPĖN, 2010, S. 211.

chende“ – die Handlungen des Regimes, die sich teilweise widersprachen. So herrschte einerseits in der Nachkriegsökonomie ein offensichtlicher Personal- mangel, der teilweise auf Kosten von Sondersiedlern beseitigt werden konnte, die während des Krieges nicht an die Front mobilisiert wurden. Andererseits war die Verwendung der „unzuverlässigen“ Elemente als führende Fachkräfte aus politi- scher Sicht nicht akzeptabel<sup>181</sup>. Nachdem in diesem Zusammenhang das Regime erste, schwierige Schritten zur Wiederherstellung des Landes gemacht hatte, kehrte es zu seinen üblichen repressiven Praktiken zurück.

Die Widersprüche zwischen diesen beiden Bestrebungen waren einer der Gründe, durch die die Kampagne zur Entlassung der Sondersiedler unterschied- lich umgesetzt wurde. Um ihre politische Loyalität klar zu demonstrieren, be- gannen die Leiter einiger Unternehmen, „unzuverlässige“ Elemente aktiv aus ihren Reihen zu entfernen. Andere versuchten, umgekehrt, Kader zu halten, und bremsten die Umsetzung von Parteientscheidungen. Außerdem wurde der ange- führte Widerspruch, der sich im Laufe der Zeit verschärfte, zu einem der Gründe dafür, dass die lokalen Behörden nach Stalins Tod schnell auf einige der repres- siven Praktiken verzichteten, insbesondere diejenigen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen behinderten (von Entlassungen der unzuverlässigen Elemente aus qualifizierten Positionen bis zum stillschweigenden Verbot auf ihre Auszeichnung).

---

<sup>181</sup> Das Vorhandensein eines Konflikts zwischen „wirtschaftlichen“ und „politischen“ Bestrebungen wurde auch von Beate Fieseler festgestellt, die die Situation behinderter Kriegsveteranen analysierte: Um seinen politischen Verpflichtungen nachzukommen, musste das Regime die Kriegsteilnehmer mit Arbeitsplätzen versorgen, während für die Erholung der Wirtschaft gesunde und starke Menschen erforderlich waren. Vgl. Fiese- ler, Beate: *The bitter legacy of the ‘Great Patriotic War’: Red Army disabled soldiers under late Stalinism*, in: Juliane Fürst (Hrsg.), *Late Stalinist Russia Society Between Reconstruction and Reinvention*, London: Routledge, 2006, S. 58.



### **3. Parteimitglieder unter den Bedingungen der Sondersiedlung**

#### **3.1. Ehemalige Führungskräfte des sowjetischen Parteiensystems**

Bei der Durchführung der ethnischen „totalen“ Deportation machte das Regime keine Ausnahmen. Als Ergebnisse gerieten Angestellte des NKVD, Soldaten der Roten Armee, Richter, Staatsanwälte sowie hochrangige Beamte in die Sondersiedlungen. Nichtsdestoweniger stellte die Zwangsumsiedlung nach der oben erwähnten Verordnung vom 8. Januar 1945 keinen Grund für ihren Ausschluss aus der Partei dar.

In den betrachteten Regionen wurde eine Gruppe leitender Parteiangestellter der ehemaligen Kalmückischen ASSR untergebracht. Im Gebiet Novosibirsk befanden sich 66 Personen, die vor der Deportation als Angestellte der republikanischen (22 Pers.) oder bezirklichen (41 Pers.) Ebene tätig gewesen waren<sup>182</sup>. Im Gebiet Tomsk war ihre Anzahl geringer – hier lebten nur sechs ehemalige Parteiarbeiter der bezirklichen Ebene (vier Sekretäre des Bezirkskomitees der KPdSU, zwei Vorsitzende des Bezirksexekutivkomitees).<sup>183</sup> Unter dieser Gruppe der Sondersiedler gab es Personen, die vor der Deportation höchste Positionen im politischen System der Kalmückischen Republik besetzt hatten: der ehemalige Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU für Propaganda Utnasunov, der stellvertretende Vorsitzende des SNK Gachaev, der Leiter der Organisationsabteilung des Gebietskomitees der KPdSU Azydov, der Volkskommissar für Handel Mukookuev, der Vorsitzende des Komitees für Kunst Macakov, der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für staatliche Planung Savrušev, der Volkskommissar für Justiz Badminov, der Geschäftsführer des SNK Mandžiev, der Geschäftsführer des staatlichen Fischtrustes Andraev und der Leiter der Generaldirektion für Literatur und Verlage Nadneev.

Das Regime betrachtete diese Bevölkerungskategorie als „nicht sozialgefährlich“ und wollte ihnen relativ günstige Bedingungen für die Arbeitsvermitt-

---

<sup>182</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 293, l. 166–181.

<sup>183</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 290, l. 238–241.

lung gewähren<sup>184</sup>. Diese Einstellung kommt in dem im Juli 1946 vom Leiter der OSP des MVD der UdSSR Michail Kuznecov entwickelten, jedoch von der Sowjetregierung nicht gebilligten Projekt der „Vorschrift für die Sondersiedler“ zum Ausdruck. Nach ihm musste den Mitgliedern und Kandidaten der KPdSU nicht nur eine vorrangige Gelegenheit geboten werden, einen Arbeitsplatz zu bekommen, sondern auch erlaubt werden, sich selbständig innerhalb des Ansiedlungsorts zu verdingen<sup>185</sup>.

Wie dieses Bestreben des Zentrums in den Regionen verwirklicht wurde, wird in der Geschichtsschreibung unterschiedlich bewertet. Aleksandr Ivanov analysierte den Zustand der Kommunisten im Gebiet Tjumen' und Omsk und wies darauf hin, dass ehemalige Parteiangestellte in Führungspositionen berufen worden seien, wenn auch auf niedrigerer Ebene<sup>186</sup>. Fedor Sinicyn zufolge war die Mehrheit der Führungskräfte der Kalmücken in der Praxis nicht gefragt und folglich litten sie unter schweren materiellen Bedingungen. Als Beweis seiner These führte der Historiker ein Zitat aus einem Bericht des MVD des Gebiets Novosibirsk vom 15. Juli 1946 an, in dem es heißt, dass der Volkskommissar für Handel Mukookuev seinen Lebensunterhalt damit verdient habe, um Höfe herum Holz zu hacken, und der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des SNK Dorži-Garjaev sei als Wachter tätig gewesen<sup>187</sup>.

Obwohl sich die materiellen Bedingungen der betrachteten Gruppe der Kalmücken wesentlich verschlechterten und die ehemaligen Parteiarbeiter als Ergebnis der Deportation in eine Überlebenssituation gerieten, muss Sinicyn's Schluss korrigiert werden: Eine Reihe von Kalmücken konnte (nach den Maßstäben der Sondersiedlungen) eine angesehene Arbeit finden. Davon zeugen die folgenden Tatsachen. Erstens teilten Fedor Petrovskij und Georgij Žukov, die Auto-

---

<sup>184</sup> Ubušaev/Ubušaev, 2007, S. 256.

<sup>185</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 448, l. 260 f.

<sup>186</sup> Ivanov, Aleksandr: Ierarchija specposelenija (1940–1950-e gg.), in: Vestnik Tomskogo gosudarstvennogo universiteta. Istorija, Nr. 51, 2018, S. 47.

<sup>187</sup> Sinicyn, Fedor: Inicijativnaja grupa byvšich rukovodjaščich rabotnikov Kalmyckoj ASSR i ee usilija po osvoboždeniju kalmyckogo naroda iz specposelenija (1944–1956), in: Rossijskaja istorija, Nr. 2, 2001, S. 127.

ren des von Sinicyn als Beweis verwendeten Berichts, in ihren anderen Berichten die ehemaligen leitenden Parteiangestellten in zwei Gruppen ein. Ein Teil der Kalmücken habe ihrer Meinung nach recht gut in der Verbannung gewohnt, weil ihre Qualifikationen ihnen ermöglicht hätten, einen relativ angesehenen Beruf zu finden. Andere, die keine Fachbildung hatten, hätten deutlich schlechter gelebt<sup>188</sup>.

Zweitens stehen die aus unterschiedlichen Archiven zusammengetragenen Angaben über die Berufspositionen von 31 der 66 ehemaligen im Gebiet Novosibirsk untergebrachten Parteiangestellten zur Verfügung<sup>189</sup>. Ihre Mehrheit, 14 Personen, wurde für eine Arbeit eingestellt, die eine Qualifikation forderte, die aber in keinem Zusammenhang zu der von den Kalmücken vor der Deportation ausgeübten Tätigkeit stand. Zu diesen Personen zählten sechs Rechnungsführer, vier Buchhalter sowie ein Arbeitsnormier, ein Planer, ein Steuerinspektor und ein Lehrer. Acht Kalmücken gingen einer ihrer Fachausbildung entsprechenden Tätigkeit nach. Zum Beispiel war der ehemalige Stellvertreter des Volkskommisars für Gesundheitswesen Korsunkeev, der von Beruf Arzt war, als Arzt in Barabinsk tätig. Mandžiev, der vor der Verbannung als Stellvertreter des Volkskommissars für Tierzucht arbeitete und Zootechniker von Beruf war, wurde als Techniker der Landverwaltung eingestellt<sup>190</sup>. Der Geschäftsführer des staatlichen Fischtrustes Andraev beschrieb den Prozess seiner Arbeitsvermittlung auf die Stelle des Dispatchers des kollektivwirtschaftlichen Fischvereins Barabinsk in seiner Erinnerung folgendermaßen: „Wir fanden heraus, dass es ganz in der Nähe, in der Stadt Barabinsk, den kollektivwirtschaftlichen Fischverein gibt. [...] Wir gingen sofort in die Kommandantur und baten um Erlaubnis. [...] Wir wurden abgelehnt. Sie ließen uns verstehen, dass wir uns eine Stelle nicht aussuchen, und man uns vorschreibt, wo wir leben werden. [...] Wir schrieben eine begrün-

---

<sup>188</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 293, l. 166 ff; d. 294, l. 45 ff; d. 297, l. 73 ff; d. 479, l. 337.

<sup>189</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 236, 239, 240, 243, 244, 249, 250; f. p-12, op. 1, d. 56, l. 24, 43; f. p-58, op. 1, d. 256, l. 27; f. p-81, op. 1, d. 503, l. 1 ff; GARF f. r-9479, op. 1, d. 293, l. 166 ff.

<sup>190</sup> GANO f. p-12, op. 1, d. 56, l. 24.

dete Petition an Popov, den Sekretär des Parteikomitees des Gebiets Novosibirsk. [...] Dem die Fischerei beaufsichtigenden Popov gefiel unsere Bitte, wie es schien. Die Antwort war bejahend und kam schnell. Und wir, Sarang Menkeev und ich, fuhren ohne Verzögerung nach Barabinsk ab. Uns wurde schnell Einblick in die Sache gewährt. Die Fischerei war hier nur Teichfischerei. [...] Der Umfang der Fischerei war ganz anders. Das Wichtigste war für uns jedoch, dass uns dieses Geschäft vertraut und verbunden war. Deshalb nahmen wir die Arbeit mit Vergnügen auf“.<sup>191</sup>

In diesem Zitat ist es notwendig, einige wichtige Punkte zu beachten. Aller Wahrscheinlichkeit nach war die Erfahrung in einer Führungsposition sowie die Parteizugehörigkeit der Grund für das Parteigebietskomitee Novosibirsk, Andraevs Arbeitsvermittlung in den kollektivwirtschaftlichen Fischereiverein Barabinsk zu unterstützen. Darüber hinaus wird in dem Zitat ein Gegensatz zwischen unterschiedlichen Machtstrukturen deutlich: Die endgültige Entscheidung des Parteigebietskomitees widersprach der Meinung der Bezirksabteilung des NKVD. Folglich fehlte den verschiedenen Behörden in der Praxis ein gemeinsamer Standpunkt zur Arbeitsvermittlung der ehemaligen Führungskräfte. Es sollte beachtet werden, dass es nicht Andraevs erster Versuch war, einen relativ prestigeträchtigen Job zu finden: Zuvor bemühte er sich um eine Stelle in einem Unternehmen der Lebensmittelindustrie in Kargat, jedoch lehnte die Kommandantur ihn ab und er war gezwungen, eine Weile als Schuster zu arbeiten<sup>192</sup>. Also war

---

<sup>191</sup> Vgl. Andraev, Dordži: Gor’koe prozren’e nastupilo pozže, in: Pavel Godaev (Hrsg.), Bol’ pamjati, Èlista: Džangar, 2002, S. 213. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Мы выяснили, что совсем недалеко, в городе Барабинске, есть ‘Рыбколхозсоюз’ [...] Мы сразу же в комендатуру и давай проситься туда. [...] Отказали. Дали понять, что не мы выбираем себе место, а нам определяют, где жить. [...] Написали обоснованное ходатайство секретарю Новосибирского обкома партии Попову. [...] Попову, курировавшему рыбный промысел, наша просьба, как видно, пришлась по душе. Ответ был утвердительный и скорый. И мы, Саранг Менкеев и я, без промедления выехали в Барабинск. Быстро вошли в курс дела. Рыболовство здесь было только озерно-прудовое. [...] Масштабы и объемы промысла совершенно другие. Но для нас важнее всего было то, что дело это знакомое и близкое. И потому за работу взялись с охотой“.

<sup>192</sup> Ebd., 212.

seine Parteimitgliedschaft keine Garantie für die erfolgreiche Arbeitsvermittlung. Andraev ging den recht langen Weg des Kampfs für seine Rechte. Er suchte Hilfe bei Parteibehörden, die er trotz der Deportation nicht als „fremdes“, sondern als „sein“ System betrachtete.

Fünf Personen aus der betrachteten Gruppe der Kalmücken konnten leitende Positionen besetzen. So war der ehemalige Sekretär des Gebietskomitees der Kalmückien für Propaganda Utnasunov in der Sondersiedlung als stellvertretender Direktor des Fischbetriebs tätig<sup>193</sup> und der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des SNK für staatliche Planung Savrušev arbeitete als Vorsitzender des Artels „Metallist“.<sup>194</sup>

Nur vier Kalmücken waren gezwungen, nach der Verbannung einer unqualifizierten Tätigkeit nachzugehen. Als Beispiel kann die ehemalige Leiterin für Inventur des Parteibezirkskomitees Dankaeva dienen, die als Ergebnis der Deportation zur Kolchosbäuerin wurde<sup>195</sup>.

Auf diese Weise lässt sich nicht sagen, dass die Mehrheit der ehemaligen Führungskräfte in der Sondersiedlung nicht gefragt war. Obwohl einige von ihnen vollständig marginalisiert waren, andere nur nach einer Petition in den Parteibehörden eine qualifizierte Tätigkeit fanden und dritte als gewöhnliche Angestellte arbeiteten, konnten einige Kalmücken sogar Führungspositionen beanspruchen. Infolgedessen hatte diese Kategorie der Deportierten einen klaren Vorsprung in der Arbeitsvermittlung im Vergleich zu anderen Sondersiedlern. Es sollte beachtet werden, dass der Unterschied zwischen dem bisherigen und derzeitigen Status für die ehemaligen Parteiangestellten besonders groß war. Aus diesem Grund organisierten genau sie eine „antisowjetische Gruppe“ und mit den Worten der Mitarbeiter des NKVD / MVD hätten sie sich auf den antisowjeti-

---

<sup>193</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 249.

<sup>194</sup> GANO f. p-12, op. 1, d. 56, l. 24.

<sup>195</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 236, 249.

schen konterrevolutionären Weg begeben und einen zersetzenden Einfluss auf die Sondersiedler<sup>196</sup>.

Die Bildung dieser Gruppe, ihre Tätigkeit und der Kampf des Regimes gegen sie werden von Sinicyn ausführlich beschrieben<sup>197</sup>. In diesem Zusammenhang wird zunächst kurz auf ihre Geschichte eingegangen, um dann wichtige Ergänzungen zu den Schlussfolgerungen des Historikers vorzunehmen. Unmittelbar nach der Deportation begannen die ehemaligen Führungskräfte, Kontakte zu knüpfen, um Meinungen auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen. Im Allgemeinen betrachteten sie die Umsiedlung als groben politischen Fehler, jedoch begründeten sie diese unterschiedlich. Einige meinten, dass die Deportation nur durch die Behörden des NKVD / MVD initiiert wurde und die sowjetische Spitze über sie nichts wusste, andere vermuteten, dass die Umsiedlung ein Werk von fremden Elementen in der Regierung und dem NKVD / MVD war, die Stalin falsch informierten, dritte erkannten die Zweckmäßigkeit der unterdrückenden sowjetischen Politik. Im Frühjahr 1944 wurde schließlich eine Initiativgruppe gebildet, deren Kern aus Gachaev, Mandžiev, Azydov, Savrušev, Utnasunov, Macakov und Mukookuev bestand. Die Teilnehmer der Gruppe versuchten, durch kollektive und individuelle Petitionen an unterschiedliche Machtinstitutionen mit der Forderung, die kalmückische Frage zu lösen, für ihre Rechte zu kämpfen. Sie forderten die Gewährung von nationaler Autonomie, Amnestie, die Bewegungsfreiheit für Parteiangestellte, die Umsiedlung von Kalmücken nach Burjatien oder in das autonome Gebiet Ojrot usw.<sup>198</sup>

Die Behörden des NKVD / MVD begannen den Kampf gegen die Initiativgruppe mit vorbeugenden Maßnahmen. Im Sommer 1944 riefen Mitarbeiter des NKVD einige Teilnehmer „zum Gespräch“ auf und forderten unter der Drohung mit strafrechtlicher Verfolgung die Verleumdungen über die Partei und Po-

---

<sup>196</sup> Ebd., 254.

<sup>197</sup> Vgl. Sinicyn, Fedor: *Sovetskaja nacija i vojna. Nacional'nyj vopros v SSSR. 1933–1945*, Moskau: Centrpoligraf, 2018, S. 245–267.

<sup>198</sup> Vgl. Sinicyn, 2001, S. 127 f.

litik zu stoppen<sup>199</sup>. Als Ergebnis wurden die radikalsten Mitglieder der Gruppe Nadneev, Savrušev, Macakov, Mandžiev und Normaev zwischen November 1944 und April 1945 verhaftet und zum Aufenthalt in Besserungsarbeitslagern von 5 bis 10 Jahren verurteilt<sup>200</sup>. Trotzdem stellten die ehemaligen Führungskräfte ihre Tätigkeit nicht ein. In diesem Zusammenhang wurden sie 1945 auf Aufweisung von Lavrentij Berija in das Novosibirsker Gebietskomitee der KPdSU einbestellt und erneut vor der Unzulässigkeit ihres Verhaltens gewarnt<sup>201</sup>. Danach nahm die Tätigkeit dieser Gruppe ab, jedoch wurde sie 1946 wegen der Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR wiederaufgenommen. So wurde ein von Andraev, Gachaev und Korsunkeev vorbereiteter Brief an Stalin gerichtet<sup>202</sup>. Die Mitarbeiter des NKVD / MVD handelten dieses Mal entschlossener und im Mai 1946 kam der Leiter der OSP im Gebiet Novosibirsk Žukov in Barabinsk an und unterhielt sich persönlich mit Andraev, Gachaev, Korsunkeev, Utnasunov und Menkeev<sup>203</sup>. Vorbeugende Gespräche wurden auch im Gebietskomitee der KPdSU durchgeführt. Die Tätigkeit der Gruppe ließ wieder nach, jedoch verursachten die Veröffentlichung des Erlasses des Obersten Sowjets der RSFSR am 26. Juni 1946 über die Abschaffung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR und die Umwandlung der ASSR der Krim in das Gebiet Krim eine neue Welle der Aktivität, denn die ASSR der Krim wurde offiziell nicht abgeschafft<sup>204</sup>. Die Gruppe stellte 1949 ihre Arbeit ein. Dies lag an der Verhaftung und Verurteilung zu 10 Jahren Besserungsarbeitslager von Gachaev, der zu diesem Zeitpunkt schon in das Gebiet Altai umgezogen war, des Umzugs von Utnasunov wegen einer neuen Anstellung nach Sachalin und von Korsunkeev<sup>205</sup> in den Bezirk Čulym nach dem Parteiausschluss sowie an der allgemein veränderten Position der kalmückischen Bevölkerung zu einer loyalen Haltung gegenüber dem Sow-

---

<sup>199</sup> Ebd., 131.

<sup>200</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 248, l. 13 f.

<sup>201</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 248, l. 14; GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 99.

<sup>202</sup> Vgl. Iz istorii zemli Tomskoj. 1940–1956, S. 309–315.

<sup>203</sup> Vgl. Andraev, 2002, S. 217 f.

<sup>204</sup> Vgl. Sinicyn, 2001, S. 134.

<sup>205</sup> Vgl. Andraev, 2002, S. 220 f.

jetregime. Die Angehörigen dieser Gruppe unterhielten Beziehungen miteinander und nahmen nach dem 20. Parteitag ihre Aktivität wieder auf. Die gewöhnliche kalmückische Bevölkerung verhielt sich unterschiedlich zur Tätigkeit der „antisowjetischen Gruppe“. Einige hörten ihnen zu, glaubten an den Erfolg ihrer Arbeit und bereiteten sich sogar auf eine bevorstehende Umsiedlung vor, andere machten sie für die Verbannung und das anschließende Leiden der Kalmücken verantwortlich<sup>206</sup>.

Neben dem starken Verlust des sozialen Status gab Sinicyn noch einen Faktor an, der die Tätigkeit dieser „antisowjetischen Gruppe“ inspirierte. Die ehemaligen Leiter der kalmückischen ASSR seien zuversichtlich geblieben, weiterhin ein Teil des sowjetischen Systems der Nomenklatur zu sein, und hätten ihren staatlichen und parteilichen Einfluss überschätzt. Das zeigt sich nach Ansicht des Historikers nicht nur darin, dass insbesondere die ehemaligen Mitarbeiter des NKVD sich unmittelbar nach der Deportation um Stellen in diesem System in den Sondersiedlungen bewarben, sondern auch in der Lexik, die die Autoren der zahlreichen Petitionen an die Regierung verwendeten<sup>207</sup>. Außerdem bestätigt die von Angehörigen der „antisowjetischen“ Gruppe gewählte Taktik diese Schlussfolgerung: Sie versuchten, Schutz in dem System zu finden, betrachteten die Deportation als Fehler von einzelnen Parteimitgliedern und „fremden Elementen“ und meinten, dass die Situation verbessert werden könnte, wenn sie die Sowjetführung durch vernünftige Argumente über die Not der Kalmücken informierten. Dieses Verhaltensmodell hat in der russischen Gesellschaft Tradition: Das Volk wendet sich an den „Monarchen“ mit der Bitte, die Handlungen der örtlichen „Bojaren“ zu verurteilen oder zu überdenken. Obwohl das Regime darüber hinaus das Verhalten der ehemaligen führenden Angestellten als Protest bewertete, war der Petitionskampf für die Mitglieder der initiativen Gruppe ein Mittel, um möglicherweise ihre Situation in der Sondersiedlung zu verbessern. Dadurch kann dem in Studien zu der bäurlichen Bevölkerung entwickelten

---

<sup>206</sup> Vgl. Sinicyn, 2001, S. 137.

<sup>207</sup> Ebd.



Standpunkt zugestimmt werden, wonach sozialer Protest als ein Faktor in der Überlebensstrategie der Bauern und der Bauerngemeinschaft angesehen wird<sup>208</sup>.

Während die Motivation der Mitglieder der Initiativgruppe im Allgemeinen nun geklärt ist, sind die Motive der lokalen Behörden bei der Bekämpfung der Tätigkeit der ehemaligen leitenden Angestellten der Kalmückischen ASSR noch unklar. Es sei darauf hingewiesen, dass das Regime verschiedene Methoden einsetzte, um die Tätigkeit der „antisowjetischen Gruppe“ zu unterdrücken, und sich nicht auf die Verhaftung und die Verurteilung der aktiven Teilnehmer beschränkte. Zuerst wurden die Kalmücken durch die Einberufung in das NKVD zu einem vorbeugenden Gespräch verwarnt, danach führten Mitarbeiter des NKVD / MVD mehrere Schauverhaftungen durch. Dann wechselte das Regime wieder zur Warnungstaktik, wie beispielsweise der persönliche Besuch Žukovs in Barabinsk und regelmäßige Gespräche mit ehemaligen Führungskräften im Parteigebietskomitee belegen. Erst 1949 begannen die Mitarbeiter des MVD, sich der Angehörigen der Gruppe durch Übertragungen in andere Gebiete, Parteiausschlüsse und Verhaftungen vollends zu entledigen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum das Regime diese informelle Organisation nicht sofort vollständig auflöste. Dies war teilweise damit verbunden, dass es Unterschiede in den Positionen der Parteibehörden und des NKVD / MVD gab. Erste strebten nach der Integration dieser Sondersiedler und betrachteten sie als potenzielle Unterstützung des Regimes unter der kalmückischen Bevölkerung. So führten die Parteibehörden die Unzufriedenheit von ehemaligen leitenden Angestellten auf die falsche Arbeitsvermittlung der Kalmücken zurück und forderten von den Mitarbeitern des NKVD / MVD, ihnen ihrer Qualifikation und Erfahrung entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, auch wenn sie dafür in benachbarte Gebiete verlegt werden müssten<sup>209</sup>. Die Position der Leitung des NKVD / MVD war in dieser Frage völlig entgegen-

---

<sup>208</sup> Vgl. Scott, James: *The Moral Economy of the Peasant: Rebellion and Subsistence in Southeast Asia*, New Haven: Yale University Press, 1977, S. 114–156.

<sup>209</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 256.

gesetzt. Sie habe nicht nur nach Meinung des Sekretärs des Bezirkskomitees der KPdSU Ubino Kusnezov die Parteisicht nicht unterstützt, sondern habe auch das Verhalten einzelner Mitarbeiter des NKVD / MVD, die die Sondersiedler unter Schutz stellten, verurteilt<sup>210</sup>. Die Widersprüche zwischen diesen Machtstrukturen illustriert auch das oben genannte Beispiel der Arbeitsvermittlung von Andraev. Außerdem zeugt davon indirekt Andraevs Hinweis in seinen Erinnerungen, dass zusammen mit der Verhaftung von Nadneev, Savrušev, Macakov, Mandžiev und Normaev die Verhaftung von Utnasunov und Gachaev angedacht worden sei, jedoch sei diese Idee aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt worden<sup>211</sup>. Wahrscheinlich bezog sich dies auf die Protektion seitens der Parteibehörden. Auf diese Weise kann die Hypothese aufgestellt werden, dass die repressiven Bestrebungen des NKVD / MVD teilweise von den Parteibehörden gebremst wurden, die inzwischen mit der Veröffentlichung vom 8. Januar 1945 und 1948–1949 anstrebten, zumindest äußerlich zu manifestieren, dass die Rechte der Sondersiedler geachtet wurden.

Darüber hinaus bleibt die Frage offen, ob die Tätigkeit der Initiativgruppe zu positiven Konsequenzen führte. Einerseits konnte eine Reihe von Kalmücken mithilfe der Petitionen an das Gebietskomitee, wie oben beschrieben, bessere Stellen erreichen. Außerdem wurde fast jeder Umstand, auf den die Mitglieder der „antisowjetischen Gruppe“ hinwiesen, nicht nur von Angestellten des NKVD / MVD, sondern auch von Parteimitarbeitern überprüft. Andererseits brachten diese zahlreichen Überprüfungen meistens keine Ergebnisse. So berichtete Utnasunov beim Gespräch im Gebietskomitee der KPdSU von der Diskriminierung von Kalmücken in der Parteiorganisation des Bezirks Čany. Er erzählte, dass der Kalmücke Mandžiev als Delegat der Bezirksparteitagung gewählt worden sei, aber seine Nationalität im Protokoll auf Mordwine berichtet worden sein. Die im September 1945 durchgeführte Überprüfung bestätigte diese Tatsache nicht<sup>212</sup>.

---

<sup>210</sup> Ebd., 225.

<sup>211</sup> Vgl. Andraev, 2002, S. 223.

<sup>212</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 120.

Keine Ergebnisse brachte auch eine weitere Kontrolle, die Ende 1947 im Zusammenhang mit dem Antrag Azydovs, der sich über seine unfaire Entlassung beschwerte, vom Bezirkskomitee Kujbyševo durchgeführt wurde<sup>213</sup>. Im Allgemeinen sind Parteikontrollen eine typische Praxis des stalinistischen Regimes und eine weitere Manifestation der „Inszenierungsdiktatur“. Um sich ein Image zu verschaffen, mussten die Behörden zeigen, dass sie bereit waren, auf die Menschen zu hören und auf Anfragen von unten zu reagieren. Auf diese Weise erfüllten Parteikontrollen die Funktion eines Rituals<sup>214</sup> und waren eine Art Rückkopplungsmechanismus, in dessen Rahmen die Behörden als höchste Instanz der Gerechtigkeit fungierten. Die Tatsache, dass diese Überprüfungen letztlich keine Ergebnisse erbrachten, spielte wiederum keine Rolle.

### 3.2. Gewöhnliche Parteimitglieder

Die Kalmücken, die gewöhnliche Mitglieder der KPdSU waren und vor der Deportation keine leitenden Positionen besetzten, zählten am 1. April 1946 136 Personen im Gebiet Novosibirsk und 53 Personen im Gebiet Tomsk<sup>215</sup>. Über andere Sonderkontingente liegen keine Informationen vor. Die verfügbaren Quellen erlauben es, Rückschlüsse auf die Arbeitsvermittlung von 22 Parteimitgliedern, die im Gebiet Novosibirsk wohnten, zu ziehen. Die überwiegende Mehrheit, 17 Personen, arbeitete 1946 als Kollektivbauern, Hilfsarbeiter oder Fischer, eine Person war wegen Krankheit nicht erwerbstätig. Ein Parteimitglied war als Rechnungsführer tätig, drei Kalmücken hatten niedrige leitende Positionen inne<sup>216</sup>. Da kaum Informationen über die Qualifikation der betrachteten Sondersiedler und ihre berufliche Karriere vor der Deportation vorhanden sind, lässt sich nicht ermitteln, ob die Parteizugehörigkeit den Kalmücken in den ersten Jahren nach dem Krieg einen Beschäftigungsvorteil verschaffte. Es ist nur bekannt, dass drei Personen eine ihrer Qualifikation nicht entsprechende Stelle besetzten

---

<sup>213</sup> GANO f. p-58, op. 1, d. 308, l. 1.

<sup>214</sup> Vgl. Lejbovič, Oleg: V gorode M. Očerki social'noj povsednevnosti sovetskoj provincii, Moskau: ROSSPÈN, 2008, S. 252 f.

<sup>215</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 290, l. 238–241; d. 293, l. 166–181.

<sup>216</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 236, 242, 249; f. p-12, op. 1, d. 56, l. 43; f. p-30, op. 1, d. 320, l. 5; f. p-81, op. 1, d. 503, l. 1–7.

(ein Zeitungsredakteur wurde Hilfsarbeiter in einer Sowchose, ein anderer war als Buchhalter tätig, ein ausgebildeter Lehrer arbeitete als Kolchosbauer), zwei Kalmücken vor und nach der Deportation eine unqualifizierte Tätigkeit ausübten und eine Person, die vor der Verbannung als Hilfsarbeiter in einer Sowchose tätig war, Leiter einer Seilwerkstatt wurde<sup>217</sup>. Wie sich die Anzahl der Parteimitglieder bis 1949 veränderte, ist in Tabelle 1.5 dargestellt.

**Tabelle 1.5. Anzahl der Mitglieder (M.) und Kandidaten (K.) der KPdSU unter den Sondersiedlern im ersten Quartal 1949**

Gebiet	Kemerovo		Novosibirsk		Tomsk	
	M.	K.	M.	K.	M.	K.
Kontingent						
Deutsche	73	17	130	17	39	4
Kalmücken	0	0	209	50	11	0
„von der Schwarzmeerküste“	0	0	0	0	21	3
Andere	3	5	1	0	0	0
Insgesamt	76	22	340	67	71	7

Auf Grundlage von: GARF f. r-9479, op. 1, d. 484, l. 2–6, 116–120, 127, 192–196, 205, 208.

Diese Daten zeigen, dass die Anzahl der Kalmücken, die Mitglieder oder Kandidaten der KPdSU waren, zwischen 1946 und 1949 im Gebiet Novosibirsk deutlich stieg und im Gebiet Tomsk zurückging. Die Anzahl der Parteiangehörigen im Gebiet Tomsk wurde von der Kampagne zum Parteiausschluss beeinflusst, auf die weiter unten eingegangen wird. Darüber hinaus sollte bedacht werden, dass die Tendenz zur Erhöhung der Anzahl von Parteiangehörigen, die in Bezug auf das Gebiet Novosibirsk offenbart wurde, nicht konstant war, weil im Juli 1953 unter allen Sondersiedlern im Gebiet nur 181 Mitglieder und 18 Kandidaten der Partei waren<sup>218</sup>. Dies lässt die Hypothese zu, dass massive Parteiausschlüsse auch im Gebiet Novosibirsk durchgeführt wurden, jedoch im Vergleich zum Gebiet Tomsk später stattfanden.

<sup>217</sup> Ebd.

<sup>218</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 440, l. 1–3.

Laut einer Liste vom 13. Dezember 1949 waren unter den Sondersiedlern 79 Personen, die der Partei angehörten und im Gebiet Tomsk untergebracht wurden<sup>219</sup>. Diese Quelle ermöglicht, die Alters-, Geschlechts- und Berufszusammensetzung der betrachteten Gruppe der Deportierten zu bestimmen. Unter den 79 Sondersiedlern waren nur neun Frauen, von denen sechs Deutsche und drei Russen waren<sup>220</sup>. Diese Disproportion zeigt die patriarchalische Lebensweise der Mehrheit der deportierten Völker auf, in deren Rahmen eine öffentliche Tätigkeit als „männlicher Bereich“ wahrgenommen wurde.

Unter den Mitgliedern und Kandidaten der KPdSU überwogen Personen von 40 bis 50 Jahren (33 Pers.). Die zweitgrößte Altersgruppe waren die 30- bis 40-Jährigen (28 Pers.), gefolgt von Deportierten über 50 Jahren (zehn Pers.) und von Sondersiedlern unter 30 Jahren (acht Pers.). Die Prävalenz alter Personen unter der analysierten Gruppe der Parteiangehörigen erklärt sich durch die Tatsache, dass die Sondersiedler der Partei vor der Verbannung beitraten und eine Aufnahme in die Partei in den Sondersiedlungen kaum stattfand. Dies belegen die Daten über die Parteierfahrung der betrachteten Gruppe: 58 Personen traten der Partei noch vor dem Kriegsbeginn und folglich vor der Deportation bei. Bei der Analyse der Parteierfahrung der übrigen 21 Sondersiedler ist es notwendig, das Verbannungsjahr, das für die unterschiedlichen Gruppen der Sonderkontingente verschieden war, zu vergleichen. Unter den Deportierten, die nach dem Kriegsanfang der Partei beitraten, waren 15 Türken, Aserbajdschaner oder Assyrer, deren Verbannung zwischen 1948 und 1950 stattfand, und zwei Kalmücken, die zwischen Ende 1943 und Anfang 1944 nach Sibirien gerieten. Folglich wurden sie vor der Deportation in die Partei aufgenommen oder zu Kandidaten. Nur vier der betrachteten Parteimitglieder waren Deutsche, deren Verbannung vorwiegend im August 1941 durchgeführt wurde. Also wurden sie erst in Sibirien in die Partei aufgenommen. Auf diese Weise, nachdem sie den Status eines „Son-

---

<sup>219</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1144, l. 297 f.

<sup>220</sup> Ebd., 300–307, 309, 311, 312, 315–317, 319, 321, 323, 327, 328, 330, 333–335.

dersiedlers“ erhalten hatten, der Partei beizutreten, war äußerst schwierig und unwahrscheinlich.

Etwa die Hälfte der analysierten Parteiangehörigen (37 Pers.) arbeitete in unqualifizierten Positionen. Die Mehrheit von ihnen, 20 Personen, hatte keine Mittelschulbildung. Sechs Sondersiedler absolvierten die Schule, jedoch ist unklar, ob sie über eine Qualifikation verfügten. Die übrigen Parteimitglieder hatten eine Hochschulbildung (3 Pers.), eine unvollständige Hochschulbildung (3 Pers.) oder eine Fachbildung (4 Pers.), einer war sogar Kandidat der Agrarwissenschaften. Es sei darauf hingewiesen, dass nicht alle Parteimitglieder als Ergebnis der Deportation ihre beruflichen Positionen völlig verloren. So waren 22 der 79 betrachteten Sondersiedler als unterschiedliche Angestellte tätig (Buchhalter, Ärzte, Inspektoren, Rechnungsführer, Kaufleute usw.). Außerdem arbeiteten drei von ihnen als Lehrkräfte (in Schulen oder Fach- und Hochschuleinrichtungen), neun besetzten unterschiedliche niedrige leitende Positionen. Fast alle dieser Sondersiedler, außer sechs Personen, hatten mindestens eine Mittelschulbildung. Aber zum Beispiel war der Deutsche, der nur vier Schuljahre absolviert hatte, als Buchhalter tätig oder der Kalmücke, der nur die Grundschule abgeschlossen hatte, arbeitete als Leiter für die Getreidebeschaffung. Zwölf Sondersiedler waren als qualifizierte Arbeiter tätig. Darüber hinaus erlernte ihre Mehrheit (9 Pers.) einen Beruf indirekt am Arbeitsplatz, denn sie hatte nur die Grundschule absolviert. Fünf der 79 analysierten Deportierten waren arbeitsunfähig, drei wurden in der Arbeitsarmee mobilisiert und ihr Standort war den Parteibehörden nicht bekannt. Also lässt sich nicht sagen, dass die Parteizugehörigkeit am Ende der 1940er Jahre erhebliche Vorteile bei der Arbeitsvermittlung mit sich brachte, wobei Qualifikationen eine Schlüsselbedeutung hatten. Außerdem war die erfolgreiche Arbeitsvermittlung der Sondersiedler, die gleichzeitig Parteiangehörige und ausgebildet waren, nicht garantiert und etwa Drittel von ihnen wurde völlig marginalisiert und war gezwungen, auf unqualifizierte Positionen zu arbeiten.

Wie oben erwähnt, wurde die heftige Reduzierung der Anzahl von Parteimitgliedern zwischen 1946 und 1949 im Gebiet Tomsk durch die Politik des

Ausschlusses von Sondersiedlern aus der KPdSU verursacht. Dies wird durch die Tatsache belegt, dass der Sekretär des Parteibezirkskomitees Bakčar Kuznecov am 12. August 1949 an das Gebietskomitee Tomsk eine Anfrage mit der Bitte um Erklärung schickte, welche Position in Bezug auf Kommunisten eingenommen werden sollte, die als Sondersiedler in der Zahl von etwa 30 Personen aus der Aserbajdschanischen SSR in den Bezirk kamen (am 13. Dezember 1949 gab es 17 aus Aserbajdschan deportierte Parteimitglieder im Bezirk Bakčar).<sup>221</sup> Er teilte auch mit, dass sie folgende Politik durchführen würden, bevor sie die Antwort erhalten würden: „Wir verhalten uns so, dass wir sie vorübergehend anmelden, ihre Registrierungskarten anfordern, und dann gedenken wir, sie wegen der geringsten Verletzung des Parteistatuts oder der Parteidisziplin aus der Partei auszuschließen“. <sup>222</sup> Die Antwort auf Kuznecovs Frage wurde in den Archiven nicht gefunden.

Diese in der Anfrage ausgedrückte Unsicherheit der Parteiangestellten bezüglich des richtigen Verhaltens in dieser Situation lässt sich nicht als Einzelfall betrachten. Dies beweist der Schriftverkehr zwischen Mitarbeitern des Bezirkskomitees Kargasok und dem Gebietskomitee Tomsk über die Frage nach der Mitgliedschaft in der Partei der Deutschen G., der auf April und Mai 1949 datiert ist. Die Sondersiedlerin G., geb. 1917, wurde im September 1944 aus der ASSR der Wolgadeutschen in das Gebiet Novosibirsk verbannt, in dem Bezirk Kargasok des Gebiets Tomsk kam sie im September 1942 an. Im Juni 1941, noch vor der Deportation, wurde sie zur Kandidatin der Partei, im Februar 1948 zu deren Mitglied. Sie wurde als Rechnungsführer in der Kolchose „Krasnaja gorka“ eingestellt. G. wurde als Parteimitglied von dem Vorsitzenden der Kolchose „Urman“, dem Chefagronomen der landwirtschaftlichen Bezirksabteilung J. und der

---

<sup>221</sup> Ebd., 301–303, 315–317.

<sup>222</sup> Ebd., 184. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Мы поступаем так, что берем их на временный учет, запрашиваем учетные карточки, а потом думаем исключить из партии за малейшее нарушение Устава или партийной дисциплины“.

Leitung der landwirtschaftlichen Bezirksabteilung A. empfohlen<sup>223</sup>. Die Aufnahme der G. in die Partei warf beim Gebietskomitee Tomsk die Unzufriedenheit auf, in diesem Zusammenhang forderten seine Mitarbeiter von Kučer, dem ersten Sekretär des Bezirkskomitees der KPdSU Kargasok, der jedoch im Frühling 1949 entlassen wurde, Erklärungen an.

Vom besonderen Interesse ist das folgende Zitat aus der Erklärung Kučers, in dem er den Kern der von ihm in Bezug auf Parteiangehörige, die Sondersiedler waren, durchgeführten Politik des Bezirkskomitees darlegte: „Während das Bezirkskomitee der KPdSU und die Parteieinheiten, wo sie angemeldet wurden, die anderen deutschen Kommunisten loswerden konnten und sie aus der Partei ausschlossen, fanden sie in Bezug auf G. nichts diskreditierend, nur Positives, in ihrer Arbeit und ihrem Leben“.<sup>224</sup> Folglich wurde die Taktik des Ausschlusses der Sondersiedler aus der Partei bei der ersten Möglichkeit nicht nur vom Bezirkskomitee der KPdSU Bakčar angewendet. Als das Dienstalder von G. als Kandidatin der Partei sieben Jahre erreichte, wandte Kučer sich an den Leiter der Organisationsabteilung des Gebietskomitees der KPdSU Ozirskij, der laut Kučer nach der Konsultation mit den Kollegen und der Leitung berichtete, dass man G. in die Partei aufnehmen könne, wenn sie redlich arbeite, am Parteileben teilnehme und Empfehlende finde. Dann teilte Ozirskij schon nach der Aufnahme von G. in die Partei im Dabeisein des Leiters der Anmeldungsabteilung Anfimova mit, dass diese Aufnahme vorzeitig gewesen sei. Darauf antwortete der ehemalige erste Sekretär des Bezirkskomitees Kargasok, dass, wenn er den Fehler gemacht habe, das Gebietskomitee ihn korrigieren könne<sup>225</sup>. Als Ergebnisse der Erklärungen von Kučer wies der Leiter der Abteilung für Partei-, Gewerkschafts- und Komсомorganisationen des Gebietskomitees der KPdSU Rodikov das Bezirkskomitee

---

<sup>223</sup> Ebd., 84.

<sup>224</sup> Ebd., 85. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Если [в отношении] других немцев-коммунистов райком ВКП(б) и первичные парторганизации, где они состояли на учете, смогли [...] найти пути избавления и исключили их из рядов ВКП(б), то в отношении Г. ничего порочащего в ее работе и в жизни первичной парторганизации, кроме положительного не нашли“

<sup>225</sup> Ebd., 85 f.



tee Kargasok an, die Entscheidung über die Frage nach der Aufnahme der G. in die KPdSU zu überprüfen<sup>226</sup>. In der im Dezember 1949 zusammengestellten Liste der Parteiangehörigen, die in den Sondersiedlungen des Gebiets Tomsk angemeldet wurden, ist die Deutsche G. nicht vorhanden.

Im Zusammenhang mit dem Tod Stalins und dem Anfang der Kampagne der Freilassung der Sondersiedler wurde die Politik gegenüber den Deportierten, die Mitglieder oder Kandidaten der Partei waren, aufgeweicht. Davon zeugt indirekt die Intensivierung der Arbeit zur Aufnahme in den Komsomol. Zum Beispiel befanden sich im April 1955 im Bezirk Asino des Gebiets Tomsk 108 Komsomolzen, von denen 64 im Jahr 1955 und fünf im Jahr 1955 dieser Organisation beitraten<sup>227</sup>.

Zusammenfassend war die Politik des Regimes gegenüber den Parteimitgliedern in den Sondersiedlungen ein Teil des gleichen Trends wie die Politik gegenüber Fachleuten. Bis 1948/49 machten die Behörden eine Reihe von Zugeständnissen. So setzten sich die Parteibehörden für die Beschäftigung von Parteimitgliedern in relativ angesehenen Positionen ein und der NKVD / MVD verzichtete auf die strengsten Sanktionen gegenüber den Mitgliedern der Initiativegruppe ehemaliger Parteileiter der Kalmückischen ASSR. Nichtsdestoweniger galten die Sondersiedler, die der Partei angehörten, auch in dieser gegenüber den Sondersiedlern relativ nachgiebigen Zeit nicht als vollwertige Kommunisten. Sie wurden eher als „die Vertrauenswürdigsten“ in der „unzuverlässigen“ Bevölkerungskategorie wahrgenommen. Dann, in den späten 1940er Jahren, hörte das Regime nicht nur auf, die Sondersiedler in die Partei aufzunehmen, sondern setzte sich auch dafür ein, sie auszuschließen. Als Ergebnis wurde diese Form der sozialen Mobilität für die Deportierten praktisch unzugänglich. Gleichzeitig wurden diese repressiven Aktionen im Geiste einer „Inszenierungsdiktatur“ durchgeführt: Es wurde versucht, den diskriminierenden Praktiken den äußeren Charakter der Legalität zu verleihen.

---

<sup>226</sup> Ebd., 89.

<sup>227</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2267, l. 19–22.

## II. Die soziale Integration durch Fach- und Hochschulbildung

Erfolgreiche soziale Integration bedeutet, dass Individuen die Möglichkeit haben, ihren sozialen Status in einem gesellschaftlichen System wesentlich zu verbessern. Laut dem russisch/US-amerikanischen Soziologen Pitirim Sorokin erfolgt die vertikale soziale Mobilität durch verschiedene soziale Institutionen, die den Mitgliedern der Gesellschaft helfen, in der sozialen Hierarchie aufzusteigen. Gleichzeitig wirken sie als Filter: Indem sie einige Individuen auf den unteren Ebenen der sozialen Schichtung halten, ermöglichen sie anderen, ihre Spitze zu erreichen<sup>228</sup>. Die grundlegende soziale Institution ist Bildung, da sie es Einzelpersonen ermöglicht, sich nicht nur für höhere, angesehene und qualifizierte berufliche Positionen zu bewerben, sondern auch soziale Kontakte auszubauen und die für einen Aufstieg notwendigen sozialen Kontakte zu knüpfen.

Die Tatsache, dass die Sondersiedler eine Fach- oder Hochschulbildung erhielten, ist ein Indikator für den Erfolg ihrer Integration, nicht nur, weil sie beweist, dass die Deportierten die Möglichkeit hatten, – auch elitäre – Kanäle der sozialen Mobilität zu nutzen, sondern auch wegen einer Reihe anderer Faktoren. Die hohe Nachfrage der Sondersiedler nach Bildung spiegelt somit sowohl ihren Wunsch wider, ein vollwertiger Teil der neuen Umgebung zu werden, als auch ihre Wahrnehmung der Verbannung als langfristigen Prozess. Darüber hinaus zeigt dies indirekt den Erfolg der wirtschaftlichen Anpassung der Deportierten: Je besser die Familie lebt, desto wahrscheinlicher wird ihr Kind eine höhere Bildung erreichen. Dies ist nicht nur auf die Notwendigkeit zurückzuführen, für Umzug, Bildung und Unterkunft zu bezahlen, sondern auch auf den Verlust von Arbeitskräften für die Familie, zumindest für die Studienzeit, was sich ärmere Kreise nicht leisten konnten.

Die wissenschaftliche Literatur zur Analyse der Bildungsfrage in den Sondersiedlungen beschränkt sich darauf, das Schulbildungssystem zu untersu-

---

<sup>228</sup> Vgl. Sorokin, Pitirim: *Social Mobility*, New York: Routledge, 1927, S. 164–182.

chen<sup>229</sup>. In den Forschungen werden die Zahl der Sondersiedler, die in den Schulen lernten, die Funktionsweise des Schulsystems und seine Entwicklung behandelt. Dabei wird das Schulbildungssystem entweder als spezieller nichtöffentlicher Raum oder als Teil des Sowjetbildungssystems betrachtet. In diesem Zusammenhang scheint die Analyse der Fach- und Hochschulbildung, die die Sondersiedler außerhalb der Sondersiedlungen, zusammen mit der vollberechtigten Bevölkerung, aber unter Beibehaltung ihres diskriminierenden Status erhielten, besonders relevant zu sein.

Die grundsätzliche Frage, die im Mittelpunkt dieses Kapitels steht, ist folgende: War die Fach- und Hochschulbildung ein erreichbares und effektives Instrument der sozialen Integration von Sondersiedlern? Beide Begriffe, „Erreichbarkeit“ und „Effektivität“, werden aus zwei Blickwinkeln betrachtet: der Auswirkung des Regimes auf diskriminierte Sozialgruppen und den Reaktionen dieser Gruppen auf sie (Regime – Bevölkerung):

1. „Erreichbarkeit“: Hatten die Sondersiedler im Vergleich mit der vollberechtigten Bevölkerung die reale Möglichkeit, die Bildung zu erlangen?

– Welche Barrieren gab es auf ihrem Weg zur Immatrikulation (Regime)?

– Wer konnte diese Barrieren wie überwinden (Bevölkerung)?

2. „Effektivität“: War ihre Integration innerhalb der Bildungssphäre erfolgreich?

– Gab es eine Diskriminationstechnik innerhalb der Fach- und Hochschulen (Regime)?

---

<sup>229</sup> Vgl. Èl’buzdukaeva, Tamara / Sacita Jandarova: *Političeskij aspekt socializacii čečencev i ingušej v oblasti obrazovanija i kul’tury v mestach specposelenija v 40–50-e gg. XX v.*, in: *Vestn. Vladikavkaz. nauč. centra*, Nr. 4, 2016, S. 24–29; Ignatova, 2009, S. 168–173; Ivanov, 2016b, S. 45–57; Krasil’nikov, Sergej / Viktorija Sarnova: *Sochranenie nacional’noj kul’tury i ètničnosti specpereselencami v Sibiri v 1930–1940-e gody*, in: Sergej Krasil’nikov (Hrsg.), *Nacional’no-kul’turnaja politika v Sibirskom regione v XX v.*, Novosibirsk: Novosib. gos. un-t, 2004, S. 197–217; Moškin, Viktor: *Krest’janskaja ssylka na Ob’-Irtyšskij Sever (1930–1933 gg.)*, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Tobol’sk: Nižnevartovskij gosudarstvennyj gumanitarnyj universitet, 2008, S. 167–186; Zagorodnjuk, Nadežda: *Školy dlja specpereselencev (30–50 gg.)*, in: *Istoričeskij opyt obrazovanija Tjumenskogo kraja: materialy obl. nauč. konf.*, Tobol’sk: [B. i.], 1992, S. 78 ff.

– Wie verlief der Integrationsprozess bei dieser Sozialgruppe (Bevölkerung)?

Dieses Kapitel basiert auf den folgenden Gruppen von Quellen:

1. Drei Namenslisten von Studierenden und sich in einer Ausbildung befindlichen Sondersiedlern (insgesamt 104 Pers.) wurden Anfang 1952 (Januar, April und März) von der Abteilung des MGB für das Gebiet Tomsk zusammengestellt. Sie enthalten Angaben zu Namen, Geburtsjahren, Bildungseinrichtungen und Arten des Sonderkontingents. 50 % der in den Quellen erwähnten Sondersiedler wurden in der von der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ zusammengestellten Liste von Opfern des politischen Terrors<sup>230</sup> gefunden. Durch den Vergleich von beiden Quellen wurden die personenbezogenen Daten präzisiert und ergänzt.

2. 71 persönliche Charakterisierungen von Sondersiedlern enthalten kurze Beschreibungen ihrer akademischen Leistungen und sozialen Aktivität. Sie wurden 1952 vom Dekan der Fakultät oder vom Sekretär des Politbüros der Bildungseinrichtung auf Anforderung des MGB verfasst. Diese Quelle lassen sich als repräsentativ betrachten (68,3 % der analysierten Sondersiedler).

Als Beispiel dient die Charakterisierung von Z., einem Studenten der Fakultät für Mathematik der Staatlichen Universität Tomsk: „Z., 1932 geb., ist Deutscher. Er absolvierte die Mittelschule Rubcovsk № 112. 1950 ließ er sich an der Fakultät für Mechanik und Mathematik der Universität immatrikulieren. Studienleistungen sind durchschnittlich. In der letzten Prüfungsphase erhielt er zwei befriedigende Noten [...]. Die Entscheidung der Versammlung des Komsomol über seine Aufnahme wurde von dem Büro des Kirovskijer Bezirkskomitees des Komsomol nicht genehmigt. Unter den Kommilitonen hält er sich geschlossen, knüpft keine normalen kameradschaftlichen Beziehungen. Er ist nicht diszipliniert: Er versäumte mehrmals ohne Grund den Unterricht. Er ist rüpelhaft: Es gibt Situationen von unhöflicher Behandlung von Studenten und sogar Lehrern.

---

<sup>230</sup> Vgl. Žertvy političeskogo terrora v SSSR: [online] <https://base.memo.ru/> [05.09.2020].

Er nimmt am sozialen Leben nicht teil und ist passiv bei der Gruppendiskussion zu gesellschaftlichen Fragen und bei politischen Vorträgen“.<sup>231</sup>

3. Die Verordnungen der Sibirischen Staatlichen Medizinischen Universität, wo 1952 sieben Sondersiedler studierten, ermöglichen, die folgenden Fragen zu beantworten: Lassen sich die analysierten Studenten exmatrikulieren? Bekamen sie ein Stipendium oder unterschiedliche Mahnungen oder Strafen? Haben sie Probleme mit den akademischen Leistungen?

4. 30 Personalakten von Auszubildenden oder Studenten wurden in Archiven folgender Bildungseinrichtungen gefunden: vier Hochschulen in Tomsk (Staatliche Universität, Sibirische Medizinische Universität, Staatliche Polytechnische Universität und Staatliche Pädagogische Universität) und eine Fachschule (Polytechnische Fachschule des Ministeriums für Beschaffung). Diese Quellen umfassen vor allem die für eine Immatrikulation notwendigen Dokumente (Bewerbungen, ärztliche Atteste, Wohnsitzbescheinigungen, Zertifikate vom Militärkommissariat, Fotos, Zeugnisse über die Schulbildung). Außerdem enthalten diese Quelle Matrikelbücher, Studentenausweise, Fach- oder Hochschulabschlusszeugnisse, unterschiedliche Charakterisierungen und Bescheinigungen über den Absolventeneinsatz. Von besonderem Interesse sind die Autobiographien, die alle Studenten bei der Immatrikulation schrieben und in denen sie über ihre Familien, Erfahrungen, Berufstätigkeiten und andere wichtige Ereignisse in ihrem Leben erzählen.

---

<sup>231</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 216. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Ц., 1932 года рождения, по-национальности немец. Окончил среднюю школу № 112 в г. Рубцовске. В 1950 году поступил на механико-математический факультет университета. Успеваемость средняя. В последнюю экзаменационную сессию получил две посредственные оценки [...]. Решение общего комсомольского собрания о приеме его в члены ВЛКСМ бюро Кировского РК ВЛКСМ не утверждено. В группе держится замкнуто, нормальных товарищеских отношений в группе не наладил. Недисциплинирован: имеет много пропусков занятий без уважительных причин. Невыдержан: отмечены случаи грубого отношения со студентами и даже преподавателями. В общественной жизни участия не принимает, при обсуждении общих вопросов в группе и на политзанятиях пассивен».

## 1. Die Erreichbarkeit der Fach- und Hochschulbildung

### 1.1. Barrieren auf dem Weg der Sondersiedler zur Immatrikulation

1951 wurden 110 Sondersiedler in Bildungseinrichtungen in Tomsk ausgebildet, 1952 durchliefen 104 Deportierte eine Ausbildung oder ein Studium<sup>232</sup>. Dabei wohnten 1951 70.772 Sondersiedler im Gebiet Tomsk<sup>233</sup>. Folglich beträgt der Anteil der ausgebildeten Deportierten 0,14 % (0,08 % waren Auszubildende, 0,06 % waren Studenten). Insgesamt absolvierten 10.437 Menschen in der Region ein Studium (Angaben zu Auszubildenden liegen nicht vor), was 1,56 % der Gesamtbevölkerung des Gebiets Tomsk (671.000 Pers.) entspricht<sup>234</sup>.

Daher besteht eine deutliche Diskriminierung der Sondersiedler hinsichtlich der Möglichkeit, eine Fach- oder Hochbildung zu erhalten. In diesem Zusammenhang wurden drei Gruppen von Barrieren ermittelt, mit denen Deportierte auf dem Weg zu einer Immatrikulation konfrontiert wurden.

*Die vom Regime direkt festgelegten Barrieren, die die Realisierung des Bildungsrechts nicht nur der Sondersiedler, sondern auch der anderen Sowjetbürger erschwerten*

Mit Beginn des Krieges wurde das System der Schul-, Fach- und Hochschulbildung an die Bedürfnisse der Kriegszeit angepasst. So wurden die Formen der Abendausbildung erweitert, wodurch diejenigen mobilisiert werden konnten, die im Hinterland arbeiteten; spezialisierte Militärschulen, beispielsweise die Suvorov- und die Nachimov-Militärschulen, wurden eröffnet<sup>235</sup>; eine getrennte Ausbildung für Jungen und Mädchen wurde eingeführt sowie geschlechtsspezifische Lehrpläne akzeptiert, um die traditionellen Verhaltensmuster wiederherzus-

---

<sup>232</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 158–161, 369–372, 376–378.

<sup>233</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 243, l. 339 f.

<sup>234</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1648, l. 149–164.

<sup>235</sup> Vgl. Pennar, Jean / Ivan Bakalo / George Bereday: *Modernization and diversity in Soviet Education*, New York: Praeger publishers, 1971, S. 41.

tellen (Jungen als Verteidiger des Vaterlandes; Mädchen als berufstätige Mütter).<sup>236</sup>

Gleichzeitig wurde eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, um einerseits die Verfügbarkeit von Fach- und Hochschulbildung zu verringern, und andererseits mehr junge Menschen in Militärschulen einzubeziehen. Vor allem wurde nach dem Beschluss der Regierung „Über die Einführung der Bildungsgebühr in den Oberklassen der Schulen und an den Hochschulen und über Änderungen von Stipendienverfahren“ vom 2. Oktober 1940 eine Bildungsgebühr in Oberschulklassen, Fachschulen (150 Rubel pro Jahr) und an Hochschulen (300 Rubel) eingeführt<sup>237</sup>. In Moskau, Leningrad und den Hauptstädten der sowjetischen Republiken war die Gebühr höher. Die Bildung blieb kostenfrei für Behinderte, Rentner und ihre Kinder sowie Waisen<sup>238</sup>. Später wurde der Gebührenerlass in Bezug auf Lehrerkinder eingeführt. Obwohl diese Bildungsgebühr geringer als ein durchschnittliches Gehalt war, das 1945 442 Rubel pro Monat betrug<sup>239</sup>, und im Fall guter akademischer Leistung ein Stipendium (200–300 Rubel pro Jahr) möglich war<sup>240</sup>, verloren viele Schüler, besonders die Kinder von Kolchosbauern wegen des natürlichen Lohnsystems, die Möglichkeit, Bildung zu erlangen. Die Ausbildung an Militärschulen blieb dagegen kostenlos<sup>241</sup>.

Gleichzeitig wurde das Dekret des Präsidiums des Obersten Rates „Über staatliche Arbeitsreserven der UdSSR“ veröffentlicht<sup>242</sup>. Der SNK bekam das Recht, 800.000 bis eine Million Menschen über 14 Jahre in den Betriebsberufs-

---

<sup>236</sup> Vgl. Zdravomyslova, Elena / Anna Temkina: *Sovetskij ètakratičeskij gendernyj porjadok*, in: Natal'ja Puškarevoj (Hrsg.), *Social'naja istorija. Èžegodnik. Ženskaja i gendernaja istorija*, Moskau: ROSSPÈN, 2003, S. 455.

<sup>237</sup> Vgl. *Sobranie postanovlenij i rasporjaženij pravitel'stva Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik*: Moskau: Upravlenie delami Soveta ministrov SSSR, 1940, Nr. 27, S. 910.

<sup>238</sup> Vgl. Ebd., Nr. 31, S. 23.

<sup>239</sup> RGAE f. 1562, op. 41, d. 113, l. 161.

<sup>240</sup> Vgl. *Sobranie postanovlenij i rasporjaženij pravitel'stva Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik*, 1940, Nr. 29, S. 970.

<sup>241</sup> Vgl. Ebd., Nr. 27, S. 946 ff.

<sup>242</sup> Vgl. *Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam: 1917–1967. 5 Bde.*, Moskau: Politizdat, 1967, Bd. 2. 1929–1940, S. 774 f.

schulen zu mobilisieren. Nach ihrem Abschluss mussten die Jugendlichen für vier Jahre in den Unternehmen arbeiten und durften die Betriebsberufsschulen nicht verlassen.

Wenngleich diese Maßnahmen als vorübergehend angesehen wurden, wurden viele von ihnen am Ende des Krieges nicht beendet. So blieben die Studiengebühren in den höheren Klassen von Schulen, Fach- und Hochschulen bis 1956 bestehen. In diesem Zusammenhang verringerte die in den Kriegsjahren festgelegte politische Linie, die Zahl der Soldaten und Arbeiter zu erhöhen, indem die Zahl der hochqualifizierten Fachkräfte reduziert wurde, die Chancen einer Fach- und Hochschulbildung für die sowjetischen Jugendlichen.

*Die vom Regime nur in Bezug auf Sondersiedler festgelegten Barrieren*

Nach der Verordnung vom 8. Januar 1945 durften die Sondersiedler eine Fach- oder Hochschulbildung absolvieren. Um aber den Bezirk der Ansiedlungen zu verlassen, benötigten sie eine Genehmigung der Kommandanten des NKVD, die nur schwer zu erhalten war.

In der Mitteilung des Instruktors des Gebietskomitees der KPdSU für das Gebiet Kemerovo „Über ein Arbeits- und Alltagsleben der Sondersiedler im Bezirk Tisul“ des Gebiets Kemerovo“ vom 20. Dezember 1952 wurde berichtet, dass die Abteilung des MGB die Anfrage dreier Sondersiedler ablehnte, die Bildung fortzusetzen<sup>243</sup>. Die erste von ihnen, die Deportierte G., 1930 geb., wohnte im Moment der Ablehnung bei ihrer Mutter und arbeitete im Bergwerk. Der zweite Sondersiedler, S., 1929 geb., war als Hilfsarbeiter tätig und versorgte seinen Vater, seine Mutter und seine behinderte Schwester. Die dritte Deportierte, K., 1930 geb., arbeitete als Krankenschwester. In allen Fällen wird deutlich, welches Interesse die Aufsichtsbehörde am Aufenthalt der Sondersiedler in ihrem Territorium hatte: Sie arbeiteten entweder in verantwortungsvollen Positionen oder versorgten ihre Familie.

Ähnliche Schwierigkeiten beschreibt Rivka Rabinovič in ihren Erinnerungen. 1941 wurde die ehemalige Sondersiedlerin als Kind aus Lettland in das Ge-

---

<sup>243</sup> GAKO f. p-75, op. 7, d. 93, l. 49.



biet Tomsk, in das Dorf Malye Bugry, verbannt. Ende der 1940er Jahre absolvierte Rivka die Mittelschule Parabel' und wollte anschließend die Fachschule Kolpaševo besuchen. Den Absolventen dieser Fachschule wurde die Qualifikation des Schullehrers zuerkannt. Diese Variante bewertete Rivka als die einzige Möglichkeit, einen anständigen Beruf zu erlangen. Die Chancen, auf anderem Weg die Genehmigung für einen Aufenthalt in Tomsk zu erhalten, seien winzig gewesen, besonders für eine Jüdin in der Atmosphäre jener Jahre. Allerdings wurde das Gesuch der Sondersiedlerin abgelehnt.

Rivka verband diese Ablehnung teilweise mit dem Verfahren der Immatrikulation: „Absolventen von Schulen bekommen die Abschlusszertifikate Ende Juni. Dann schicken sie ihre Zertifikate an die Hochschulen und bitten um die Einladung zu den Aufnahmeprüfungen. Bis die Einladungen eintrafen, verging in der Regel etwa ein Monat. Nachdem die Verbannten diese Einladung bekommen hatten, baten sie die Aufsichtsbehörde um eine Genehmigung, nach Kolpaševo zu fahren. Natürlich sind die Behörden sehr human, sie geben allen die Genehmigungen, aber sie haben viel zu tun und sie haben keine Eile. Als die Erlaubnis ankam, waren die Aufnahmeprüfungen bereits zu Ende. Alles ist so ausgelegt, dass die Verbannten nicht rechtzeitig zu den Aufnahmeprüfungen kommen können“.<sup>244</sup>

Ihr Bruder Josef, der die Schule ein Jahr früher als sie abschloss, kam auch zu spät zu den Aufnahmeprüfungen, obwohl er die Genehmigung erhielt. Er entschied sich daraufhin, nach Kolpaševo zu fahren, fand dort eine Anstellung als

---

<sup>244</sup> Vgl. Rabinovič, Rivka: *Skvoz' tri stroja*, Moskau: Muza tvorčestva, 2015, S. 146 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: «Выпускники школ получают аттестаты зрелости в конце июня. Желаящие поступить в институт посылают туда свои аттестаты с приложением просьбы выслать им приглашения на приемные экзамены. До прибытия приглашений проходит приблизительно месяц. Только после получения приглашения от института ссыльный может обратиться в комендатуру и просить разрешения поехать в Колпашево. Власти, разумеется, очень гуманны, они всем дают разрешения, но у них много дел, они не спешат. Пока прибывает разрешение, приемные экзамены уже позади. Все рассчитано так, чтобы ссыльный не мог прибыть на экзамены вовремя».

Deutschlehrer, was laut Rivka teilweise Zufall war, arbeitete in dieser Position bis zum nächsten Jahr und bestand dann erfolgreich die Prüfungen<sup>245</sup>.

Wie die Sondersiedler die Genehmigung erhielten, sich weiterzubilden, verdeutlicht die allgemeinen Repressionsmechanismen im stalinistischen System. Aus rechtlicher Sicht waren die den Sondersiedlern auferlegten Beschränkungen minimal und betrafen nur das Bewegungsrecht. In der Praxis gab es jedoch verschiedene diskriminierende Techniken, die den Umfang dieser scheinbar formalen Einschränkung erheblich erweiterten. Am Ende bestimmte der Regimestatus der Sondersiedler über alle Aspekte ihres Lebens und minimierte die Möglichkeit, die ihnen verbliebenen gesetzlich gewährten Rechte in der Praxis zu verwirklichen.

*Die durch die Initiative der lokalen Behörden und Einrichtungen geschaffenen Barrieren beim Immatrikulationsprozess*

Zwar lassen sich in den Dokumenten kaum direkte Informationen über eine informelle Diskriminierung der Sondersiedler beim Immatrikulationsprozess finden, aber die Quellen enthalten indirekte Hinweise auf diese Tatsache. In einer persönlichen Charakterisierung von Studenten der Medizinischen Universität taucht die folgende Aussage auf: „Alle obengenannten Studenten sind Sondersiedler, haben Ausweise, die den Wohnort beschränken. Ihr Aufenthalt an der Universität ist das Ergebnis der schlechten Kontrolle des Parteibüros und der Direktion der Universität bei der Immatrikulation der Studenten in das erste Studienjahr“.<sup>246</sup> Diese Aussage kann von zwei Standpunkten interpretiert werden. Einerseits konnten solche informellen Einschränkungen bei der Immatrikulation von Sondersiedlern an den Bildungseinrichtungen grundsätzlich vorhanden sein, wobei die Immatrikulation von Sondersiedlern eher die Ausnahme als die Regel war. Andererseits konnte diese Aussage eine Versicherung über die Leitungen

---

<sup>245</sup> Ebd.

<sup>246</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 212. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: «Все вышеуказанные студенты являются спецпереселенцами, имеют паспорта, ограничивающие их местожительство. Пребывание их в ВУЗе является результатом плохого контроля со стороны партбюро и дирекции ВУЗа при приеме студентов на 1 курс».

der Bildungseinrichtungen darstellen. Dass das MGB die Bildungseinrichtungen aufforderte, Informationen über Sondersiedler zur Verfügung zu stellen, konnte von der Direktion der Fach- oder Hochschulen als eine potentielle Bedrohung wahrgenommen werden: Die Ausbildung der „unzuverlässigen“ Elemente konnte vom MGB als Indikator ihrer unzulänglichen Loyalität bewertet werden. In diesem Zusammenhang ist diese Aussage der Versuch, ihre Handlungen im Voraus zu rechtfertigen und ihre Gründe zu erklären.

Die Diskriminierung der Sondersiedler bei der Immatrikulation wurde von Èl'za Bair Gučinova bestätigt. Die Historikerin zog das Fazit, dass die wesentliche Barriere bei der Immatrikulation ein stillschweigendes Verbot gewesen sei, die Dokumente von Sondersiedlern anzunehmen<sup>247</sup>. Diese Schlussfolgerung basiert auf drei Erinnerungen von Kalmücken.

Der erste Kalmücke erzählte, dass er in den Aufnahmeprüfungen der landwirtschaftlichen Hochschule (am ehesten handelt es sich wohl um die Staatliche Agraruniversität Novosibirsk oder die Staatliche Agraruniversität Omsk; das Jahr wurde nicht genannt) 19 Punkte bekommen habe, während andere Kandidaten durchschnittlich nur 13 Punkte gehabt hätten. Dann sei er zu der Sitzung der Auswahlkommission eingeladen worden, wo verkündet worden sei, dass er die Prüfungen ausgezeichnet ablegt habe. Trotz dieser Tatsache sei der Sekretär der Kommission entrüstet gewesen und habe gesagt, dass die Kinder von Frontkämpfern auf dem Flur gesessen hätten, ihre Väter die Heimat würdig verteidigt hätten, aber wir einen Sondersiedler immatrikulieren wollten<sup>248</sup>. Als Ergebnis wurde der Sondersiedler von der Kommission abgelehnt.

In der zweiten Erinnerung wurde die erfolgreiche Immatrikulation einer Kalmückin an der Medizinischen Universität Omsk 1952 beschrieben. Jedoch bewertet Gučinova diese als Ausnahme: Die Autorin der Erinnerung berichtet,

---

<sup>247</sup> Vgl. Gučinova, 2005, S. 141.

<sup>248</sup> Ebd.

dass keine anderen Kalmücken an den Pädagogischen, Geodätischen und Medizinischen Hochschulen Omsk studierten<sup>249</sup>.

Der dritte Kalmücke erzählt, dass sein Bruder 1951 die Schule absolvierte und an der Bautechnischen Hochschule Novosibirsk angenommen worden sei. Vor Beginn des Semesters sei er allerdings exmatrikuliert worden, als offenbar geworden sei, dass er Kalmücke sei<sup>250</sup>. Nichtsdestoweniger habe er versucht, von anderen Hochschulen in Novosibirsk angenommen zu werden, aber er sei überall außer von der Pädagogischen Universität Novosibirsk wegen des Endes der Aufnahmezeit abgelehnt worden.

Wenngleich in den Archiven keine Beweise gefunden wurden, die bestätigen würden, dass Angestellte des MVD oder MGB die Bildungseinrichtungen direkt anwiesen, keine Deportierten aufzunehmen, lässt sich zu dem Schluss kommen, dass der Status „Sondersiedler“ ein erhebliches Hindernis für die Immatrikulation war: Mitarbeiter der Fach- und Hochschulen wollten in der allgemeinen Atmosphäre der feindseligen und misstrauischen Einstellung gegenüber den Sondersiedlern nichts riskieren und die Verantwortung für die Immatrikulation von „unzuverlässigen Elementen“ nicht übernehmen. Hier spielte nicht nur ihre Angst vor einer möglichen Bestrafung eine Rolle, sondern auch ihre eigenen Vorurteile gegenüber dieser Bevölkerungskategorie.

Das Gewinnen einer Gold- oder Silbermedaille für gute Schulleistungen gab die Möglichkeit der Immatrikulation ohne Aufnahmeprüfungen. Die Entscheidung über die Verleihung einer Medaille wurde von den regionalen Volkbildungsabteilungen auf Grundlage von Vorschlägen des pädagogischen Schulrats getroffen. Die Analyse der Personalakten zeigte, dass eine Deutsche über eine Silbermedaille verfügte und ohne Aufnahmeprüfungen an der Polytechnischen Universität Tomsk an der Fakultät für die Radiotechnik immatrikuliert wurde<sup>251</sup>. In ihrer Autobiographie teilt sie mit: „Ich absolvierte die zehnte Klasse

---

<sup>249</sup> Vgl. Ebd., 143.

<sup>250</sup> Vgl. Ebd., 144.

<sup>251</sup> Archiv der TPU f. 1, op. 12, d. 1297, l. 1 ff.

nur mit ausgezeichneten Noten, war die Kandidatin für die Goldmedaille, aber die städtische Volksbildungsabteilung fand einige unwesentliche Fehler in meinem Essay und ich bekam die Silbermedaille“.<sup>252</sup> Ähnliches berichtet Rivka Rabinovič: Sie habe ihre Goldmedaille nicht erhalten, weil sie für ihr Essay mit „gut“ benotet worden sei. Ihr zufolge gab das MGB die Anweisung, den Sondersiedlern keine Medaillen zu verleihen. Dafür musste mindestens die Note „gut“ vergeben werden<sup>253</sup>. Deshalb ist Rivka überzeugt, dass ihre Note „gut“ nur durch ihren sozialen Status verursacht wurde. Zwar beweisen diese Meinungen nicht, dass ein Verbot bestand, an Sondersiedler Medaillen zu verleihen. Jedoch sollten diese Aussagen nicht ignoriert werden und eine Diskriminierung im Prüfungsprozess nicht verneint werden, weil eine Reihe von Sondersiedlern an die Möglichkeit ihrer Existenz glaubte.

Die Personalakten zeigen, dass zwar zwei Sondersiedlerinnen ausgezeichnete Schulzeugnisse hatten, aber keine Medaillen bekamen und für die Immatrikulation die Prüfungen bestehen mussten<sup>254</sup>. Im ersten Fall lag keine Diskriminierung vor: Die Sondersiedlerin absolvierte 1941 eine Schule, aber die Medaillen wurden erst seit 1945 ausgegeben. Die zweite Deportierte schloss 1947 eine Oberschule ab. Außerdem beantragte sie wegen ihrer ausgezeichneten Ergebnisse eine Immatrikulation ohne Prüfungen. Sie wurde abgelehnt, weil sie über keine Medaillen verfügte.

Laut Gučinova bekamen die Kalmücken weder Gold- noch Silbermedaillen trotz ausgezeichneter akademischer Leistungen. Die Historikerin nannte eine Ausnahme: V. P. Dordžiev absolvierte 1960 die Schule Aral'sk mit der Silbermedaille. Die Auszeichnung konnte er jedoch nur mit Hilfe des Chefredakteurs von „Komsomol'skaja pravda“ erreichen<sup>255</sup>.

---

<sup>252</sup> Ebd., 4. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „10ый класс я окончила на отлично, была кандидатом на золотую медаль, но в гоно была найдена незначительная ошибка в сочинении [,] и я получила серебряную медаль“.

<sup>253</sup> Vgl. Rabinovič, 2015, S. 143 f.

<sup>254</sup> Archiv der SibMU f. 561, op. 26, d. 789, l. 1 ff; Archiv der TSPU f. 566, op. 2, d. 2756, l. 1 ff.

<sup>255</sup> Vgl. Gučinova, 2005, S. 138.

Somit begrenzte sich der diskriminierende Einfluss des Sondersiedlerstatus nicht auf formelle Beschränkungen ihres Bewegungsrechts und die damit verbundenen bürokratischen Schwierigkeiten. Vor allem wurde eine Atmosphäre geschaffen, in der jede Ermutigung der Sondersiedler als inakzeptables Verhalten angesehen werden konnte. Dies führte zu einem umfassenden Diskriminierungssystem, bei dem jeder Versuch der Sondersiedler, die soziale Position zu verbessern, durch die Entscheidung einzelner Kommandanten oder Leiter von Bildungseinrichtungen unterbunden werden konnte. Trotzdem gelang es einzelnen Deportierten, deren Geschichten eher Ausnahme als Regel waren, ihr formales Recht auf eine Fach- oder Hochschulbildung zu verwirklichen.

### **1.2. Der durchschnittliche Typ der ausgebildeten oder studierenden Sondersiedler**

In den Quellen wurden fünf Sonderkontingente erwähnt: Deutsche, „OUN-Angehörige“, Kalmücken, Türken („von der Schwarzmeerküste“) und Verbannungssiedler aus dem Baltikum und Moldawien. Die Informationen darüber wurden mit den Daten zur Anzahl der Sonderkontingente im Gebiet Tomsk von 1950 verglichen. Die Angaben dazu sind in Tabelle 2.1 dargestellt.

Aufgrund dieser Daten lässt sich darauf schließen, dass die Sondersiedler, die aus den Westregionen deportiert wurden („OUN-Angehörige“ und Verbannungssiedler), öfter als andere Sonderkontingente ihre Bildung fortsetzten. Außerdem wohnten andere Sonderkontingente 1950 im Gebiet Tomsk, die zahlreichsten von ihnen waren die „Zwangsausgesiedelten aus dem Baltikum“ (15056 Pers.), „Kulaken aus dem Gebiet Izmail“ (1102 Pers.) und Sektierer (470 Pers.)<sup>256</sup>. Die Gründe dafür, dass sie keine Bildung bekamen, konnten mit der relativ späten Deportation oder ihrer Religiösität zusammenhängen.

---

<sup>256</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 948, l. 61–63.

**Tabelle 2.1. Die Art des Sonderkontingents (Pers.)**

Sonderkontingent		Hochschulen	Fachschulen	Gesamte Zahl im Gebiet Tomsk	Fachschüler/ Studierende (%)
Deutsche		24	34	22837	0,25
„OUN-Angehörige“		0	7	987	0,71
Kalmücken		1	3	1070	0,37
Türken		1	0	4609	0,02
Verbannungssiedler	aus Moldawien	8	8	4829	0,66
	aus dem Baltikum	5	3		
	unbekannt	1	7		
Unbekannt		0	2	n. v.	n. v.
Insgesamt		40	64	34332	0,3

Auf Grundlage von: GARF f. r-9479, op. 1, d. 436, l. 42; CDNI TO f. 607, op. 1, d. 948, l. 61 ff; d. 949, l. 158–161, 201–258; 369–372; d. 1648, l. 3 ff.

Die Information über die Nationalität wurde in Bezug auf 61 Sondersiedler offenbart. Der wichtigste Punkt, den in dieser Hinsicht beachtet werden sollte, ist die relativ hohe Anzahl von Juden (23 % oder 14 Pers.). Diese Tatsache ist Teil eines allgemeinen Trends, da die Bildungsnachfrage der jüdischen Bevölkerung erheblich höher war als die der übrigen Bürger der Sowjetunion. So betrug 1959 der Anteil der Personen mit einer Fach- und Hochschulbildung unter den Juden 14,5 % bzw. 29,5 %, unter der restlichen Bevölkerung 6,7 % und 4,7 %<sup>257</sup>. Dies bedeutet, dass für die Vertreter dieser nationalen Minderheit die Weiterbildung eine soziale Norm war. Diese normative Einstellung wurde auch durch die Deportation nicht zerstört. Die Bestrebung der jüdischen Bevölkerung, ihre Bildung fortzusetzen, scheint noch stärker zu sein, wenn bedacht wird, dass in der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft antisemitische Überzeugungen herrschten und eine Kampagne zur Bekämpfung des Kosmopolitismus im Gange war. Es

<sup>257</sup> Vgl. Konstantinov, Viacheslav: The Socio-economic Structure of the Jewish Population of the USSR from the 1960s to the 1980s, in: Jews in Eastern Europe, Nr. 3(43), 2000, S. 71.

war dieser Faktor, der nach Ansicht von Anna Sternshis die Wahl des zukünftigen Berufs und der Bildungseinrichtung durch die Juden bestimmte<sup>258</sup>: Um das informelle Bildungsverbot zu umgehen, wandten sich Vertreter dieser nationalen Minderheit hauptsächlich an diejenigen Bildungseinrichtungen und Fachrichtungen, bei denen aufgrund des relativ geringen Wettbewerbs eine mögliche Diskriminierung unwahrscheinlich war. Auf die eine oder andere Weise konnten die in Sondersiedlungen angemeldeten Juden ihr Recht auf Bildung besser als Vertreter anderer ethnischer Gruppen umsetzen, obwohl sie ein potenzielles Ziel für Diskriminierung nicht aus einem, sondern aus zwei Gründen waren – wegen ihrer Nationalität und ihrer politischen „Unzuverlässigkeit“.

Nicht nur nationale, sondern auch familiäre Traditionen spielten eine wichtige Rolle im Streben, eine gute Bildung zu bekommen. Die Analyse der Herkunft der Sondersiedler bestätigt, dass 19,1 % von Auszubildenden oder Studenten in den Familien der Schul- bzw. Hochschullehrer, d. h. in den Familien, in denen die Bildung wertvoll war, geboren wurden. 31,9 % stammten aus den Familien der Angestellten. Die Eltern von 34 % waren Arbeiter (nur ein ungelernter Arbeiter), die von 4,3 % waren Händler im vorsowjetischen Lettland, die gleiche Anzahl machte Karriere in der Roten Armee. Und nur 6,4 % stammten aus Bauernfamilien.

Die Anzahl der Frauen war ein wenig größer als die der Männer (53 bzw. 51 Pers.). Dabei studierten mehr Männer als Frauen (21 bzw. 19 Pers.). Im Allgemeinen gibt es keine große Verzerrung zugunsten eines Geschlechts.

Die Deportierten gingen meistens im Alter von 17–18 Jahren (37,7 %) in die Fachschulen. 24,5 % waren im ersten Studienjahr der Fachschulen 15–16 Jahre alt und 17,0 % waren 19–20 Jahre alt. Die Sondersiedler traten meistens in die Hochschulen ein, wenn sie 17–18 (46,4 %) oder 19–20 (35,7 %) Jahre alt waren. Wird davon ausgegangen, dass kein einziges Schuljahr verpasst wurde, dann beginnt der Besuch der Fachschulen normalerweise mit 15–16 Jahren und der

---

<sup>258</sup> Vgl. Shternshis, Anna: *When Sonia Met Boris: an Oral History of Jewish Life under Stalin*, New York: Oxford University Press, 2017, S. 106–110.



Hochschulen mit 16–17 Jahren. Dementsprechend lässt sich im Fall der Sondersiedler eine Verzögerung beobachten. Ihre Gründe wurden anhand einer Analyse von Autobiographien ermittelt. Das meist verbreitete Szenario dieser Biographien (10 Pers.) war das folgende: Eine Person wurde in den späten 1920er, frühen 1930er Jahren geboren und begann mit 6–8 Jahren in der Schule zu lernen. Die Deportation erfolgte zum Zeitpunkt des Besuchs der Grund- oder Mittelschule. Trotz der Verbannung setzte die Person die Schulbildung fort, absolvierte sieben oder zehn Klassen und ließ sich sofort an einer Fach- oder Hochschule immatrikulieren. Neun Personen unterbrachen ihre Bildung für den Zeitraum von ein bis zwei Jahren wegen der Deportation und des Kriegs. Sieben Menschen, die bis Mitte der 1920er Jahre geboren wurden, begannen nach dem Schulabschluss zu arbeiten (meistens als Laboranten oder Schullehrer). Also betrachteten Sondersiedler diese Arbeit als eine potenzielle Präferenz bei der zukünftigen Immatrikulation. Für drei Deportierte war die Hochschulbildung die dritte Bildungsetappe: Nach der Schule machten sie zuerst die Ausbildung.

Die Mehrheit der Sondersiedler erhielt die Fachschulbildung an der Polytechnischen Fachschule Tomsk vom Ministerium für Beschaffung (9 Pers.), der Bergbaufachschule Tomsk (7 Pers.), der Fachschule von Krankenschwestern Tomsk (6 Pers.). Für Hochschulbildung zogen sie die Pädagogische Universität (13 Pers.), die Polytechnische Universität (11 Pers.), die Medizinische Universität (7 Pers.) und die Staatliche Universität (5 Pers.). Die Ausbildung oder das Studium machte die Mehrheit der Deportierten (29 Pers.) in technischen Fächern. Auf dem zweiten Platz steht die Medizin (20 Pers.), an dritter Stelle stehen die Fächer, die sich auf die Bergbauindustrie bezogen (11 Pers.). Im Allgemeinen entsprach das den staatlichen Prioritäten in der Bildungspolitik.

Die meisten Sondersiedler wohnten zum Zeitpunkt der Immatrikulation in Tomsk oder dessen Umland (44,4 % oder 24 Pers.). Die übrigen Auszubildenden oder Studenten kamen aus anderen Bezirken des Gebiets Tomsk (42,6 % oder 23 Pers.) oder den benachbarten Gebieten Novosibirsk, Kemerovo und Altaj (13 % oder 6 Pers.). Da die Anzahl der Deportierten in Tomsk 4,5-mal geringer als in

anderen Bezirken des Gebiets war<sup>259</sup>, lässt sich sagen, dass die in Tomsk untergebrachten Deportierten mehr Bildungsmöglichkeiten hatten. Dies bestätigt noch einmal, dass die Notwendigkeit, die Genehmigung von der Aufsichtsbehörde zu bekommen, eine wesentliche Barriere auf dem Bildungsweg der Sondersiedler war.

Außerdem wurden sieben Sondersiedler, die zum Zeitpunkt der Immatrikulation in Tomsk wohnten, ursprünglich in vom Gebietszentrum abgelegenen Bezirken untergebracht. Jedoch zogen sie ein paar Jahre vor dem Studium nach Tomsk um (die restlichen 17 wurden zunächst dorthin deportiert). Dies ist ein typisches Beispiel für eine Verhaltenstaktik zum Zweck der erfolgreichen Immatrikulation, von der die obenerwähnte Geschichte des Bruders von Rivka Rabinovič eine Variation darstellt. Sondersiedler erhielten einige Jahre vor dem erwarteten Studium die Erlaubnis des MVD, beispielsweise abzureisen, damit ältere Familienmitglieder eine Beschäftigung aufnehmen konnten. Dann zog die ganze Familie in eine große Stadt um, wo der Jugendliche im nächsten Jahr versuchte, in eine Bildungseinrichtung aufgenommen zu werden.

Eines der wichtigsten Mittel zur Überwindung von Barrieren auf dem Weg zur Immatrikulation war die Verschleierung der Nationalität. Beim Verfassen der Autobiographien waren die Deportierten nicht nur verpflichtet, ihre Nationalität, sondern auch die Tatsache mitzuteilen, dass sie Sondersiedler sind. Meistens versuchten die Deportierten jedoch, dies zu verbergen, indem sie neutrale Formulierungen verwendeten: „1945 siedelte ich mit meiner Familie nach Tomsk über“, „1941 zogen wir nach Kolpaševo um“, „Wir zogen wegen des Kriegs nach Sibirien um“, „1941 kamen wir im Gebiet Tomsk an“, „Seit 1941 wohnten wir in Tomsk“. Nur in sieben der 30 Autobiografien wird direkt über den Sonderstatus der Abiturienten berichtet.

Darüber hinaus berichteten Mitarbeiter von Bildungseinrichtungen in den an den MGB gesendeten Charakterisierungen direkt, dass die Sondersiedler ihre Nationalität aktiv verbergen. Durch diesen Umstand rechtfertigten Angestellte

---

<sup>259</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 243, l. 340.

von Fach- und Hochschulen in gewisser Weise die Tatsache, dass die Deportierten im Prinzip in ihrer Bildungseinrichtung immatrikuliert waren. Diese Information ist in zehn Charakterisierungen enthalten. Somit lässt sich diese Taktik als weit verbreitet betrachten. Vertreter von Völkern, die sich äußerlich von den Russen unterschieden, konnten sie dagegen nicht anwenden.

Wurde entdeckt, dass die Sondersiedler ihre Identität verschleiert hatten, konnte dies eine Gefahr für sie darstellen. Aus diesem Grund wurde ein Sondersiedler, ein Deutscher, aus dem Komsomol ausgeschlossen<sup>260</sup>. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass dies beispielsweise ein Vorwand für den Ausschluss der Sondersiedler aus einer Bildungseinrichtung war. Dass die Sondersiedler also das Risiko eingingen, ihren Status zu verheimlichen, scheint somit gerechtfertigt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Sondersiedler, die in Fach- oder Hochschulen eintraten, in ihren Merkmalen anderen Studenten ähnelten. Sie stammten aus Familien, in denen Bildung aufgrund nationaler oder familiärer Traditionen einen besonderen Wert hatte. Der allgemeine Trend der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beeinflusste auch die Wahl ihres zukünftigen Berufs: Bevorzugt wurden eher praktische, technische und medizinische, Fachgebiete. Es gab jedoch auch Unterschiede zwischen ihnen und den vollberechtigten Bürgern.

Vor allem hatten die Sondersiedler aufgrund der erheblichen Einschränkung der horizontalen Mobilität nur die Möglichkeit, in nahegelegenen Bildungseinrichtungen zu studieren. Obwohl eine gewisse Chance vorhanden war, an den Studienort umzuziehen, konnten viele Deportierte diese nicht nutzen. Diese Tatsache macht die obige Aussage der Sondersiedlerin, deren Erinnerung von Gučinova erfasst wurde, plausibel, dass es an den Universitäten von Omsk keine Kalmücken gab: Die Vertreter dieses Kontingents wurden nicht in der

---

<sup>260</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 210.

Hauptstadt des Gebietes oder ihrem Umland untergebracht<sup>261</sup>. Darüber hinaus war die Notwendigkeit, den Umzug zu organisieren, neben der Verbannung und dem Krieg der Grund, warum die Sondersiedler gezwungen waren, ihre Bildung für mehrere Jahre zu unterbrechen.

Schließlich verstanden die ethnischen Deportierten selbst durch ihren Sondersiedlerstatus ihre Nationalität als Stigma. Um ihre Immatrikulationschancen zu erhöhen und die Wahrscheinlichkeit einer Diskriminierung zu verringern, verschwiegen die Sondersiedler ihre ethnische Angehörigkeit. Dies führt zu dem Problem der Assimilation der ethnischen Gruppen der Deportierten. Da die Nationalität ein Synonym für die Zugehörigkeit zu einem Sonderkontingent war, mussten die Deportierten sich russifizieren, was sich unter anderem in dem Wunsch äußerte, Dokumente zu korrigieren oder russische Vor- und Nachnamen zu verwenden. Dadurch konnten sie die diskriminierenden Folgen der Deportation minimieren. Die Assimilation wurde auch dadurch beschleunigt, dass die Vertreter der ethnischen Gruppen sich in einem fremden kulturellen Umfeld niederließen.

---

<sup>261</sup> Vgl. Ivanov, Aleksandr: „Iz‘jat‘, kak antisovetskij èlement“. Kalmyki v gosudarstvennoj politike (1943–1959), Moskau: Naučnyj sovet pri prezidiume RAN po problemam voennoj istorii, 2014a, S. 227–248

## **2. Die Effektivität der Fach- und Hochschulbildung**

### **2.1. Die Diskriminierung der Sondersiedler innerhalb der Bildungseinrichtungen**

Die Deportierten genossen viele Privilegien in den Bildungseinrichtungen. Im Fall guter oder ausgezeichneter akademischer Leistungen bekamen sie ein Stipendium. Wenn ihre Eltern arbeitsunfähig oder als Lehrer tätig waren, wurden sie von der Bildungsgebühr befreit. Für die aktive Teilnahme an gesellschaftlichen, politischen oder sportlichen Veranstaltungen wurden die Deportierten regelmäßig belohnt. Die Sondersiedler konnten außerdem einen Antrag auf die Verlängerung der Prüfungszeit wegen Krankheit oder der Familienverhältnisse stellen. Die Leitung der Fach- oder Hochschulen kam ihnen in dieser Frage stets entgegen. Darüber hinaus hatten sie die Möglichkeit, ein Diplom mit Auszeichnung zu erhalten, was mindestens sechs von ihnen gelang<sup>262</sup>. Jedoch gibt es drei Umstände, die direkt oder indirekt auf eine Diskriminierung der Sondersiedler innerhalb der Bildungseinrichtungen hinweisen.

1. Der Deutsche Š. absolvierte seine Ausbildung an der Polytechnischen Fachschule Tomsk. Für seine sportlichen Erfolge musste er gemäß der Anordnung vom 3. Oktober 1951 mit der Ehrenurkunde des Gebietsrats belohnt werden. Am 14. November 1951 wurde jedoch eine Anordnung verabschiedet, die die erste Entscheidung rückgängig machte. Im zweiten Dokument wurde berichtet, dass der Vorsitzende des Gebietskomitees für Körperkultur, der Genosse Mišin, auf seine verantwortungslose Haltung gegenüber der Auswahl der Kandidaten für diese Belohnung hingewiesen werden sollte<sup>263</sup>. Um diese Entscheidung zu erklären, können zwei Hypothesen aufgestellt werden.

Erstens könnte die Entscheidung durch den diskriminierenden sozialen Status des Kandidaten verursacht worden sein. Diese Interpretation wird indirekt dadurch bestätigt, dass es keine Sondersiedler gibt, die mit der Ehrenurkunde des

---

<sup>262</sup> Archiv der SibMU f. 561, op. 26, d. 1166; Archiv der TSPU f. 566, op. 2, d. 2756; Archiv der TSU f. 815, op. 35, d. 120; Archiv der TPU f. 1, op. 7, d. 2468; op. 7, d. 753; op. 11, d. 316.

<sup>263</sup> GATO f. 1129, op. 5, d. 267, l. 7.

Gebietsrats belohnt wurden. Normalerweise erhielten die erfolgreichen Sondersiedler Ehrenurkunden von den Bildungseinrichtungen, aber nie von den Stadt- oder Gebietsräten.

Zweitens verstießen Š. und sein Freund am 4. Oktober 1951, d. h. am Tag nach der Veröffentlichung der Belohnungsanordnung, in der Englischstunde gegen die Disziplin. Aus diesem Grund bekam der Auszubildende bereits am 5. Oktober eine strenge Rüge mit Mahnung<sup>264</sup>. Die Anordnung vom 14. November könnte mit diesem unangemessenen Verhalten zusammenhängen. Es gibt jedoch einen kleinen Widerspruch in dieser Interpretation. Da der Auszubildende den Verstoß gegen die Disziplin nach der Verabschiedung der Anordnung vom 3. Oktober beging, ist es unlogisch, den Genossen Mišin einer leichtfertigen Auswahl der Kandidaten für die Belohnung zu beschuldigen. Diese Tatsache konnte im sowjetischen bürokratischen System nicht beachtet werden.

2. Der Status „Sondersiedler“ konnte wesentliche Schwierigkeiten bereiten, wenn die Studenten oder Auszubildenden das betriebliche Praktikum absolvieren mussten. Da es manchmal in anderen Gebieten stattfand, brauchten sie eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde. In den Personalakten wurden drei Fälle identifiziert, in denen die Sondersiedler problemlos diese Erlaubnis bekamen<sup>265</sup>. Allerdings enthält eine Personalakte den folgenden Antrag eines Studenten: „Im Herbstsemester 1951/1952 musste ich in ‚Gèsstroj Novosibirsk‘, das sich in Berdsk befindet, ein vierwöchiges berufliches Praktikum machen. Da ich jetzt unter der Aufsicht der Kommandantur stehe (wegen der deutschen Nationalität meines Vaters), hatte ich keine Möglichkeit, ohne Genehmigung rechtzeitig zum Praktikum aus Tomsk abzufahren. Ich bekam die Erlaubnis am Ende der Praktikumszeit und es war nun sinnlos, zum Ort des Praktikums zu fahren, denn bis zum Praktikumsabschluss blieben zwei Tage. In diesem Moment erhielt ich die Möglichkeit, im Unternehmen ‚Gèsstroj Novosibirsk‘ in Berdsk statt Sommerfe-

---

<sup>264</sup> Ebd., 10.

<sup>265</sup> Archiv der TPU f. 1, op. 7, d. 507, l. 1 ff; GATO f. 1129, op. 5, d. 8, l. 1 ff; d. 268, l. 1 ff.

rien das berufliche Praktikum zu machen. Die Frage der Zulassung und der Abfahrt ist vereinbart. Auf Grundlage des oben Erwähnten bitte ich, mich für die Zeit vom 8. August 1952 bis zum 4. September 1952 zum monatlichen Praktikum in das Unternehmen ‚Gèsstroj Novosibirsk‘ in Berdsk abzukommandieren“.<sup>266</sup> Obwohl die Antwort auf diese Bitte positiv war und im Allgemeinen eine Lösung für das Problem gefunden wurde, zwang der Sondersiedlerstatus den Studenten, nach Wegen zu suchen, um die etablierten bürokratischen Beschränkungen zu umgehen, wodurch er einen Teil der Sommerferien verlor.

3. Die Charakterisierung einer Verbannungssiedlerin aus Moldawien, I., einer Studentin der Feldschere- und Hebammenschule verfasst wurde, enthält sich die folgende Aussage: „Für die ausgezeichneten akademischen Leistungen wurde sie mehrmals aufgrund des vom ehemaligen Schulleiter Kuz’minskij und Beljavskaja unterschriebenen Schulbefehl belohnt, indem sie ein Stipendium erhält. Ihre akademischen Leistungen schließen die Möglichkeit nicht aus, dass sie ein Diplom mit Auszeichnung erhalten wird. Dies wird jedoch nicht zugelassen werden“.<sup>267</sup> Dieses Zitat bezieht sich auf den Wunsch der führenden Mitarbeiter der Bildungseinrichtung, zu verhindern, dass das „unzuverlässige“ Element ein Diplom mit Auszeichnung bekommt. Dies sollte wahrscheinlich durch informelle

---

<sup>266</sup> Archiv der TPU f. 1, op. 11, d. 316, l. 15. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „В осеннем семестре 1951–1952 года я был должен пройти 4х-недельную производственную практику в "Новосибирск ГЭСстрое" (гор. Бердск). В силу той причины, что в настоящее время я состою на спецучете в комендатуре МГБ (по национальным признакам отца как немца)[,] не имел возможности выехать на практику своевременно без разрешения на выезд из гор. Томска, которое я получил к концу прохождения практики[, ] и не было смысла выезжать на место практики, т. к. до конца ее оставалось два дня. В данный момент я имею возможность пройти производственную практику в "Новосибирск ГЭСстрое" (г. Бердск) в счет летних каникул. Вопрос с допуском и выездом на практику согласован. На основании вышеизложенного прошу направить меня на производственную месячную практику на "Новосибирск-ГЭСстрой" (гор. Бердск) сроком с 8.08.52 по 4.09.52 года“.

<sup>267</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 234. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „За отличную успеваемость несколько раз объявлялась благодарностью в приказе по школе за подписью бывших директоров Кузьминского и Белавской, обеспечена стипендией. На основании успеваемости в течение четырех лет неисключена возможностей получения диплома с отличием, что не будет допущено“.

diskriminierende Techniken geschehen, beispielsweise durch eine schlechte Bewertung bei den Abschlussprüfungen. Somit dient diese Quelle als ein weiterer indirekter Beweis für die Existenz der von Rivka Rabinovič und einer weiteren Sondersiedlerin beschriebenen Praxis, dass die letzte Abschlussprüfung ungerechtfertigterweise mit der Note „gut“ bewertet wurde. Diese Form der Diskriminierung war jedoch nicht weit verbreitet, da, wie oben erwähnt, sechs Personen ein Diplom mit Auszeichnung erhielten.

Eine bedeutende Rolle spielte darüber hinaus die Angst der Leiter der Bildungseinrichtung vor dem MGB und ihre Unwissenheit über das korrekte Verhaltensmuster. Angenommen, in einer Fachschule wird eine Sondersiedlerin ausgebildet, die sehr gute akademische Leistungen zeigt und ein Diplom mit Auszeichnung erhalten müsste. Plötzlich kommt ein Brief vom MGB, in dem es bittet, Informationen über diese Sondersiedlerin zur Verfügung zu stellen. Die Ziele dieser Anfrage werden nicht genannt. Somit wirft diese Anfrage bei den Mitarbeitern der Fachschule Zweifel an der Richtigkeit ihrer Handlungen auf. Verhielten sie sich richtig, als sie die Sondersiedlerin aufnahmen oder als sie Schulbefehle unterschrieben, sie auszuzeichnen? Wäre es richtig, ihr ein Diplom mit Auszeichnung zu verleihen? In diesem Zusammenhang trafen die Angestellten der Bildungseinrichtung die Entscheidung, im Voraus zu zeigen, dass sie die Förderung „unzuverlässiger“ Elemente nicht unterstützen und ihnen ein Diplom mit Auszeichnung verwehren. Außerdem betonen sie, dass die Sondersiedlerin alle früheren Auszeichnungen auf der Grundlage von Anordnungen erhielt, die von ehemaligen Mitarbeitern der Bildungseinrichtung unterschrieben wurden, die nun nichts mehr mit den Handlungen der derzeitigen Führung zu tun haben.

Diese Situation zeigt sehr deutlich die Atmosphäre dieser Jahre. Die Mitarbeiter der sowjetischen Einrichtungen entwickelten einen solchen Selbsterhaltungstrieb, dass selbst eine gewöhnliche Informationsanfrage des MGB sie zu konkreten repressiven Aktionen provozierte. Dies führt zu dem Problem der Spontanität / Zweckgerichtetheit des stalinistischen Terrors: Das Regime schuf durch eine Reihe von gezielten Maßnahmen zur Diskriminierung einer bestimm-



ten Bevölkerungsgruppe eine Atmosphäre, in der die lokalen Leiter angeregt wurden, neue repressive Praktiken einzuleiten und anzuwenden. Infolgedessen erweiterte sich das Diskriminierungssystem und drang in fast alle Lebensbereiche ein.

## 2.2. Der Verlauf des Integrationsprozesses

Die Analyse des Verlaufs vom Integrationsprozess basiert auf der Auswertung von vier Parametern: der akademischen Leistung; der Disziplin; der sozialpolitischen Aktivität; der Mitgliedschaft im Komsomol / in der KPdSU. Obwohl diese Parameter nur die externen Indikatoren der Integration sind, zeigen sie, ob eine Person ihr Verhalten für eine erfolgreiche Existenz im Sowjetsystem ändern konnte.

**Tabelle 2.2. Die akademische Leistung und die sozialpolitische Aktivität (Pers.)**

Sonderkontingent		Leistung				sozialpolitische Aktivität				
		sehr gut	gut	be- riedi- gend	unbe- riedi- gend	1	2	3	4	5
Deutsche		2	21	16	3	7	11	8	8	6
„OUN-Angehörige“		6	0	0	0	1	3	1	0	1
Kalmücken		2	1	1	0	1	0	2	0	1
Türken		0	0	1	0	0	0	0	1	0
Verbannungssiedler	aus Moldawien	10	4	2	0	2	3	6	1	4
	aus dem Baltikum	2	2	1	1	2	1	3	0	0
Unbekannt		0	2	5	0	0	2	1	2	2
Insgesamt		22	30	23	4	13	20	21	12	14

Auf Grundlage von: Archiv der SibMU f. 561, op. 1, d. 679, 789, 874, 1858, 11666; Archiv der TSPU f. 566, op. 2, d. 2083, 2756, 5036, 10632, 16120; Archiv der TSU f. 815, op. 35, d. 120; op. 58, d. 177; op. 59, d. 34; op. 76, d. 15; Archiv der TPU f. 1, op. 7, d. 507, 753, 3138, 2468; op. 11, d. 316; op. 12, d. 27, 296, 664, 1297; GATO f. 561, op. 2, d. 95, 96, 104, 105, 112, 116, 117, 118; f. 1129, op. 2, d. 310, 677; op. 5, d. 8, 25, 84, 267, 268, 677; CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 158–161, 201–258, 369–372, d. 1648, l. 3 ff.

Die in Tabelle 2.2 dargestellten Daten über die akademische Leistung zeugen davon, dass 70 % der Sondersiedler positive Noten hatten. Die besten Ergebnisse hatten die „OUN-Angehörigen“. Auf den zweiten und dritten Plätzen stehen die Verbannungssiedler aus Moldawien und Kalmücken (87,5 % und 75 %). Fast 67 % der Verbannungssiedler aus dem Baltikum hatten ziemlich positive Ergebnisse. Die schlimmste Leistung zeigten Deutsche, nur 58,9 % hatten keine Probleme mit Noten.

Diese Unterschiede gibt es in Bezug auf die Disziplin. 100 % der „OUN-Angehörigen“ und Kalmücken hatten keine Disziplinprobleme, gefolgt von Verbannungssiedlern aus Moldawien (81,2 %) und Deutschen (72,5 %). Die größten Probleme hatten die Verbannungssiedler aus dem Baltikum (50 %). Im Allgemeinen zeichnen sich 75 % durch gutes Benehmen aus. In mehr als der Hälfte der Fälle wurden die undisziplinierten Sondersiedler wegen regelmäßiger Versäumnisse vermahnt. Relativ landläufig waren folgende Disziplinarverstöße: Verstoß gegen die Wohnheimregel, Grobheit gegenüber den Lehrern, Alkoholsucht. Die Disziplin war besser als ihre Leistung. Dies war charakteristisch für Kalmücken und Deutsche. Die gegensätzliche Situation wird bezüglich der Verbannungssiedler aus dem Baltikum und Moldawien beobachtet.

Für eine genauere Analyse der sozialpolitischen Aktivität wurde sie auf fünf Kategorien aufgeteilt (Tabelle 2.2):

1. Die Komsomolaufträge einwandfrei erfüllenden Sondersiedler;
2. Die Komsomolaufträge erfüllenden, aber nicht so aktiven Personen;
3. Die nicht aktiven Deportierten;
4. Die negativ charakterisierten Personen;
5. Deportierte, deren sozialpolitisches Leben nicht charakterisiert wurde.

Anhand der Tabelle 2.2 lässt sich erkennen, dass 41,25 % der Sondersiedler eine jeweilige Aktivität im sozialpolitischen Leben vollbrachten, 43,75 % indifferent waren, 15 % Beschwerden seitens der Leitung verursachten. Die „OUN-Angehörigen“ waren am aktivsten (66,7 %). Auf dem zweiten Platz stehen die Verbannungssiedler aus dem Baltikum (50,0 %). Unter Aktivisten gibt es

45 % der Deutschen, 31,25 % der Verbannungssiedler aus Moldawien und 25,0 % der Kalmücken.

Eine negative Charakterisierung hatten nur Deutsche (20,0 %), ein Verbannungssiedler aus Moldawien und ein Türke. Aber diese Beschwerden beruhen meistens nicht auf absichtlichen „antisowjetischen“ Aktivitäten: 50 % der negativ charakterisierten Sondersiedler erfüllten unpunktlich Komsomolaufträge. Zwei Personen agitierten gegen die Veranstaltung des Komsomols. Im ersten Fall wurde die gesellschaftliche Aktivität des Verbannungssiedlers aus Moldawien U., eines Studenten der Pädagogischen Universität Tomsk, folgendermaßen beschrieben: „Während des Studiums an der Universität beging U. politische Fehler, die sich darin ausdrückten, dass er auf der Gewerkschaftskonferenz der Universität in seiner Rede die Studenten aufrief, sich mit dem Direktor zu streiten, er glaubte, das sei ein Mittel zur Erreichung der Forderungen, die von den Studenten vorgebracht wurden. Im November 1951 war er einer der Initiatoren einer politisch falschen Versammlung der Studenten der Fakultät für Leibeserziehung und Sport. U. brachte die Idee dieser Versammlung vor, die nachher von dem Parteibüro abfällig beurteilt wurde.“<sup>268</sup>

Im zweiten Fall wurde die Deutsche Š. aus der Fachschule für Verpflegung eines schlechten politischen Einflusses auf die Gruppe beschuldigt: „Besonders unfreundlich reagiert sie auf die Durchführung der sportlichen Arbeit. Direkt in der Gruppe antwortete sie zum Beispiel auf den Appell des Sportlehrers, am Gewerkschafts- und Komsomolgeländelauf teilzunehmen, dass es nicht obligatorisch und nicht notwendig sei, wodurch sie die Durchführung des Geländelaufs erschwerte. Solche Fälle ihrer verächtlichen Reaktion auf die sportlichen

---

<sup>268</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 202. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: “Во время учебы в институте допускал политические ошибки, выразившиеся в том, что на профсоюзной конференции института в своем выступлении призывал студентов “ссориться” с директором, считая это средством для достижения требований, предъявляемых студентами. В 1951 году [,] в ноябре месяце [,] явился одним из инициаторов политически неправильного собрания студентов факультета физического воспитания и спорта. У. подсказал студентам идею этого собрания, осужденного впоследствии партийным бюро инситута”.

und andere Gruppenveranstaltungen gab es auch schon früher, aber nachdem sie eine Mahnung von der Parteiorganisation erhielt, begann sie sich besser zu benehmen“<sup>269</sup>. Während im ersten Fall über einen starken Konflikt mit der Leitung gesprochen werden kann, sieht der zweite Fall nach einem Versuch aus, sich der Teilnahme am Wettbewerb zu verweigern. Während im ersten Fall über einen starken Konflikt mit der Leitung gesprochen werden kann, sieht der zweite Fall nach einem Versuch aus, sich der Teilnahme am Wettbewerb zu verweigern.

**Tabelle 2.3. Mitgliedschaft im Komsomol oder in der KPdSU (Pers.)**

Sonderkontingent	Mitglieder			Keine Mitglieder		
	trat vor der Immatrikula- tion bei	trat nach der Immatrikula- tion bei	unbekannt	versuchten nicht, beizut- reten	wurden nicht aufgenommen	
Deutsche	12	4	4	18	2	
„OUN-Angehörige“	0	0	0	4	2	
Kalmücken	1	1	0	2	0	
Türken	1	0	0	0	0	
Verbannungs- siedler	aus Moldawien	1	2	4	9	0
	aus dem Baltikum	0	0	0	6	0
Unbekannt	0	1	3	3	0	
Insgesamt	15	8	11	42	4	

Auf Grundlage von: Archiv der SibMU f. 561, op. 1, d. 679, 789, 874, 1858, 11666; Archiv der TSPU f. 566, op. 2, d. 2083, 2756, 5036, 10632, 16120; Archiv der TSU f. 815, op. 35, d. 120; op. 58, d. 177; op. 59, d. 34; op. 76, d. 15; Archiv der TPU f. 1, op. 7, d. 507, 753, 3138, 2468; op. 11, d. 316; op. 12, d. 27, 296, 664, 1297; GATO f. 1129, op. 2, d. 310, 677; op. 5, d. 8, 25, 84, 267, 268, 677; CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 158–161, 201–258, 369–372, d. 1648, l. 3 ff.

<sup>269</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 224. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Особенно недоброжелательно она относится к проведению спортивной работы. Так на призыв физрука по участию в профсоюзно-комсомольском кроссе, она прямо в группе отвечала, что это необязательно и не нужно, тем самым значительно осложнила организацию кросса. Подобные случаи пренебрежительного отношения к спортивно-массовой работе с ее стороны проявлялись и ранее, но после того, как ей было сделано предупреждение от парторганизации она стала вести себя лучше“.

Tabelle 2.3 zeigt, dass 42,5 % der Angehörigen des Komsomols oder der KPdSU waren. Dabei gab es unter den Parteimitgliedern nur einen Kalmücken (seit 1942) und einen Sondersiedler (Art des Sonderkontingents wurde nicht bekannt gegeben), der durch das Bezirkskomitee des Komsomols als Kandidat empfohlen wurde. Außerdem weisen diese Angaben nach, dass 50 % der analysierten Kalmücken und Deutschen Angehörige dieser Organisationen waren. Weder die Verbannungssiedler aus dem Baltikum noch die „OUN-Angehörigen“ waren Komsomolzen. Die Verbannungssiedler aus dem Baltikum strebten nicht danach, dem Komsomolzen verband beizutreten, und waren auch weniger erfolgreich in anderen Sphären. Im Gegensatz dazu erzielten die „OUN-Angehörigen“ sehr gute Ergebnisse. Trotzdem wurden zwei von ihnen nicht in den Komsomol aufgenommen. Vielleicht gab es Barrieren, die ihre Möglichkeit, diesen Organisationen beizutreten, einschränkten. Darüber hinaus war die Anzahl der Deutschen, Kalmücken und Verbannungssiedler aus Moldawien, die Komsomolzen waren, viel größer als derjenigen, die aktiv im sozialpolitischen Leben waren. Also bedeutete die Mitgliedschaft in diesen Organisationen eine externe Demonstration der Loyalität.

Diese vier Parameter wurden miteinander verglichen, dafür wurden die Deportierten in fünf Gruppen abhängig vom Grad ihrer Übereinstimmung mit dem Bild des „idealen Studenten“ eingeteilt: von Sondersiedlern, die in allen vier analysierten Sphären erfolgreich waren, bis zu der, die positive Ergebnisse in keinem Bereich hatten (Tabelle 2.4).

Anhand der Tabelle lässt sich zum Schluss kommen, dass die Gruppe der maximal aktiven Sondersiedler, die in vier Sphären erfolgreich waren, 20 % beträgt. 23,75 % wählten im Gegenteil den Weg, in dessen Rahmen das soziale Umfeld nicht akzeptiert wird (sie hatten entweder positive Ergebnisse in keiner Sphäre oder waren in nur einem Bereich gelungen). 56,3 % gehörten zur Mittelgruppe: Sie wollten sich in zwei oder drei Sphären verwirklichen. Zum Beispiel hatten sie gute akademische Leistungen und waren diszipliniert, aber sie interessierten sich nicht für das sozialpolitische Leben. Im Allgemeinen ist diese Situa-

tion typisch für die gesamte Studentengemeinschaft, indem ungefähr ein Fünftel „Leiter“ wird, etwa die gleiche Anzahl „Außenseiter“ bleibt und die Mehrheit „mittlere“ Positionen besetzt. Daher lässt sich nicht sagen, dass die Sondersiedler durch übermäßige Aktivitäten versuchten, die Folgen ihres diskriminierenden Status zu nivellieren, oder im Gegenteil den Weg des Protestes gingen. Zumindest äußerlich verhielten sie sich wie übliche Studenten und Auszubildende.

**Tabelle 2.4. Vergleich von vier Kriterien der erfolgreichen Sozialisation**

Kategorie der Sondersiedler		Wie viele Bereiche wurden positiv bewertet?				
		4	3	2	1	0
Deutsche		10	8	10	9	3
„OUN-Angehörige“		0	5	1	0	0
Kalmücken		1	1	2	0	0
Türken		0	0	0	1	0
Verbannungssiedler	aus Moldawien	4	5	5	1	1
	aus dem Baltikum	0	2	1	2	1
Unbekannt		1	0	5	1	0
Insgesamt		16	21	24	14	5

Auf Grundlage von: Archiv der SibMU f. 561, op. 1, d. 679, 789, 874, 1858, 11666; Archiv der TSPU f. 566, op. 2, d. 2083, 2756, 5036, 10632, 16120; Archiv der TSU f. 815, op. 35, d. 120; op. 58, d. 177; op. 59, d. 34; op. 76, d. 15; Archiv der TPU f. 1, op. 7, d. 507, 753, 3138, 2468; op. 11, d. 316; op. 12, d. 27, 296, 664, 1297; GATO f. 561, op. 2, d. 95, 96, 104, 105, 112, 116, 117, 118; f. 1129, op. 2, d. 310, 677; op. 5, d. 8, 25, 84, 267, 268, 677; CDNI TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 158–161, 201–258, 369–372, d. 1648, l. 3 ff.

Bei der Betrachtung aller Sondersiedlergruppen sind jedoch Unterschiede in ihren Verhaltensmustern sichtbar. Zur Kategorie der Besten gehören 25 % der Deutschen, Kalmücken und Verbannungssiedler aus Moldawien. Alle „OUN-Angehörigen“ sind ein Teil der Mittelgruppe, aber, wie oben erwähnt, war es nur damit verbunden, dass sie nicht in den Komsomol aufgenommen wurden. Außerdem umfasst die Mittelgruppe jeweils 75, 62,5 und 50 % der Kalmücken, Verbannungssiedler aus Moldawien und dem Baltikum. Kalmücken weichen vom durchschnittlichen Niveau nur zum Besseren ab, im Gegenteil weichen die Verbannungssiedler aus dem Baltikum zur Seite der minimalen Aktivität ab. Nur

45 % der Deutschen sind ein Teil der Mittelgruppe, 25 % entsprachen im höchsten Grad den Anforderungen, 30,3 % entsprachen ihnen grundsätzlich nicht. Insgesamt zeigt sich, dass die „OUN-Angehörigen“, Kalmücken und Verbannungssiedler aus Moldawien meistens den Weg der Integration auswählten. Der gegenüberliegende Weg war charakteristisch für die Verbannungssiedler aus dem Baltikum. Dies ermöglicht es, die folgende Hypothese aufzustellen: Personen, die aus den Baltischen Republiken deportiert wurden, waren im Vergleich zu anderen Sondersiedlern weniger bereit, sich am politischen Leben der sowjetischen Gesellschaft zu beteiligen, was sich sowohl in ihrem fehlenden Wunsch, politischen Organisationen beizutreten, als auch in ihrer mangelnden Bereitschaft äußerte, die Durchführung sozialer und ideologischer Veranstaltungen aktiv zu unterstützen. Die Erklärung dafür ist, dass die aus dem Baltikum deportierten Personen aufgrund von drei Parametern gleichzeitig nicht in die sowjetische Gesellschaft passten: national, sozial und politisch. Sie waren keine Russen, stammten aus den der kommunistischen Gesellschaft „fremden“ sozialen Schichten (wohlhabende Bauern, Kaufleute und Unternehmer) und wiesen eine klare Feindseligkeit gegenüber dem politischen System auf, das sie als Besatzer wahrnahmen. Diese Hypothese muss jedoch an einer breiteren Stichprobe bestätigt werden, die nicht auf Auszubildende und Studenten der Fach- und Hochschuleinrichtungen beschränkt ist.

Die verfügbaren Charakterisierungen erlaubten, einige Schlussfolgerungen über die Beziehungen der Sondersiedler zu ihren Kommilitonen zu ziehen. Insgesamt waren die Beziehungen recht gut, da in den analysierten Dokumenten nur drei Fälle genannt wurden, in denen die Deportierten in einen offenen Konflikt mit ihren Kameraden gerieten (ein Deutscher und zwei Verbannungssiedler aus dem Baltikum). Sieben weitere Personen wurden als recht verschlossen und von dem Kollektiv getrennt beschrieben.

Ein wichtiger Aspekt der Beziehung der Sondersiedler zu ihren Kommilitonen spiegelt sich auch in Dokumenten wider, in denen eine Verletzung der Disziplin durch die Deportierten bestätigt wird: Ein Deportierter schwänzte den Un-

terricht zusammen mit Genossen<sup>270</sup>, ein anderer verstieß mit einem Freund gegen die Disziplin in der Englischstunde<sup>271</sup>, ein dritter trank Alkohol mit anderen Studenten<sup>272</sup>. Obwohl diese Aktionen den Regeln widersprachen, sind sie für das studentische Umfeld typisch und zeigen, dass die Sondersiedler ein Teil des studentischen Lebens waren.

Auf Grundlage von zehn in den Personalakten gefundenen Bescheinigungen über den Absolventeneinsatz, in denen die zukünftigen Arbeitsstellen und Lohnhöhe der Sondersiedler angegeben wurden, lassen sich einige Tendenzen in der nachfolgenden Arbeitsvermittlung der betrachteten Deportierten erkennen. Erstens entsprachen die Arbeitspositionen, die Sondersiedlern angeboten wurden, völlig ihren Fachrichtungen. Zweitens erfolgte die Ernennung zu Dienststellungen unter Berücksichtigung der akademischen Leistung, indem die besten Sondersiedler höhere Positionen einnahmen. Drittens war der Lohn der Absolventen höher als der durchschnittliche Lohn, der in der ersten Hälfte der 1950er Jahre von 646 bis 711 Rubel variierte<sup>273</sup>. Ein Sondersiedler, der in „Molotovugol“ arbeitete, bekam einen Lohn von 1900 Rubel pro Monat (das Gehalt von Bergmännern war wegen der gefährlichen Arbeitsbedingungen immer recht hoch)<sup>274</sup>. Ein anderer Sondersiedler erhielt einen Lohn von 1152 Rubel pro Monat (er war Meister der Tomsker Elektromontagehalle № 303).<sup>275</sup> Das Gehalt von zwei anderen Sondersiedlern betrug 880 Rubel pro Monat<sup>276</sup>. Ersterer arbeitete als Ingenieur der Produktionsabteilung in „Kuzbassugol“ (Novosibirsk), der Zweite war Ingenieur des Gummilabors in der Fabrik „Tomkabel“. Viertens bekamen die Sondersiedler nicht nur Arbeit im Gebiet Tomsk, sondern auch in anderen sibirischen Regionen (Novosibirsk, Kemerovo, Tjumen', Jakutsk). Dies zeigt, dass die

---

<sup>270</sup> Archiv der SibMU f. 561, op. 1, d. 789, l. 11.

<sup>271</sup> GATO f. 1129, op. 5, d. 267, l. 10.

<sup>272</sup> CDNO TO f. 607, op. 1, d. 949, l. 214.

<sup>273</sup> Vgl. Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam: 1917–1967, 1967, S. 774 f.

<sup>274</sup> Archiv der TPU f. 1, op. 12, d. 296, l. 53.

<sup>275</sup> Archiv der TPU f. 1, op. 7, d. 753, l. 40.

<sup>276</sup> Archiv der TPU f. 1, op. 11, d. 316, l. 40; op. 12, d. 664, l. 42.



Fach- und Hochschulbildung den Sondersiedlern ermöglichte, gleichberechtigt mit der übrigen Bevölkerung des Landes hohe berufliche Positionen zu beanspruchen. Es sollte jedoch berücksichtigt werden, dass die Mehrheit der analysierten Sondersiedler erst nach Stalins Tod die Bildungseinrichtungen abschloss.

Auf diese Weise war die Bildung für die wenigen Sondersiedler, die trotz ihres Status Fach- und Hochschuleinrichtungen besuchten, ein wirksamer Kanal für soziale Mobilität und daher ein Instrument der sozialen Integration. Dank ihr bekamen die Deportierten die Möglichkeit, neue Berufe zu erlernen, soziale Kontakte zu knüpfen und künftig eine Arbeit zu erhalten, die ihren Qualifikationen und Erfahrungen entsprach. Dennoch hatten einige der Deportierten Schwierigkeiten und konnten beispielsweise nicht den Anforderungen des Lehrplans entsprechen oder vertrauensvolle Beziehungen zu ihren Kommilitonen aufbauen. Dies war jedoch nicht weit verbreitet: In dieser Hinsicht unterschieden sich die Sondersiedler nicht von anderen Studenten. Die Fach- und Hochschulbildung der Sondersiedler führte somit zu einer allmählichen Verwischung der Grenzen zwischen den „diskriminierten“ und „nicht diskriminierten“ Kategorien der sowjetischen Bevölkerung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das formal bestehende Recht von Sondersiedlern auf eine Fach- und Hochschulbildung in der Praxis systematisch eingeschränkt wurde. Das Hauptmerkmal dieser Tendenz besteht darin, dass diskriminierende Techniken nicht immer auf eine direkte Initiative von Mitarbeitern des MGB oder MVD zurückgingen und nicht auf die Notwendigkeit begrenzt waren, die Erlaubnis zur Abreise zu erhalten oder die Bildungsgebühren zu bezahlen. Diese Techniken wurden beispielsweise von Zulassungsbeamten, Fachschul- und Universitätsleitern, Prüfern oder Bildungsbeamten initiiert. Aus diesem Grund unterschieden sich diskriminierende Praktiken voneinander und entstanden unter völlig anderen Umständen: Einem Sondersiedler wurde kein Diplom mit Auszeichnung ausgegeben, ein anderer erhielt eine schlechtere Note für die Prüfung, der dritte wurde nicht belohnt und der vierte wurde überhaupt nicht an einer Bildungseinrichtung zugelassen. Dies ist jedoch kein Grund zu der An-

nahme, dass das Regime unbeteiligt blieb. Tatsächlich vermittelte es der Gesellschaft durch einen Komplex gezielter repressiver Maßnahmen, dass dieses Verhalten normativ korrekt ist. Im Ergebnis wurde durch die Kombination der Handlungen von Behördenvertretern mit einzelnen lokalen Initiativen ein System der Diskriminierung gebildet, das zum einen vor dem Eintritt in eine Bildungseinrichtung wirksam wurde und so die Chancen der Sondersiedler, ihr Recht auf Bildung zu realisieren, praktisch auf null reduzierte. Zum anderen wirkte das System der Diskriminierung auch nach der Immatrikulation, wenn auch in viel kleinerem Maßstab.

Nichtsdestoweniger erleichterte die Bildung die Integration der wenigen Sondersiedler, die trotz aller Schwierigkeiten mithilfe verschiedener Tricks ihren Bildungsweg fortsetzen konnten: Die meisten Deportierten konnten die sich ihnen bietenden Möglichkeiten relativ erfolgreich nutzen. Die größten Anpassungsfähigkeiten in dieser Hinsicht zeigten Kalmücken, Verbannungssiedler aus Moldawien sowie „OUN-Angehörige“, die geringsten Anpassungsfähigkeiten hatten Verbannungssiedler aus dem Baltikum. Gleichzeitig beeinflusste die Erfahrung mit dem sie diskriminierenden System, wie die Sondersiedler ihren Status wahrnahmen. Dies zeigte sich nicht nur in der Stigmatisierung ihrer Nationalität, sondern auch darin, dass sie ständig mit einer möglichen Diskriminierung zu rechnen begannen.

### **III. Die soziale Integration als Akzeptanz von gesetzlich festgelegten Regeln: Das Problem der Fluchten aus den Sondersiedlungen**

Eine der notwendigen Bedingungen für die soziale Integration eines Individuums ist die Akzeptanz der gesetzlich festgelegten Normen und Regeln. In den Sondersiedlungen konnten beliebige Formen des Ungehorsams gegen den Staat die von den Deportierten erreichte Eingliederung in das gesellschaftliche System entwerten. Zwar nutzten die Sondersiedler unterschiedliche, meistenteils passive Formen der Gegenwehr gegen das Regime, beispielsweise Arbeitsverweigerungen oder die Organisation von sogenannten konterrevolutionären oder religiösen Ansammlungen, doch Fluchten stellten die häufigste Form dar<sup>277</sup>. Sie wurden von den Behörden als potenzielle Bedrohung für die Existenz der Sondersiedlungen betrachtet und speziell auf den Kampf gegen sie war das Kontrollsystem ausgerichtet. Darüber sagte der Leiter der Abteilung des MVD für das Gebiet Kemerovo Generalmajor Vladimir Gubin auf einer Sitzung von Leitern der städtischen und bezirklichen Abteilungen des MVD, die am 7. April 1948 stattfand: „Denken Sie daran, dass die An- oder Abwesenheit von Fluchten als Kriterium bei der Bewertung der Arbeit von Kommandanten und Leitern des MVD dient. Wir betrachten die Flucht als Unfall, für den der Kommandant oder der Leiter der Abteilung, der die Flucht erlaubte, verantwortlich ist“.<sup>278</sup> Auf diese Weise basiert die Erforschung der sozialen Integration, unter der im Rahmen dieses Kapitels der Prozess der Akzeptanz der gesetzlich festgelegten Normen durch

---

<sup>277</sup> Vgl. Ignatova, Nadežda: Social'nyj i duchovnyj protest specpereselencev v 1930–1950-e gg. Na evropejskom severe: postanovka problem i interpretacija istočnikov, in: Vestnik Severnogo (Arktičeskogo) federal'nogo universiteta. Serija: Gumanitarnye i social'nye nauki, Nr. 1, 2006, S. 6.

<sup>278</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 443, l. 135. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Помните, что наличие или отсутствие побегов будет служить мерилom при оценке работы комендантов и начальников органов МВД. Мы расцениваем побег, как чрезвычайное происшествие, за которое должен нести ответственность комендант и начальник органа, допустившие побег“.

ein Individuum verstanden wird, auf der Analyse der Nicht-Befolgung der festgelegten Normen durch einzelne Sondersiedler am Beispiel der Fluchten.

Die Fluchtaktivitäten der Deportierten sowie die Taktik, die das Regime nutzte, um diesen entgegenzuwirken, sind ein viel diskutiertes Thema in der Historiografie der Sondersiedlungen. Im Allgemeinen werden davon ausgegangen, dass der Grad der administrativen Kontrolle sich allmählich verstärkte und bis 1949 einen Höhenpunkt erreichte. Dies zeigte sich in der Verabschiedung des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. November 1948 „Über die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Personen, die während des Vaterländischen Kriegs in ferne Regionen der UdSSR ausgesiedelt wurden, für die Flucht aus den Pflicht- und ständigen Ansiedlungsorten“, der eine Strafe für Entflohenen von 20 Jahren Zwangsarbeit festsetzte<sup>279</sup>. Dennoch sind sich die Forscher bei der Bewertung der Effektivität dieses Kontrollsystems nicht einig. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Verschärfung der Regeln und die Verstärkung der Maßnahmen zur Fahndung nach Entflohenen schrittweise sowohl zur Senkung der Fluchtzahlen als auch zur konsequenten Inhaftierung von Sondersiedlern führten<sup>280</sup>. Gänzlich allein steht die Position von Larisa Belkovec. Indem die Historikerin Deutsche in Westsibirien untersuchte, konnte sie nicht nur über das festgelegte Fahndungssystem Informationen gewinnen, sondern kam auch zu dem Schluss, dass das Problem der Fluchten sich von selbst löste, sobald die Fa-

---

<sup>279</sup> Vgl. Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, 1996, S. 307 f.

<sup>280</sup> Vgl. Ivanov, Aleksandr: Administrativnyj nadzor za specpereselencami-kalmikami (1944–1956 gody) v kontekste „politiki naselija“, in: Vestnik Čeljabinskogo gosudarstvennogo universiteta, Nr. 2, 2015a, S. 88; Kirillov, Viktor: Deutsche Sondersiedlungen im Ural, in: Arkadij German / Ol’ga Silant’eva (Hrsg.), „Auf ewig, ohne Recht auf Rückkehr“. Augenzeugen und Wissenschaftler über das Sondersiedlungsregime der Deutschen in der UdSSR: Sammelband mit wissenschaftlichen Aufsätzen und Erinnerungen., Moskau: IVDK-Medien, 2015, S. 49; Vavulinskaja, Ljudmila: Pobegi specpereselencev kak forma social’nogo protesta (na materialach Karelo-Finskoj SSR, seredina 1940-ch – seredina 1950-ch gg., in: Vestnik Karel’skogo filiala RANChIGS. Sb. nauč. statej., Petrozavodsk: Karel’skij filial RANChIGS, 2012, S. 201–211; ders.: 2013, S. 85; Zberovskaja, 2010, S. 101.

milien sich vereinigt hätten, die Wohnungssituation sich wesentlich verbessert habe und sich das Nachkriegsleben positiv entwickelt habe<sup>281</sup>.

In der wissenschaftlichen Literatur wird auch über die Umsetzung des Erlasses vom 26. November 1948 in die Praxis diskutiert. So wurde diese Norm laut Arkadij German und Igor' Pleve bezüglich der Entflohenen aktiv angewendet und viele Sondersiedler seien zur Zwangsarbeit verurteilt worden, nur weil sie ohne Genehmigung die Ansiedlung verlassen hätten, um Verwandte in einem benachbarten Dorf zu besuchen oder im Wald Pilze und Beeren zu suchen<sup>282</sup>. Larisa Belkovec vertritt einen diametral entgegengesetzten Standpunkt und schlussfolgert, dass dieser Erlass in der Praxis nicht funktionierte und eher den Charakter einer strafrechtlichen Drohung hatte<sup>283</sup>. Von einer Anwendung dieser Norm nur einzelne Sondersiedler geht auch Aleksandr Ivanov aus<sup>284</sup>.

In Forschungen werden die gesetzlichen Bestimmungen, die den Kampf gegen Fluchten regulierten, sehr ausführlich betrachtet, das System der öffentlichen und geheimen Aufsicht analysiert, dessen Hauptprobleme offenbart, die von Straforganen für die Suche nach Entflohenen angewendeten Praktiken untersucht, die Frage nach den Fluchtursachen gestellt, zu denen die schlechten materiellen Bedingungen oder der Wunsch, sich wieder mit den Familien zu vereinen, gehörten, und teilweise die Anzahl der Fluchten im ganzen Land und in einzelnen Sonderkontingenten ermittelt<sup>285</sup>. Zwei wesentliche Aspekte der Fluchtproblematik erhielten bislang aber keine Aufmerksamkeit.

---

<sup>281</sup> Vgl. Belkovec, 2003a, S. 303.

<sup>282</sup> Vgl. German, Arkadij / Igor' Pleve: Nemcy Povolž'ja: Kratkij istoričeskij očerk, Saratov: Izd-vo Sarat. universiteta, 2002, S. 57.

<sup>283</sup> Vgl. Belkovec, 2003a, S. 303.

<sup>284</sup> Vgl. Ivanov, 2015a, S. 87.

<sup>285</sup> Vgl. Belkovec, Larisa: Glasnyj i neglasnyj nadzor za specpereselencami-nemcami v 1941–1955 godach kak sposob formirovanija totalitarnogo mentaliteta, in: Totalitarnyj mentalitet: problemy izučenija, puti preodolenija: materialy meždunar. nauč. konf., Kemerovo: Kuzbassvuzizdat', 2003b, S. 142–156, ders.: Pravovye aspekty nacional'noj politiki SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny i v pervoe poslevoennoe desjatiletie, in: Gosudarstvo i pravo, Nr. 5, 2006, S. 106–111; Lidžieva, Irina: Pravovoj status spenspereselencev v 40–50e gg. XX v., in: Vestnik kalmyckogo instituta gumanitarnych issledovanij RAN, Nr. 3, 2013, S. 34–39; Šadt, Aleksandr: Ètničeskaja ssylka kak in-

Erstens werden die Sanktionen, die von dem Regime bezüglich der Entflohenen angewendet wurden, von konkreten Umständen der Flucht isoliert betrachtet. Jedoch hing die Art der Strafe in vielerlei Hinsicht von dem Ziel ab, das die Sondersiedler verfolgten, als sie ohne Genehmigung den Ansiedlungsort verließen, d. h. davon, ob die Flucht das Mittel zur Befreiung von dem Status „Sondersiedler“ war oder nicht. Keine Aufmerksamkeit schenkten die Forschungen auch den Fluchtmethoden. So wurden die folgenden Fragen in der Historiografie nicht gestellt: Welche Verkehrsmittel benutzten die Entflohenen am häufigsten? Wo besorgten sie falsche Dokumente? Wie trieben sie Geld auf? Wer half den Sondersiedlern, ihren Plan zu realisieren? Wohin flüchteten sie und wo versuchten sie, sich zu verstecken? Die Antworten auf diese Fragen offenbaren nicht nur die Mittel, die den Sondersiedlern halfen, das existierende Kontrollsystem zu umgehen, sondern auch die Gründe für übermäßig weiche oder harte Sanktionen, die bezüglich der Entflohenen angewendet wurden. Es besteht also der Bedarf an einer komplexen Analyse von drei Hauptkomponenten der Flucht: Ziel / Vorsatz – Mittel der Realisierung – Sanktion.

Zweitens lässt die wissenschaftliche Literatur die vergleichenden Aspekte dieser Problematik außer Acht. Die Forschungen konzentrieren sich entweder auf die Untersuchung der Fluchtaktivitäten in einzelnen Sonderkontingenten sowie

---

strument sovetskoj nacional'noj politiki (1940–1950-e gg.), in: *Ural i Sibir' v stalinskoj politike*, Novosibirsk: Sibirskij chronograf, 2002, S. 224–248; Starostin, Sergej: *Struktura i funkcii administracii specpereselenčeskich poselkov Vologodskoj oblasti v 1930–1956 gody*, in: *Istoričeskoe kraevedenie i archivy*, Nr. 9, 2003, S. 109–125; Vavulinska-ja, Ljudmila: *Dejatel'nost' organov NKVD (MVD) po obespečeniju režima specposele-nija (na materialach Karelo-Finskoj SSR, seredina 1940-ch – seredina 1950-ch gg.)*, in: *Voprosy istorii i kul'tury severnych stran i territorij*, Nr. 4, 2001, S. 79–91; Vol'chin, Aleksandr / Vladimir Motrevič: *Dejatel'nost' organov NKVD po presečeniju pobegov specpereselencev s territorii Urala i Sibiri v gody Velikoj Otečestvennoj vojny*, in: *Istorija repressij na Urale: ideologija, politika, praktika (1917–1980-e gody)*, Nižnij Tagil: NTGPI, 1997, S. 145–155; Vol'chin, Aleksandr: *Rol' organov gosbezopasnosti v realizacii specposelenčeskoj politiki Sovetskogo gosudarstva v 1930–40-ch gg. (na materialach Urala i Sibiri)*, in: *Ural v prošlom i nastojaščem*, Nr. 1, 1998, S. 401 ff; ders.: *Vyyavleniye i rozysk organami gosbezopasnosti Urala i Sibiri izmennikov rodiny, predateley i posobnikov nemetskikh okkupantov v gody Velikoy Otechestvennoy vojny*, in: *Ural v strategii Vtoroj mirovoj vojny: materialy Vseros. nauč. konf.*, Ekaterinburg: Institut istorii i archeologii, 2000, S. 199–205.

des vom Regime in Bezug auf sie angewendeten Aufsichtssystems oder beschränken sich auf den Vergleich der Anzahl von Fluchten unterschiedlicher Gruppen von Sondersiedlern. Ohne Aufmerksamkeit bleiben sowohl die Besonderheiten verschiedener Kategorien von Sondersiedlern, von denen jede über ein unterschiedliches Protestpotenzial verfügte, als auch die Spezifität der Bedingungen, unter denen sie wohnten (von dem existierenden Kontrollsystem bis zum Charakter ihrer Ansiedlung und Arbeitsvermittlung).

## **1. Die Fluchten Sondersiedler: Ziele, Mittel, Sanktionen**

Die von Sondersiedlern begangenen Fluchten werden entsprechend dem Ziel, das die Entflohenen erreichen wollten, in drei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe umfasst die sogenannten unerlaubten Abwesenheiten: Die Deportierten verließen ohne Genehmigung eines Kommandanten die Ansiedlungsorte, um beispielsweise Produktionsaufgaben zu erfüllen, Verwandte zu besuchen oder Lebensmittel auf Märkten zu verkaufen. Jedoch kehrten sie nach kurzer Zeit zurück. Diese Handlungen wurden von den Behörden in einigen Fällen als Flucht betrachtet. Die zweite Art von Fluchten bestand darin, dass die Deportierten ihre Wohnorte verließen, ohne zurückkehren zu wollen, aber dabei nicht versuchten, sich von dem Status „Sondersiedler“ zu befreien. Zum Beispiel zogen sie ohne Genehmigung zu ihren Verwandten, die in anderen Sondersiedlungen angemeldet waren, und versuchten, sich an einem neuen Ort legal aufzuhalten. Zur dritten Gruppe gehörten die tatsächlichen Fluchten, die erfolgten, um sich vor den Behörden zu verstecken.

### **1.1. Unerlaubte Abwesenheiten**

Anfang Februar 1949 wollte der Geschäftsführer „Tomskstroj“ V. den Leiter der Versorgungsabteilung Š., der aus Moldawien deportiert worden war, zu einer einmonatigen Geschäftsreise nach Moskau entsenden, um dort das Unternehmen mit den notwendigen Materialien zu versorgen. In diesem Zusammenhang ordnete V. an, dem Mitarbeiter eine Geschäftsreisebescheinigung auszustellen. Der leitende Personalinspektor des Unternehmens P. lehnte wegen der fehlenden Genehmigung des MVD ab, dieses Dokument auszuhändigen. Dann entschieden der Geschäftsführer und der Deportierte, dieses Hindernis zu umgehen. Statt die Geschäftsreise trat Š. einen einmonatigen Urlaub an, während dessen er selbständig das Ticket kaufen, nach Moskau fahren und die Geschäftsaufgabe erfüllen musste. Dafür händigte V. dem Sondersiedler 1000 Rubel aus und kommandierte auch den leitenden Buchhalter des Unternehmens nach Moskau ab. Es muss darauf hingewiesen werden, dass Š. bereit war, diese Risiken einzugehen, da seine Freundin, mit der er sich treffen wollte, in der Hauptstadt wohn-



te. Am Ende konnte der Sondersiedler die Fahrkarten kaufen, jedoch wurde er an der ersten größeren Bahnstation verhaftet<sup>286</sup>.

Dieses typische Beispiel zeigt, dass unerlaubte Abwesenheiten keine Protestaktionen waren, sondern dem Wunsch von Sondersiedlern und Unternehmensleitern entsprangen, das umständliche administrative System an ihre Bedürfnisse anzupassen und es flexibler zu machen. Um die Erlaubnis zu bekommen, die Sondersiedlung zu verlassen, war eine lange bürokratische Prozedur notwendig, die außerdem nicht immer erfolgreich endete. Dies schuf nicht nur wesentliche Probleme für die Sondersiedler, sondern erschwerte auch die ökonomische Tätigkeit der Wirtschaftsorganisationen. Die Deportierten und ihre Arbeitgeber umgingen diese Barriere durch unterschiedliche Tricks.

Die unerlaubten Abwesenheiten waren für die Sondersiedler eine Strategie des Überlebens oder der Verbesserung ihres Lebens nicht nur im Fall der Erfüllung ihrer Berufspflichten. Wegen der Ansiedlung an entlegenen Orten verloren die Sondersiedler die Möglichkeit, eine hochqualifizierte medizinische Versorgung zu erhalten: Die Mitarbeiter der Kommandanturen stellten nicht immer die Genehmigungen für die Ausreise aus oder machten dies nicht schnell genug<sup>287</sup>. Es ist zu betonen, dass die Unternehmensleiter und Kolchosvorsitzenden, auch in dem vorliegenden Fall, zu den unerlaubten Abwesenheiten beitrugen. Sie händigten nicht nur Genehmigungen für die ambulante Behandlung im Bezirkszentrum<sup>288</sup>, sondern auch Einweisungen in Sanatorien aus, die in anderen Gebieten des Landes lagen<sup>289</sup>. Darüber hinaus verließen die Sondersiedler für mehrere Tage die Ansiedlungsorte, um landwirtschaftliche Produkte auf den Märkten der Gebietszentren zu verkaufen, Verwandte zu besuchen oder vollberechtigte Bewohner in Nachbargebieten zu heiraten<sup>290</sup>.

---

<sup>286</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 242, l. 154–156.

<sup>287</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 449, l. 308 f.

<sup>288</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 465, l. 130.

<sup>289</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 242, l. 152.

<sup>290</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 449, l. 308 f.

Nach der Vorschrift „Über die Bezirks- oder Dorfkommandanturen des NKVD“ vom 7. Februar 1944 waren unerlaubte Abwesenheiten mit Flucht gleichzusetzen und in einem Strafverfahren zu ahnden, wenn sie einen Tag überschritten<sup>291</sup>. Die Flucht aus den Sondersiedlungen wurde bis zum 21. Februar 1948 mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren (Artikel 82 des Strafgesetzbuchs der RSFSR) und deren Verschleierung mit Freiheitsentzug bis zu einem Jahr (Artikel 59-13 des Strafgesetzbuchs der RSFSR) bestraft. Von dann wurde per Dekret des Ministerrates der UdSSR die Strafe auf zehn Jahre erhöht<sup>292</sup>. Der obengenannte Erlass vom 26. November 1948 setzte eine Strafe für Entflohenen von 20 Jahren Zwangsarbeit fest. Nichtsdestoweniger gab es während der ganzen betrachteten Periode zwischen den unterschiedlichen behördlichen Institutionen eine Diskussion darüber, wie diese gesetzlichen Bestimmungen in der Praxis angewendet werden mussten und welche Aktionen der Sondersiedler mit einer Ordnungsstrafe geahndet und welche strafrechtlich verurteilt werden mussten.

Am 22. Juni 1948 fuhren drei Deutsche während ihres Urlaubs ohne Erlaubnis des MVD für ein kurzes Treffen mit der Familie aus dem Gebiet Kemerovo in das Gebiet Semipalatinsk der Kasachischen ASSR. Auf dem Weg wurden sie verhaftet. Am 17. August 1948 wurde die Untersuchung abgeschlossen und zur Prüfung der Sondertagung des MVD weitergeleitet. Jedoch wurde der Fall im Januar 1949 nach dem Abschluss des stellvertretenden Generalstaatsanwalts der UdSSR, Generalleutnant der Justiz Afanasij Vavilov, zur weiteren Untersuchung zurückgeschickt. Gemäß diesem Abschluss musste geprüft werden, ob die Verwandten der Entflohenen wirklich in Kasachstan wohnten. Bei Bestätigung dieser Tatsache sollte der Fall abgewiesen werden<sup>293</sup>. Diese Position der

---

<sup>291</sup> Vgl. Istorija stalinskogo Gulaga, konec 1920-ch – pervaja polovina 1950-ch godov, hg. v. Tat'jana Carevskaja-Djakina, 7 Bde., Moskau: ROSSPĖN, 2004, Bd. 5, S. 400–403.

<sup>292</sup> Vgl. Šadt, Aleksandr: Normativno-pravovaja baza ètničeskoj slylki (reglamentacija politiko-pravovogo statusa rossijskich nemcev) (1940–1950-e gg.), in: Marginaly v sovjetskom obščestve: mehanizmy i praktika statusnogo regulirovanija v 1930–1950-e gody, Novosibirsk: Izd-vo NGU, 2006, S. 89 f.

<sup>293</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 473, l. 11.

Staatsanwaltschaft verursachte den Protest der Abteilung des MVD für das Gebiet Novosibirsk. In diesem Zusammenhang wandte ihr Leiter Fedor Petrovskij sich am 5. Februar 1949 an den Leiter der OSP des MVD der UdSSR Vasilij Šijan. Er berichtete, dass die Staatsanwaltschaft regelmäßig abgelehnt habe, die Verhaftungen zu sanktionieren, und Strafsachen abgewiesen habe, nur weil die Sondersiedler, die ohne Genehmigung einen Urlaub, eine Arbeitsreise oder einen Verwandten besuch angetreten hatten, keinen Fluchtversatz gehabt hätten. Nach Meinung Petrovskijs mussten diese Handlungen der Deportierten unabhängig von ihren Gründen als Flucht bewertet werden und folglich mussten strafrechtliche Sanktionen in Bezug auf die Entflohenen angewendet werden<sup>294</sup>.

Die Quellen bestätigen, dass während der ersten Monate nach der Verabschiedung des Erlasses vom 26. November 1948 im Gebiet Novosibirsk Verhaftungen von Sondersiedlern, die auf Zeit die Ansiedlungsorte verließen, sowie die Einleitung von Strafverfahren in Bezug auf sie üblich waren. So gab es 38 Fluchten im vierten Quartal 1948 im Gebiet Novosibirsk. 24 der Geflüchteten verließen den Ansiedlungsbezirk mit Dienstreisebescheinigungen für die Erfüllung von Unternehmensaufgaben, sieben Personen flüchteten, um die strafrechtliche Verfolgung für andere Straftaten (Veruntreuung von sozialistischem Eigentum) zu vermeiden, fünf fuhren ohne Erlaubnis zu ihren Familien, zwei gingen eine Ehe mit vollberechtigten Bewohnern ein. Infolgedessen wurden 28 von 38 Entflohenen inhaftiert, 24 von ihnen waren abkommandierte Sondersiedler. Nur eine von diesen 28 Personen wurde mit einer Ordnungsstrafe bestraft, die anderen 27 wurden verhaftet<sup>295</sup>. Es ist nicht festzustellen, ob diese Sondersiedler verurteilt oder die Fälle abgewiesen wurden. Im Januar 1949 wurden drei Deportierte angeklagt, die ohne Erlaubnis den Bezirk verließen, aber dabei innerhalb des Gebietes blieben<sup>296</sup>.

---

<sup>294</sup> Ebd., 10 f.

<sup>295</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 493, l. 199 f.

<sup>296</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 473, l. 6.

Die regionalen Abteilungen des MVD strebten nach einer Verschärfung der Durchsetzung, weil das Hauptkriterium der Effektivität ihrer Arbeit die fehlenden Fluchten besonders ab 1948–1949 waren und die unerlaubten Abwesenheiten sich häufig zu vollwertigen Fluchten entwickelten. Zum Beispiel kehrten die abkommandierten oder in den Urlaub fahrenden „Angehörigen der Wlassow-Armee“, die im Gebiet Kemerovo untergebracht wurden, massenweise nicht in die Ansiedlungsorte zurück<sup>297</sup>.

Die Meinung der Abteilung des MVD für das Gebiet Novosibirsk wurde vom stellvertretenden Minister des MVD der UdSSR Generalleutnant Vasilij Rjasnoj unterstützt, der schon am 8. Februar 1949 an den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Afanasij Vavilov eine Nachricht schickte, um die von Fedor Petrovskij genannten Sondersiedler vor Gericht zu stellen<sup>298</sup>.

Dies gibt jedoch keinen Grund zu der Annahme, dass die Zentralabteilung des MVD im Allgemeinen die Position der Abteilung Novosibirsk teilte und darauf bestand, die strengsten Sanktionen gegen die Sondersiedler anzuwenden, die sich der unerlaubten Abwesenheit schuldig machten. Dies bestätigt sich dadurch, dass fast gleichzeitig mit den betrachteten Ereignissen Vasilij Rjasnoj an Fedor Petrovskij fünf Untersuchungsfälle zurückgab und empfahl, die Sondersiedler nicht strafrechtlich zu verurteilen, sondern die Tat mit einer Ordnungsstrafe zu ahnden. Der Angeklagte im ersten Fall, der deutsche Chauffeur R., fuhr aus dem Bezirk Čulym des Gebietes Novosibirsk nach Novosibirsk, um eine Betriebsaufgabe zu erfüllen. Er konnte keine Genehmigung des MVD erhalten, da der Kommandant abwesend war. Die zweite Untersuchung wurde im Zusammenhang mit der unerlaubten Abfahrt der Sondersiedlerin K. für die Behandlung einer Augenerkrankung aus dem Bezirk Čany nach Novosibirsk angestrengt (die Kommandantur lehnte es ab, die Erlaubnis auszustellen). Im Rahmen des dritten Falls verließen die Deportierten am 11. Oktober 1948, d. h. vor der Veröffentlichung des Erlasses vom 26. November 1948, vorübergehend den Bezirk Bolot-

---

<sup>297</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 325, l. 168.

<sup>298</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 515, l. 11.

noe des Gebiets Novosibirsk, um im Bezirk Andreevo zu heiraten. Der vierte Sondersiedler fuhr auf Wunsch seines Vaters aus dem Bezirk Bolotnoe nach Novosibirsk. Er musste seine Schwester treffen, die aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Die Angeklagte im fünften Fall, eine 52-jährige analphabetische Kalmückerin, reiste aus Berdsk nach Novosibirsk, um landwirtschaftliche Produkte auf dem Markt zu verkaufen. Sie erklärte die Regelverletzung damit, dass ihr der Grad der Verantwortlichkeit nicht ausreichend erläutert worden sei<sup>299</sup>. Vasilij Rjasnoj war in dieser Situation der Ansicht, dass bei der Entscheidung über die strafrechtliche Verfolgung die Umstände der unerlaubten Abwesenheit berücksichtigt werden mussten (Persönlichkeit der Sondersiedler, Vorsatz, Rolle der Unternehmen, Fahrlässigkeit der Kommandanten usw.).

Folglich war die Unterstützung durch Rjasnoj für Petrovskij eher auf seinen Wunsch zurückzuführen, die Interessen der korporativen Struktur zu verteidigen und seinen untergeordneten Kollegen zu schützen. Immo Rebitschek zufolge war der Einflussbereich des Innenministeriums in der Nachkriegszeit unantastbar: Es war voll verantwortlich für die „politische Verfolgung“, während „nicht politische Verbrechen“ in der Zuständigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaft blieben<sup>300</sup>. Im Rahmen dieser Aufteilung der Einflussbereiche musste über die Bestrafung von Sondersiedlern für Fluchten allein von den Mitarbeitern des MVD entschieden werden. In diesem Zusammenhang wurden alle Versuche der Staatsanwaltschaft, die Zuständigkeitsgrenzen zu verletzen, um die Strafverfolgungspraxis zu ändern, von der Leitung des Innenministeriums verhindert, auch wenn es selbst den Initiativen untergeordneter Kollegen nicht zustimmte.

Darüber hinaus führt das vorgestellte Beispiel der Konfrontation zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Innenministerium zu dem Problem der Grenzen der Diktatur, das Peter Solomon in seiner Analyse des Systems der sowjetischen Strafjustiz identifizierte. Der Historiker stellte fest, dass das stalinistische Regime

---

<sup>299</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 449, l. 308 f.

<sup>300</sup> Vgl. Rebitschek, Immo: Die disziplinierte Diktatur: Stalinismus und Justiz in der sowjetischen Provinz, 1938 bis 1956, Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag, 2018, S. 324 f.

bei der Umsetzung repressiver Maßnahmen einem gewissen Widerstand der Gerichte und der Justiz ausgesetzt war, der sich darin äußerte, dass die Gerichts- und Staatsanwaltschaftsmitarbeiter nicht immer mit der gebührenden Begeisterung repressive Initiativen annahmen. Dieser Widerstand sei nicht so sehr auf ihre Sturheit, Inkompetenz oder Disziplinlosigkeit zurückzuführen, sondern darauf, dass die Umsetzung der Strafgesetzgebung auch in diktatorischen Systemen ihre Grenzen habe, da sie von der Weltanschauung der Justiz- und Strafverfolgungsbeamten beeinflusst werde, die ihre eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit hätten<sup>301</sup>. Selbst während der Blütezeit der Diktatur wurde der Wunsch nach einer Verschärfung der Kontrolle von den Gerichten und Staatsanwälten teilweise eingeschränkt, die versuchten, bestehende repressive Praktiken in eine legalere Richtung zu übertragen.

Die Verhängung von strafrechtlichen Sanktionen gegen Sondersiedler, die sich der unerlaubten Abwesenheit schuldig gemacht hatten, verschwand im Gebiet Novosibirsk allmählich ab etwa dem zweiten Quartal. Das lag teilweise daran, dass die Leiter der Unternehmen mit der Zeit, nach zahlreichen Aufklärungen und Schauaktionen, die vom MVD durchgeführt wurden, aufhörten, die Deportierten massenhaft ohne Erlaubnis in andere Bezirke abzukommandieren<sup>302</sup>.

Hier muss ergänzt werden, dass in Bezug auf zwei andere betrachtete Gebiete, Kemerovo und Tomsk, auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Quellen Verurteilungen von Personen, die vorübergehend den Ansiedlungsort verließen, nicht festgestellt werden können. In der Regel wurden gegen Sondersiedler Ordnungssanktionen in Form einer Geldstrafe oder einer durchschnittlich dreibis fünftägigen Verhaftung verhängt.

Narrative Quellen liefern ähnliche Daten. Nach den Tagebüchern von Jakob Wall, der im Rahmen der Kampagne zur Deportation der Wolgadeutschen in das Gebiet Tomsk verbannt wurde, fuhr er nach der Verabschiedung des Dekrets

---

<sup>301</sup> Vgl. Solomon, Peter: *Soviet Criminal Justice under Stalin*, Cambridge: Cambridge University Press, 1996, S. 456 f.

<sup>302</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 465, l. 130.

vom 26. November 1948 wegen unterschiedlicher familiärer Umstände mehrmals nach Tomsk und sogar Bijsk (Gebiet Altaj), ohne die Erlaubnis der Kommandantur zu haben. Dies war sowohl den Vertretern der Behörden als auch seinen Vorgesetzten in der Fabrik bewusst. Es folgten jedoch keine Sanktionen<sup>303</sup>.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Sondersiedler die existierenden administrativen Hindernisse durch unerlaubte Abwesenheiten umgingen, um ihre Lebensqualität zu verbessern oder Betriebsaufgaben zu erfüllen. Um diese Verstöße zu bekämpfen, nutzten die regionalen Behörden unterschiedliche Mittel und schafften folglich verschiedene Durchsetzungspraktiken. Nachdem insbesondere das Zentrum den Wunsch nach einer Verschärfung der Kontrolle unter den Sondersiedlern manifestiert hatte, indem es den Erlass vom 26. November 1948 verabschiedete, schlugen einige Abteilungen des MVD den Weg der harten Vorbeugung der in Rede stehenden Straftaten ein und verurteilten die Deportierten aktiv strafrechtlich. Allmählich verzichteten diese Abteilungen auf diese Politik, da sie sie als unzweckmäßig erkannten. Andere waren nach dem 26. November 1948 loyaler gegenüber den Sondersiedlern, berücksichtigten bei der Festlegung der Strafe die Umstände der Abwesenheiten, verhängten Ordnungssanktionen und erlaubten ihnen, diese Bedürfnisse bei fehlender Absicht mit relativ geringen Kosten zu befriedigen.

## **1.2. Unerlaubte Umsiedlungen**

Das Problem der Fluchten stand häufig in direktem Zusammenhang mit der Frage der Familienzusammenführung. Aufgrund von Deportationen und Arbeitsmobilisierungen mussten sich im ganzen Land verstreute Familienangehörige einem sehr komplizierten bürokratischen Verfahren unterziehen, das Monate oder sogar Jahr dauern konnte, um eine Familienzusammenführung zu erreichen. Viele Sondersiedler warteten das Ergebnis nicht ab, sondern verließen die Ansiedlungsorte, begaben sich selbstständig zum Oberhaupt der Familie und ver-

---

<sup>303</sup> Vgl. Wall, Jelena / Dietmar Neutatz (Hrsg.): Ein Weg durch Russland: Die autobiographischen Aufzeichnungen des Russlanddeutschen Jacob Wall über sein Leben in der Deportation, Essen: Klartext, 2014, S. 225 f.

suchten, ihren Status am neuen Ort zu legalisieren und sich in der Kommandantur anzumelden. So nannten der Leiter der Abteilung des MVD für das Gebiet Novosibirsk Fedor Petrovskij und der Leiter der OSP Georgij Žukov den Wunsch nach Familienzusammenführung als Hauptgrund der Fluchten der Deutschen. Nach ihren Daten gingen die Sondersiedler ohne Genehmigung zu den Oberhäuptern ihrer Familien, die beispielsweise in der Kohleindustrie im Gebiet Tula arbeiteten. Dort nahmen Wirtschaftsorganisationen diese Familien auf, versorgten sie mit einer Unterkunft, stellten sie ein und akzeptierten keine Maßnahmen, sie zu verhaften und nach Sibirien zurückzubringen<sup>304</sup>.

Die These über den direkten Zusammenhang zwischen der Fluchtaktivität der Sondersiedler und dem Problem der Familienzusammenführung der Familien wurde von Larisa Belkovec am Beispiel der deportierten Deutschen detailliert betrachtet. Die Historikerin wies darauf hin, dass dieses Verlassen der Ansiedlungsorte als Fluchten bewertet wurde und folglich Strafverfahren gegen Zuwiderhandelnde eingeleitet wurden, die jedoch wegen des fehlenden Fluchtmotivs verworfen wurden<sup>305</sup>. Darüber hinaus begann das NKVD / MVD ab 1945–1946, die Familienzusammenführungen zentralisiert durchzuführen. Diese erreichten ihren Höhepunkt mit einer Kampagne in der zweiten Hälfte des Jahres 1949, in deren Rahmen etwa 12.000 bis 14.000 Sondersiedler mit ihren Familien zusammengeführt wurden<sup>306</sup>. Als Ergebnis wohnten am 1. Januar 1950 nur 465 nicht zusammengeführte Deportierten-Familien im Gebiet Novosibirsk<sup>307</sup>. Im Gebiet Tomsk gab es mehr solcher Familien, 1.214<sup>308</sup>, was an einer größeren Anzahl dort neu angekommener Sonderkontingente lag.

Das Ziel der Kampagne der Familienzusammenführung bestand nicht nur in der Vorbeugung von Fluchten, sondern auch im Lösen ökonomischer und sozialer Probleme: Arbeitsunfähige Sondersiedler sollten von ihren Familien un-

---

<sup>304</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 295, l. 135.

<sup>305</sup> Vgl. Belkovec, 2003a, S. 286 f.

<sup>306</sup> Ebd., 295.

<sup>307</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 496, l. 22.

<sup>308</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 496, l. 101 f.



terstützt werden. Das bestätigt die Tatsache, dass die Familienzusammenführung nur in Bezug auf vier Verwandten-Kategorien durchgeführt wurde: Eltern und ihre minderjährigen Kinder; Eltern und ihre volljährigen Kinder, wenn vor der Zwangsumsiedlung die Ersten in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Zweiten lebten; Ehemänner und Ehefrauen; arbeitsunfähige minderjährige Kinder und ihre Verwandten, die sie unterstützen konnten<sup>309</sup>.

Doch die unerlaubten Migrationen der Sondersiedler beschränkten sich nicht auf Umsiedlungen mit dem Zweck, die Familie zusammenzuführen. Die Deportierten wollten aufgrund unterschiedlicher Umstände aus abgelegenen Bezirken in große Städte umziehen. Die Ausmaße dieser Migrationen wurden teilweise durch die Kampagne der Bestandsaufnahme von Sondersiedlern 1949 offenbar. Nach der Information des Leiters der Abteilung des MVD für das Gebiet Tomsk, Oberst Andrej Brovčenko, verließ eine große Anzahl von Sondersiedlern seit dem Beginn der Ansiedlung ohne Genehmigung des MVD die nördlichen Bezirke des Gebietes und ließ sich in Tomsk nieder. Die Bestandsaufnahme zählte 712 Personen, die zu unterschiedlichen Zeiten unerlaubt in die Stadt kamen<sup>310</sup>. Da auf einmal eine große Anzahl von ohne Genehmigung umgezogenen Sondersiedlern offenbart wurde und die Gründe für deren Umsiedlung unklar waren, wurde beschlossen, den Status quo beizubehalten und die Deportierten nicht in ihre ursprünglichen Ansiedlungsorte zurückzubringen.

Die Frage, was mit Sondersiedlern zu tun sei, die unerlaubt ihren Wohnort verließen, aber innerhalb des Gebiets blieben und in der Regel nicht anstrebten, sich vor den Behörden zu verstecken, wurde zwischen Vertretern der unterschiedlichen Regierungsstrukturen und der Wirtschaftsorganisationen diskutiert. Die Motive, die sie leiteten, lassen sich teilweise durch die Analyse von Beispielen offenbaren. Im Folgenden finden sich zwei Geschichten von Sondersiedlern, die sich ungefähr zur gleichen Zeit in den Gebieten Novosibirsk und Tomsk abspielten.

---

<sup>309</sup> Vgl. Belkovec, 2003a, S. 284.

<sup>310</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 449, l. 329 f.

1) Der Deutsche K. wurde im Jahr 1946 in das Dorf Eršovo des Bezirks Suzun des Gebietes Novosibirsk deportiert. Dort wurde er in einer Kolchose namens Andreev eingestellt. Im Februar 1950 heiratete K. die Sondersiedlerin Kr., die im Suzuner Forstbetrieb arbeitete. Wegen der Heirat durfte sie an den Wohnort des Ehemanns umziehen. Jedoch reichte sie im Mai 1952 einen Antrag ein, wegen der Scheidung nach Suzun zurückzukehren. Ihm wurde stattgegeben. Schon im Juli 1952 fuhr K. unerlaubt zu seiner ehemaligen Ehefrau und erklärte dies mit der Wiederherstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft. Am neuen Ort konnte er in keinem staatlichen Unternehmen eine Stelle finden und begann, als Hilfsarbeiter bei anderen Bewohnern zu arbeiten. Auf Ansuchen des Vorsitzenden der Kolchose namens Andreev beantragte der Sekretär des Suzuner Bezirkskomitees der KPdSU Il'enko bei dem MGB, K. vor Gericht zu stellen. Seine Bezirksabteilung lehnte den Antrag ab und schlug vor, dem Sondersiedler die Genehmigung für den Umzug auszustellen, wodurch ihm die Möglichkeit gegeben wurde, in Suzun eine Stelle zu finden. Die Position der Bezirksabteilung wurde von der Abteilung des MGB für das Gebiet Novosibirsk unterstützt. Danach bat Il'enko um die Hilfe des Gebietskomitees der KPdSU. Der Sekretär des Suzuner Bezirkskomitees der KPdSU begründete seine Meinung damit, dass die Mitarbeiter des MVD und MGB Tätigkeiten ausgeübt hätten, die nicht in ihre Zuständigkeit gefallen seien, indem sie Abzüge von Sondersiedlern aus Kolchosen ohne Ansuchen ihrer Vorsitzenden genehmigt hätten. Die Arbeitsvermittlung der Deportierten sei den örtlichen Behörden durch die Verordnung vom 8. Januar 1948 übertragen worden. Deshalb hätte das MVD kein Recht, ohne Zustimmung der Wirtschaftsorganisationen die Probleme der Arbeitsvermittlung der Sondersiedler zu lösen<sup>311</sup>.

2) Im Juli 1954 begab sich das Mitglied S. der Kolchose namens Krupskaja des Bezirks Verchnjaja Ket' im Gebiet Tomsk zur ärztlichen Behandlung nach Tomsk. Der Sondersiedler kehrte nicht zurück und fand in einer Schule der Stadt eine Stelle als Pferdepfleger. Er verheimlichte seinen Wohnort nicht und korres-

---

<sup>311</sup> GANO. f. p-4, op. 34, d. 438, l. 146–148.

pondierte während eines Jahrs und zweier Monate aktiv mit seiner Familie. Als Ergebnis fuhr seine Frau, die am Ansiedlungsort geblieben war, um in der Kolchose als Viehpflegerin zu arbeiten, am 21. August 1955 mit dem Dampfschiff unerlaubt zu ihrem Ehemann. Obwohl seine zwei Kinder, 19 und 20 Jahre alt, nicht zusammen mit den Eltern flüchteten, planten sie nach Meinung des Vorsitzenden der Kolchose Esaulov, dies demnächst zu tun<sup>312</sup>. Die Leitung der Kolchose bat bei dem Bezirkskomitee der KPdSU um Hilfe und verlangte, dass Maßnahmen ergriffen würden, um den Sondersiedler unverzüglich an den ursprünglichen Ansiedlungsort zurückzuführen. Der Sekretär des Bezirkskomitees Kolomnikov versuchte zuerst, durch das MVD des Gebiets Tomsk die Rückkehr der Entflohenen zu erzielen, und schrieb dem stellvertretenden Leiter der Abteilung für Sondersiedlungen Oberstleutnant Tolstych, der jedoch keine entsprechenden Maßnahmen durchführte. Infolgedessen bat Kolomnikov bei dem Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Vasilij Moskvina um Unterstützung<sup>313</sup>.

In beiden Situationen entwickelte sich der Konflikt nach dem gleichen Muster. Die Sondersiedler verließen ohne Genehmigung des MVD oder der Leiter der Wirtschaftsorganisationen die Ansiedlungsorte. Ihre Rückkehr erzielten die Vorsitzenden der Kolchosen jedoch nur mit der Unterstützung der Bezirks- und Gebietsparteibehörden. Mitarbeiter des MVD und MGB stellten sich auf die Seite der Sondersiedler und schlugen vor, den Status quo beizubehalten. Die Unternehmen, die die Deportierten unerlaubt einstellten, hatten auch ein Interesse daran, dass die Entflohenen am neuen Ort arbeiten und leben durften. Die Motivation der Kolchosvorsitzenden und Unternehmensleiter ist damit erklärbar, dass sie einen akuten Arbeitskräftemangel erlebten und mit aller Kraft versuchten, Personal zu behalten. Komplizierter steht die Sache mit der Position des MVD und MGB. Vor allem fällt auf, dass sich die zwei Fälle in der Zeit entwickelten, als die Auflösung und der Zusammenbruch des Systems der Sondersiedlungen begannen. Folglich zeigen sie, dass die Mitarbeiter des MVD noch bis zum An-

---

<sup>312</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2267, l. 105.

<sup>313</sup> Ebd., 104.

fang der Kampagnen der Freilassung von Sondersiedlern die Unmöglichkeit der völligen Kontrolle von Migrationen der Deportierten akzeptierten und über ihre Umzüge innerhalb des Gebiets hinwegsaßen, wenn die Sondersiedler keine Absicht hatten, zu fliehen. Auf diese Weise entwickelte sich ein rationalerer Standpunkt statt der harten Schutzposition über die Notwendigkeit, alle Sondersiedler unabhängig von Gründen und Umständen für die Flucht zu bestrafen, die Anfang 1949 von Fedor Petrovskij geäußert wurde. Der Kampf gegen die betrachteten Umzüge erforderte in der Praxis vom MVD eine Reihe von Maßnahmen. Zum Beispiel musste es einen Mitarbeiter abkommandieren, damit er alle Umstände der Flucht untersuchte und die Bewachung und die Begleitung organisierte. In diesem Fall überwogen die finanziellen, zeitlichen und Arbeitskosten die potenziellen Gewinne. Darüber hinaus blieb der Sondersiedler innerhalb des Gebiets oder sogar des Bezirks und wurde am neuen Ort eingestellt. Zudem trugen die Parteibehörden keine Kosten für die Organisation der Rückkehr der Deportierten in die ursprünglichen Ansiedlungsorte. In diesem Zusammenhang versuchten sie, den von Kolchosvorsitzenden und Unternehmensleitern eingegangenen Beschwerden nachzukommen und das MVD zur Erfüllung seiner Pflichten zur Verhinderung von unerlaubten Wegzügen zu zwingen.

Auf diese Weise unterlagen die Sanktionen für die unerlaubten Umsiedlungen wie für die Abwesenheiten in vielerlei Hinsicht der Zweckmäßigkeit. Da diese Migrationen der Sondersiedler häufig soziale und ökonomische Probleme lösten, das bürokratische System an die Bedürfnisse der Deportierten anpassten, die in der Gesellschaft existierende Spannung verminderten und der Kampf gegen die Migrationen wesentliche Investitionen erfordert hätte, sah das MVD allmählich über sie hinweg und verzichtete auf die Politik der Zwangsrückkehr der Sondersiedler.

### **1.3. Absichtliche Fluchten**

Um die Fluchten zu analysieren, in deren Rahmen die Deportierten anstrebten, nicht nur aus den Ansiedlungsorten abzureisen, sondern auch den Status „Sondersiedler“ abzustreifen, sich vor Behörden zu verstecken oder in die frühe-

ren Wohnorte zurückzukehren, wurden drei Hauptfragen gestellt: 1) Warum begingen die Sondersiedler diese Art der Fluchten? 2) Wie wurden diese Fluchten realisiert? 3) Welche Sanktionen wurden gegen die Entflohenen verhängt?

In der Forschung wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass *die Hauptgründe* für die Fluchten der Sondersiedler Armut und Hunger waren. Davon zeugen die Tatsachen, dass ihr Spitzenwert in den ersten Jahren des Lebens in Sibirien sowie in den Hungerjahren (1946 – Anfang 1947) auftrat. In diesem Zusammenhang werden sie nicht als Protestaktion, sondern als Strategie des Überlebens betrachtet<sup>314</sup>. Wenngleich die zur Verfügung stehenden Quellen diese Schlussfolgerung vollständig bestätigen<sup>315</sup>, verstärkten ebenfalls andere Faktoren die Fluchtaktivität der Sondersiedler, wenn sie auch kaum deren tatsächliche Gründe waren.

Vor allem entstanden unter den Sondersiedlern regelmäßig unterschiedliche Gerüchte, die die Befürchtungen der Deportierten über ihr weiteres Schicksal verstärkten und sie zur Flucht veranlassten. Diese Gerüchte wurden manchmal von Kommandanten unterstützt. So ergab eine Überprüfung der Abteilung des MVD für das Gebiet Kemerovo, dass der Kommandant der Belovoer Sonderkommandantur des MVD № 79 Oberleutnant Artjušin mithilfe der zwei Sondersiedler I. und U. von „Ukazniki“ Geld erpresste, indem er den Deportierten drohte, sie in den Norden zu verbannen. Dabei wurden diese „Ukazniki“ in der benachbarten Sonderkommandantur № 80 angemeldet, mit deren Kommandant Artjušin eine konfliktreiche Beziehung unterhielt. Das Gerücht über eine mögliche nochmalige Verbannung verbreitete sich sehr schnell unter den anderen Sondersiedlern, wodurch die Anzahl der Fluchten in der Kommandantur № 80 stieg (insgesamt flüchteten 12 Menschen innerhalb des Jahrs 1949 aus ihrem Territorium). Am Ende wurde I. verurteilt, U. wurde für 5 Tage verhaftet sowie in eine

---

<sup>314</sup> Vgl. Belkovec, 2003a, S. 295 f.; Ivanov, 2015a, S. 87.

<sup>315</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 177, l. 238; d. 425, l. 134; d. 426, l. 173; d. 443, l. 127; d. 463. l. 143 f.

neue, harte Arbeitsposition versetzt und Artjušin wurde einer dienstlichen Überprüfung unterzogen (ihre Ergebnisse sind unbekannt).<sup>316</sup>

Darüber hinaus gab es die Faktoren, die den Glauben der Deportierten verstärkten, dass eine erfolgreiche Flucht aus den Sondersiedlungen möglich sei. Die Sondersiedler, die aus Sibirien geflüchtet waren, blieben häufig durch regelmäßigen Briefwechsel in Kontakt mit ihren in der Verbannung wohnenden Verwandten und Bekannten. Dieser Erfolg inspirierte andere Sondersiedler, ähnliche Handlungen zu begehen. Genau diese „provokanten“ Briefe, die aus der Ukrainischen ASSR geschickt wurden, waren nach Meinung der Mitarbeiter des MVD einer der Hauptgründe für die massiven Fluchten von im Bezirk Čerepanovo des Gebiets Novosibirsk untergebrachten „OUN-Angehörigen“ (ebenso wie die harten Arbeitsbedingungen in den Bergwerken und das zerstörte Kontrollsystem). In den Briefen wurde darüber berichtet, dass die ehemaligen Sondersiedler frei in der Ukraine wohnen würden und von Behörden nicht verfolgt worden seien. Das Ausmaß der Fluchten von „OUN-Angehörigen“ aus dem Gebiet Novosibirsk, besonders aus dem Bezirk Čerepanovo, hatte katastrophalen Charakter. Von der Deportation bis zum Juni 1948 flüchteten 177 Mitglieder dieses Sonderkontingents aus dem Gebiet<sup>317</sup>. Diese Zahl wirkt besonders hoch, wenn die Gesamtzahl des betrachteten Sonderkontingents in der Region berücksichtigt wird: Im dritten Quartal 1945 wohnten dort 460 Personen<sup>318</sup>, im Juli 1948 nur 254<sup>319</sup>. Das dargestellte Beispiel zeigt, wie sich die in einem Gebiet begangenen Fluchten allmählich unter dem Einfluss von Gerüchten und tatsächlicher erfolgreicher Rückkehr in die Heimat exponentiell vergrößerten.

Die Leiter der regionalen Abteilungen des MVD, die *die typischen Umstände der Fluchten* beschrieben und charakterisierten, wiesen darauf hin, dass die Fluchtaktivität der Sondersiedler zu Anfang der Frühlings- und Sommermo-

---

<sup>316</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 474, l. 153–158.

<sup>317</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 434, l. 30 f.

<sup>318</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 257, l. 82.

<sup>319</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 434, l. 30 f.

nate regelmäßig zunahm<sup>320</sup>. Diese Behauptung lässt sich durch die Analyse der monatlichen Anzahl der Fluchten von 1948–1950 verifizieren (Tabelle 3.1).

**Tabelle 3.1. Monatliche Anzahl der Fluchten**

Jahr	Gebiet	Monat											
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1948	K	177	183	n. v.	n. v.	42	264	80	83	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.
	N	29	9	n. v.	n. v.	4	3	7	4	n. v.	n. v.	n. v.	22
	T	2	0	n. v.	n. v.	7	8	2	9	n. v.	n. v.	n. v.	8
1949	K	12	8	16	14	13	25	14	9	9	5	0	1
	N	3	3	6	3	6	1	5	1	11	6	2	0
	T	0	0	1	1	0	1	1	4	1	5	1	0
1950	K	3	0	0	4	1	2	1	2	3	3	4	4
	N	0	0	0	1	1	0	3	2	2	0	1	0
	T	1	0	0	0	2	4	2	5	1	0	2	0

Auf Grundlage von: GARF r-9479, op. 1, d. 435, l. 2–11, 19–25, 27–37, 43–46; d. 488, l. 303 f; d. 552, l. 87 f; d. 555, l. 215 f, 261–263, 267, 273; d. 557, l. 243–249.

Die in der Tabelle dargestellten Daten zeigen, dass die Situation nicht ganz so war, wie die Mitarbeiter des MVD sie beschrieben. In den Gebieten Kemerovo und Novosibirsk gab es einen relativ hohen Anteil an Fluchten, die in der winterlichen Periode auftraten. Dies war teilweise mit der für diese Regionen charakteristischen Verkehrsinfrastruktur verbunden. So wohnten die im Gebiet Kemerovo untergebrachten Sondersiedler vorwiegend in Städten, in der Nähe der Eisenbahn, die während des ganzen Jahres funktionierte. Im Gebiet Tomsk waren wiederum viele Sondersiedlungsbezirke nur in der Schifffahrtssaison zugänglich, was die Flucht in winterlichen Monaten daher fast unmöglich machte. Darüber hinaus kann der relativ hohe Anteil an Winter-Fluchten damit begründet werden, dass die Sondersiedler in dieser Periode die größte Notlage erlebten. Jedoch war die Flucht in den winterlichen Monaten aufgrund der Wetterbedingungen risikoreicher und gefährlicher für die Entflohenen. Ein abschreckender Faktor war auch die fehlende warme Kleidung, besonders in der ersten Zeit des Lebens in

<sup>320</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 292, l. 184.

Sibirien<sup>321</sup>. Folglich gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Jahreszeit und der Anzahl der Fluchten: Ein klares und regelmäßiges Überwiegen von Fluchten im Frühling und Sommer gegenüber Fluchten im Herbst und Winter wurde nicht festgestellt.

Der nächste Punkt, auf den die Angestellten des MVD achteten, war, dass die Mehrheit der Entflohenen die Ansiedlungsorte mit der Eisenbahn verließ. Die Fluchtmethoden waren dennoch unterschiedlich. So versuchten einzelne Personen, vor allem solche, die entfernt vom Bahnverkehr lebten, zu Fuß durch die Taiga zu fliehen<sup>322</sup>, oder sie benutzten den Wasserverkehr<sup>323</sup>. Nichtsdestoweniger lässt sich die These über das klare Überwiegen der Fluchten mithilfe der Eisenbahn durch den Vergleich der Ausgangsorte mit der Karte der Bahnverbindungen dreier betrachteter Gebiete verifizieren (Bild 1). Die Karte wurde auf Grundlage des Schemas der Tomsker Eisenbahn der zentralen Abteilungen für Militärtransport der Roten Armee erstellt, das aus dem Jahr 1943 stammt (aus diesem Grund war das Tomsker Gebiet noch nicht vom Novosibirsker getrennt). Auf ihr wurden die Ortschaften markiert, die in Berichten von regionalen Abteilungen des MVD in unterschiedlichen Zeiten mit starker Fluchtaktivität der Sondersiedler charakterisiert wurden. Außerdem wurden die in den Quellen erwähnten Kontrollpunkte (rus. *operativnyj zaslon*), die von den Behörden an Bahnhöfen für die Festnahme von Entflohenen und anderen Kriminellen organisiert wurden, auf die Karte aufgetragen.

---

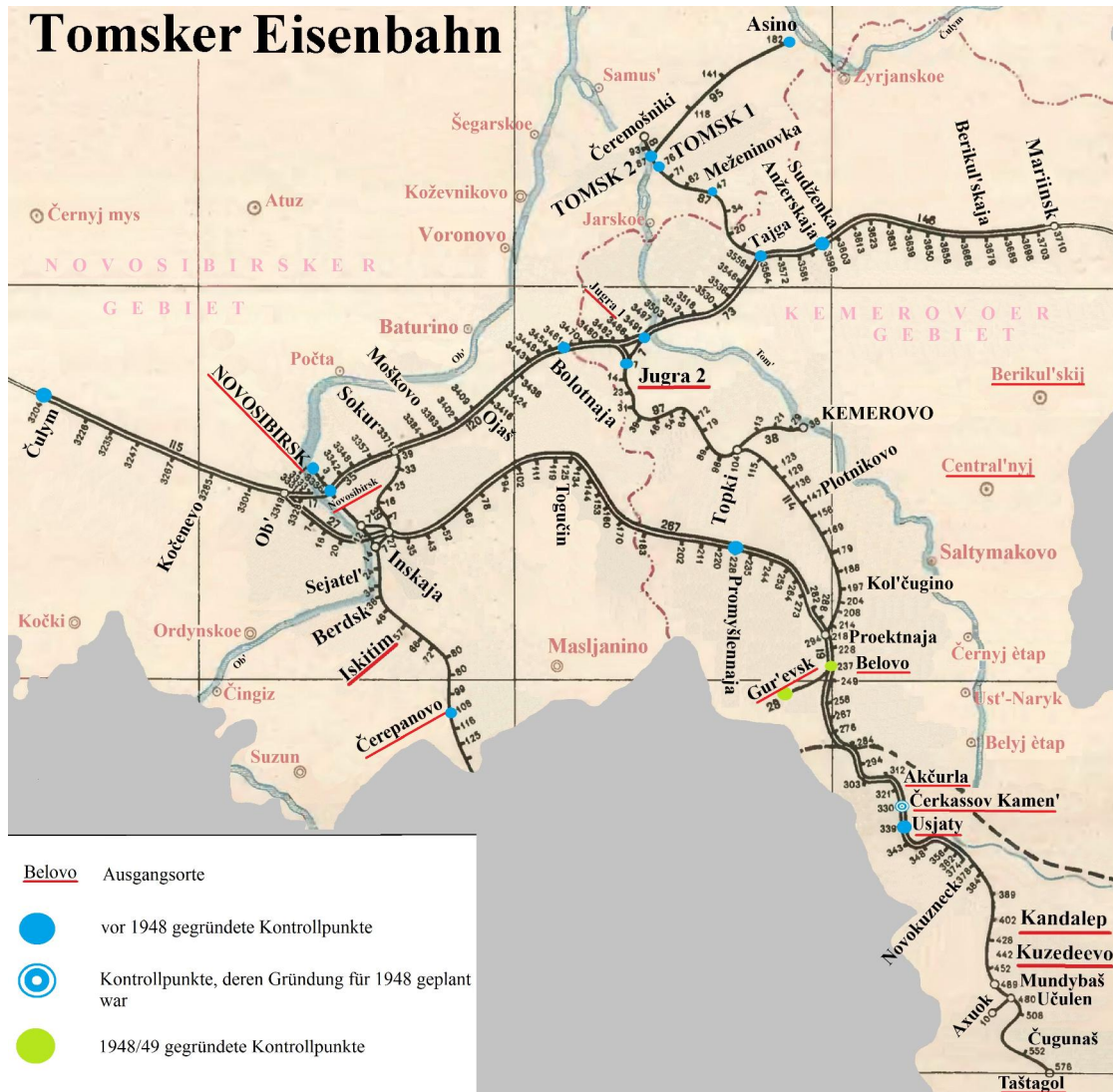
<sup>321</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 496, l. 17.

<sup>322</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 474, l. 146.

<sup>323</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 473, l. 304.



Bild 1. Tomsker Eisenbahn: Fluchtaktivitäten der Sondersiedler



Vgl. Tomskaja železnaja doroga, in: Schemy železnych dorog i vodnych putej soobščeniya SSSR. Central'noe upravlenie voennykh soobščeniij Krasnoj Armii, hg. v. L. Šalyt, Moskau: Voennoe izdatel'stvo narodnogo komissariata oborony, 1943, S. 79; GARF f. r-9479, op. 1, d. 299, l. 189; d. 416, l. 37 f; d. 419, l. 250; d. 420, l. 7; d. 425, l. 225; d. 474, l. 146; d. 534, l. 68.

Auf Grundlage der Karte lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Erstens bestätigt die Lage der Ausgangsorte neben den Eisenbahnlinien die These, dass die Sondersiedler die Siedlungsorte meistens unerlaubt verließen, indem sie den Bahnverkehr benutzten. Folglich wählte die Mehrheit der Entflohenen die einfachste und erreichbarste Fluchtmethode, die nur eine minimale Vorbereitung erforderte. Meistens stiegen die Sondersiedler in Züge und versuchten, aus Sibi-

rien wegzufahren, nachdem sie falsche Ausweise oder Genehmigungen von Wirtschaftsorganisationen erhalten hatten (in einigen Fällen fehlten diese Papiere sogar). Als Beispiel soll hier die erfolglose Flucht der „Ukaznik“ S. dienen. Bevor sie nach Angaben der Untersuchung Južkuzbasslag (Stalinsk, Gebiet Kemerovo) flüchtete, hatte sie eine Bescheinigung gestohlen, die im Bezirk Taštagol des Gebiets Kemerovo ausgestellt und in der ein anderer Name angegeben worden war. Dieses Dokument bestätigte das Recht, nach Novosibirsk zu fahren. Im Zug wurde „Ukaznik“ während der Überprüfung der Personalien wegen des fehlenden Passes verhaftet, obwohl sie vortäuschte, zu schlafen<sup>324</sup>.

Eine Reihe von Sondersiedlern war dagegen vorsichtiger und einfallreicher. Vor allem nutzten die Deportierten nur kleine Bahnstationen und umgingen große Verkehrsknotenpunkte durch Feldwege. Dadurch vermieden sie die Hauptkontrollpunkte<sup>325</sup>. Darüber hinaus versuchten die Sondersiedler, sich nicht mit Personen-, sondern mit Güterzügen zu bewegen. So wurde eine Gruppe von vier aus Južkuzbasslag entflohenen „Ukazniki“ in einem Güterwagon entdeckt: Sie hatten der transportierten Kohle vergraben. Drei „OUN-Angehörige“ sprangen aus einem Zug vor der großen Station Promyšlennaja und versuchten, sich in den anliegenden Gärten zu verstecken. Nichtsdestoweniger wurden diese Sondersiedler verhaftet<sup>326</sup>.

Nur zwei auf der Karte markierte Siedlungsorte lagen weit entfernt von Bahnstrecken. Dies sind die Bergbaubetriebe Berikul'skij und Central'nyj des Bezirks Tisul' im Gebiet Kemerovo. Laut Berichten der Abteilung des MVD erfolgten die meisten Fluchten durch „Ukazniki“, die sich im dritten Quartal 1948 in der Anzahl von etwa 500 Menschen im Gebiet niedergelassen hatten. Der stellvertretende Leiter der Abteilung des MVD für Sondersiedlungen für das Gebiet Kemerovo Oberst Konstantinov erklärte die Gründe der hohen Fluchtaktivität dieses Sonderkontingents dadurch, dass „Ukazniki“ zum größten Teil ehema-

---

<sup>324</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 420, l. 44 f.

<sup>325</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 416, l. 56.

<sup>326</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 420, l. 44.

lige Kriminelle waren und keine Familien hatten<sup>327</sup>. Darüber hinaus wurden die betrachteten Sondersiedler ursprünglich in kleinen Gruppen auf dem ganzen Gebiet, in 21 Siedlungen, untergebracht. Dies erschwerte die Anwerbung von Geheimagenten und die Organisation von Aufsicht wesentlich. In diesem Zusammenhang erfolgte die nochmalige Zwangsumsiedlung dieser Sondersiedler nach dem Befehl der Abteilung des MVD für den Bezirk Tisul', wodurch sie in neun Siedlungen konzentriert wurden. Die Schaffung eines Kontrollsystems wurde auch dadurch erschwert, dass die Mitarbeiter des MVD die von den meisten „Ukazniki“ des Bezirks Tisul gesprochenen Sprachen – Tadschikisch, Kasachisch und Usbekisch – nicht beherrschten<sup>328</sup>.

Zweitens schafften die regionalen Behörden kein dichtes Kontrollpunktesystem, das alle Bahnstationen abdeckte. Insgesamt gab es im Gebiet Kemerovo in allen Bahnhöfen, Straßen und Wasserüberquerungen 31 Kontrollpunkte<sup>329</sup>, 38 im Gebiet Novosibirsk (nach Angaben von Mai 1948)<sup>330</sup> und 56 im Gebiet Tomsk (nach Angaben von November 1948).<sup>331</sup> Das lag daran, dass der Aufbau eines dichten Systems erhebliche materielle und personelle Ressourcen erfordert hätte, über die das MVD nicht verfügte. Aus diesem Grund benutzten seine Angestellten alternative, billigere Methode des Kampfs gegen Fluchten, wie beispielsweise die Anwerbung von Mitarbeitern des Eisenbahnverkehrs<sup>332</sup> oder die stichprobenartige Überprüfung von Dokumenten in Zügen<sup>333</sup>. Da durch die schon geschaffenen Punkte die meisten mit der Eisenbahn entflohenen Sondersiedler gefunden werden konnten, war die Organisation solcher Posten an Orten, an denen nicht die Hauptwege der Entflohenen verliefen und Fluchten eher vereinzelt auftraten, nicht zweckmäßig (besonders im Vergleich der erforderlichen Kosten mit den potenziellen Ergebnissen). Dabei ist zu betonen, dass in einzelnen Bezir-

---

<sup>327</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 435, l. 51.

<sup>328</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 474, l. 143–147.

<sup>329</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 426, l. 172.

<sup>330</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 423, l. 320.

<sup>331</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 425, l. 224 f.

<sup>332</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 420, l. 46.

<sup>333</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 299, l. 189.

ken, in denen die Fluchten einen massiven und systematischen Charakter hatten, die regionalen Behörden Schritte zur Schaffung eines dichteren Kontrollpunktesystems unternahmen, das den Sondersiedlern alle Ausgänge blockierte. So wurde im oben erwähnten Bezirk Tisul' sowie in den Bezirken Belovo und Gur'evsk des Gebiets Kemerovo vorgegangen<sup>334</sup>.

Außerdem war die Tatsache, dass die Lage der Sondersiedlungszonen neben Bahnlinien die Fluchtaktivität der Sondersiedler erhöhte, ein Grund für die Entwicklung von Interessenskonflikten. Einerseits waren die regionalen Abteilungen des MVD daran interessiert, die Ansiedlungsorte weiter in das Gebiet, weg vom Bahnverkehr zu verlegen, um Fluchtversuche zu verhindern. Andererseits war dies aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich. Die Umsiedlung der Deportierten hätte deren Arbeitsvermittlung beispielsweise in die Kohleindustrie ausgeschlossen, für deren effektive Tätigkeit diese Bahninfrastruktur ursprünglich geschaffen worden war. Aus diesem Grund blieben die seit den 1930er Jahren vom NKVD / MVD unternommenen Versuche, die Sonderkontingente mindestens 100 km von der Eisenbahn entfernt unterzubringen, erfolglos.

Die nächste Frage, die beantwortet werden muss, besteht darin, wie und wo die Sondersiedler die Dokumente erhielten, die für die unerlaubte Reise und das folgende Leben an einem neuen Ort notwendig waren. Wie oben gesagt, flüchteten die Deportierten häufig, indem sie Bescheinigungen nutzten, die von Wirtschaftsorganisationen für unerlaubte Geschäftsreisen oder von Miterbeitern der Kommandanturen für den Umzug an einen neuen Ansiedlungsort ausgestellt wurden. Jedoch gab es auch andere Methoden zur Beschaffung von falschen Ausweisen. Die Mitarbeiter der Gebietsabteilungen des MVD berichteten regelmäßig ans Zentrum darüber, dass an Sondersiedlungsorten kriminelle Gruppierungen aus örtlichen Bewohnern agierten, die die Entflohenen mit gefälschten Pässen versorgten. So nannte der Leiter der Abteilung des MVD für das Gebiet Kemerovo Vladimir Gubin im April 1948 drei solche Gruppe. Die größte von ihnen war eine Gruppierung aus drei Personen, die 43 Sondersiedler in den Städ-

---

<sup>334</sup>GARF f. r-9479, op. 1, d. 534, l. 68.

ten Osinniki und Stalinsk mit Dokumenten versorgte<sup>335</sup>. Zu diesen Gruppen gehörten meistens Angestellte von Pass-, Militärregistrierungs- und Einberufungsämtern und andere Beamten. Als Beispiel soll hier eine im Jahr 1949 in Anžero-Sudžensk liquidierte Gruppe dienen, die aus drei Personen bestand: dem Fuhrmann des Bergwerks 9-15 des Betriebs „Anžerougol“, der nach Artikel 116.2 des Strafgesetzbuchs der RSFSR verurteilt wurde (Veruntreuung von Geld, Wertsachen oder anderem Eigentum durch einen Beamten) und den Spitznamen „Onkel Vanja“ trug, die Leiterin der Militärabteilung desselben Bergwerks und die Leiterin des Passamtes<sup>336</sup>.

Die Rolle der Beamten bei der Suche der Sondersiedler nach gefälschten Dokumenten wird am Beispiel des Leiters des Bahnhofes Tomsk-1, des Parteikandidaten D., verdeutlicht, der einer Litauerin laut Ermittlung zur Flucht verhalf. Die Sondersiedlerin war Schneiderin und arbeitete im Februar 1949 für zwei Wochen zu Hause bei D. gegen eine Gebühr von 100 Rubel. Über diese Zeit einigten sie sich, dass der Bahnhofsleiter der Litauerin helfen würde, eine Fahrkarte nach Vilnius zu kaufen. Da die Sondersiedlerin nicht genug Geld hatte, gab sie ihm ein Federbett, damit er den notwendigen Betrag hinzufügte und ein Ticket kaufte. Der Bahnhofsleiter stimmte zu und vertraute seinem Verwandten den Kauf an – dem Soldaten S., der in die Stadt Grodno der Weißrussischen ASSR aus dem Urlaub zurückkehrte. Am 8. März 1949 gingen die drei zum Bahnhof. D. wies den Kassierer an, eine Fahrkarte auszustellen. Das Ticket wurde der Sondersiedlerin übergeben und sie fuhr zusammen mit S. aus Tomsk ab. Die Entflohene wurde am selben Tag in der Station Taiga verhaftet. Obwohl D. bei der Untersuchung zugab, dass er das Federbett als Zuzahlung für die Fahrkarte bekam und sich über die Nationalität der A. bewusst war, bestritt er, dass er wusste, dass sie zum Sonderkontingent gehörte und dass das Federbett eine Bestechung war. Der Bahnhofsleiter behauptete, dass es ihm als Pfand gegeben worden sei: Nachdem A. in Vilnius eingetroffen wäre, hätte sie ihm Geld schi-

---

<sup>335</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 443, l. 128 f.

<sup>336</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 495, l. 173 f.

cken müssen und er wiederum hätte das Pfand zurückgeben müssen. Jedoch bestand die Sondersiedlerin während der Vernehmung, dass das Federbett eine Gebühr für die Hilfe bei der Organisation der Flucht war<sup>337</sup>. Bezeichnenderweise wurde das Strafverfahren gegen D. von der Stadtstaatsanwaltschaft wegen mangelnder Beweise für die Söldnermotive in seinen Handlungen abgewiesen. Der stellvertretende Minister des MVD der UdSSR Vasilij Rjasnoj versuchte, gegen diese Entscheidung in Berufung zu gehen und wandte sich an den stellvertretenden Generalstaatsanwalt der UdSSR Konstantin Mokičev<sup>338</sup>. Jedoch brachte dies keine Ergebnisse<sup>339</sup>. Diese Tatsache bestätigt noch einmal die Existenz von Widersprüchen zwischen dem MVD und der Staatsanwaltschaft, die bei der Charakterisierung der Sanktionen, die bei unerlaubten Abwesenheiten von Sondersiedlern angewendet wurden, beschrieben wurden.

Darüber hinaus halfen die Verwandten und Bekannten, die an den ehemaligen Wohnorten geblieben waren, den Sondersiedlern, gefälschte Ausweise zu erwerben. Zum Beispiel übergab ein estnisches Ehepaar bei der Ankunft seine Pässe nicht und bekam von Verwandten eine Militärkarte und eine Bescheinigung darüber, dass das Familienoberhaupt in der baltischen Republik im Torfabau eingestellt wurde<sup>340</sup>. Verfügbar war dieses Mittel vorwiegend für die Sondersiedler aus dem Baltikum und Moldawien sowie die „OUN-Angehörigen“, deren Zwangsumsiedlung im Gegensatz zu Kalmücken oder Deutschen nicht „total“ war. Bemerkenswerterweise wurden die Dokumente manchmal von Behörden oder Wirtschaftsorganisationen der Regionen versendet, aus denen die Deportationen durchgeführt wurden. Diese These kann durch die folgende Tatsache veranschaulicht werden: Im September 1946 wurden zwei „OUN-Angehörige“ verhaftet, bei denen die originalen Bescheinigungen vom Bezirkssowjet Kaluga des Gebiets Stanislav der Ukrainischen ASSR gefunden wurden, in denen berichtet

---

<sup>337</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 515, l. 90 f.

<sup>338</sup> Ebd., 89.

<sup>339</sup> Ebd., 92 f.

<sup>340</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 538, l. 260.

wurde, dass diese Sondersiedler zum alten Wohnort umziehen dürfen<sup>341</sup>. Da die Praxis der Übermittlung von offiziellen Dokumenten nach Sibirien eher vereinzelt auftrat, lässt sich vermuten, dass den Motiven der Angestellten des Bezirks sowjets Kaluga Korruptions- oder Familienverbindungen zugrunde lagen.

Die Beschaffung der gefälschten Ausweise erforderte von den Sondersiedlern häufig die Investition wesentlicher finanzieller Ressourcen. Zum Beispiel kostete der Kauf von zwei Pässen bei „Onkel Vanja“ 1000 Rubel. Zum Vergleich: Der Durchschnittslohn eines Arbeiters in der Industrie betrug im Jahr 1950 709 Rubel<sup>342</sup>. Darüber hinaus mussten die Sondersiedler die Fahrkarten kaufen, Vorräte sammeln und sich um ein mögliches Obdach kümmern. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Woher hatten die Deportierten das Geld für die Vorbereitung und die Realisation der Flucht? Auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Quellen wurden drei Hauptmethoden offenbart. Erstens verkauften die Sondersiedler das in der Verbannung erworbene Eigentum oder die bei der Deportation mitgenommenen Wertsachen<sup>343</sup>. Hier ist zu beachten, dass die Informanten sowie die Ältesten für zehn Höfe (rus. staršij desjatidvorki), die Baracken- und Dorfältesten verpflichtet waren, die Kommandanten zu informieren, wenn Sondersiedler ihre Habseligkeiten verkauften. In diesem Fall wurden unter den Deportierten verstärkte Kontrollen festgelegt und häufige Termine in der Kommandantur eingeführt. Aus diesem Grund hatten die Sondersiedler fast keine Möglichkeit, ihr Eigentum vollständig zu veräußern, und um unnötige Aufmerksamkeit zu vermeiden, beschränkten sie sich hauptsächlich auf den Verkauf kleiner Gegenstände. Zweitens stahlen einige Deportierte vor der Flucht Geld, Gegenstände und Dokumente von Verwandten, Bekannten und anderen Sondersiedlern, örtlichen Bewohnern, Kolchosen und Unternehmen. Das auffälligste Beispiel dafür liefert die Flucht des litauischen Buchhalters P. aus dem Bezirk Tugan des Gebiets Tomsk, die im November 1950 stattfand. Er trank über

---

<sup>341</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 299, l. 194.

<sup>342</sup> RGAE f. 1562, op. 41, d. 113, l. 1.

<sup>343</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 644, l. 147.

mehrere Tage zusammen mit dem Kolchosvorsitzenden und dem Sekretär des Dorfsowjets Alkohol. Danach nahm er eine Tasche mit Kolchosdokumenten, einem Stempel und Geld und verschwand aus dem Siedlungsort<sup>344</sup>. Drittens halfen, wie bei der Beschaffung von Dokumenten, nicht unterdrückte Verwandte und Bekannte. So bekamen die Esten nach Daten der Abteilung des MVD für das Gebiet Novosibirsk vor der Flucht große Geldüberweisungen von ihren Familien<sup>345</sup>. Im Gebiet Tomsk bemerkten die regionalen Behörden ähnliche Tatsachen in Bezug auf die „OUN-Angehörigen“.<sup>346</sup>

Die Verwandten und Bekannten halfen den Sondersiedlern nicht nur bei der Beschaffung von Geld oder Dokumenten. In einer Reihe von Fällen kamen sie persönlich nach Sibirien, um einen Deportierten mitzunehmen. Als Beispiel soll hier die Geschichte der Lettin I., geboren 1882, dienen, die im März 1949 in das Dorf Bol'shie Gorški des Bezirks Tugan im Gebiet Tomsk verbannt wurde, wo sie zusammen mit ihrer Schwiegertochter wohnte. Ende Oktober dieses Jahres kam K., Bewohnerin der Stadt Rositten der Lettischen ASSR, d. h. des früheren Wohnorts von I., zu ihr. Der Untersuchung zufolge verließen sie am Tag nach der Ankunft von K. den Bezirk. Um diese Situation zu untersuchen, wurde ein Suchtrupp nach Lettland abkommandiert, der K. an ihrem ständigen Wohnort fand. Sie berichtete, dass sie Ende Oktober 1949 tatsächlich im Bezirk Tugan, aber nicht in Bol'shie Gorški, sondern in Aleksandrovo gewesen sei, wo sie ihre Nichten besucht habe. Jedoch bestritt sie, sich mit I. getroffen zu haben. Bemerkenswerterweise bekam die Schwiegertochter von I. im Dezember einen Brief von K., dass I. angekommen und alles in Ordnung mit ihr gewesen sei. Der Standort der Lettin wurde von den Behörden nicht ermittelt<sup>347</sup>. Diese Methode zur Durchführung der Flucht wurde sehr selten verwendet, wenn der Sondersiedler an den Ort der ursprünglichen Besiedlung zurückkehren wollte. Sie war für die unerlaubte Familienzusammenführung charakteristischer: Kinder kamen zu

---

<sup>344</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 545, l. 56.

<sup>345</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 496, l. 14 f.

<sup>346</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 546, l. 195.

<sup>347</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 496, l. 94 f.



ihren Eltern, um diese zu ihrem Wohnort zu bringen. Dies versuchte beispielsweise der Deutsche Š. erfolglos. Er wollte seine Mutter aus dem Bezirk Vengerovo des Gebiets Novosibirsk in den Bezirk Troick des Gebiets Altai bringen (diese Aktion wurde vom Ältesten für zehn Höfe gestoppt).<sup>348</sup>

Die Mehrheit der Sondersiedler versuchte, entweder in ihre früheren Wohnorte zurückzukehren oder bei Verwandten und Freunden in anderen Gebieten des Landes Zuflucht zu suchen. Nichtsdestoweniger gab es auch Deportierte, die ins Ausland flüchteten. So berichtete der Leiter der Abteilung des MVD der UdSSR Oberst Vasilij Šijan am 16. September 1950 dem stellvertretenden Minister für Staatssicherheit der UdSSR Generalleutnant Nikolaj Selivanovskij, dass einige Sondersiedler, die aus der Karelo-Finnischen SSR und dem Gebiet Novosibirsk flüchteten, die Grenze der UdSSR übertreten hätten und jetzt im Ausland wohnen würden. Als Beispiel führte er die Geschichte der Volksdeutschen D. an, die 1947 aus einer Sondersiedlung flüchtete. Sie verfügte über einen gefälschten Ausweis und fuhr zusammen mit polnischen Bürgern nach Polen weg. Am Ende ließ D. sich in Jaroslau (Polen) nieder<sup>349</sup>. Wahrscheinlich nutzte die Volksdeutsche den Grenzübergang in Lemberg. Davon zeugt die Tatsache, dass ihre Stieftochter, mit der D. regelmäßig korrespondierte, in dieser Stadt wohnte.

Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die Volksdeutschen Lemberg als potenzielles Sprungbrett für den Umzug nach Polen betrachteten und daher dorthin flüchteten. Das meldete die Abteilung des MVD für das Gebiet Novosibirsk an das Zentrum. So wurden im dritten Quartal 1948 mehr als 20 Volksdeutsche, die früher aus der Region geflüchtet waren und jetzt im Gebiet Lemberg wohnen, registriert. Am interessantesten an dieser Situation ist jedoch die Tatsache, dass elf von ihnen an die Gebietsabteilung des MVD einen Brief schrieben, in dem sie berichteten, dass sie als polnische Bürger nach Polen abfahren wollten,

---

<sup>348</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 493, l. 197.

<sup>349</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 457, l. 274–276.

aber dies nicht machen könnten. Aus diesem Grund beantragten sie eine Rückkehr zu einer Sondersiedlung nach Sibirien<sup>350</sup>.

Die Praxis der freiwilligen Rückkehr zur Sondersiedlung war verbreitet, wenn das Ziel der Flucht nicht erreicht wurde. Dieses Verhaltensmodell war besonders für die „OUN-Angehörigen“ kennzeichnend: Mitarbeiter des MVD hoben bei der Erstellung von statistischen Tabellen über Fluchten sogar eine spezielle Kolumne für die per Selbstanzeige nach Sibirien zurückgekehrten „OUN-Angehörigen“ hervor. Nach Angaben vom November 1952 waren 35 „OUN-Angehörige“ gesuchte Männer. Während eines Monats kehrten elf Personen freiwillig nach Sibirien zurück<sup>351</sup>.

Eine Reihe von Sondersiedlern, die sich nach der Flucht nirgendwo niederlassen konnten, wurde Landstreicher, reiste mit gefälschten Dokumenten durch das Land, übte Gelegenheitsjobs aus oder war an kriminellen Aktivitäten beteiligt. In einigen Fällen gelang es den Deportierten, für mehrere Jahre in der Illegalität zu leben. Beispielsweise versteckte sich der Kalmücke M., der im Jahr 1945 in eine Sondersiedlung verschickt wurde, drei Jahre lang ohne Dokumente und wurde erst im zweiten Quartal 1948 verhaftet (er wurde gemäß Artikel 58-1b „Hochverrat durch Militärpersonal“ wegen seiner Teilnahme am Kalmückischen Kavalleriekorps strafrechtlich verfolgt).<sup>352</sup>

Bei der Betrachtung der *Sanktionen für die Fluchten* lässt sich noch einmal betonen, dass in Forschungen diskutiert wird, ob der Erlass vom 26. November 1948 in der Praxis angewendet wurde und ob die Bestrafung für die Fluchten folglich maximal streng war. Larisa Belkovec kommt zu dem Schluss, dass dieser Erlass den Charakter einer strafrechtlichen Bedrohung hatte, die Entflohenen meistens nach Sibirien zurückkehrten und mit einer Ordnungsstrafe bestraft wurden. Aber die Historikerin zieht diese Schlussfolgerung nur dadurch, dass sie allein den Zustand von Deutschen analysierte, die zum Zeitpunkt der Veröffentli-

---

<sup>350</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 420, l. 161.

<sup>351</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 644, l. 135.

<sup>352</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 416, l. 57.

chung des Erlasses seit sieben Jahren in Sibirien wohnten und sich an die Verbannungsbedingungen einigermaßen angepasst hatten. Aus diesem Grund waren die absichtlichen Fluchten am Ende der 1940er Jahre für dieses Sonderkontingent nicht charakteristisch. Wenn sie unerlaubt die Ansiedlungsorte verließen, wollten sie sich mit ihren Familien zusammenführen und versuchten meistens nicht, den Status des Sondersiedlers abzustreifen oder sich vor den Behörden zu verstecken. In diesem Zusammenhang wirkt es logisch, dass die maximalen Sanktionen in Bezug auf diese Kategorie von Deportierten kaum angewendet wurden. Die Fluchten waren wie unten gezeigt die Taten anderer Kontingente, beispielsweise der „OUN-Angehörigen“ und „Angehörigen der Wlassow-Armee“ oder „Ukazniki“. Folglich lässt sich nur auf Grundlage von Larisa Belkovecs Beobachtungen, dass die Deutschen gemäß dem Erlass vom 26. November 1948 selten strafrechtlich verfolgt wurden, nicht zu dem Schluss kommen, dass diese Norm im Allgemeinen den Charakter der Bedrohung hatte. Deshalb erfordert die von Belkovec betrachtete These eine wesentliche Korrektur.

Vor allem zeigt die Dokumentation der zentralen und regionalen Ebenen deutlich, dass sich die Politik hinsichtlich der gegen Entflozene verhängten Sanktionen nach der Verabschiedung des Erlasses vom 26. November 1948 änderte. So wurden 44 entflozene Sondersiedler im Juni 1948 im Gebiet Novosibirsk verhaftet. Infolgedessen wurden vier Personen gemäß Artikel 82.2 des Strafgesetzbuchs der RSFSR (Flucht aus einer Zwangssiedlung) verurteilt, zehn wurden für die weitere Strafverfolgung in die Ansiedlungsorte zurückgeschickt, 30 blieben am Ort der Verhaftung, weil ihre Rückkehr von den Behörden als unzweckmäßig betrachtet wurde, denn sie verließen entweder die Sondersiedlung, um sich mit ihrer Familie wiederzuvereinigen oder waren fortgeschrittenen Alters<sup>353</sup>. Von Juli bis Anfang Dezember 1948 wurden 586 Personen verhaftet, unter ihnen 434 Deutsche, 61 Kalmücken, 27 Tschetschenen und 27 „OUN-Angehörige“. Nur 89 von ihnen wurden verurteilt und die restlichen 479 wurden in die Sondersiedlung

---

<sup>353</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 416, l. 58 f.

gen zurückgeschickt<sup>354</sup>. Nach der Verabschiedung des Erlasses wurden alle verhafteten 42 Entflohenen strafrechtlich geahndet. Dabei erschwerte die Veränderung der Durchsetzungspraktik das Vorverfahren wesentlich, da die zur Verfügung stehenden Untersuchungsbeamten den starken Anstieg der Zahl der Straffälle nicht bewältigen konnten. Als Ergebnis dauerte das Verfahren mehrere Monate statt der vorgeschriebenen mehreren Wochen<sup>355</sup>. Die These über die Anwendung des Erlasses vom 26. November 1948 in der Praxis wird auch durch die Daten zu einzelnen Sonderkontingenten bestätigt. Zum Beispiel wurden nach Angaben des stellvertretenden Leiters der Abteilung für das Gebiet Novosibirsk Generalleutnant Georgij Žukov von der Veröffentlichung des Erlasses bis Anfang August 1949 Benachrichtigungen über die Verurteilung zu 20 Jahren Zwangsarbeit von 14 entflohenen Esten an das von ihm kontrollierte Amt gesendet. Dabei flüchteten 23 Vertreter dieses Sonderkontingents aus dem Gebiet (die Anzahl der Verhafteten ließ sich nicht feststellen)<sup>356</sup>.

Jedoch war, wie oben erwähnt, eine sehr strenge Position in Bezug auf die Strafverfolgung der Entflohenen während der ersten Hälfte 1949 für die Angestellten des MVD im Gebiet Novosibirsk typisch, was sich in der massiven Einleitung von Strafsachen gegen Personen zeigte, die sich der unerlaubten Abwesenheit schuldig machten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob diese Politik von Abteilungen des MVD der Nachbargebiete durchgeführt wurde und langfristigen Charakter hatte. Im Gebiet Kemerovo wurden im Dezember 1948 und Januar 1949 258 Personen habhaft gemacht, 128 von ihnen wurden strafrechtlich festgenommen (Ermittlungsfälle gegen 89 von ihnen wurden schon bis Februar abgeschlossen und sie wurden vor Gericht gestellt).<sup>357</sup> Folglich wurde die Praktik, Entflohene vor Gericht zu stellen, im Gebiet Kemerovo betrieben. Im Gegensatz zum Gebiet Novosibirsk wurde sie aber nicht in Bezug auf alle Straftäter angewendet. Im Gebiet Tomsk war die Situation ähnlich, bereinigt um die

---

<sup>354</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 466, l. 7 f.

<sup>355</sup> Ebd.

<sup>356</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 344, l. 263.

<sup>357</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 463, l. 148.

Tatsache, dass dort sowohl die Anzahl der Fluchten als auch der Inhaftierungen signifikant geringer war<sup>358</sup>. Die vorgelegten Daten erlauben auf diese Weise nicht, Arkadij German und Igor' Pleve zuzustimmen, dass die Praxis, Entflohenen in die strafrechtliche Verantwortung zu ziehen, stets umgesetzt wurde.

Wenngleich die Entflohenen bis zur Aufhebung des Erlasses am 14. Juli 1954 strafrechtlich verfolgt wurden, begannen die örtlichen Abteilungen des MVD nach und nach, jeden Fall einzeln zu betrachten und die Umstände der Flucht und die Zweckmäßigkeit der Anwendung der einen oder anderen Strafe bei der Wahl der Sanktionen zu berücksichtigen. So flüchteten elf Sondersiedler im Jahr 1954 aus dem Gebiet Kemerovo, sieben von ihnen wurden gefunden. Infolge der Untersuchung wurden vier verurteilt, einer wurde aus der Sondersiedlung abgemeldet, einer wurde für die Heranziehung vor Gericht in den Wohnort geschickt und noch einer wurde wegen seiner Selbstanzeige amnestiert<sup>359</sup>. Im Gebiet Novosibirsk wurden sieben Personen festgenommen, vier von ihnen wurden verurteilt und drei kehrten in die Sondersiedlung zurück<sup>360</sup>.

#### **1.4. Anzahl der Fluchten und Festnahmen**

Am Ende dieses Teilkapitels wird der Frage nach der Anzahl von Fluchten und Festnahmen nachgegangen, um das Ausmaß und den Erfolgsgrad der Fluchten zu bewerten sowie die Effektivität des Aufsichtssystems zu charakterisieren. Die Informationen darüber liefert Tabelle 3.2, die auf Grundlage statistischer monatlicher und vierteljährlicher von den Gebietsabteilungen des MVD an das Zentrum geschickter Berichte zusammengestellt wurde. Bevor jedoch mit der Analyse der vorliegenden Daten begonnen wird, erfolgen ein paar Anmerkungen zu einigen Tatsachen, die die Qualität der dargestellten Statistik beeinflussen könnten. Vor allem gab es, wie oben erwähnt, unter den örtlichen Abteilungen kein einheitliches Verständnis darüber, welche Aktionen der Sondersiedler als Flucht betrachtet werden sollten. In diesem Zusammenhang wurden die Angaben

---

<sup>358</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 473, l. 302–304.

<sup>359</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 842, l. 171.

<sup>360</sup> Ebd., 248.

über unerlaubte Wegzüge von Sondersiedlern aus der Ansiedlungszone, die keine Absicht zur Flucht enthielten, periodisch in die Statistik eingebracht. Dies erhöht künstlich nicht nur die Anzahl der im Gebiet begangenen Fluchten, sondern auch den Anteil der festgenommenen Sondersiedler. Darüber hinaus gehörten zu den Entflohenen alle Personen, die zum Zeitpunkt der Überprüfung nicht an den Ansiedlungsorten aufgefunden wurden. Folglich nahm die Anzahl der Fluchten durch vermisste Personen zu. Nach dem Bericht des Leiters der Abteilung des MVD für das Gebiet Tomsk Oberst Andrej Brovčenko wurden 13 Fluchten in der zweiten Jahreshälfte in der Region begangen, sechs von ihnen wurden nicht verhindert. Unter den nicht verhafteten Entflohenen war der Türke K., dessen Abwesenheit am Ansiedlungsort nicht mit einer Flucht verbunden war. Er ging gemäß der Untersuchung am 19. September 1949 zusammen mit seiner Tochter in die Taiga, um Nüsse zu sammeln. An diesem Tag gab es einen Schneesturm. Am nächsten Tag wurde die erfrorene Leiche seiner Tochter entdeckt, der Sondersiedler wurde nicht gefunden<sup>361</sup>.

Den größten Einfluss auf die statistischen Daten hatten die regelmäßig durchgeführten Kampagnen der Bestandsaufnahme von Sondersiedlern. Die letzte bedeutende Auszählung erfolgte 1949 aufgrund der Anordnungen des MVD der UdSSR № 067 vom 7. Februar und № 00165 vom 19. Februar. Im Rahmen dieser Kampagne wurde eine große Anzahl von Sondersiedlern entdeckt, die aus unterschiedlichen Gründen nicht angemeldet waren, in einer der Kartendateien fehlten oder als Abgefahrene / Angekommene gekennzeichnet wurden. Infolgedessen wurde die Gesamtzahl der begangenen Fluchten wesentlich korrigiert. Welchen Einfluss die Maßnahmen für Qualitätsverbesserung der Inventur von Sondersiedlern hatten, ist gut in Tabelle sichtbar: Die Spalte „Flüchteten seit dem Beginn der Ansiedlung“ enthält auch die im Ergebnis der Bestandsaufnahme entdeckten geflüchteten Personen. So wurden von der Zwangsumsiedlung bis einschließlich 1948 im Gebiet Kemerovo 4.640 Personen als Entflozene festgestellt. Im Jahr 1949 flüchteten 128 Sondersiedler. Allerdings erhöhte sich die An-

---

<sup>361</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 496, l. 93.

zahl in der Spalte „Flüchteten seit dem Beginn der Ansiedlung“ um 1.345 Personen. Aus diesem Grund ist es nicht akzeptabel, die Anzahl der Fluchten, die beispielsweise im Jahr 1948 begangen wurden, durch das einfache Subtrahieren der Zahl in der Spalte „Flüchteten seit dem Beginn der Ansiedlung“ im Jahr 1948 aus der gleichen Spalte für 1949 festzulegen. In diesem Zusammenhang wurde die Anzahl der in der Periode entflohenen Personen dadurch festgestellt, dass die Daten aus den vierteljährlichen statistischen Berichten der regionalen Abteilungen des MVD summiert wurden, obwohl die Information über Fluchten in einzelnen Monaten fehlt.

**Tabelle 3.2. Anzahl der Fluchten in den Gebieten Kemerovo, Novosibirsk und Tomsk<sup>362</sup>**

Gebiet; Periode		Auf der Flucht zum Beginn der Periode	Flüchteten in der Pe- riode	Wurden in der Periode fest- genommen	Flüchteten seit dem Beginn der Ansiedlung
Kemerovo	1947	2064	n. v.	n. v.	3617
	1948	2154	848	919	4640
	1949	2132	128	1944	5985
	1950	1004	27	1116	n. v.
	1951	70	7	10	n. v.
	1952	66	10	21	n. v.
	Q1 1953	57	1	11	n. v.
Novosibirsk	1947	344	n. v.	n. v.	1182
	1948	329	87	290	1443
	1949	314	47	305	1853
	1950	121	10	547	n. v.
	1951	440	10	52	n. v.

<sup>362</sup>Die Daten über Entflozene und Festgenommene im Jahr 1948 im Gebiet Kemerovo und Tomsk enthalten keine Daten für März, April, September, Oktober und November, für das Gebiet Novosibirsk fehlen die Daten für März, April, September und Oktober. Die Spalten „flüchteten in der Periode“ und „wurden in der Periode festgenommen“ für das Jahr 1951 umfassen in allen drei Gebieten keine Daten für Juni, Juli, August, September, Oktober und Dezember.

	1952	357	9	49	n. v.
	Q1 1953	320	0	18	n. v.
Tomsk	1947	184	n. v.	n. v.	350
	1948	162	36	118	436
	1949	219	15	226	657
	1950	109	17	549	n. v.
	1951	84	5	10	n. v.
	1952	75	15	16	n. v.
	Q1 1953	75	3	15	n. v.

Auf Grundlage von: GARF f. r-9479, op. 1, d. 59, l. 4, 14 f, 22 ff, 34, 36, 38 ff; d. 298, l. 40; d. 299, l. 193; d. 363, l. 273 f; d. 423, l. 320; d. 435, l. 2–46; d. 457, l. 243–249; d. 488, l. 303 f; d. 552, l. 87 f; d. 555, l. 215 f, 261 ff, 267; d. 642, l. 237; d. 644, l. 13, 29, 44, 58, 71, 90, 102, 163, 168; d. 762, l. 1, 15, 29.

Die Tabelle zeigt, dass die Anzahl der Fluchten in allen drei Gebieten seit 1949 abnahm. Dieser Trend wird unter Berücksichtigung der Tatsache verstärkt, dass die Angabe über die Anzahl der Entflohenen im Jahr 1948 nicht anhand von Daten für das ganze Jahr, sondern für acht bis neun Monate festgelegt wurde. Darüber kam es 1948–1949 zu einer neuen Deportationswelle. Wiederum waren die Fluchten für die Periode der ersten Anpassung an die Bedingungen der sibirischen Verbannung besonders charakteristisch. Jedoch konnte auch die hohe Fluchtaktivität der neu angekommenen Kontingente die allgemein sinkende Fluchttendenz nicht ändern. Die Gründe dafür waren sowohl die wesentliche Verbesserung des Zustands der Sondersiedler (Lösung der materiellen Probleme, Durchführung großer Kampagnen zur Familienzusammenführung 1949) als auch die Verstärkung des Kontrollsystems und die Verschärfung der Sanktionen (Verabschiedung des Erlasses vom 26. November 1948, seine Bekanntgabe an jeden Sondersiedler, Anstieg der Anzahl der Geheimagenten und der Kontrollpunkte).

Außerdem sank die Anzahl der gesuchten Personen allmählich. Dieser Trend war für alle betrachteten Regionen charakteristisch. Im Gebiet Kemerovo betrug der Anteil der nicht gefundenen Entflohenen an der Gesamtzahl der Entflohenen 57,1 % im Jahr 1947, 46,4 % im Jahr 1948 und 35,6 % im Jahr 1949. Im Gebiet Novosibirsk betrug diese Kennziffer 29,1 % im Jahr 1947, 22,8 % im



Jahr 1948 und 16,9 % im Jahr 1949. Im Gebiet Tomsk wurden 52,5 % der Entflohenen im Jahr 1947, 37,2 % im Jahr 1948 und 33,3 % im Jahr 1949 nicht gefunden. Diese Tendenz weist auf ein relativ effektives Suchsystem hin. Darüber hinaus konnten die Sondersiedler durch die Bestandsaufnahme gefunden werden: Das MVD fand heraus, dass die Deportierten, die in Karteikarten aufgeführt waren und an den Ansiedlungsorten nicht entdeckt und folglich als Entflozene betrachtet wurden, in anderen Kommandanturen oder Lagern angemeldet waren.

Um die problematischste Region in Bezug auf die Fluchtaktivität zu bestimmen, wird die Gesamtzahl der begangenen Fluchten mit der Anzahl der im Gebiet untergebrachten Sonderkontingente verglichen. Am 1. Januar 1949 wohnten 96.079 Sondersiedler im Gebiet Kemerovo, 92.041 im Gebiet Novosibirsk und 25.446 im Gebiet Tomsk<sup>363</sup>. Da Fluchten aus dem Gebiet Kemerovo etwa fünfmal häufiger als aus dem Gebiet Novosibirsk begangen wurden, ist diese Region eindeutig die problematischste. Es gibt viele Gründe dafür: die dortige Ansiedlung der der sowjetischen Macht am wenigsten loyalen Sonderkontingente („OUN-Angehörige“, „Angehörige der Wlassow-Armee“, „Ukazniki“), deren Arbeitsvermittlung in Bergwerken, Nähe der Ansiedlungsorte zur Eisenbahn. Dem Gebiet Kemerovo folgt das Gebiet Tomsk: Obwohl dort ungefähr 2,8-mal weniger Fluchten als im Gebiet Novosibirsk begangen wurden, gab es Deportierte dort noch weniger – 3,6-mal. Diese Tatsache zu erklären, ist schwieriger, weil die Sondersiedler des Gebietes Tomsk häufig in Taiga-Bezirken wohnten, die weit vom Bahnverkehr entfernt lagen. Außerdem war die Zusammensetzung der Kontingente, die in den Gebieten Novosibirsk und Tomsk untergebracht wurden, ähnlich: Der Großteil entfiel auf relativ loyale Deutsche und Kalmücken (95,3 % im Gebiet Novosibirsk und 86,8 % im Gebiet Tomsk).<sup>364</sup> Wahrscheinlich ergab sich die höhere Fluchtaktivität im Gebiet Tomsk dadurch, dass das Aufsichtssystem dort weniger effektiv war. Wenngleich die geringe Bevölkerungsdichte und die schlecht entwickelte Verkehrsinfrastruktur Fluchten im Allgemeinen er-

---

<sup>363</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 488, l. 32 f.

<sup>364</sup> Ebd., 33.

schwerten, behinderten diese Faktoren gleichzeitig beispielsweise die Anwerbung von Informanten und die Organisation von mobilen Truppen. Diese Hypothese wird durch die Agentenanzahl in den betrachteten Regionen bestätigt. Am 1. Mai 1948 zählte das Gebiet Kemerovo 3.036 Geheimagenten, das Gebiet Novosibirsk 1.885 und das Gebiet Tomsk 1.589. Folglich musste ein Informant durchschnittlich 50,2 Sondersiedler im Gebiet Kemerovo, 48,0 im Gebiet Novosibirsk und 54,1 im Gebiet Tomsk kontrollieren<sup>365</sup>.

Auf diese Weise erlauben die zur Verfügung stehenden Quellen folgende Schlüsse. Die Fluchten waren häufig weder eine Form des Protests noch entsprangen sie dem Wunsch der Sondersiedler, sich vor den Behörden zu verstecken. Mit ihrer Hilfe versuchten die Deportierten, das bürokratische System an ihre Bedürfnisse anzupassen, verminderten die Kosten, die mit der Einschränkung ihrer Mobilität verbunden waren, oder beschleunigten die Entscheidung über die Vereinigung mit der Familie. Folglich war diese Art von Fluchten kein Indikator für die Verweigerung der Sondersiedler, sich zu integrieren. Die Situation war durch zwei andere Aspekte geprägt. Wenn einerseits die Deportierten ohne Genehmigung des MVD in eine große Stadt umzogen oder für die Familienzusammenführung oder für die Erfüllung einer Betriebsaufgabe abfuhr, kamen sie mit dem Regime in offensichtlichen Konflikt und ihre weitere Existenz im System war bedroht. Andererseits konnte dieses Risiko gerechtfertigt sein: Im Fall des Erfolges oder der Anwendung weicher Sanktionen gegen Entflozene konnte die Flucht die Überlebenschancen erhöhen und die Barrieren auf dem Weg zur Integration eines Sondersiedlers in die Gesellschaft verringern. Im Allgemeinen war die Reaktion des MVD auf diese Fluchten relativ weich und obwohl die regionalen Abteilungen ursprünglich, besonders in den ersten Monaten nach der Verabschiedung des Erlasses vom 26. November 1948, die Position der harten Strafen vertraten, lehnten sogar sie es allmählich ab, die Sondersiedler strafrechtlich zu verfolgen. Dies wurde durch rationale Gründe verursacht, denn die massive Anwendung der Strafverfolgung gegen Entflozene belastete das oh-

---

<sup>365</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 416, l. 32, 102 f, 259–263.

nehin schon überlastete Aufsichtssystem noch stärker. Infolgedessen waren die Behörden des MVD, die früher die Staatsanwaltschaft einer zu weichen Position beschuldigten, bereit, diese Meinung zu teilen und mit den örtlichen Partei- und Wirtschaftsorganisationen, die die volle Liquidierung der illegalen Mobilität der Sondersiedlerforderten, in Konflikt zu geraten.

Gleichzeitig waren die Fluchten einer Reihe von Deportierten eine Form des Protests und ein Mittel, um den Status „Sondersiedler“ abzustreifen oder an den ehemaligen Wohnort zurückzukehren. Die Reaktion des Regimes auf diesen Protest war entsprechend: Die Entflohenen wurden überwiegend strafrechtlich belangt. Die Schwere der Sanktionen hing vom Vorhandensein mildernder (Alter, Selbstanzeige) oder erschwerender (Verwendung gefälschter Dokumente, Begehung anderer Verbrechen während der Flucht) Umstände ab. Trotz der von Larisa Belkovec detailliert beschriebenen Probleme, die im Such- und Aufsichtssystem vorhanden waren (fehlende Arbeitskräfte sowie Nachrichten- und Verkehrsmittel bei Mitarbeitern des MVD, mangelnde Koordinierung zwischen Handlungen der Machtstrukturen der unterschiedlichen Regionen usw.),<sup>366</sup> konnten die örtlichen Behörden am Ende die Mehrheit der Entflohenen finden. Die Fluchten vieler Sondersiedler waren jedoch nicht erfolglos, weil die Angestellten des MVD bei der Suche effektiv und professionell vorgingen, sondern weil die Deportierten die typischen und einfachen Mittel für die Realisierung der Flucht wählten. Die Sondersiedler setzten sich in Züge und versuchten, mit gefälschten Ausweisen Sibirien zu verlassen, indem sie vor allem Unterstützung von nicht unterdrückten Verwandten und Bekannten erhielten. Diese Fluchten wurden meistens durch das System der öffentlichen und geheimen Aufsicht sowie die Suche nach alten sozialen Kontakten der Entflohenen verhindert. In diesem Zusammenhang gestaltete sich die Schaffung großer Suchtrupps oder eines dichten Kontrollpunktesystems als äußerst arbeitsintensiv.

---

<sup>366</sup> Vgl. Belkovec, 2003a, S. 302 f.

## **2. Fluchten und Aufsichtssystem: Die Spezifik der unterschiedlichen Sonderkontingente**

Die Forschung widmet der Analyse der Fluchtaktivität unterschiedlicher Sondersiedlergruppen traditionell kaum Aufmerksamkeit und konzentriert sich hauptsächlich auf die Erforschung des Protestverhaltens der einzelnen Sonderkontingente. Wird die Fluchtaktivität betrachtet, begrenzen die Wissenschaftler sich häufig darauf, Daten über die Anzahl von Entflohenen und Festgenommenen bereitzustellen und zu vergleichen, indem sie entweder die Gründe der Fluchtaktivität von Sonderkontingenten nicht berücksichtigen oder Erklärungen der Angestellten der regionalen Abteilungen des MVD übernehmen, die diese Unterschiede mit den einzelnen Kategorien von Deportierten innewohnenden „Neigung zu Fluchten“, ihrer antisowjetischen Stimmung oder schlechten materiellen Bedingungen verbanden. Jedoch lässt sich die besonders hohe Fluchtaktivität einiger Sonderkontingente allein durch die schwierigen Lebensbedingungen oder die Weigerung der Sondersiedler, sich in die sowjetische Gesellschaft zu integrieren, kaum erklären. In diesem Zusammenhang analysiert der erste Teil dieses Abschnittes die Anzahl der von Vertretern unterschiedlicher Sondersiedlerkategorien begangenen Fluchten und identifiziert die Gründe für die hohe oder niedrige Fluchtaktivität jedes betrachteten Sonderkontingents.

Wie Aleksandr Ivanov, der das Problem der in Sondersiedlungen existierenden Hierarchie zwischen den Kontingenten beobachtete, richtig bemerkt, teilte das Regime die Sondersiedler in „loyale“ und „illoyale“ und machte die Fluchtneigung dieser Kontingente zu einem Kriterium für diese Unterteilung. Entsprechend der Vorstellung über den Grad der Loyalität variierte wiederum die Strenge der administrativen Aufsicht<sup>367</sup>. Jedoch drang Ivanov, der den Zusammenhang zwischen der Bewertung der Behörden von Sondersiedlern und dem in Bezug auf sie eingerichteten Kontrollsystem darlegte, nicht tief in die Analyse der Besonderheiten des Aufsichtssystems ein und beschränkte sich auf den Hin-

---

<sup>367</sup> Vgl. Ivanov, 2018, S. 49.

weis, dass häufigere Besuche der Kommandantur für die äußerst illoyalen Gruppen eingeführt wurden. Deshalb vergleicht der zweite Abschnitt die Mittel des Kampfs gegen Fluchten, die das Regime nutzte, um die Fluchtaktivität jeder Deportiertenkategorie zu senken.

## **2.1. Fluchtaktivität unterschiedlicher Sonderkontingente: Ausmaß und Gründe**

Tabelle 3.3 stellt die Anzahl der Fluchten von Vertretern der unterschiedlichen Sonderkontingente dar. Auch in diesem Fall gelten alle Einschränkungen, die bei der Charakterisierung der statistischen Angaben über die Gesamtzahl der Fluchten (Tabelle 3.2) oben erwähnt wurden.

**Tabelle 3.3. Anzahl der Fluchten von unterschiedlichen Sonderkontingenten in den Gebieten Kemerovo (K), Novosibirsk (N) und Tomsk (T)**

Kontingent	Gebiet	Auf Flucht am 1. Januar 1949	Von Ansiedlung bis 1. Januar 1949		Anzahl des Kontingents am 1. Januar 1949
			Entflohene	Festgenommene	
Deutsche	K	887	1705	860	49467
	N	171	1243	1074	70729
	T	188	562	424	21085
Kalmücken	N	49	328	275	17026
„Angehörige der Wlassow-Armee“	K	546	2786	2314	19693
„OUN-Angehörige“	K	537	1280	815	28919
	N	21	171	155	244
Volksdeutsche von der Krim	N	73	159	92	3119
„Wahre Orthodoxe Christen“	K	134	178	49	5415
„Litauer“	T	18	20	2	444
„Litauer“	T	16	36	20	2492
„Ukazniki“	T	16	36	20	2492
„Ukazniki“	K	26	80	54	2458

Auf Grundlage von: GARF f. r-9479, op. 1, d. 492, l. 5 f.

Für den Vergleich der Fluchtaktivität unterschiedlicher Gruppen von Sondersiedlern wird ein sehr bedingter Koeffizient verwendet: Die Gesamtzahl eines Kontingents wird durch die Gesamtzahl der begangenen Fluchten geteilt. Durch diese Kennziffer wird deutlich, dass Fluchten für die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ am charakteristischsten waren, ungefähr jeder Siebte oder Achte von ihnen versuchte, ohne Genehmigung die Ansiedlungsorte zu verlassen. Bei Deutschen und Sondersiedlern von der Krim, die im Gebiet Kemerovo wohnten, war dieser Koeffizient wesentlich niedriger: Nur jeder 30. Sondersiedler beging eine Flucht. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ ohne Familienmitglieder verschickt wurden, während die Deutschen und Sondersiedler von der Krim mit ihren minderjährigen Kindern zusammenwohnten. Aus diesem Grund umfasst die Gesamtzahl dieser Sonderkontingente auch Personen, deren Fluchten eher eine seltene Ausnahme als die Regel waren. Folglich muss der betrachtete Koeffizient für einen genaueren Vergleich dadurch korrigiert werden, dass die Kinder aus der Gesamtzahl der Deutschen und Sondersiedler von der Krim ausgeschlossen werden. Insgesamt waren am 1. April 1949 57.926 Deutsche, von denen 40.391 über 16 Jahre alt waren, in Sondersiedlungen des Gebiets Kemerovo angemeldet. Folglich beging jeder 23.–24. von ihnen die Flucht. Unter den 5.206 Sondersiedlern von der Krim waren 3.918 Erwachsene<sup>368</sup>. Dies bedeutet, dass jeder 22. Sondersiedler flüchtete. Also war die Fluchtaktivität der „Angehörigen der Wlassow-Armee“ auch unter Berücksichtigung dieser Anpassung im Vergleich zu anderen Sonderkontingenten am höchsten.

Die im Gebiet Kemerovo untergebrachten „OUN-Angehörigen“ zeigten sich auch als „illoyales“ Kontingent: Etwa jeder 22.–23. von ihnen verließ unerlaubt die Siedlungsorte. Um ihre Fluchtaktivität mit der der „Angehörigen der Wlassow-Armee“ zu vergleichen, wurden von der Gesamtzahl der „OUN-Angehörigen“, ebenso wie im Fall von Deutschen und Sondersiedlern von der Krim, minderjährige Kinder subtrahiert, von denen es am 1. April 1949 7.240

---

<sup>368</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 492, l. 74 und 89 f.

gab<sup>369</sup>. Infolgedessen sinkt der betrachtete Koeffizient auf 15–16. Eine den „OUN-Angehörigen“ ähnliche Kennziffer ergibt sich für die im Territorium des Gebiets Tomsk untergebrachten „Wahren Orthodoxen Christen“ und die im Gebiet Novosibirsk lebenden Volksdeutschen. Folglich waren die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ auch im Vergleich zu diesen relativ illoyalen Kontingenten stärker geneigt zu fliehen. Jedoch gilt dies nicht für die im Gebiet Novosibirsk untergebrachten „OUN-Angehörigen“, bei denen Fluchten sich wie oben erwähnt zu einer Art Verhaltensnorm entwickelten (etwa 70 % der Vertreter dieser Gruppe verließen ohne Erlaubnis die Sondersiedlungen).

Obwohl nach der in Tabelle nur 80 „Ukazniki“ bis zum 1. Januar 1949 flüchteten, sollte dieser Koeffizient nicht als niedrig bewertet werden, da die Vertreter dieses Sonderkontingents nur am Ende des Sommers bis zum Anfang des Herbstes 1949 in das Gebiet Kemerovo kamen. Darüber hinaus wohnten diese Sondersiedler, ebenso wie die „Angehörigen der Wlassow-Armee“, abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen ohne Familienmitglieder in Sibirien. Folglich gilt die oben genannte Korrektur des Koeffizienten auch in Bezug auf sie. Im Allgemeinen charakterisieren die regionalen Behörden „Ukazniki“ als stark zu Fluchten neigende Bevölkerungsgruppe, was bei der Bewertung der Fluchten von Sondersiedlern aus dem Bezirk Tisul des Gebiets Kemerovo im vorherigen Abschnitt ausführlicher beschrieben wurde. Die hohe Fluchtaktivität der „Ukazniki“ wird auch in Forschungen bemerkt, in denen der Zustand dieses Kontingents in anderen Regionen untersucht wurde. So betrug der Anteil von entflohenen Sondersiedlern in der Karelo-Finnischen SSR 12 % von der Gesamtzahl der Angekommenen, in einzelnen Bezirken konnte er 22–24 % erreichen<sup>370</sup>.

In Tabelle 3.3 werden die Daten nur über die „Litauer“ vorgestellt, d. h. die Personen, die von 1945 bis Anfang 1948 aus Litauen als Angehörige von Banditen und Teilnehmern des antisowjetischen Widerstands verbannt wurden, obwohl in den betrachteten Gebieten auch „Zwangsausgesiedelte aus dem Balti-

---

<sup>369</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 484, l. 6.

<sup>370</sup> Vgl. Vavulinskaja, 2013, S. 77 f.

kum“ untergebracht wurden, d. h. Personen, die im Rahmen der Märzdeportationen 1949 aus Lettland, Estland und Litauen deportiert wurden. Wenngleich „Litauer“ am 1. Januar 1949 nur einen äußerst kleinen Anteil der Entflohenen ausmachten, sogar im Vergleich zu Deutschen und Kalmücken, beschrieben die Angestellten des MVD des Gebiets Tomsk dieses Kontingent als illoyal und stark zu Fluchten neigend. Diese Bewertung ergab sich dadurch, dass die Vertreter dieser Kategorie der Sondersiedler flüchteten, als sich die restlichen in der Region wohnenden Deportierten bereits mehr oder weniger an die Bedingungen der Verbannung angepasst und aufgehört hatten zu fliehen. So entfielen 50 % der Fluchten, die 1948 von Sondersiedlern des Gebiets Tomsk begangen wurden, auf „Litauer“.<sup>371</sup> Eine ähnliche Situation zeigt sich im Fall von „Zwangsausgesiedelten“: Die Mehrheit der Sondersiedler, die 1949 aus dem Gebiet Novosibirsk flüchteten, waren Esten, obwohl sie erst in der Mitte des Jahres nach Sibirien kamen<sup>372</sup>.

Die Tabelle enthält keine Daten über Sondersiedler, die nach dem 1. Januar 1949 in Sibirien ankamen. Die größten Gruppen von ihnen sind die im zweiten Quartal 1949 in das Gebiet Tomsk deportierten „Zwangsausgesiedelten von der Schwarzmeerküste“, die manchmal „Türken“ genannt werden, sowie „Zwangsausgesiedelten aus der Moldawischen ASSR“, die im Juli 1949 in das Gebiet Kemerovo verbannt wurden. Darüber hinaus wurde eine kleine Gruppe von „OUN-Angehörigen“ in der ersten Hälfte des Jahres 1949 in das Gebiet Tomsk verschickt. Alle Mitglieder diese Kategorien wurden von örtlichen Mitarbeitern des MVD als zu Fluchten neigend charakterisiert<sup>373</sup>.

Die Fluchtaktivität hing von der Einstellung der Deportierten zur sowjetischen Macht und ihrer Lebenserfahrung ab. Vor der Zwangsumsiedlung waren die unterschiedlichen Gruppen der Sondersiedler in unterschiedlichem Grad in die Sowjetgesellschaft integriert. Deshalb ist es logisch, dass die lang im Land wohnenden und nicht gegen die sowjetische Macht kämpfenden Deutschen die

---

<sup>371</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 434, l. 4 f.

<sup>372</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 452, l. 44.

<sup>373</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 495, l. 170; d. 545, l. 55 f.



wenigsten Fluchten begingen, im Vergleich beispielsweise zu Letten, Esten und Litauern, die unfreiwillig der Sowjetischen Union beitraten, „Angehörigen der Wlassow-Armee“, die sich an bewaffneten antisowjetischen Truppen beteiligten, oder „Ukazniki“, die wegen ihrer „parasitären“ Lebensweise verbannt wurden. Jedoch lassen sich die Unterschiede im Fluchtaktivitätsgrad der Sondersiedler nicht nur dadurch erklären, dass einige Gruppen von Deportierten antisowjetischer als andere waren. Dies war von einer Reihe weiterer Faktoren abhängig.

Vor allem gab es keinen Ort, wohin die Vertreter aller nicht zu Fluchten neigenden Gruppen fliehen konnten: Während der Deportationen der Deutschen, Sondersiedler von der Krim und Kalmücken wurden die ASSR der Wolgadeutschen, der Krim sowie die Kalmückische ASSR abgeschafft. Wiederum gingen die Zwangsmigrationen der restlichen betrachteten Kontingente weder mit der vollständigen Zwangsumsiedlung des ganzen Volks noch mit der Abschaffung autonomer Staaten einher. Im Rahmen dieser Kampagnen wurden die unterdrückten Personen entweder allein oder zusammen mit unmittelbaren Familienangehörigen verbannt. Folglich wurde ihre Heimat im Ergebnis der Deportationen nicht zerstört.

Gleichzeitig drängte nicht nur der Wunsch, in die Heimatregion und das einheimische kulturelle Umfeld zurückzukehren, zur Flucht, sondern auch das Streben, sich mit der Familie wiederzuvereinigen und alte soziale Kontakte wiederherzustellen. Für eine Reihe von Sondersiedlern, besonders für alte und arbeitsunfähige, war dies eine Frage des Überlebens. Die Alten, die aus unterschiedlichen Gründen in die Sondersiedlung gerieten, hatten häufig nur eine Möglichkeit, um zu überleben: Sie mussten zu ihren Kindern oder anderen Verwandten umziehen. Ein erheblicher Teil der älteren Deutschen, Kalmücken und Sondersiedler von der Krim hatten die Möglichkeit, dies durch das oben beschriebene Verfahren der Familienzusammenführung zu erreichen, weil ihre Verwandten genauso wie sie Sondersiedler waren und folglich in Ansiedlungszonen der Deportierten wohnten. Für Personen, deren Familienmitglieder nicht deportiert wurden, bedeutete der Umzug zur Familie in den allermeisten Fällen

die Rückkehr an ihren früheren Wohnort. Infolgedessen konnten sie nicht zu ihrer Familie zurückkehren. Diese These wird indirekt durch die Daten über die altersmäßige Zusammensetzung der entflohenen „OUN-Angehörigen“ bestätigt: Die Mehrheit der Entflohenen, nämlich 32 %, waren über 50 Jahre alt. 27,3 % der geflüchteten Sondersiedler waren 16 bis 20 Jahre alt, 20,4 % waren 20 bis 30 Jahre alt, 10,0 % waren 30 bis 40 Jahre alt, 9,5 % waren 40 bis 50 Jahre alt<sup>374</sup>.

Dieser die Fluchtaktivität verstärkende Faktor gilt nicht in Bezug auf die „Angehörigen der Wlassow-Armee“, da die überwiegende Mehrheit von ihnen Männer im erwerbsfähigen Alter war. So gingen 99,6 % von im Gebiet Kemerovo untergebrachten Vertretern dieses Sonderkontingents im Juli 1950 unterschiedlichen Arbeiten nach<sup>375</sup>. Nichtsdestoweniger beeinflusste der Familienfaktor auch die „Angehörigen der Wlassow-Armee“, wenn auch aus einem etwas anderen Blickwinkel. Dieses Sonderkontingent unterschied sich von anderen dadurch, dass ihre Vertreter streng individuell nach Sibirien verschickt wurden und die Unterdrückungen nicht ihre Kinder, Ehefrauen und andere Verwandte betrafen. Obwohl die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ in der Theorie die Möglichkeit hatten, ihre Familien in Sibirien hinüberzubringen, fand dies in der Praxis wegen der schlechten materiellen Bedingungen an den Ansiedlungsorten sehr selten statt. Folglich wurden die Vertreter dieser Kategorie der Sondersiedler nicht von kleinen Kindern und anderen Familienmitgliedern, die nicht bereit waren, zu flüchten, an den Ansiedlungsorten zurückgehalten.

Außer den „Angehörigen der Wlassow-Armee“ wurde auch der Großteil der „Ukazniki“ ohne Familienmitglieder verbannt. So waren unter den 1895 Vertretern dieses Sonderkontingents, die am 1. April 1949 im Gebiet Kemerovo wohnten, nur neun Familien<sup>376</sup>. Bemerkenswerterweise war umgekehrt ein relativ großer Anteil minderjähriger Kinder für loyale Deutsche und Kalmücken charakteristisch: 35,2 und 34,1 %. Diese Kennziffer war bei „OUN-Angehörigen“

---

<sup>374</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 426, l. 173.

<sup>375</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 556, l. 11.

<sup>376</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 492, l. 74.

(26,6 %), Volksdeutschen (25,6 %) und Sondersiedlern von der Krim (26,8 %) wesentlich niedriger. Für andere Sonderkontingente lag sie zwischen 29 und 32 %<sup>377</sup>. Die dargestellten Daten bestätigen die These, dass die Anwesenheit minderjähriger Kinder die Fluchtaktivität der Sondersiedler senkte. Die einzige Ausnahme waren die Sondersiedler von der Krim.

Der Grad der Fluchtaktivität der Sondersiedler hing auch von den Ansiedlungsorten ab: Wie oben erwähnt, hatten die neben der Eisenbahn wohnenden Personen mehr Möglichkeiten, eine Flucht zu begehen. So wurden die Kalmücken, deren Fluchtaktivität am geringsten war, in Dörfern von 13 Bezirken des Gebiets Novosibirsk untergebracht<sup>378</sup>. In fünf Bezirken gab es grundsätzlich keine Eisenbahnverbindung, in den restlichen acht war eine relativ große Bahnstation vorhanden, die im Bezirkszentrum lag, das wiederum mehrere zehn Kilometer von den Wohnorten der Kalmücken entfernt sein konnte. Umgekehrt wurden die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ wegen des Wunschs des Regimes, sie in der Kohleindustrie zu verwenden, meistens in Ortschaften in der Nähe von Eisenbahnverbindungen angesiedelt. Dieser Zusammenhang bestand aber nicht ausnahmslos. Zum Beispiel wohnten die Sondersiedler von der Krim, für die eine niedrige Fluchtaktivität charakteristisch war, in den industriellen Bezirken des Gebiets Kemerovo, wo die Verkehrsinfrastruktur recht gut entwickelt war. Jedoch wurde die Nähe zur Eisenbahn zusammen mit anderen Faktoren für das bereits zu Fluchten geneigte Sonderkontingent zu einer zusätzlichen Versuchung, die Sondersiedlungen ohne Erlaubnis zu verlassen. Umgekehrt mussten die in stadtabgelegenen Bezirken lebenden Deportierten ein zusätzliches Hindernis überwinden, um die Flucht umzusetzen.

Schlechte materielle Bedingungen verstärkten die Fluchtaktivität der Sondersiedler. Dies erklärt aber nicht, dass beispielsweise die „OUN-Angehörigen“ sowie andere relativ spät in die Sondersiedlungen geratenen Kategorien, die am

---

<sup>377</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 484, l. 2–6, 116–120, 127, 192–196, 205, 208, d. 489, l. 1–45.

<sup>378</sup> GANO f. r-1020, op. 5a, d. 76, l. 81–83.

Ende der 1940er Jahre wesentlich schlechter als Deutsche und Kalmücken wohnen, und im Jahr 1949 der Anteil der Entflohenen von der Gesamtzahl des Sonderkontingents bei Ersteren wesentlich niedriger als bei Zweiteren war. Dies war damit verbunden, dass die materiellen Bedingungen der Deportierten direkt von der Aufenthaltsdauer in der Verbannung abhingen. Die allgemeine Tendenz bestand darin, dass die Sondersiedler, die während des Krieges oder nach seinem Ende verschickt wurden, in den ersten Jahren ihres Aufenthalts in Sibirien am Rande des Überlebens standen, aber sich dann allmählich an die Bedingungen der Verbannung anpassten und ihr Leben sich mehr oder weniger verbesserte. Folglich fand die Mehrheit von Fluchten während der ersten Jahre des Lebens in der Sondersiedlung statt. Auf diese Weise stellt sich heraus, dass die „OUN-Angehörigen“ erst während ihrer ersten Anpassung, die in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre verlief, mehr Fluchten begingen als Deutsche nicht nur während ihrer ersten Adaptation, die in der Kriegszeit stattfand, sondern auch noch in den Nachkriegsjahren. Diese Tatsache kann dadurch erklärt werden, dass diese ersten, auch aus materieller Sicht schwierigste Zeit des Lebens in Sibirien bei den Deutschen sowie den Kalmücken und den Sondersiedlern von der Krim in den Kriegsjahren lagen. So waren unter den Kriegsbedingungen die Fluchtaktivität senkende Faktoren vorhanden, die in der zweiten Hälfte 1940er Jahren nicht mehr aktuell waren. Zu ihnen gehörten die Mobilisierung von Deutschen in die Arbeitsarmee, die Schließung der Eisenbahnverbindung, der allgemeine Wunsch der Vereinigung für den Schutz gegen Faschisten sowie die Wahrnehmung der Not als durch die Kriegszeit verursachte, unabänderliche Begebenheit.

Für verschiedene Gruppen der Sondersiedler war ein unterschiedlicher Grad der Sesshaftigkeit charakteristisch, der auch ihre Fluchtaktivität beeinflusste. Zum Beispiel wurden die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ im Zusammenhang mit ihrer Arbeitsvermittlung in der Kohleindustrie in den Wohnheimen und Baracken bei den Unternehmen untergebracht. Obwohl sie die Möglichkeit hatten, einen Gemüsegarten anzulegen, war seine Größe extrem klein: Im Sommer 1947 verfügten 73,5 % der „Angehörigen der Wlassow-Armee“ über Saat-

felder mit einer durchschnittlichen Fläche von 0,012 ha<sup>379</sup>. Da darüber hinaus die Verbannungsdauer der Vertreter dieses Sonderkontingents auf sechs Jahre begrenzt war, betrachteten die örtlichen Behörden sie als Zeitarbeiter und ergriffen daher keine ernsthaften Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Aus demselben Grund waren die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ nicht bestrebt, in Sibirien sesshaft zu werden. Dagegen hatten die regionalen Behörden ein Interesse an der Sesshaftigkeit von beispielsweise auf ewig verbannten Kalmücken. Wenngleich diese Sondersiedler besonders in den ersten Jahren ihres Aufenthalts in Sibirien unter extrem schwierigen materiellen Bedingungen lebten und viele von ihnen entweder bei örtlichen Bewohnern eingezogen oder in baufälligen Erdhütten untergebracht wurden, hatten sie mehr Möglichkeiten, ihr Leben zu verbessern als die „Angehörigen der Wlassow-Armee“. Zum Beispiel waren Regierungsprogramme zur Vergabe von Darlehen für den Kauf von Vieh oder den Bau eigener Wohnungen an die Kalmücken vorhanden, wurden jedoch nicht immer effektiv verwendet. Dies trug dazu bei, dass viele Kalmücken nicht den Weg des Protests, sondern der ökonomischen Adaptation wählten.

Auf diese Weise können unter den Deportierten je nach Grad ihrer Fluchtaktivität zwei Gruppen unterschieden werden. Die erste umfasst die Sonderkontingente, deren Vertreter eine relativ kleine Anzahl von Fluchten begingen, wie Deutsche, Sondersiedler von der Krim und die loyalen Kalmücken. Die restlichen Kategorien gehören zur zweiten Gruppe der zu Fluchten geneigten Sondersiedler. Die größte Bedrohung für das Regime waren in dieser Hinsicht die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ und „Ukazniki“. Der Grad der Fluchtaktivität eines Sonderkontingents hing nicht nur von seiner Einstellung zur Sowjetmacht, sondern auch von einer Reihe anderer Faktoren ab, darunter sowohl die internen Merkmale der Gruppe (Durchschnittsalter, Geschlecht, Familienzusammensetzung, Streben nach Sesshaftigkeit) als auch die externen Bedingungen (Ansiedlungsorte, Repressionsjahr, von regionalen Behörden für die Arbeitsvermittlung und Verbesserung des Lebens der Sondersiedler durchgeführte Maßnahmen).

---

<sup>379</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 355, l. 196.

Darüber hinaus führten einige Faktoren häufig zu anderen. Zum Beispiel wurden die „Angehörigen der Wlassow-Armee“, zu denen nur arbeitsfähige Männer gehörten, zu schwierigen Untertagearbeiten in Bergwerken abkommandiert. Die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ konnten nur schwer einen eigenen Haushalt gründen und ihre Familien nach Sibirien holen. Sie lebten durch ihre Arbeit auch in der Nähe der Eisenbahn, was Fluchten erleichterte. All diese Faktoren wurden vom Regime als eine problematische Situation wahrgenommen.

## **2.2. Besonderheiten des Systems zum Kampf gegen Fluchten**

Die Fluchtaktivität war das Schlüsselkriterium, das das Regime bei der Bestimmung des Sonderkontingents als „loyaler“ oder als „weniger loyal“ leitete. Auf Grundlage der Auffassung über den Loyalitätsgrad führten die Behörden ein für jede Gruppe der Sondersiedler unterschiedliches Aufsichtssystem ein: Für zu Fluchten nicht geneigte Kategorien war die administrative Kontrolle weicher, für zu Fluchten geneigte härter. Diese Unterschiede im System des Kampfs gegen Fluchten sind auf seinen zwei Ebenen deutlich sichtbar: der öffentlichen und der geheimen.

Die öffentliche Aufsicht über die Sondersiedler wurde vor allem vom Kommandanten und seinem Stellvertreter durchgeführt. Ein solcher Mitarbeiter musste 500 erwachsene Sondersiedler beaufsichtigen<sup>380</sup>. Jedoch war die Situation in der Praxis etwas anders. So gab es 88 Kommandanten und 97 Stellvertreter am 18. Juni 1948 im Gebiet Kemerovo, 67 und 39 im Gebiet Novosibirsk, 71 und 56 im Gebiet Tomsk<sup>381</sup>. Ein Vergleich der Anzahl der Angestellten mit der erwachsenen Bevölkerung<sup>382</sup> zeigt, dass es zu dieser Zeit in allen betrachteten Regionen einen deutlichen Personalmangel gab: Auf einen Kommandanten entfielen 1.231,1 erwachsene Sondersiedler im Gebiet Kemerovo, 851,8 im Gebiet Novosibirsk und 646,3 im Gebiet Tomsk, ein stellvertretender Kommandant beauf-

---

<sup>380</sup> Vgl. Belkovec, Larisa: *Specposelenie nemcev v Zapadnoj Sibiri (1941–1955 gg.)*, in: Irina Ščerbakova (Hrsg.), *Nakazannyj narod: Repressii protiv rossijskich nemcev*, Moskau: Zven'ja, 1999, S. 158 f.

<sup>381</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 435, l. 207 f.

<sup>382</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 435, l. 102–114.

sichtigte durchschnittlich 1.116,8 Personen im Gebiet Kemerovo, 1.463,3 im Gebiet Novosibirsk und 819,5 im Gebiet Tomsk. Allmählich nahm das Personal der Kommandanturen zu und übertraf in einigen Regionen sogar die Norm von 500 Erwachsenen pro Kommandant und Stellvertreter. So waren im Juli 1950 134 Kommandanten und 146 Stellvertreter im Gebiet Kemerovo, 113 und 82 im Gebiet Novosibirsk, 103 und 93 im Gebiet Tomsk vorhanden. Folglich beaufsichtigte ein Kommandant durchschnittlich 741,7 erwachsene Sondersiedler im Gebiet Kemerovo, 579,5 im Gebiet Novosibirsk und 377,9 im Gebiet Tomsk, auf einen Stellvertreter entfielen entsprechend 608,7, 789,5 und 377,9 Personen<sup>383</sup>. Dabei verringerte sich die Anzahl der Sondersiedler, die im Durchschnitt einem Kommandanten anvertraut wurden, nicht so sehr durch die Entflechtung der Kommandanturen, die die loyalen Sonderkontingente kontrollierten, sondern durch die Erhöhung der Anzahl von Angestellten, die neu ankommende, illoyale Kategorien der Deportierten beaufsichtigten. Dies belegen beispielsweise Daten über im Gebiet Novosibirsk untergebrachte Esten. Nach der Zählung vom 4. April 1949 wohnten 6.873 erwachsene „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“ in der Region<sup>384</sup>. Für deren Kontrolle wurden 37 Kommandanturen neu geschaffen, von denen 13 nur dieses Sonderkontingent beaufsichtigten<sup>385</sup>. Selbst wenn nur diese 13 Kommandanturen berücksichtigt werden, stellt sich heraus, dass 528,7 erwachsene Esten im Durchschnitt auf einen Kommandanten entfielen. Diese Kennziffer ist immer noch niedriger als die Daten für den Juli 1950.

Außer dem Kommandanten und seinem Stellvertreter kontrollierten auch Bewährungshelfer die Sondersiedler. Sie wurden der Gruppe der 100–200 Deportierten zugeordnet und waren verpflichtet, alle Sondersiedler persönlich zu kennen, Veränderungen in deren Familien zu überwachen, Verstöße gegen das Regime aufzuzeichnen und dem Kommandanten über sie zu berichten sowie

---

<sup>383</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 538, l. 1–30, 236–268; d. 539, l. 83–105.

<sup>384</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 484, l. 127.

<sup>385</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 465, l. 140.

selbständig Maßnahmen für die Festnahme von Entflohenen durchzuführen<sup>386</sup>. Diese Methode der Kontrolle wurde nicht in Bezug auf alle Sondersiedler verwendet. Die Institution der Bewährungshelfer wurde dort eingeführt, wo es eine erhöhte Fluchtgefahr gab, d. h. in von Kommandanturen abgelegenen Territorien, in Bezirken, in denen die Lebensbedingungen besonders schlecht waren, oder an Orten der Ansiedlung von illoyalen Kontingenten. Es wurde diese Institution aktiv zur Überwachung von im Gebiet Kemerovo untergebrachten „Ukazniki“ eingesetzt. Nach Angaben für den Juli 1949 beaufsichtigten 16 Bewährungshelfer dieses Sonderkontingents<sup>387</sup>. Außerdem wurden alle vier Bewährungshelfer, die im Bezirk Belovo des Gebiets Kemerovo beschäftigt waren, für die Beaufsichtigung der „Ukazniki“ abgestellt, die 180 Menschen zählten. Folglich entfielen nur 45 Sondersiedler auf einen Angestellten<sup>388</sup>. Insgesamt arbeiteten 58 Bewährungshelfer im Juli 1950 im Gebiet Kemerovo<sup>389</sup>. Im Gebiet Kemerovo wurde diese Methode der Kontrolle vorwiegend in Bezug auf „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“ und Türken verwendet. Zum Beispiel beaufsichtigten 22 Mitarbeiter des MVD im Oktober 1949 4606 Türken, von denen 2990 über 16 Jahre alt waren<sup>390</sup>. Folglich entfielen 135,9 erwachsene Sondersiedler auf einen Bewährungshelfer. Unter den Letten war diese Kennziffer noch niedriger: 105 Bewährungshelfer kontrollierten 11043 erwachsene Sondersiedler. Also entfielen 105,2 Personen auf einen Mitarbeiter<sup>391</sup>.

Nach der Anordnung des MVD der UdSSR № 00246 „Über Aufgaben des MVD für die Arbeit unter den Sondersiedlern“ vom 8. März 1948 wurde das System des häufigeren Besuches der Kommandantur in Bezug auf die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ und die „OUN-Angehörigen“ eingeführt. Im Gegen-

---

<sup>386</sup> Vgl. Belkovec, Larisa: Administrativno-pravovoj režim specposelenija (novye podchody k ocenke deportacii i specposelenija rossijskich nemcev), in: Ključevye problemy istorii rossijskich nemcev: Materialy X meždunarodnoj konferencii, Moskau: ZAO „MSNK-press“, 2004, S. 102 f.

<sup>387</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 474, l. 145.

<sup>388</sup> Ebd., 153–158.

<sup>389</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 538, l. 23.

<sup>390</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 505, l. 30.

<sup>391</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 471, l. 285.



satz zu anderen Sonderkontingenten mussten sie sich bei der Kommandantur nicht ein-, sondern zweimal pro Monat melden<sup>392</sup>. Diese Regel galt für alle neu ankommenden Kategorien von Sondersiedlern. Jedoch wurden in der Praxis bezüglich einer Reihe von Deportierten noch häufigere Besuche in der Kommandantur festgelegt. Nach Aleksandr Ivanov mussten sich in den Gebieten Tjumen und Omsk die loyalen Sondersiedler (Deutsche, Kalmücken) einmal pro Monat, die weniger loyalen („OUN-Angehörige“, Letten, Litauer) zweimal, die illoyalsten (Esten und „Ukazniki“) drei- oder viermal melden<sup>393</sup>. Diese Praktik war auch in den betrachteten Regionen vorhanden: „Ukazniki“, „Angehörige der Wlassow-Armee“, „OUN-Angehörige“, Letten, Litauer, Esten und Türken mussten die Kommandantur zwei- bis viermal pro Monat besuchen. Dabei konnten die regionalen Behörden in ähnlicher Weise in Bezug auf einzelne, zu Fluchten besonders geneigte Sondersiedler die Kontrolle verstärken. In diesen Fällen konnte ein Besuch alle fünf Tage verlangt werden<sup>394</sup>.

Auf den ersten Blick war der regelmäßige Besuch der Kommandantur eine einfache Formalität und hatte keinen starken Einfluss auf das Leben der Sondersiedler. Jedoch war damit ein recht langwieriges bürokratisches Verfahren verbunden. Während ein Kommandant oder sein Stellvertreter persönlich die in abgelegenen Siedlungen wohnenden Deportierten besuchten, mussten die übrigen Sondersiedler an einem bestimmten Tag selbstständig in die Kommandantur kommen. Angesichts der Tatsache, dass eine große Anzahl von Sondersiedlern auf einen Kommandanten entfiel, verzögerte sich dieses Verfahren und konnte fast den ganzen Tag dauern. Dies schuf lange Warteschlangen. Die Situation wurde auch dadurch erschwert, dass bis 1949 in den Registrierungskarten der Sondersiedler Fotos fehlten. Das behinderte die Identifizierung der Deportierten und verzögerte das Verfahren weiter<sup>395</sup>. Welche psychologischen Auswirkungen diese Prozedur auf die Deportierten hatte, beschrieb Jewgenia Ginsburg in ihren

---

<sup>392</sup> GARF f. r-9401, op. 12, d. 207, t. 2. 1948, l. 3–6.

<sup>393</sup> Vgl. Ivanov, 2018, S. 49.

<sup>394</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 466, l. 150.

<sup>395</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 468, l. 298.

Erinnerungen „Gratwanderung“, indem sie über ihr Leben in der Sondersiedlung erzählte: „Schon am frühen Morgen bildete sich eine lange Schlange von meldepflichtigen Siedlern, die den schmalen Korridor bevölkerten, ihn mit aufgeregtem Geflüster nervösem Gehüstel und mit Rauchwolken erfüllten. Die Meldeprozedur war im Grunde eine höchst einfache Angelegenheit: unsere Hundemarke, die den Paß ersetzte, mit dem Datum abstempeln und den Namen in der Personalakte abhaken, die im Karteikasten auf dem Tisch des Kommandanten aufbewahrt wurde. [...] Die Kommandanten verwechselten die Karten, suchten lange danach, fanden sie manchmal nicht und befahlen, am nächsten Tag wiederzukommen. Jedenfalls mußte man oft ziemlich lange vor der ramponierten Tür im Korridor stehen. Schon zwei, drei Tage vor dem Ersten und Fünfzehnten befahl mich unerträgliche Angst beim Gedanken an das bevorstehende Wiedersehen mit dem lieben Amt“.<sup>396</sup>

Das nächste Element der öffentlichen Kontrolle war die Ernennung von Ältesten für zehn Höfe, Baracken- und Dorfältesten, die verpflichtet waren, die übrigen Deportierten zu kontrollieren, der Kommandantur über alle verdächtigen Ereignisse zu berichten sowie die persönliche Verantwortung für den Fall zu tragen, wenn eine der ihnen anvertrauten Personen flüchtete. Während der betrachteten Periode erhöhte und verdichtete sich dieser Teil des Kontrollsystems allmählich. Zum Beispiel zählte das Gebiet Novosibirsk im Oktober und November 1948 2.868 Älteste<sup>397</sup>. Beim Vergleich dieser Daten mit der Gesamtzahl der in der Region untergebrachten Sondersiedler zeigt sich<sup>398</sup>, dass im Durchschnitt 31,8 Personen auf einen Aufseher entfielen. Im Juli 1950 arbeiteten 7.037 Deportierte in diesen Positionen<sup>399</sup> und insgesamt wohnten 104.983 Sondersiedler im Gebiet<sup>400</sup>. Folglich beaufsichtigte ein Ältester durchschnittlich 14,9 Personen. Allerdings war das Netz der öffentlichen Kontrolle unter den illoyalen Sonder-

---

<sup>396</sup> Ginsburg, Jewgenia: *Gratwanderung*, München, Zürich: Piper, 1980, S. 380 f.

<sup>397</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 423, l. 320.

<sup>398</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 435, l. 142–149.

<sup>399</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 538, l. 250.

<sup>400</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 556, l. 14.

siedlern nicht dichter als unter den loyalen. So waren nach Angaben für den Mai 1949 398 Esten im Gebiet Novosibirsk als Älteste für zehn Höfe und zwölf als Dorfälteste tätig<sup>401</sup>. Im Durchschnitt entfielen 16,7 erwachsene Sondersiedler auf jeden von ihnen<sup>402</sup>. Wiederum gab es insgesamt 4.417 Angestellte des Systems der öffentlichen Kontrolle im August dieses Jahrs im Gebiet<sup>403</sup>. Folglich kontrollierte ein Ältester durchschnittlich 14,7 Personen<sup>404</sup>.

Um Fluchtversuche zu verhindern, wurde die Praktik der erneuten Deportation von zu Fluchten neigenden oder verurteilten Sondersiedlern durch die oben genannte Anordnung № 00246 sowie die Anordnung № 001445 „Über die Aufgaben des MVD für die Arbeit unter den Zwangsausgesiedelten“ vom 7. Dezember 1948 gesetzlich verankert. Mit Erlaubnis des MVD wurden diese Personen in die innerhalb der Jakutischen ASSR und im nördlichen Teil der Region Krasnojarsk geschaffenen Hochsicherheitssiedlungen verschickt, die für die Aufnahme von 5.000 Menschen ausgelegt waren. Dort gab es mehr Aufseher als in normalen Sondersiedlungen: Ein Kommandant und ein Stellvertreter waren für 300 Zwangsausgesiedelte, ein Bewährungshelfer war für 50 verantwortlich<sup>405</sup>. Wie im vorherigen Abschnitt erwähnt, gab es unter den „Ukazniki“ eine erhebliche Anzahl von Personen, die strafrechtlich verurteilt worden waren. Teilweise aus diesem Grund betraf diese Maßnahme größtenteils die Vertreter dieses Kontingents. Nach Daten von Ljudmila Vavulinskaja wurden 160 Personen, von denen 147 „Ukazniki“ und 13 ihre Familienmitglieder waren, im Dezember 1948 erneut deportiert, dieses Mal aus der Karelo-Finnischen SSR nach Jakutien. Im Jahr 1949 wurde diese Maßnahme in Bezug auf 34 weitere „Ukazniki“ angewendet<sup>406</sup>. Jedoch begrenzten sich die regionalen Behörden der Karelo-Finnischen SSR nicht auf die Zwangsumsiedlung in die Jakutische SSR: Im Jahr 1950 wurden 907 zu Fluchten geneigte Sondersiedler, einschließlich 618 „Angehörigen der

---

<sup>401</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 473, l. 133.

<sup>402</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 484, l. 127.

<sup>403</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 465, l. 128 f.

<sup>404</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 484, l. 120.

<sup>405</sup> GARF f. r-9401, op. 12, d. 207, t. 2. 1948, l. 12–17.

<sup>406</sup> Vgl. Vavulinskaja, 2013, S. 78.

Wlassow-Armee“ und 289 „Ukazniki“, für die Arbeitsvermittlung in der Glimmerindustrie in das Gebiet Irkutsk verschickt<sup>407</sup>. Im Gebiet Kemerovo wurde die Deportation von „Ukazniki“, „OUN-Angehörigen“ und Zwangsausgesiedelte aus Moldawien nach Jakutien festgelegt. So wurden 72 „OUN-Angehörige“ im März 1948<sup>408</sup>, 67 „OUN-Angehörige“ im Mai und Juni<sup>409</sup> sowie 146 „Ukazniki“ und Zwangsausgesiedelte aus Moldawien, die innerhalb der Bezirke Belovo und Tisul’ des Gebiets Kemerovo wohnten, im zweiten Quartal 1950<sup>410</sup> erneut deportiert.

Ein wichtiges Element des Systems der Aufsicht über die Sondersiedler war die geheime Kontrolle. Um sie zu gewährleisten, führten die Angestellten des MVD unter den Deportierten Anwerbungen von Informanten (ihre Funktion bestand darin, das MVD rechtzeitig über alle verdächtigen Handlungen zu informieren), Agenten (sie verfolgten bestimmte Personen genauer und tiefer), Residenten (sie unterstützten die Kommunikation zwischen dem MVD und den Informanten und Agenten) und Eigentümern von sicheren Häusern (sie stellten konspirative Treffen mit geheimen Angestellten sicher) durch. Allerdings war die Politik der regionalen Behörden für die Rekrutierung von geheimen Informanten unter den illoyalen Kontingenten etwas anders im Vergleich mit den loyalen: Die Mitarbeiter des MVD versuchten, die Ersten aktiver zur Zusammenarbeit zu bewegen. So spiegelt Tabelle 3.4 nicht nur die allgemeine Tendenz des zunehmenden Agentennetzes wieder (innerhalb des betrachteten Halbjahres nahm ihre Dichte um 22,8 % und ihre Anzahl um 27,7 % zu), sondern auch, dass es unter den illoyalen Sonderkontingenten dichter war. Jedoch kollidierte das Streben des Regimes, die informelle Kontrolle unter den zu Fluchten geneigten Gruppen der Sondersiedler zu stärken, in einer Reihe von Fällen auf die Unlust der Mitglieder dieser, mit der Macht zusammenzuarbeiten. So gab es fast keine Agenten unter den „Wahren Orthodoxen Christen“, was mit ihren religiösen Überzeugungen

---

<sup>407</sup> Ebd., 61.

<sup>408</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 374, l. 59.

<sup>409</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 419, l. 241.

<sup>410</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 374, l. 59.

verbunden war, eine Interaktion mit dem Staat vollständig abzulehnen. Eine niedrige Neigung zur Zusammenarbeit wiesen auch die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ auf: Die Anzahl der Informanten, die zu diesem Sonderkontingent gehörten, war mit der der Agenten unter den Sondersiedlern von der Krim vergleichbar (abzüglich minderjähriger Kinder von der Zahl von Zweiten).

**Tabelle 3.4. Anzahl der Agenten unter den unterschiedlichen Sonderkontingenten**

Kontingent	Gebiet	Gesamtzahl der Agenten			Anzahl der Sondersiedler auf einen geheimen Angestellten		
		07.1948	10.1948	01.1949	07.1948	10.1948	01.1949
Deutsche	K	1066	1126	1209	43,7	42,4	40,9
	N	1694	1951	2041	41,4	35,9	34,7
	T	374	403	475	56,3	51,7	44,4
Kalmücken	N	408	481	494	41,4	35,2	34,5
	T	26	18	24	40,7	57,2	42,5
„Angehörige der Wlassow-Armee“	K	686	725	789	28,8	27,2	24,7
„OUN-Angehörige“	K	775	1027	1283	37,5	28,3	22,5
von der Krim	K	172	173	161	33,0	32,2	33,6
„Ukazniki“	K	n. v.	120	373	n. v.	16,0	6,6
Volksdeutsche	N	83	111	107	37,8	28,4	29,1
„Wahre Orthodoxe Christen“	T	6	6	6	71,5	72,5	74,0
„Litauer“	T	40	45	76	62,9	55,5	32,8
alle Kontingente	K	3079	3538	4143	49,1	43,4	37,1
	N	2226	2593	2696	41,4	35,2	34,1
	T	1380	1478	1697	52,3	46,8	39,6

Auf Grundlage von: GARF f. r-9479, op. 1, d. 416, l. 65 ff, 102 f; d. 419, l. 240, 259–263; d. 420, l. 15, 37–42, 169–172, 215–228; d. 423, l. 320; d. 434, l. 5; d. 499, l. 320–325; d. 493, l. 194, 208–213; d. 507, l. 21, 43–46.

Das Bestreben der Behörden nach der Verschärfung des Aufsichtssystems unter den illoyalen Sonderkontingenten ist am Beispiel der „Ukazniki“ besonders

sichtbar. Nach der Ankunft dieser Gruppe der Sondersiedler in Sibirien führten die örtlichen Behörden eine bis zu dieser Zeit beispiellose drängende und massive Anwerbung von Informanten durch, sodass das Agentennetz sich so verdichtete, dass im Durchschnitt nur 6–7 Personen auf einen rekrutierten Sondersiedler entfielen. Jedoch wirkte sich diese Eile auf die Qualität der geheimen Kontrolle aus. Davon zeugen die späteren Berichte des MVD, dass die angeworbenen „Ukazniki“ sich durch ihr Halbanalphabetentum, schlechte Russischkenntnisse (es handelte sich vor allem um Usbeken, Tadschiken und Kasachen) und Unlust, mit Angestellten des Strafsystems zusammenzuarbeiten, unterschieden<sup>411</sup>. Obwohl Anfang 1949 ein massiver Austausch der Informanten erfolgte (allein im Bezirk Belovo wurden etwa 20 % „Ukazniki“ von den geheimen Angestellten ausgeschlossen), blieb die Effektivität des Agentennetzes relativ gering<sup>412</sup>. Folglich zeigt die hohe Dichte des Systems der informellen Kontrolle unter den „Ukazniki“ nicht so sehr die Bereitschaft dieser Sondersiedler, mit dem Regime zusammenzuarbeiten, sondern stellt ihre Bereitschaft dar, dieser Zusammenarbeit formell zuzustimmen.

Um Fluchten der illoyalen Sondersiedler zu verhindern, versuchten die regionalen Abteilungen des MVD, eine straffe Aufsicht festzulegen, was vom Zentrum nicht befürwortet wurde. Das spiegelt sich in einem Dokument wider, das aus dem Gebiet Kemerovo nach Moskau versendet wurde. Es ist eine Liste von Maßnahmen, die die regionale Abteilung des MVD plante, um Fluchten der „Ukazniki“ zu stoppen. Sie wurde vom Leiter der Abteilung für Sondersiedlungen Generalmajor Judin zusammengestellt, vom Leiter der Abteilung des MVD für das Gebiet Kemerovo Generalmajor Vladimir Gubin genehmigt und ist auf den 4. Oktober 1948 datiert. Bei drei Maßnahmen findet sich die handschriftliche Notiz des Empfängers: „sie ist unrechtmäßig, heben Sie sie auf“.<sup>413</sup>

---

<sup>411</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 474, l. 144–146.

<sup>412</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 474, l. 153–158.

<sup>413</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 420, l. 34–36.

Die erste vom Zentrum nicht genehmigte Initiative bestand darin, 5 bis 20 „Ukazniki“ der vertrauenswürdigsten Sondersiedler als Älteste zu ernennen. Diese Personen sollten vollständig von der Arbeit befreit und auf Kosten der Wirtschaftsorganisation mit dem Durchschnittslohn eines Arbeitnehmers versorgt werden. Indem eine Schicht von professionellen Aufsehern unter den Sondersiedlern geschaffen wurde, planten die Mitarbeiter des MVD, das Problem des Personalmangels zu lösen und die Effektivität des Systems der öffentlichen Aufsicht zu erhöhen. Jedoch hätte die Verwirklichung dieses Vorschlags nicht nur die Statushierarchie unter den Sondersiedlern gefestigt und die Konflikte zwischen ihnen verstärkt, sondern auch zu Gegenwehr der Wirtschaftsorganisationen geführt, die diese Initiative bezahlen sollten.

Der zweite abgelehnte Vorschlag bezog sich auf die Morgen- und Abendüberprüfung der Anwesenheit der Sondersiedler durch Runden vom Ältesten der Kolonne aller „Ukazniki“, unabhängig davon, ob sie in Baracken, Wohnheimen, Eigenheimen oder Privatwohnungen wohnten. Bemerkenswerterweise wurde die Überprüfung der Anwesenheit der Sondersiedler an den Wohnorten schon früher in der Region angewendet, jedoch nicht täglich. So wurden regelmäßige Kontrollen von Wohnheimen und Wohnungen durchgeführt, in denen die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ untergebracht wurden. Während dieser Überprüfungen wurden nicht nur die an den Wohnorten fehlenden Sondersiedler festgestellt, sondern auch verdächtige Personen aus Privatwohnungen in Wohnheime umgesiedelt<sup>414</sup>.

Im Rahmen der dritten Initiative wurde vorgeschlagen, den Verantwortungsbereich der geheimen Informanten wesentlich zu erweitern. Es war geplant, jedem Informanten zwei bis fünf Sondersiedler zuzuweisen, die die rekrutierte Person ständig beaufsichtigen musste. Im Fall der Flucht eines unter Kontrolle gestellten Deportierten war der Informant verantwortlich. Allerdings hätte die Einführung dieser Praktik die Anwerbung von geheimen Agenten wesentlich erschwert.

---

<sup>414</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 355, l. 197.

Das Streben der regionalen Behörden, zu Fluchten geneigte Sondersiedler auch im Gegensatz zur Meinung des Zentrums besonders streng zu beaufsichtigen, zeigt sich auch im Gebiet Novosibirsk. Sobald die Esten an den Ansiedlungsorten ankamen, wurden sie unter besonders strenger Kontrolle gestellt, indem sie sich drei- oder viermal pro Monat in der Kommandantur melden mussten sowie unter der ständigen Überwachung von Bewährungshelfern standen. Diese Maßnahmen wurden als temporär betrachtet. Die Abteilung des MVD für das Gebiet Novosibirsk wurde angewiesen, diese Regelung abzuschaffen, nachdem sich die Esten an die sibirischen Bedingungen angepasst hatten. Dies dauerte jedoch bis zum Juli 1950, was eine deutliche Unzufriedenheit des MVD der UdSSR verursachte<sup>415</sup>.

Das Schlüsselkriterium für die Effektivität der regionalen Behörden war die Abwesenheit von Fluchten. Daher waren die regionalen Behörden an der Schaffung eines harten Aufsichtssystems für die Sondersiedler interessiert, in dessen Rahmen jede Flucht noch in der Phase ihrer Planung verhindert wurde. In diesem Zusammenhang versuchten sie, die Sondersiedler nicht nur durch geheime Agenten, sondern auch durch tägliche Runden durch ihre Behausungen zu überwachen. Im Wesentlichen wurde vorgeschlagen, den Status der Sondersiedler dem Status von Gefangenen anzugleichen. Dabei vertraten die regionalen Angestellten des MVD in ihren Vorschlägen rationale Ansichten. Sie strebten danach, das existierende Aufsichtssystem zu reformieren, indem sie weder die Anzahl der Angestellten des MVD noch die Belastung der früher eingestellten Mitarbeiter erhöhten: Die Hauptarbeit der Kontrolle wurde entweder auf die Sondersiedler oder auf andere Behörden verlagert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die administrative Aufsicht für alle Kategorien der Sondersiedler formal einheitlich war (mit Ausnahme der zu Fluchten geneigten Gruppen, die sich per Gesetz häufiger in der Kommandantur melden mussten). Tatsächlich bestand aber eine Hierarchie zwischen den Kontingenten. Die Deportierten, die aufgrund der Bewertung des Grads ihrer Flucht-

---

<sup>415</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 474, l. 249 f.



aktivität als „illoyale“ Sondersiedler galten, erlebten verstärkte Kontrollmaßnahmen sowohl auf öffentlicher als auch auf geheimer Ebene. Jedoch erhöhte die Einführung dieser härteren Ordnung für die bereits über ein geringes integratives Potential verfügenden Sondersiedler das Misstrauen gegenüber diesen Gruppen, verstärkte den psychologischen Druck auf sie und verringerte daher ihre Chancen auf ein relativ erfolgreiches Leben in der sowjetischen Gesellschaft weiter.

Die im Rahmen dieses Kapitels betrachteten Aspekte spiegeln die allgemeinen Trends in der Entwicklung des Spätstalinismus wider. Am Ende des Krieges begann das Regime, das den Status einer Supermacht beanspruchte, mit neuer Kraft, seinen Wunsch nach vollständiger Kontrolle über die Gesellschaft umzusetzen. Die Verwirklichung dieser Bestrebung erreichte 1948/1949 ihren Höhepunkt, was sich nicht nur in härteren Strafen für Fluchten äußerte, sondern auch in einer Kampagne zur Bestandsaufnahme des Sonderkontingents, zur Intensivierung der Rekrutierung von Geheimagenten sowie zur Erhöhung der Mitarbeiterzahl des MVD und MGB. Dieser Trend korreliert vollständig mit den Schlussfolgerungen des ersten Kapitels.

Jede Diktatur hat jedoch Grenzen: Je mehr das Regime versuchte, die Kontrolle zu erlangen, desto mehr Kontroversen entstanden. Um das Netzwerk der geheimen Kontrolle zu erweitern, musste das MVD unzureichend gebildete oder loyale Sondersiedler einstellen, was die Arbeitsqualität der Geheimagenten verschlechterte. Als Ergebnis der verschärften Bestrafung von Fluchten entstanden in der Praxis nicht nur Exzesse bei der Anwendung der strengsten Sanktionen gegen Sondersiedler, die sich unerlaubter Abwesenheiten schuldig gemacht hatten, sondern auch zunehmende Widersprüche zwischen den Kontrollbehörden und den Leitern von Unternehmen, da die strengen Beschränkungen der Mobilität der Deportierten deren wirtschaftlichen Interessen widersprachen. All dies führte dazu, dass das System der Sondersiedlungen immer unflexibler, schwieriger zu verwalten und nicht mehr an andere Bedürfnisse der Gesellschaft angepasst wurde. Allmählich erkannten die Mitarbeiter des MVD diese Tatsache. Da die Mitarbeiter des Sondersiedlungssystems jedoch keinen Wunsch, keine

Machtbefugnisse und keine Ressourcen hatten, um die Situation zu ändern, begannen sie allmählich, die Augen vor einer Reihe von Verstößen der Deportierten, die für andere gesellschaftliche Aufgaben zweckmäßig waren, zu verschließen. Infolgedessen brach der Leviathan fast unmittelbar nach dem Tod Stalins zusammen. Die Institution der Sondersiedlungen erreichte nach dem Krieg den Höhepunkt ihrer Entwicklung und wies gleichzeitig einen Komplex von Widersprüchen auf, die ihren weiteren Zerfall verursachte.

Ein ähnliches Phänomen wurde in anderen Bereichen der stalinistischen Nachkriegsgesellschaft beobachtet, was auf seine systemische Natur hinweist. Anfang der 1950er Jahre erreichte der Gulag eine Krise, da er zu einer riesigen Größe herangewachsen war und das wachsende Arbeitsvolumen, dessen Umsetzung den Einsatz von qualifiziertem Personal und hochentwickelter Ausrüstung erforderte, nicht mehr bewältigte<sup>416</sup>. Das Lagersystem wurde immer ineffektiver, schwer zu verwalten und zu kontrollieren. Dies erkannte die Führung und versuchte verschiedentlich, aber erfolglos dieses Problem zu lösen. Darüber hinaus führten die Entwicklung der Schwerindustrie und die Durchführung von Großprojekten zu Widersprüchen. Zum einen konnte das Land zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr die wachsenden Kosten tragen und zum anderen verschlechterte sich den Zustand der Landwirtschaft. Auch in der stalinistischen Bürokratie wurden systemische Konflikte beobachtet: Gleichzeitig mit den Qualifikationen und dem Selbstbewusstsein der Beamten nahm das Ausmaß ihrer Korruption zu, deren Bekämpfung aufgrund der Politik des Respekts vor dem Personal keine Ergebnisse brachte<sup>417</sup>. Infolgedessen wurde die Praxis des Totschweigens in Bezug auf die Handlungen von Beamten eingeführt<sup>418</sup>. Es entwi-

---

<sup>416</sup> Vgl. Ivanova, Galina: *Istorija GULAGa. 1918–1958: Social’no-èkonomičeskij i politiko-pravovoj aspekty*, Moskau: Nauka, 2008, S. 384 f.

<sup>417</sup> Vgl. Heinzen, James: *A Campaign Spasm: Graft and the Limits of the „Campaign“ against Bribery after the Great Patriotic War*, in: Juliane Fürst (Hrsg.), *Late Stalinist Russia: Society Between Reconstruction and Reinvention*, London, New York: Routledge Taylor & Francis Group, 2006, S. 123 f.

<sup>418</sup> Vgl. Hooper, Cynthia: *A darker „Big Deal“: concealing party crimes in the post-Second World War era*, in: Juliane Fürst (Hrsg.), *Late Stalinist Russia: Society Between*

ckelten sich Widersprüche innerhalb des stalinistischen Systems, die von den Arbeitern dieses Systems klar erkannt wurden. Dies erklärt die Durchführung relativ schneller und teilweise koordinierter Reformen, die unmittelbar nach dem Tod des Herrschers begannen.

## **IV. Die soziale Integration als Akzeptanz der politischen Normen: Die Teilnahme der Sondersiedler an ideologischen Kampagnen**

Ein elementarer Bestandteil der sowjetischen Gesellschaft waren permanente politische Kampagnen. Ihr Ziel bestand in der Mobilisierung der Bevölkerung, um deren Unterstützung des Regimes zu manifestieren. Die Teilnahme an diesen Veranstaltungen betrachteten die Behörden als Pflicht eines wahren sowjetischen Bürgers. In diesem Zusammenhang war die erfolgreiche soziale Integration der Sondersiedler unmöglich ohne ihre Akzeptanz der Notwendigkeit, zumindest passiv an diesen politischen Ritualen teilzunehmen. Inwieweit die Deportierten dieses Verhalten entwickelten, wird im vorliegenden Kapitel am Beispiel zweier politischer Kampagnen betrachtet: der Wahlen (zum Obersten Sowjet der UdSSR 1946, zum Obersten Sowjet der RSFSR und zu örtlichen Sowjets 1947) sowie der im Zusammenhang mit Stalins Tod stehenden Veranstaltungen.

Wahlen gingen mit typischen mobilisierenden Kampagnen einher, wie der Stachanow-Bewegung, Kampagnen des Staatsdarlehens usw. Um Wahlen zu veranstalten, wurden riesige Ressourcen aufgewendet, sie waren sehr gut organisiert und die ganze Bevölkerung war in sie einbezogen. Da die Abstimmungen nur eine symbolische Funktion erfüllten, brachten sie keine Atmosphäre des Wandels mit sich. Die Wahlen waren Routine und Alltag. Umgekehrt ging die zweite betrachtete Kampagne, die im Zusammenhang mit Stalins Tods stand, mit Änderungen einher und wurde in Eile, unter der Unwissenheit der lokalen Behörden über das richtige Verhaltensmodell, organisiert. Aus diesen Gründen wird der Vergleich des Verhaltens der Sondersiedler in beiden Kampagnen teilweise zeigen, wie sich ihre Fähigkeit zur sozialen Mimikry nicht nur mit der Zeit, sondern auch unter den Bedingungen des externen sozialen Umfelds änderte.

Darüber hinaus wird der Vergleich der beiden Kampagnen ergeben, welche Einstellung zur Teilnahme dieser „unzuverlässigen“ Kategorie der Bevölkerung für die regionalen Behörden charakteristisch war und wie sie sich während

des betrachteten Jahrzehnts entwickelte. Dies vergegenwärtigt das Problem der Hierarchie der Sondersiedlungen: Die lokale Führung betrachtete einige Sonderkontingente als Vertreter ihrer Politik und war bereit, ihnen bestimmte organisatorische Aufgaben anzuvertrauen, aber wollte die anderen ganz von der Teilnahme an den genannten politischen Kampagnen ausschließen.

## 1. Die Sondersiedler bei den Wahlen 1946–1947

Die Wahlen zum Obersten Sowjet 1946 waren die ersten Wahlen in der Nachkriegszeit in der UdSSR. Die vorherige vollwertige Wahlkampagne hatte am 12. Dezember 1937 stattgefunden, auch wenn Zwischenwahlen mehrmals (März, Juni 1940; Januar, Februar 1941) aufgrund der Ausdehnung des Territoriums der Sowjetunion sowie der vorzeitigen Beendigung der Befugnisse von Abgeordneten, beispielsweise wegen politischer Repressionen, abgehalten worden waren. Nach dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Durchführung der Wahlen zum Obersten Sowjet“ vom 5. Oktober 1945 war der Wahltag für den 10. Februar 1946 geplant. Am 11. Oktober 1945 wurde „Die Bestimmung über die Wahlen zum Obersten Sowjet“ angenommen. Gemäß ihr mussten die Wahlen auf der Grundlage der universellen, gleichen, direkten und geheimen Wahlstimme durchgeführt werden. Teilnehmen durften alle sowjetischen volljährigen Bürger außer Geistesranke und Personen, denen das Gericht das Wahlrecht aberkannt hatte. Ein Jahr nach der Durchführung der Wahlen zum Obersten Sowjet fanden die Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR und zu den örtlichen Sowjets statt.

In der Geschichtsschreibung existieren unterschiedliche konzeptuelle Ansätze zur Bewertung der Wahlen der stalinistischen Periode, ihrer Ziele und Funktionen. In sowjetischen Werken, die politisch engagiert waren, wurden die Wahlkampagnen größtenteils als „Manifestation der Einheit der Partei und des Volks“ sowie „Mittel, um die Massen für parlamentarische Aktivitäten zu gewinnen“, bewertet<sup>419</sup>. Parallel wurde in der englisch- und deutschsprachigen Historiographie die Frage aufgeworfen, welche Rolle die Wahlen für das Funktionieren des stalinistischen Regimes spielten. Die Forschung war sich einig, dass die Wahlkämpfe dekorativer Natur waren, und wies darauf hin, dass durch die Wahlen die Bevölkerung konsolidiert, die Illusion ihrer politischen Teilnahme an der Politik geschaffen, die Fähigkeit der Parteiorganisationen, die Massen zu mobili-

---

<sup>419</sup> Vgl. Okladnikov, Aleksej (Hrsg.): *Istorija Sibiri s drevnejšich vremen do našich dnej*, 5 Bde., Leningrad: Nauka, 1969, Bd. 5., S. 17–21, 179–182.

sieren, geprüft sowie das demokratische Image inner- und außerhalb des Landes gebildet wurde<sup>420</sup>. Trotz fehlender Quellen und sonstiger Informationen dienten diese wissenschaftlichen Arbeiten als Grundlage für die Bildung ausgewogener konzeptioneller Ansätze, die sich später in der postsowjetischen Geschichtsschreibung entwickelten.

Die Frage nach der Bedeutung der Institution der Wahlen für das sowjetische Regime wurde auch in Werken ehemaliger öffentlicher und politischer Persönlichkeiten der UdSSR und Osteuropas gestellt. Milovan Djilas zufolge hätten die Wahlkampagnen eine wichtige Rolle in der Bildung der sowjetischen Nomenklatura gespielt. Durch die Wahlen habe die Regierung die Anerkennung nicht so sehr von der Gesellschaft, sondern von der „neuen Klasse“ – der Parteibürokratie – bekommen<sup>421</sup>. Dieser Standpunkt wurde in der Arbeit von Michael Voslensky entwickelt. Nach seiner Meinung sei durch die Wahlkampagnen eine „vorübergehende“ Nomenklatura gebildet worden, aus der die Führung des Landes anschließend geeignete Personen für die „reguläre“ Nomenklatur ausgewählt habe. Darüber hinaus sei in diese Art der Parteibürokratie eine kleine Anzahl an Arbeitern und Kolchosbauern einbezogen worden, was dem Regime erlaubt habe, die Demokratisierung des sowjetischen Systems zu demonstrieren<sup>422</sup>.

Die Mehrheit der postsowjetischen Forschung geht davon aus, dass die Wahlen ein Mittel zur Legitimation des stalinistischen Regimes waren. In diesem Zusammenhang werden sie als ideologische-propagandistische Kampagnen bewertet, deren Ziel in der Verstärkung der existierenden leitenden Spitze in Augen der sowjetischen Menschen und in der Formierung des demokratischen Images

---

<sup>420</sup> Vgl. Leng, Hermann-Otto: Die allgemeine Wahl im bolschewistischen Staat: Theorie. Praxis. Genesis, Meisenheim am Glan: Anton Hain, 1973, S. 240–246; Vgl. von Borcke, Astrid: Partizipationsprobleme und Parteiregime in der Sowjetunion. Grenzen des bürokratischen Autoritarismus, Köln: Bundesinst. für Ostwiss. u. Internat Studien, 1983, S. 38–42.

<sup>421</sup> Vgl. Djilas, Milovan: Die neue Klasse: Eine Analyse des kommunistischen Systems, München: Kindler, 1957, S. 132–135.

<sup>422</sup> Vgl. Voslensky, Michael: Nomenklatura: Gospodstvjuščij klass Sovetskogo Sojuza, 2005, [online] <https://www.litmir.me/br/?b=101493>, S. 39.

sowohl innerhalb des Landes, als auch auf der internationalen Bühne bestand<sup>423</sup>. Ebenfalls unterlagen die Wahlen einem Mobilisierungskonzept, in dessen Rahmen die stalinistischen Wahlkampagnen als Form der sozialen und politischen Mobilisierung der Bevölkerung betrachtet werden<sup>424</sup>. Einen untypischen Ansatz manifestierte Irina Pavlova. Sie analysierte die Wahlen 1937 hinsichtlich ihrer Rolle im Großen Terror und kam zum Schluss, dass diese Wahlkampagne das stärkste Instrument zur Massenvernichtung der „Feinde des Volkes“ gewesen sei und die massive Einbeziehung der Menschen in diese ein Weg ihrer massiven Komplizenschaft in der Durchführung der Repressionspolitik geworden sei<sup>425</sup>. Ein ähnlicher Standpunkt wird in dem Werk des deutschen Historikers Karl Schlögel dargestellt. Ihm zufolge richtete der Blick der Behörden sich auf die potentiellen Herausforderer der Macht, auf die potenziellen Zentren politischen Einflusses, die im Zuge der Wahlkampagne aus dem Untergrund hervortreten

---

<sup>423</sup> Vgl. Dorožkina, Jana: Vybory v Verchovnyj Sovet SSSR 1937 g.: formirovanie okružnyh i učastkovykh izbiratel'nyh komissij, in: Vladimir Šiškin (Hrsg.), Sibir' v XVII–XX vekach: problemy političeskoj i social'noj istorii: Bachrušinskie čtenija 1999–2000 gg., Novosibirsk: Novosibirskij gosudarstvennyj universitet, 2002, S. 132–141; Genina, Elena / Marina Koljazimova: Ideologičeskie kampanii v SSSR 1946–1953 gg., svjazannye s obrazom I. V. Stalina (po materialam Kemerovskoj oblasti), in: Vestnik Kemerovskogo gosudarstvennogo universiteta. Istorija i archeologija, Nr. 3, 2014, S. 145–150; Filipčuk, Irina: Rabota agitatorov s naseleniem v chode izbiratel'nyh kampanij 1940–1950-ch gg. (na primere Gor'kovskoj oblasti), in: Privolžskij naučnyj vestnik. Serija: Istorija. Istoričeskie nauki, Nr. 40, 2014, S. 102 ff; Koljazimova, Marina: Ideologo-propagandistskaja kampanija, svjazannaja s podgotovkoj k vyboramv Verchovnyj Sovet SSSR 1946 (po materialam Kemerovskoj oblasti), in: Vestnik Kemerovskogo gosudarstvennogo universiteta. Serija: Istorija. Istoričeskie nauki, Nr. 4, 2013, S. 33–36; Kur'janovič, Aleksandr: Vybory v Verchovnyj Sovet SSSR 1937 g. kak legitimacija sovetskogo obščestvenno-političeskogo režima (na primere Belorusskoj SSSR), in: Vestnik Samarskogo universiteta. Istorija, pedagogika, filologija, Nr. 1, 2016, S. 46–53.

<sup>424</sup> Vgl. Kimerling, Anna: Vybory v Verchovnyj Sovet SSSR 1946 goda v Molotovskoj oblasti kak primer mobilizacionnoj političeskoj kampanii, in: Vestnik Permskogo universiteta. Serija: Istorija, Nr. 4, 2016, S. 104–112; Ušakova, Svetlana: Social'naja mobilizacija kak sistemnaja charakteristika sovetskogo obščestva, in: Aleksej Kirillov (Hrsg.), Istoričeskie issledovanija v Sibiri: problemy i perspektiv Sb. materialov I regional'noj molodežnoj nauč. konf., Novosibirsk: Institut istorii SO RAN, 2008, S. 205–212.

<sup>425</sup> Vgl. Pavlova, Irina: 1937: vybory kak mistifikacija, terror kak real'nost', in: Voprosy istorii, Nr. 10, 2003, S. 19–37.



konnten (die Geistlichkeit, deportierte „Kulaken“, Vertreter der ehemaligen herrschenden Klassen).<sup>426</sup>

Außerdem wurde in der modernen russischen Geschichtsschreibung vom in der sowjetischen Zeit weit verbreiteten Standpunkt über die allgegenwärtige Manifestation der sowjetischen Bürger eine hohe politische Aktivität abgelehnt: Die Forscher begannen, unterschiedliche Verhaltensmuster der Bevölkerung, wie Aktivismus, Konformismus und Protest, zu analysieren<sup>427</sup>. Nichtsdestoweniger werden die an den Wahlen beteiligten sowjetischen Bürger weiterhin größtenteils als homogene Gruppe betrachtet. In diesem Zusammenhang fehlen Forschungen, in denen die Einstellung zu den Wahlkampagnen beispielsweise der Bauern und Arbeiter, von Männern und Frauen, der Vertreter der vollberechtigten und unterdrückten Kategorien der Bevölkerung verglichen werden. Deshalb erlaubt der Akzent auf den Sondersiedlern in der Analyse der Wahlen, nicht nur die Spezifik des Verhaltens der „unzuverlässigen“ Gruppen der sowjetischen Bevölkerung zu offenbaren, sondern auch zu zeigen, welche Stelle ihnen das Regime in Wahlkampagnen zuwies.

Konzeptionell basierend auf dem Mobilisierungsansatz werden die Wahlen 1946–1947 im Rahmen dieses Kapitels als typische stalinistische mobilisierende Kampagne mit einer Reihe von Besonderheiten angesehen. Zuerst übte das Regime eine zielgerichtete Beeinflussung der Bevölkerung im Prozess ihrer Umsetzung durch eine großräumige Propaganda aus. Zum Beispiel wurde eine Reihe

---

<sup>426</sup> Vgl. Schlögel, Karl: *Terror und Traum: Moskau 1937*, München: Carl Hanser Verlag, 2008, S. 252.

<sup>427</sup> Vgl. Busheva, Alexandra / Anatoly Slezin: *Vorlesungen der Zeitgenossen von dem Mechanismus der Wahlen in den Obersten Rat der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg*, in: *Vestnik Tambovskogo gosudarstvennogo tekhnicheskogo universiteta*, Nr. 4, 2011, S. 1126–1129; Kimerling, Anna: „Kto portit bjulleteni, tot v sojuze nedovol'nych“, in: *Otečestvennye zapiski*, Nr. 1, 2013, S. 326–334; ders.: *Po tu storonu lozungov: praktiki prisposoblenija k političeskim kampanijam v 1945–1953 gg.*, in: Jörg Baberowski (Hrsg.), *Sov. gosudarstvo i obščestvo v period pozdnego stalinizma. 1945–1953 gg.*, Moskau: ROSSPÈN, 2015, S. 136–147; Motrevič, Vladimir: *Vybory v Verchovnyj Sovet SSSR 1946 g.*, in: *Dokument. Archiv. Istorija. Sovremennost'*, Nr. 10, 2009, S. 372–381; Zubkova, Elena: *Poslevoennoe sovetskoe obščestvo: politika i povsednevnost'. 1945–1953*, Moskau: ROSSPÈN, 1999, S. 111–119.

von Artikeln in der zentralen und regionalen Presse veröffentlicht sowie mit der Hilfe von speziell ausgebildeten Agitatoren eine umfangreiche ideologische Arbeit unter der Einwohnerschaft durchgeführt. Zweitens verfolgte die Kampagne das Ziel, die Gesellschaft zu aktivieren, um den Grad ihrer politischen Loyalität und ihre Fähigkeit, die Initiativen des Staats zu unterstützen, zu prüfen. Die Wahlen konnten die politische Entwicklung des Landes nicht beeinflussen, weil sie alternativlos waren und der Oberste Sowjet eine dekorative Behörde war. Darüber hinaus war die Teilnahme daran eher eine Pflicht als ein Recht und die Ablehnung wurde als Anzeichen der „antisowjetischen“ Haltung einer Person betrachtet. Drittens hatte das Ritual eine enorme Bedeutung im Abstimmungsprozess: Das Regime strebte an, die externe Einhaltung der demokratischen Prozeduren zu demonstrieren. Außerdem wurde der Wahltag als Volksfest inszeniert, an Wahllokalen wurden unterschiedliche unterhaltsame Kulturveranstaltungen durchgeführt. Die Wahlergebnisse wurden als ein weiterer Sieg des Sozialismus präsentiert.

Die Wahlen zum Obersten Sowjet 1946 wurden in mehreren Stufen durchgeführt. Anna Kimerling benannte fünf Etappen der Umsetzung dieser Mobilisierungskampagne: die Verdeutlichung des ideologischen Standpunkts des Staates in der zentralen und dann regionalen Presse; die organisatorische Phase; die Mobilisation der Bevölkerung; die Verwirklichung von Zielen und Aufgaben der Kampagne (der Wahltag); der Erfolgsbericht<sup>428</sup>. Im Rahmen der ersten ideologischen Stufe hätten die zentralen und regionalen Zeitungen viele propagandistische Inhalte veröffentlicht, die den Verlauf der Kampagne in die erforderliche Richtung lenkten. Die organisatorische Phase habe in der Vorbereitung der Agitatoren und der Auslese von Mitgliedern der Wahlkommissionen bestanden. Diese Prozesse seien auch aktiv durch die Presse beleuchtet worden. Im Verlauf der Mobilisationsstufe hätten Sitzungen von Stimmberechtigten mit Kandidaten stattgefunden. Direkt am Wahltag hätten die Behörden verschiedene öffentliche und kulturelle Veranstaltungen organisiert, um rund um die Wahlen eine festliche

---

<sup>428</sup> Vgl. Kimerling, 2016, S. 104.

Atmosphäre zu schaffen. Die Kampagne habe mit einer öffentlichen Bekanntgabe ihrer Ergebnisse geendet.

Der Durchführungsmechanismus dieser Mobilisationskampagne zeigt, dass ihr Hauptziel die Einbeziehung in die Wahlen von so vielen Menschen wie möglich war: Das Volk musste die Legitimität der Sowjetmacht durch seine Wahl bestätigen. Die aktive Teilnahme von Sondersiedlern an der Abstimmung entsprach ganz diesem Ziel, weil sie eine hohe Popularität des sowjetischen Regimes unter allen Bevölkerungsgruppen, einschließlich der „antisowjetischen“ Elemente, demonstrieren konnte.

Die Quellenbasis umfasst schriftliche Berichte, in denen die Teilnahme der Sondersiedler an den Wahlen 1946–1947 widergespiegelt wird<sup>429</sup>. Zwei Drittel dieser Dokumente wurden von Leitern der Bezirkskomitees des NKVD / MVD oder Angestellten der OSP unterschrieben und an die Bezirksabteilungen der KPdSU geschickt. Fast 30 % der Quellen wurden von den Sekretären der Bezirkskomitees der Partei zusammengestellt und an das Gebietskomitee adressiert. Außerdem wurde ein vom Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU unterschriebener Bericht gefunden. Offenbar wurden die Informationen über die Stimmung der Sondersiedler während der Wahlkampagne zunächst von Angestellten der Bezirksabteilungen des NKVD / MVD gesammelt. Danach leiteten sie sie in die Bezirkskomitees der KPdSU weiter, die diese Informationen verallgemeinerten und an das Gebietskomitee der KPdSU schickten. Die örtlichen Behörden interessierten sich nur für jene Tatsachen, die eine „antisowjetische“ Tätigkeit der Sondersiedler sowie ihre negative Einstellung zur Abstimmung widerspiegeln. Dies bestimmte den Hauptinhalt der Quellen und ihre Struktur. Meistens bestanden die Berichte aus vier Teilen: einer allgemeinen Charakterisierung der im Bezirk wohnenden Sondersiedler; der Beschreibung der ideologischen Arbeit, die in

---

<sup>429</sup> Vgl. CDNI TO f. 607, op. 1, d. 282, l. 1–4, 13–16; GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 188–192, d. 232, l. 71–79; f. p-30, op. 1, d. 321, l. 33; f. p-43, op. 1, d. 512, l. 5; f. p-51, op. 1, d. 278, l. 9; f. p-56, op. 1, d. 306, l. 3 f, 31 f; f. p-57, op. 1, d. 45, l. 5 f; d. 446, l. 14; f. p-58, op. 1, d. 305, l. 1 f; f. p-78, op. 1, d. 134, l. 1; f. p-79, op. 1, d. 226, l. 13; f. p-90, op. 1, d. 570, l. 1–4.

Bezug auf die Deportierten durchgeführt wurde; einer Darstellung der einzelnen Fakten ihrer „antisowjetischen“ Tätigkeit (meistens in Form von Zitaten); Vorschläge zur Verbesserung der Sachlage.

In den betrachteten Dokumenten nannten die regionalen Behörden drei Kategorien von Sondersiedlern, deren Verhalten sich von dem dominierenden Verhaltensmuster – dem Konformismus (Teilnahme am Wahlritual, ohne die eigene Position zu diesem Thema klar auszudrücken) – unterschied:

1. Personen, die eine deutliche positive Einstellung zum Wahlprozess hatten;
2. Sondersiedler, die an den Wahlen nur wegen persönlicher Beweggründe teilnahmen;
3. Menschen, die ablehnten, abzustimmen oder gegen die sowjetische Macht agitierten.

Auf diese Weise lässt sich der von Anna Kimerling vorgeschlagenen Klassifikation der Wähler zustimmen. Sie teilt die Wähler in vier Gruppen ein: „Aktivisten“, „Schlaue“, „Wahlverweigerer“ und „Konformisten“<sup>430</sup>.

### **1.1. Die Aktivität der Sondersiedler während der Wahlkampagne**

Die analysierten Quellen enthielten nur wenige Informationen über die Aktivität der Sondersiedler während der Wahlkampagne, was teilweise an der Intention der Quellen liegt. Nur in drei von ihnen wurde direkt berichtet, dass die Sondersiedler die Wahlen mit besonderer Begeisterung aufnahmen. So wurde im vom Leiter der Irmen'er Bezirksabteilung des MVD zusammengestellten Bericht vom 29. Januar 1947 gemeldet: „Nach Daten der Bezirksabteilung des MVD war ein Großteil der Sondersiedler, Deutsche, zur Frage der Wahlen zum Obersten Sowjet RSFSR positiv eingestimmt. Die deutschen Sondersiedler teilten größtenteils untereinander mit, dass unser Land das demokratischste Land der Welt sei. Hierzulande dürften alle volljährigen Bürger abstimmen und gewählt werden, aber es gebe dies in kapitalistischen Ländern nicht, dort wähle man nur die Reichen. ‘Den Wahltag sollen wir durch [gute] Produktionsleistungen begehen’, – diese positiven Aussagen gibt es in [den Dörfern] Senčanka, Jarka, Tichonovo,

---

<sup>430</sup> Vgl. Kimerling, 2015, S. 139.

Šilovo usw.“<sup>431</sup> Im zweiten Dokument (Bezirk Kujbyševo des Gebiets Novosibirsk, vom 27. Januar 1947) wurde berichtet, dass die Stimmung der Kalmücken und Deutschen recht gut sei. Als Beispiel wurden zwei Zitate von Sondersiedlern über die Wahlen herangezogen. Im ersten sagte der Deutsche L., dass er die besten Menschen seiner Heimat, die der Sache von Lenin und Stalin ergeben seien, als Abgeordnetenandidaten des Obersten Sowjets der RSFSR aufstellen werde. Im zweiten erklärte die Kalmückin A., dass sie großes Glück in ihrem Leben habe, indem sie für die Kommunisten stimmen könne, weil sie 18 Jahre alt geworden sei<sup>432</sup>. Im dritten Bericht wurden einzelne Sondersiedler zitiert, die bereit seien, ihre Produktionsleistung zu Ehren der Wahlen zu erhöhen<sup>433</sup>.

Diese beschönigenden Berichte belegen natürlich nicht, dass die Sondersiedler aktiv und massenweise die Durchführung der Wahlen unterstützten. Erstens wird dem direkt in anderen Quellen widersprochen. Dem Leiter des NKVD für das Gebiet Novosibirsk Fedor Petrovskij zufolge erhöhte etwa nur ein kleiner Teil von Sondersiedlern im Zusammenhang mit den Wahlen zum Obersten Sowjet seine Produktionsleistungen<sup>434</sup>. Darüber hinaus fehlen in den Quellen Beispiele für Sondersiedler als Agitatoren oder Mitglieder von Wahlkommissionen. Im Gegenteil betonten die Mitarbeiter des NKVD / MVD, dass die Einbeziehung der Sondersiedler in die Arbeit der Agitatoren der wesentliche Nachteil der Organisation des Wahlprozesses sei<sup>435</sup>. Sie wurden ausgeschlossen, da die Deportierten kein politisches Vertrauen verdient hätten. Außerdem führten die Mitarbeiter

---

<sup>431</sup> GANO f. p-51, op. 1, d. 278, l. 9. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „По данным райотделения МВД основная масса спецпереселенцев-немцев по вопросу выборов в Верховный Совет РСФСР настроена положительно. В большинстве своем между собой спецпереселенцы-немцы высказывают, что наша страна является самой демократической страной в мире. У нас могут избирать и быть избранными все граждане, достигшие совершеннолетия, а вот в капиталистических странах этого нет, там избирают только богатых. [‘]День выборов в Верховный совет мы должны отметить [хорошими] производственными показателями[’, –] такие положительные высказывания по Сенчанке, Яркам, Тихоново, Шилово и другим“.

<sup>432</sup> GANO f. p-58, op. 1, d. 305, l. 1.

<sup>433</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 190.

<sup>434</sup> Ebd., 189.

<sup>435</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 232, l. 72; f. p-90, op. 1, d. 570, l. 2.

der Čerepanovower Bezirksabteilung des MVD Fälle an, in denen die Sondersiedler mit den zugewiesenen Pflichten nicht zurechtkamen. So konnte der Kalmücke B., der Agitation durchführen sollte, den unter den Sondersiedlern verbreiteten Mythos, dass sie nach der Wahl nach Hause würden zurückkehren können, nicht widerlegen<sup>436</sup>. Darüber hinaus las die Deutsche K., die zur Wächterin des Agitationspunktes ernannt wurde, während des Tagesdienstes ein religiöses deutsches Buch<sup>437</sup>. Obwohl ein dritter Typus von Situationen mehrmals in den Quellen beschrieben wurde, und zwar dass Sondersiedler verschiedene Sitzungen und Lektionen besuchten<sup>438</sup>, enthalten die Dokumente keine Hinweise, dass die Deportierten dort aktiv waren. Ihre Teilnahme war meistens auf ihre Anwesenheit beschränkt.

Den lokalen Behörden zufolge nahmen einige Sondersiedler an der Abstimmung nur aus persönlichen Beweggründen teil. Zum Beispiel hofften sie darauf, nach den Wahlen nach Hause zurückkehren zu können: „Es wurde den Sondersiedlern erklärt, dass sie gleichberechtigt mit den übrigen Bürgern an den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR teilnehmen werden, [unsere Daten] zeigen, dass ein erheblicher Teil von Sondersiedlern dieses Ereignis positiv betrachtet, aber sie gehen nicht von staatlichen, sondern von persönlichen Interessen aus. Sie glauben, dass die Sondersiedler im Endeffekt im Zusammenhang mit den Wahlen das Recht bekommen, frei den Wohnort zu wählen“.<sup>439</sup> Diese Gerüchte waren überwiegend unter den Sondersiedlern verbreitet, die aufgrund ihrer Nationalität (Deutsche und Kalmücken) deportiert worden waren.

---

<sup>436</sup> GANO f. p-90, op. 1, d. 570, l. 2.

<sup>437</sup> Ebd., 2.

<sup>438</sup> GANO f. p-79, op. 1, d. 226, l. 13; f. p-57, op. 1, d. 446, l. 14.

<sup>439</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 189. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Спецпереселенцам было разъяснено, что они наравне с остальными гражданами будут принимать участие в выборах в Верховный Совет Союза ССР, [Наши данные] свидетельствуют о том, что значительная часть спецпереселенцев рассматривает это событие положительно, но не с общегосударственной точки зрения, а исходят из личных интересов. Они считают, что в связи с выборами спецпереселенцы получают в конечном итоге право на свободный выбор места жительства“.

Eine Reihe von Deportierten glaubte, dass diese Rehabilitierung und Freilassung auch vor den Wahlen geschehen könnte. Dieses Fazit wird durch das folgende Beispiel belegt: Die Kalmückin I., die im Iskitimer Bezirk des Gebiets Novosibirsk wohnte, sagte: „Die Vertreter der ausländischen Presse fragen: ‚Warum wurde den Kalmücken, den Deutschen und den anderen Völkern die nationale Selbständigkeit entzogen, obwohl sie /die sowjetische Regierung/ über die Freundschaft von Völkern spricht?‘ Deshalb werden die autonomen Republiken vor den Wahlen zum Obersten Sowjet wiederhergestellt“.<sup>440</sup>

Die mögliche Entscheidung über die Freilassung verbanden die Sondersiedler auch mit dem potenziellen Druck ausländischer Staaten auf die sowjetische Regierung. Im Allgemeinen war die Idee, dass andere Länder die Schlüsselrolle in der Errettung spielen werden, für das Bewusstsein der Deportierten während der gesamten Geschichte der Sondersiedlungen charakteristisch. Manche Sondersiedler vermuteten, dass ein Staat binnen kurzem den Krieg mit der Sowjetunion beginnen würde, dass das Sowjetregime gestürzt würde und sie vom Leid erlöst würden. Nichtsdestoweniger spielten unterschiedliche Staaten in Abhängigkeit von der geopolitischen Atmosphäre die Rolle des potentiellen Erretters. In den frühen 1930er Jahren verbanden die westsibirischen Sondersiedler das Heil mit einer Invasion Chinas (wahrscheinlich wegen des Konflikts zwischen der UdSSR und China 1929). Im Jahr 1941 wurde die Rolle des Erretters bedingungslos Deutschland zugeschrieben. Dieser Glaube an Deutschland war mindestens bis 1946/1947 für das Bewusstsein der Sondersiedler charakteristisch, besonders der Deutschen, trotz der Niederlage der Wehrmacht. Die nachstehenden Aussagen der Deportierten, die von Mitarbeitern der Bezirksabteilungen des NKVD / MVD dokumentiert wurden, können dies belegen. Der Deutsche A. sagte über die Wahlen zum Obersten Sowjet RSFSR 1947: „Wir,

---

<sup>440</sup> Ebd, I. 192. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Представители иностранной прессы спрашивают: [,] Почему лишены национальной самостоятельности калмыки, немцы и др. народы, в то время как Вы /Советское Правительство/ говорите о дружбе народов. Вот почему будут восстановлены автономные республики до выборов в Верховный Совет[’]“.

Deutsche, werden als Menschen nicht betrachtet, bevor Deutschland seine Rechte, die es bis 1941 hatte, nicht erhalten wird, davor werden wir, Deutsche, ebenfalls nicht selbständig, wie jetzt Deutschland, leben. [...] Die ausgewählten Abgeordneten werden den Deutschen nichts für unser Leben geben. Die Zeit wird kommen, wenn es einen Krieg gibt, dann werden Deutsche gut leben.“<sup>441</sup> Die Verbannungssiedler aus dem Baltikum hofften nach Meinung der örtlichen Behörden auch auf den Sieg Hitlers und verbanden mit ihm ihre Freilassung. Jedoch hätten die Gespräche über die Unbesiegbarkeit der deutschen Armee nach der Offensive der Roten Armee aufgehört und sie hätten sofort begonnen, die Rote Armee zu loben<sup>442</sup>.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Sondersiedler im Allgemeinen bereit waren, an den Wahlen teilzunehmen oder andere mit diesem Ereignis verbundene Veranstaltungen zu besuchen. Gleichzeitig strebten sie nicht danach, Agitatoren oder Mitglieder der Wahlkommissionen zu werden sowie durch die Verbesserung der Produktionsleistung die Wahlkampagne zu unterstützen. Diese Art des Verhaltens kann als mimikritische Anpassung charakterisiert werden, in deren Rahmen laut der Soziologin Ljudmila Korel' Individuen und soziale Gruppen ihr Verhalten korrigieren, indessen sie traditionelle Einstellungen und eine unveränderliche Zielsetzung verbergen<sup>443</sup>. Anders gesagt bewahrten die Sondersiedler ihre alten Werte intern, indem sie die notwendigen Regeln äußerlich akzeptierten und die vom Regime festgelegten Rituale befolgten. Aus diesem Grund zeigten sie sich während dieser Kampagne weniger aktiv, selbst wenn Aktivismus ihre Überlebenschancen hätte erhöhen können. Bemerkenswerterweise war diese Sachlage den regionalen Behörden recht. Sie waren nicht bereit, die

---

<sup>441</sup> GANO f. p-56, op. 1, d. 306, l. 3–4. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Нас[,] немцев[,] не будут считать за людей до тех пор, пока Германия не получит свои права, как она была до 1941 г., до этих пор мы немцы будем жить также не самостоятельно, как сейчас Германия. [...] Выбранные депутаты ничего для немцев не дадут и для устройства жизни. Придет время[,]когда будет война, тогда немцам будет жить хорошо“.

<sup>442</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 282, l. 3.

<sup>443</sup> Vgl. Korel', 2005, S. 140 f.



Sondersiedler zur Durchführung dieser Kampagne zuzulassen, auch wenn diese es beantragt hätten. Dies lag daran, dass die Sondersiedler nach Meinung des Regimes nicht zuverlässig genug waren und ihre Umerziehung nicht vollständig erfolgte. Davon ausgehend wurden die Teilnahme an den Wahlen und die ausbleibende Kritik an der Regierung als genügende Äußerung der politischen Loyalität wahrgenommen.

Hier muss ergänzt werden, dass die vorstehenden Informationen zumeist auf Deutsche und Kalmücken zutrafen. Die Meinung der regionalen Behörden über die Verbannungssiedler aus dem Baltikum und Moldawien war deutlich schlechter im Vergleich zu ihnen. Zum Beispiel betonte der Sekretär des Parbiger Bezirkskomitees der KPdSU Davydenko, dass diese Sondersiedler Reaktionäre seien und vor der Deportation Mitglieder der unterschiedlichen Parteien gewesen seien. Obwohl die Verbannungssiedler in Kolchosen und in der Industrie eingestellt worden seien, habe ein großer Teil von ihnen unter allerlei Vorwänden nicht gearbeitet<sup>444</sup>. Entsprechend hieß es über die Möglichkeit dieses Sonderkontingents, an den Wahlen teilzunehmen, in der allgemeinen Auskunft über die Stimmung der Sondersiedler im Gebiet Tomsk: „In Bezug auf die aus dem Baltikum und Moldawien verbannten Elemente muss als zweckmäßig betrachtet werden, ihre Rechte an der Abstimmung abzuerkennen, denn sie wurden durch per Gericht verurteilt [dies entsprach der „Bestimmung über die Wahlen zum Obersten Sowjet“ vom 11. Oktober 1945], weil sie durch den Beschluss der Sonderberatung für 20 Jahre verbannt wurden [im Gegensatz zu Deutschen und Kalmücken, die durch außergerichtliche Entscheidung deportiert wurden]“.<sup>445</sup> Außerdem sollte nach Meinung der regionalen Behörden die Teilnahme von Sektierern (Kasa-

---

<sup>444</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 282, l. 3.

<sup>445</sup> Ebd., 16. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „В отношении высланных элементов из Прибалтики и Молдавии, учитывая что они высланы решением особого совещания, сроком на 20 лет, считать целесообразным лишить их прав на участие в голосовании, как осужденных по суду“.

ner Baptisten) an den Wahlen wegen ihrer feindseligen Einstellung gegenüber dieser Kampagne verweigert werden<sup>446</sup>.

Die gegenteilige Ansicht äußerten die örtlichen Behörden bezüglich einer anderen Kategorie von Deportierten, den ehemaligen „Kulaken“. Nach Meinung des Sekretärs des Parbiger Bezirkskomitees der KPdSU Davydenko habe ihre politische Umerziehung stattgefunden, wenn sie auch schwierig verlaufen sei, was die Möglichkeit gebe, sie in einzelnen Fällen als Mitglieder in Wahlkommissionen zuzulassen<sup>447</sup>. Er betonte auch, dass die Bekanntmachung der Wahlen zum Obersten Sowjet einen neuen politischen und beruflichen Aufstieg bei ihnen verursacht habe. Aus diesem Grund habe der sozialistische Wettbewerb mit dem Ziel begonnen, sich auf die Aussaat vorzubereiten und vorzeitig den Plan der Holzbeschaffung zu erfüllen<sup>448</sup>. Darüber hinaus waren 22 von 150 Mitgliedern der Wahlkommission im Bezirk Baktschar des Gebiets Tomsk ehemaligen „Kulaken“. Die meisten von ihnen waren Komsomolzen und Lehrer<sup>449</sup>.

Die dargestellten Informationen verdeutlichen das in den vorhergehenden Kapiteln angesprochene Problem der in den Sondersiedlungen existierenden interkontingentalen Hierarchie. Während zuvor gezeigt wurde, dass diese Hierarchie auf Grundlage formaler Indikatoren gebildet wurde, wie dem Bildungs- und Berufsniveau der Angehörigen der Gruppe, ihren Produktionsleistungen, der Anzahl der Fluchtversuche usw., dann basierten in dieser Situation die Statusunterschiede sowohl auf Merkmalen des Verhaltens der Sondersiedler, als auch auf subjektiven Vorstellungen der Behörden über die „Natur“ der Sonderkontingente. In diesem Zusammenhang wurden einige Kategorien der Deportierten als „zu antisowjetischer Tätigkeit geneigte“, andere als „zur Umerziehung fähige“ betrachtet. In Übereinstimmung mit diesem System der Hierarchie wurden nicht nur das Ausmaß der Kontrolle, die in Bezug auf ein Sonderkontingent festgelegt wurde, sondern auch der Umfang der Rechte und Pflichten dieses Sonderkontin-

---

<sup>446</sup> Ebd., 4.

<sup>447</sup> Ebd., 2.

<sup>448</sup> Ebd., 3.

<sup>449</sup> Ebd., 14.

gents bestimmt. Mit anderen Worten, wenn die Deutschen und Kalmücke ihre Loyalität ausreichend bestätigten, um an der Wahl teilzunehmen, dann mussten sich die ehemaligen „Kulaken“ beispielsweise an der Arbeit der Wahlkommissionen beteiligen oder ihre Produktionsleistungen erhöhen.

### 1.2. Die Wahlverweigerung

Als Beweis der Verweigerung einiger Sondersiedler, an den Wahlen teilzunehmen, gaben die Angestellten der Bezirksabteilungen des NKVD / MVD einzelne Aussagen der Deportierten an, in denen Gründe für die negative Einstellung zur Wahlkampagne erklärt wurden. Alle in den Quellen genannten Zitate wurden nach ihrem Inhalt in sechs Gruppen eingeteilt (Tabelle 4.1):

1. Die Sondersiedler verbinden ihre Abgeneigtheit, an den Wahlen teilzunehmen, mit ihrem schlechten ökonomischen Zustand und teilen mit, dass die Abstimmung keine wichtige Bedeutung unter den Bedingungen des Hungers und der Not habe und diese Situation nicht ändern könne.

„Früher wohnten wir ohne jegliche Wahlen, aber das Leben war besser, das Volk aß ausreichend Brot und Fleisch, und unter der Sowjetmacht stimmen wir jedes Jahr ab, aber das Leben wird für das Volk schlechter und schlechter, das Volk verhungert, [die Behörden] weigerten sich völlig und ganz, Brot [auszugeben]. Jetzt schmiedet man Pläne, mehr durch Gerede, und in der Wirklichkeit gibt es für das Volk nichts. Ich bin damit einverstanden, nie mehr abzustimmen, ohne Wahlen und Kolchosen zu leben, im Wesentlichen gibt es nichts, wofür man wählen kann, man ernährt uns nicht, im Allgemeinen ist das Leben sehr schwierig“.<sup>450</sup>

*Sondersiedlerin, Deutsche R., Bezirk Kočki des Gebiets Novosibirsk, 1947*

---

<sup>450</sup> GANO f. p-56, op. 1, d. 306, l. 4. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Ранее мы жили без всяких выборов, а жизнь была лучше, народ ел хлеб, мясо в достаточном количестве, а при Советской власти каждый год голосуем, а жизнь для народа становится все хуже и хуже, народ живет голодом, [власти] хлеб совсем отказали[сь] [выдавать]. Сейчас только составляют планы больше языками, а на деле для народа ничего нет. Я согласна вообще не голосовать, жить без выборов и без колхозов[,] по существу и голосовать не за что, нас не кормят и вообще жить очень трудно“.

„Ich bin alleinstehend, verdiene 600 Rubel pro Monat und das Gehalt wird nicht bezahlt, man sagt, dass es kein Geld gibt. Seit November bekomme ich seit 5 Tagen kein Gehalt, kaufe kein Brot, es gibt kein Geld. [Sie] sprechen über die Bestimmung der Wahlen, es macht keine Freude zuzuhören, es wäre besser, wenn sie das Gehalt bezahlen würden“.<sup>451</sup>

*Sondersiedler, Volksdeutscher S., Bezirk Čerepanovo des Gebiets Novosibirsk, 1947*

2. Die Deportierten erklären die Gründe für ihre negative Einstellung zu den Wahlen durch die Abwesenheit von Kandidaten, die das Interesse der kleinen Völker schützen.

„Jetzt werden die Wahlen beginnen, ob wirklich ein Vertreter der deutschen Republik zum Obersten Sowjet gewählt wird? Er wird nicht aufgestellt, und doch wäre es nicht richtig“.<sup>452</sup>

*Sondersiedler, Deutscher E., Gebiet Tomsk, 1945*

„In Amerika besteht die Regierung nur aus Amerikanern und bei uns werden nur Russen, wie in Amerika, zum Obersten Sowjet der RSFSR gewählt, weil die RSFSR die russische Republik ist“.<sup>453</sup>

*Sondersiedlerin, Deutsche G., Bezirk Kujbyševo des Gebiets Novosibirsk, 1947*

---

<sup>451</sup> GANO f. p-90, op. 1, d. 570, l. 3. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Я одинокий[,] зарабатываю 600 руб. в месяц[,] а зарплаты не выплачивают, говорят, что денег нет. С ноября м-ца не получаю зарплаты 5 дней[,] не покупаю хлеб, нет денег. Разъясняют положение о выборах, но слушать нерадостно, лучше бы было[,] если выдали бы зарплату“.

<sup>452</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 282, l. 15. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Вот сейчас начнутся выборы[,] неужели не будет выбрано в Верховный совет представителя от немецкой республики[?] Если он так и не будет выставлен, все же это было бы неправильно“.

<sup>453</sup> GANO f. p-58, op. 1, d. 305, l. 1. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „В Америке правительство состоит только из американцев[,] и у нас в Верховный Совет РСФСР, также как и в Америке, будут избирать только русских, так как РСФСР является республикой русской“.

3. Die Sondersiedler meinen, dass die Wahlen eine Fiktion sind und nur Kandidaten, die gegenüber den Behörden loyal sind und die Situation nicht ändern können, die Möglichkeit haben, zu gewinnen.

„Der Inhalt der Bestimmung über die Wahlen ist identisch zum Jahr 1937. Es ist bisher unbekannt, wer gewählt wird, aber wahrscheinlich wird die Mehrheit der alten Abgeordneten ein Teil des Obersten Sowjets [der UdSSR]“.<sup>454</sup>

*Sondersiedler, Kalmücke A., Bezirk Ubino des Gebiets Novosibirsk, 1945*

„Wir sollten an den Wahlen nicht teilnehmen, weil sie /die Behörden/ eine Person wählen, die sie brauchen, uns werden sie nicht fragen“.<sup>455</sup>

*Sondersiedler, Deutscher, Bezirk Novosibirsk des Gebiets Novosibirsk, 1945*

4. Die Deportierten drücken ihre Unzufriedenheit mit bestimmten Kandidaten aus und beschuldigen sie beispielsweise des Diebstahls und Analphabetismus.

„[Die Kandidatin] kam in das Dorf Černovka, aber morgen ist sie bei uns im Dorf Rešety, aber ich gehe nicht, um [sie] zu sehen, weil sie unwürdig ist, eine Abgeordnete zu sein, Putzen von Toiletten ist alles, was sie tun kann“.<sup>456</sup>

*Sondersiedlerin, Deutsche F., Bezirk Kočki des Gebiets Novosibirsk, 1947*

„Als ich Malyškina sah, fiel ich fast um, sie ist sehr /obszöne Wörter/ [...]

Die Deutschen sollen für sie nicht abstimmen, denn Malyškina ist unwürdig, eine

---

<sup>454</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 190. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Положение о выборах по содержанию такое же, что было в 1937 году. Кто будет избран, пока неизвестно, но, видимо, большинство старых депутатов войдет в состав Верховного Совета“.

<sup>455</sup> Ebd., 191. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Нам не нужно участвовать в выборах, потому, что они /власть/ выбирают того, кто им нужен и нас не спрашивают“.

<sup>456</sup> GANO f. p-56, op. 1, d. 306, l. 3. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „[Кандидат] приехал в село Черновка, а завтра будет у нас в селе Решетах, но я и не пойду смотреть, потому, что она недостойна в депутаты, ей только чистить уборные“.

analphabetische Kolchosbäuerin und die Mehrheit wird nicht für sie abstimmen“.<sup>457</sup>

*Sondersiedler, Deutscher K., Bezirk Kočki des Gebiets Novosibirsk, 1947*

5. Die Sondersiedler verbinden ihre Abgeneigtheit, an den Wahlen teilzunehmen, mit der Deportation.

„Neulich gab es eine Versammlung über die Frage der Wahlen in unserem Kolchos. Für welchen Zweck rufen sie uns, die Deutschen? Wir brauchen absolut keine Wahlen, die sowjetische Regierung warf uns aus dem Haus, wir werden das nie vergeben und können nicht vergeben“.<sup>458</sup>

*Sondersiedler, Deutscher Š., Bezirk Kočki des Gebiets Novosibirsk, 1947*

6. Schließlich finden sich Aussagen, in denen die Gründe für die negative Einstellung der Sondersiedler zu den Wahlen nicht konkretisiert werden.

„Diese Wahlen interessieren mich nicht. Obwohl [die Behörden mich] einladen werden, werde ich wohl kaum zu den Wahlen gehen“.<sup>459</sup>

*Sondersiedlerin, Deutsche, Bezirk Ubino des Gebiet Novosibirsk, 1945*

Nach der Tabelle 4.1 bestand der häufigste Grund für den Absentismus der Sondersiedler in ihrem Glauben, dass die ökonomische und politische Situation sich nicht ändern wird. Diese Stimmung war nicht nur für die Sondersiedler charakteristisch, sondern auch für vollberechtigte sowjetische Bürger. Darüber schreibt der Leiter der Krasnozerskoer Bezirksabteilung des NKVD Terechov in seinem Bericht „Über die politische Stimmung der Bevölkerung über die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR“ vom 30. Januar 1946. Ihm zufolge habe eine

---

<sup>457</sup> Ebd., 3. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Когда я эту Малышкину увидел, чуть не упал, уж больно она /нецензурные слова/ [...] Немцам за нее голосовать нечего, т. к. Малышкина не достойная, неграмотная колхозница и большинство не будет за нее голосовать“.

<sup>458</sup> Ebd., 31. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „На днях в нашем колхозе было собрание по вопросу выборов[.] Для какой цели они нас зовут[,] немцев, выборы для нас не нужны совершенно, советское правительство выгнало нас из дому, а за это мы им никогда не простим и простить не можем“.

<sup>459</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 189. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Нас эти выборы не интересуют. Хотя и будут приглашать, вряд ли[,] я пойду на голосование“.

Kolchosbäuerin an der Wahlkampagne aufgrund der herrschenden Entbehrungen nicht teilnehmen wollen und geglaubt, dass die Wahlen nichts ändern werden<sup>460</sup>. Diese These wird durch die von Anna Kimerling angegebenen Quellen bestätigt. Laut ihnen war die Verweigerung eines Teils der Bevölkerung, an dem Ritual der Wahlen teilzunehmen, durch ihr Verständnis des fiktiven Charakters der Wahlen sowie ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation verursacht<sup>461</sup>.

**Tabelle 4.1. Gründe für die Abgeneigtheit von Sondersiedlern, an den Wahlen teilzunehmen (Pers.)**

Benennung	Kategorie					
	1	2	3	4	5	6
Sonderkontingent						
Deutsche	6	6	13	3	2	4
Kalmücken	1	1	2	0	0	3
Volksdeutsche	1	0	0	0	1	0
Wahlen						
Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR 1946	4	1	12	0	1	4
Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR 1947	4	6	3	3	2	3
Insgesamt	8	7	15	3	3	7

Auf Grundlage von: CDNI TO f. 607, op. 1, d. 282, l. 1–4, 13–16; GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 188–192; d. 232, l. 71–79; f. p-30, op. 1, d. 321, l. 33; f. p-43, op. 1, d. 512, l. 5; f. p-51, op. 1, d. 278, l. 9; f. p-56, op. 1, d. 306, l. 3 f, 31 f; f. p-57, op. 1, d. 435, l. 5 f; d. 446, l. 14; f. p-58, op. 1, d. 305, l. 1 f; f. p-78, op. 1, d. 134, l. 1; f. p-79, op. 1, d. 226, l. 13; f. p-90, op. 1, d. 570, l. 1–4.

Allerdings wurde die Unlust der Sondersiedler, an den Wahlen teilzunehmen, durch spezifische Faktoren verstärkt, die keine wesentliche Rolle für die

<sup>460</sup> GANO f. p-57, op. 1, d. 435, l. 10.

<sup>461</sup> Vgl. Kimerling, 2015, S. 145 f.

vollberechtigte Bevölkerung spielten. Zusätzlich zu dem offensichtlichen Resentiment gegen das Sowjetregime wegen der Repressionen herrschte unter den Deportierten die Vorstellung, dass die Wahlen ihre nationalen Interessen nicht schützen können. Dies zeigt sich besonders in den Wahlen zum Obersten Sowjet RSFSR 1947. Die Sondersiedler hatten diese Vorstellung, weil die Deutschen und die Kalmücken vor der Deportation an den Vertretungsorganen ihrer nationalen Republiken, d. h. der Obersten Sowjets der Wolgadeutschen und Kalmückischen ASSR, beteiligt waren und sie als Instrument des Schutzes ihrer nationalen Interessen betrachteten. Die Abschaffung der nationalen Autonomien führte zur Aufhebung dieser Behörde, was von den Deutschen und Kalmücken als Entzug aller ihrer politischen Rechte wahrgenommen wurde. Den Obersten Sowjet der RSFSR nahmen sie wiederum als Organ des Schutzes russischer Interessen wahr.

Außerdem wurden einige religiöse Gruppen, beispielsweise die „Wahren Orthodoxen Christen“, in die Sondersiedlungen verbannt. Ihre religiösen Postulate verneinten jegliche Interaktion mit dem Staat, einschließlich der Teilnahme an den Wahlen. Religiöse Vorstellungen waren auch der Grund für den Absentismus der ethnischen Gruppen der Sondersiedler. Dem Leiter der Dovol'noer OSP des NKVD Elanišev zufolge hätten sich deutsche Sondersiedler versammelt, um unterschiedlicher Gottesdienste durchzuführen, in denen sie gegen die Wahlen agiert hätten<sup>462</sup>. Darüber hinaus bemerkt er eschatologische Stimmungen unter den Sondersiedlern, nach denen das Gericht für Lebende und Tote bald kommen werde. Als Folge dessen werde jeder Mensch entweder eine verdiente Strafe bekommen oder sich von der Qual befreien<sup>463</sup>. In diesem Zusammenhang war die Teilnahme an den Wahlen sinnlos.

Wie konnte nach Meinung der örtlichen Behörden die Stimmung der Sondersiedler verbessert und ihre Wahlaktivität erhöht werden? Zuerst lässt sich darauf hinweisen, dass etwa in jeder fünften analysierten Quelle behauptet wird,

---

<sup>462</sup> GANO f. p-54, op. 1, d. 512, l. 5.

<sup>463</sup> GANO f. p-57, op. 1, d. 435, l. 6.



dass das Problem des Absentismus der Sondersiedler im Prinzip nicht existiert habe. Ihre Autoren teilen mit, dass die Agitationsarbeit in ihrem Bezirk gut durchgeführt werde, die Sondersiedler sich mit der lokalen Bevölkerung an den öffentlichen Veranstaltungen gleichberechtigt beteiligen würden, ihre Stimmung positiv sei und Fälle „antisowjetischer“ Tätigkeit nicht bemerkt worden seien. Da aber in 80 % der Quellen die Wahlverweigerung der Sondersiedler zugegeben wird, lässt sich die Hypothese aufstellen, dass die Verneinung des Problems eine Taktik der Interaktion mit einer höheren Instanz war, die einige regionale Abteilungen des NKVD / MVD wählten, um eine mögliche Bestrafung für eine nicht fachgerechte Durchführung der Wahlkampagne zu vermeiden.

Zwar erkennen die Autoren etwa jedes vierten Berichtes das Problem der Verweigerung der Sondersiedler, an den Wahlen teilzunehmen, aber sie schlagen keine konkreten Maßnahmen für die Verbesserung der Situation vor. Stattdessen beschränkten die Mitarbeiter des NKVD / MVD sich entweder auf formelle Phrasen („[Ich] bitte Sie, der Abteilung der Agitation und der Propaganda Anweisungen zur Verstärkung der agitatorischen Massenarbeit in diesen Kolchosen zu geben“)<sup>464</sup> oder boten an, den Kampf gegen einzelne Personen, die gegen die Wahlen agitierten, zu verstärken (es sei notwendig, „die Personen, die gegen die Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR waren, unter tägliche Kontrolle zu bringen“).<sup>465</sup>

In etwa einem Viertel der Dokumente wird die Verstärkung der ideologischen Arbeit als mögliche Option angegeben, um das Problem der „antisowjetischen“ Tätigkeit der Sondersiedler zu lösen. Ihre Autoren weisen auf die Notwendigkeit hin, die Agitation in der Sprache eines bestimmten Volkes durchzuführen oder die Anzahl der Wahlveranstaltungen, die nur auf die Sondersiedler ausgerichtet sind, zu erhöhen. Zum Beispiel charakterisiert der Sekretär des No-

---

<sup>464</sup> GANO f. p-51, op. 1, d. 278, l. 9. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „[Я] прошу Вас дать указания отделу агитации и пропаганды об усилении агит-массовой работы в этих колхозах“.

<sup>465</sup> GANO f. p-56, op. 1, d. 306, l. 4. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Взять на повседневное наблюдение лиц[,] настроенных против выборов в Верховный Совет РСФСР“.

vosibirsker Gebietskomitees der KPdSU M. Kulagin den Zustand der Agitationsarbeit unter den Deportierten folgendermaßen: „Gespräche mit ihnen [den Sondersiedlern] führt man nicht durch, liest ihnen keine Zeitungen vor, lädt sie nicht oft zu Versammlungen ein, sie wissen nicht, was in der internationalen Arena, im Land, im Gebiet stattfindet. Viele Mitglieder der KPdSU, die Sondersiedler sind, hatten keine Parteaufträge. Die Situation ist unter den Kalmücken besonders schlecht. Viele von ihnen sprechen überhaupt kein Russisch und glauben an Gerüchte, die zuweilen von antisowjetischen feindlichen Elementen stammen“.<sup>466</sup> In diesem Zusammenhang empfiehlt er, Gespräche in der kalmückische Sprache zu führen.

Nur die Autoren des restlichen Drittels der analysierten Berichte nannten den realen Grund für den Absentismus der Sondersiedler: Armut, Hunger und regelmäßige Gehaltsverzögerungen. Nachstehendes Beispiel verdeutlicht dies: Der Leiter der Čerepanover Bezirksabteilung des MVD Safronov schlägt zur Verbesserung der Stimmung der Sondersiedler vor: „4. [Ich] bitte um Ihre Einwirkung mit dem Zweck der Ermittlung des Mittels für die Gehaltsauszahlung an die Arbeiter der Fabrik №8, des industriellen Bezirkskombinats und des Artels ‚Kamenolom‘. [...] 6. Ich würde es für notwendig halten, während der Bürositzung des Bezirkskomitees der KPdSU den Direktor der milchproduzierenden Sowchose, den Genossen Osincev, und den Sekretär der primären Parteiorganisation, den Genossen Borozdin, anzuhören über die Schaffung normaler Haushaltsbedingungen für die Sondersiedler, die in der Sowchose angesiedelt wurden, und über die Verstärkung der agitatorischen, politischen Arbeit im Zusammenhang

---

<sup>466</sup> GANO f. p-4, op. 34, d. 196, l. 184. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Бесед с ними [со спецпоселенцами] не проводится, газет им не читают, на собрания их зачастую не приглашают, о том, что происходит на международной арене в стране, в области они не знают. Многие члены ВКП(б) из спецпереселенцев партийных поручений не имеют. Особенно плохо обстоит дело среди калмыков, многие из которых совершенно не знаю русского языка и питаются различными слухами[,] исходящими подчас от антисоветских враждебных элементов“.

mit den Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR unter den Sondersiedlern“.<sup>467</sup> Gleichzeitig versuchten sie nicht, die Verantwortung für die Notlage den Sondersiedlern selbst zuzuweisen, sondern schrieben, dass diese Situation durch die Untätigkeit der Mitarbeiter, die für die Anordnung der Deportierten in Sibirien verantwortlich waren, und die Leiter der Wirtschaftsorganisationen verursacht wurde. Nur in einem Dokument wird über die Abneigung der Sondersiedler gesprochen, sich sesshaft zu machen. Ihre regelmäßigen Umzüge trügen zur Verschlechterung der finanziellen Situation der Deportierten bei: „Der große Teil der Deutschen wurde per Verfügung des Tomsker Staatsfischtrests für die Fischproduktion abgeordnet, wegen der besonderen Bedingungen der Fischerei wurden sie während des Kriegs sehr oft von einem Ort zum anderen umgesiedelt, infolgedessen machten sie sich nicht sesshaft, ein großer Teil blieb in einer schwierigen materiellen Situation und ihre Stimmung ist durch eine Reihe von negativen Phänomenen gekennzeichnet. Sie wollten unter allerlei Vorwänden nicht arbeiten, hatten keinen Wunsch, sich an diesen Orten sesshaft zu machen und strebten an, den Bezirk zu verlassen“.<sup>468</sup>

Die Position der regionalen Behörden im Allgemeinen bewertend lässt sich sagen, dass die Mimikry auch für ihr Verhalten charakteristisch war. Die Hauptaufgabe der örtlichen Leiter bestand darin, die Forderungen des Zentrums

---

<sup>467</sup> GANO f. p-90, op. 1, d. 570, l. 3. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „4. [Я] прошу Вашего воздействия в изыскании средств и выплате заработной платы рабочим по заводу № 8, райпромкомбинату и артели ‚Каменолом‘. [...] 6. Считаю бы необходимым заслушать на бюро РК ВКП(б) директора молсовхоза тов. Осинцева и секретаря первичной парторганизации тов. Бороздина о создании нормальных бытовых условий спецпереселенцам, расселенных в совхозе и об усилении агитационной политическо-массовой работе по выборам в Верховный Совет РСФСР среди спецпереселенцев“.

<sup>468</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 282, l. 13 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Большая часть немцев была направлена в распоряжение Томского Госрыбтреста на рыбодобычу[,] в силу особых условий рыбодобычи, они за время войны очень часто переводились с одного места на другое, вследствие этого значительная часть из них не осели, большая часть оказалась в тяжелом материальном положении[,] и настроение их характеризуется целым рядом отрицательных явлений. От работы под разными предлогами уклоняются, не проявляют никакого желания оседать в этих метках, стремясь все время уехать“.

rechtzeitig und gewissenhaft zu befolgen, um dieses zu manifestieren. In diesem Zusammenhang bestritten sie Probleme in der Umsetzung der zentralen Verordnungen, beschränkten sich auf formelle und standardisierte Phrasen oder schlugen vor, die Probleme durch ideologisch-propagandistische Arbeit zu lösen, was kaum die Einstellung der Sondersiedler zur sowjetischen Macht ändern konnte. Selbst wenn die örtlichen Angestellten des NKVD / MVD zugaben, dass die Wahlverweigerung der Sondersiedler durch tiefere Gründe verursacht wurde, darunter auch der äußerst schlechte ökonomische Zustand der Deportierten, wälzten sie die Verantwortung auf untergeordnete Vollstrecker, Leiter der Wirtschaftsorganisationen und in seltenen Fällen auf die Sondersieder ab, da sie keine Lust oder nicht die dafür notwendigen Ressourcen hatten, um die Probleme zu lösen.

Dies bringt uns zum Problem der Effektivität der stalinistischen Mobilisierungskampagnen. Nach Svetlana Ušakova wurden die Ziele der Kampagnen der 1930er Jahren im Allgemeinen realisiert. In Verbindung mit anderen Methoden der Einwirkung auf die Bevölkerung trugen sie zur Mobilisation der sowjetischen Gesellschaft und zur Bildung des Massenbewusstseins in die für die sowjetische Regierung notwendige Richtung bei<sup>469</sup>. Allerdings war ihre Wirkung kurzfristig: Allmählich verkamen die mobilisierenden Kampagnen zu einem Element des Alltages, einem Ritual, und konnten die Begeisterung der Bevölkerung nicht mehr wecken. Elena Zubkova bemerkte zu Recht, dass die wichtigsten Merkmale der sowjetischen Gesellschaft der Nachkriegszeit entweder Apolitismus oder demonstrative (rituelle) Aktivität gewesen seien<sup>470</sup>.

Dabei waren die Teilnehmer dieser Rituale nicht nur gewöhnliche Bürger, sondern auch Vertreter der Macht. Erstere taten so, als ob sie die vom Regime durchgeführten Veranstaltungen unterstützen würden, während Zweitere vorge-

---

<sup>469</sup> Vgl. Ušakova, Svetlana: *Ideologo-propagandistskie kampanii kak sposob social'noj mobilizacii sovetskogo obščestva v konce 1920-ch – načale 1940-ch gg.*: Na materialach Zapadnoj Sibiri, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Novosibirsk: Novosibirskij gosudarstvennyj universitet, 2001, S. 281–289.

<sup>470</sup> Vgl. Zubkova, 1999, S. 221.

ben, alle Anstrengungen zu unternehmen, um sie mit maximaler Qualität zu verwirklichen. Die Sondersiedler akzeptierten im Allgemeinen die Regeln dieses sozialen Rituals, wenngleich einige von ihnen versuchten, die Teilnahme an ihm zu verweigern. Im Vergleich mit den übrigen Bürgern war das Verhalten der Deportierten jedoch weniger durch die demonstrative Aktivität gekennzeichnet. Sie strebten nicht danach, in die ersten Reihen von Personen aufzusteigen, die die Durchführung der Wahlen unterstützten. Diese Position entsprach voll und ganz den Interessen der regionalen Behörden, da die „unzuverlässigen“ Elemente nur ein Teil dieser mobilisierenden Kampagne, nicht ihr Motor sein mussten.

Der Integrationsprozess in das sowjetische System kann daher als eine bestimmte Schule des Konformismus angesehen werden, in der die Sondersiedler lernen mussten, den deklarativen Verhaltensnormen formal zu folgen und an der Inszenierung teilzunehmen. Eine Reihe von Personen lehnte jedoch die Spielregeln ab, was zu passivem Widerstand führte.

## 2. Die Protestreaktion der Sondersiedler auf den Tod Stalins

Im Vergleich zur recht gut organisierten und geplanten Wahlkampagne 1946–1947, die nicht mehr als ein Element des Alltages war und keine Atmosphäre von Veränderung mit sich trug, brachte der Tod Stalins die gesamte sowjetische Bevölkerung auf, zerstörte die gewöhnliche Lebensordnung und markierte das Ende einer Ära. Die Stimmung der Ungewissheit, die in der Gesellschaft herrschte, ist aussagekräftig in den Erinnerungen der 1941 aus Lettland in das Gebiet Tomsk deportierten Rivka Rabinovič überliefert: „Stalin war der konstante Faktor in unserem Leben, wie Sonnenaufgang und Sonnenuntergang. Es schien, dass die Weltordnung ins Schwanken kam. Eine offizielle Losung der Propaganda lautete: ‚Lenin ist immer mit uns‘. Obwohl diese Losung überall, sogar in den Schulklassen, gesehen werden konnte, fühlten wir die Anwesenheit Lenins nicht, er lag im Mausoleum und störte niemanden. Im Gegensatz dazu war Stalin immer tatsächlich bei uns. Das Volk gewöhnte sich daran, dass alles nach Anweisungen von ‚oben‘ gemacht wird. Auf jeder Ebene gibt es einen Kopf: der dörfliche, bezirkliche, regionale, republikanische. Und der landesweite Kopf ist Stalin. Das ist die Struktur der Macht. Und plötzlich gibt es keinen Kopf dieser Struktur. Wer wird das Land leiten? Die Ungewissheit flößte Furcht ein.“<sup>471</sup> In der Atmosphäre der Ungewissheit befanden sich nicht nur die Bürger, sondern auch die Vertreter der Macht, die es gewohnt waren, streng nach den Anweisungen des Zentrums zu handeln. Wenn also im vorherigen Abschnitt die Fertigkeit der Gesellschaft und der regionalen Behörden, sich an eine von oben

---

<sup>471</sup> Rabinovič, 2015, S. 180. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Сталин был постоянным фактором в нашей жизни, подобно восходу и закату солнца. Казалось, что порядок мироздания поколебался. Один из официальных лозунгов пропаганды гласил: ‚Ленин всегда с нами‘. Хотя этот лозунг можно было видеть везде, даже в классах школы, присутствие Ленина мы не ощущали, он лежал в мавзолее и никому не мешал. В противоположность этому Сталин действительно был всегда с нами. Народ привык к тому, что все делается по указаниям ‚сверху‘. На каждом уровне свой ‚верх‘ – сельский, районный, областной, республиканский, всесоюзный. А всесоюзный верх – это Сталин. Такова структура власти. И вдруг верха этой структуры больше нет. Кто же будет управлять страной? Неизвестность внушала страх“.

klar formulierte Norm anzupassen, analysiert wurde, dann geht es nun um ihre Fähigkeit, unter der fast vollständigen Abwesenheit dieser Norm zu handeln.

In der Geschichtsschreibung wird der Tod Stalins vor allem als Startpunkt einer neuen Periode in der sowjetischen Geschichte bewertet. Aus diesem Grund liegt der Akzent der Analyse nicht auf der ersten Reaktion der gewöhnlichen Bürger auf dieses Ereignisses, sondern auf seinen langwierigen Folgen. Gleichzeitig werden die im März 1953 in hohen Machtkreisen beginnenden Schlachten detailliert betrachtet. Unter den Biographen Stalins werden aktive, aber nicht immer unparteiische Diskussionen über die Gründe seines Todes und über die Chronologie der Ereignisse in der stalinistischen Datscha in Kunccevo geführt<sup>472</sup>. Der Art und Weise, wie die ideologischen Einstellungen und die sowjetische Gesellschaft sich in den ersten drei Monaten nach dem Tod Stalins änderten, ist jedoch noch immer wenig verstanden. Nichtsdestoweniger gibt es in der modernen Historiographie einige Artikel, die eine besondere Erwähnung verdienen. So analysierte Anton Kuropatkin, welche Veränderungen in der sowjetischen Propaganda im Frühling 1953 stattfanden, und kam zu dem Schluss, dass bereits in den ersten 100 Tagen nach dem Tod Stalins der Kult verworfen und eine „unpersönliche“ Richtung in der ideologischen Politik eingeleitet worden sei<sup>473</sup>. Dem His-

---

<sup>472</sup> Vgl. Avtorchanov, Abdurachman: *Zagadka smerti Stalina: zagovor Berija*, Frankfurt a. M.: Possev-Verlag, V.Gorachek K.G., 1976, S. 199–223; Kellmann, Klaus: *Stalins langer Tod*, in: Thomas Großbölting / Rüdiger Schmidt (Hrsg.), *Der Tod des Diktators: Ereignis und Erinnerung im 20. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011, S. 100–106; Medvedev, Roy: *Let History Judge: the Origins and Consequences of Stalinism*, New York: Columbia University Press, 1989, S. 861–868; Pichoja, Rudolf: *Sovetskij Sojuz: istorija vlasti*, Moskau, Berlin: Direkt-Media, 2019, S. 103–108; Reimann, Max: *N. S. Khrushchev i povorot 1953 g.*, in: *Voprosy istorii*, Nr. 12, 1997, S. 165–168; Rubenstein, Joshua: *The Last Days of Stalin*, New Haven, London: Yale University Press, 2016, S. 1–35; Chlevnjuk, Oleg: *Stalin: Eine Biographie*, München: Siedler Verlag, 2015, S. 487–497; Ulam, Adam B.: *Stalin. The Man and his Era*, Boston: Beacon Press, 1989, S. 700–743; Zezina, Marina: *Šokovaja terapija ot 1953-go k 1956 godu*, in: *Otečestvennaja istorija*, Nr. 2, 1996, S. 121–135; Žukov, Jurij: *Bor’ba za vlast’ v partijno-gosudarstvennych verchach SSSR vesnoj 1953*, in: *Voprosy istorii*, Nr. 5–6, 1996, S. 89–104.

<sup>473</sup> Vgl. Kuropatkin, Anton: *Novye napravlenija v ideologičeskoj propagande v SSSR posle smerti I. V. Stalina*, in: *Izvestija Samarskogo naučnogo centra Rossijskoj akademii nauk*, Nr. 3, 2011, S. 168.

toriker zufolge habe jedoch diese Zeit nicht ausgereicht, damit die gewöhnlichen Bürger diese Veränderungen akzeptiert hätten: Die Menschen hätten weiterhin nach dem Kanon des personifizierten Führers gelebt<sup>474</sup>. Indem Jurij Kostjašov die dem Tod Stalins gewidmeten Trauerveranstaltungen als vollwertige ideologische Kampagne betrachtet, kam er zu dem Schluss, dass die Parteiorganisationen und Komitees aller Ebenen im März 1953 fast nicht gearbeitet hätten, obwohl über dieses epochale Ereignis per Radio gesprochen worden sei und Zeitungen Trauerartikel veröffentlicht hätten. In diesem Zusammenhang seien keine Meetings, Versammlungen oder Sitzungen im Gebiet Kaliningrad durchgeführt worden<sup>475</sup>. Die Situation erschien im Gebiet Kemerovo anders. Nach Angaben von Elena Genina und Marina Koljazimova fanden dort Trauerzüge und Kundgebungen statt, an denen mehr als 900.000 Menschen teilnahmen<sup>476</sup>. Diese entgegengesetzten Schlussfolgerungen zeigen, dass die örtlichen Leiter auf die aktuelle Situation der Ungewissheit unterschiedlich reagierten. Einige waren so unorganisiert, dass sie fast keine Maßnahmen ergriffen, um Trauerveranstaltungen durchzuführen, während andere sich im Gegenteil schnell orientieren und die Bevölkerung mobilisieren konnten.

Das Problem der Aktivierung des Protestverhaltens der Bevölkerung in den ersten Monaten nach dem Tod Stalins wurde in Kommentaren zu einer Sammlung von Dokumenten behandelt, die dem Dissens in der UdSSR von 1953–1982 gewidmet sind. Vladimir Kozlov, der Autor des einleitenden Artikels, bemerkte, dass die Behörden unmittelbar nach dem Tod Stalins aus Gewohnheit noch eine repressive Kampagne durchgeführt hätten, um die Bevölkerung zur Vorsicht zu mahnen. Als Ergebnis wurden Menschen, die für einen Moment die „Sicherheitsmaßnahmen“ vergaßen und sich etwas Unangenehmes

---

<sup>474</sup> Vgl. Kuropatkin, Anton: Novye vejanija v ideologiĉeskoj propagande SSSR v pervye mesjacy posle smerti Stalina (na materialach peredaĉ sojuznogo veščanija), in: Aktual'nye problemy gumanitarnych i estestvennych nauk, Nr. 12, 2010, S. 100 f.

<sup>475</sup> Vgl. Kostjašov, Juri: Ideologiĉeskie kampanii perioda pozdnego stalinizma v kolchozach Kaliningradskoj oblasti: istorija povsednevnosti, in: Vestnik Baltijskogo federal'nogo universiteta Kanta, Nr. 12, 2012, S. 81.

<sup>476</sup> Vgl. Genina/Koljazimova, 2014, S. 148.



über den verstorbenen Führer zu sagen erlaubten, verhaftet. Gleichzeitig betonte der Historiker, dass dieses Protestverhalten eher die Ausnahme als die Regel war. Im Allgemeinen nahm die Bevölkerung negative Einstellungen zu Stalin und die öffentliche Freude an seinem Tod als Lästerung wahr. In diesem Zusammenhang werden die Menschen, die im Frühling 1953 auf der Seite des Protestes standen, von Kozlov als Einzelgänger angesehen, die sich dem „Kollektiv“ der treuen Untertanen widersetzen. Sie waren für die stille Mehrheit einer verdienten Strafe unterliegende Ausreißer, Ausgestoßene und Feinde<sup>477</sup>.

Im Mittelpunkt dieses Teilkapitels stehen die Protestreaktionen der Sondersiedler auf den Tod Stalins, weil sie zeigen, inwieweit die „unzuverlässigen“ Elemente die Spielregeln akzeptierten, deren Beachtung erlaubte, erfolgreich im sowjetischen System zu existieren. Mit anderen Worten, wenn festgestellt wird, dass die Sondersiedler selbst in einer Situation, in der die Macht geschwächt war und die Bevölkerung große Veränderungen antizipierte, sich weiter an das Ritual hielten oder zumindest Loyalität gegenüber dem System simulieren, lässt sich die Hypothese aufstellen, dass sie sich während des Lebens in Sibirien an die Anforderungen anpassen konnten, die das Sowjetregime an seine Bürger stellte. Nicht weniger wichtig ist auch die Reaktion der regionalen Behörden auf das Protestverhalten der Sondersiedler: Die Analyse der gegen die Übertreter der Rechtsordnung verhängten Sanktionen wird zeigen, ob die Mitarbeiter der Strafbehörden nach den alten Verhaltensmechanismen handelten und inwieweit sie bereit waren, die alte Ordnung zu schützen. Dies aktualisiert wiederum das Problem der Funktionsfähigkeit der Diktaturen in Krisensituationen.

Die Quellenbasis besteht aus mehreren Sondernachrichten des MVD, die vom Leiter der Abteilung des MVD für das Gebiet Tomsk Velikanov an den Sekretär des Parteikomitees Smol'janinov gerichtet wurden<sup>478</sup>. Diese Dokumente

---

<sup>477</sup> Vgl. Kozlov, Vladimir: Stalin umer!, in: Kramola. Inakomyslie v SSSR pri Chruščeve i Brežneve 1953–1982 gg., hg. v. Vladimir Kozlov / Sergej Mironenko / Ol'ga Èdel'man, Moskau: Materik, 2005, S. 33–36.

<sup>478</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1923 (2), l. 207–216; 225–230; 252–256; 262–266; 310–315.

wurden während des ersten Monates nach dem Tod Stalins, überwiegend vom 7. bis 14. März, auf Grundlage operativer Informationen verfasst. Sie enthalten die Beschreibung der unterschiedlichen „antisowjetischen“ Aktionen, die größtenteils vom 4. bis 8. März 1953 von den sowjetischen Bürgern, einschließlich der Sondersiedler, ausgeübt wurden. In diesen Quellen wurden 20 Fälle des Protestverhaltens der Deportierten beschrieben und 26 Personen als Teilnehmer namentlich genannt. Darüber hinaus wurde eine Sondernachricht gefunden, in der acht Auszüge aus privaten Briefen der Sondersiedler aufgeführt wurden, in denen diese „antisowjetische“ Aussagen tätigten<sup>479</sup>. Der große Vorteil dieser Quellen besteht darin, dass sie die erste psychologische Reaktion der Sondersiedler auf die Krankheit und den Tod Stalins widerspiegeln. Sie stehen damit im Gegensatz beispielsweise zu Erinnerungen und Interviews, die in der Regel lange Zeit nach den betrachteten Ereignissen verfasst wurden, wenn ihre Autoren bereits eine lange Reflexion durchlaufen hatten.

Als Beispiel des Protestverhaltens der Sondersiedler lässt sich der folgende Abschnitt aus einer Quelle angeben: „Die 1941 als sozialgefährliches Element aus der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik verbannte Litauerin S., 1897 geb., teilte im Gespräch über den Tod des Genossen J. Stalin mit: ‚Ich denke, dass keine Änderungen in der Politik der Sowjetunion stattfinden werden, aber ich bin davon überzeugt, dass sich die Repressionen gegen das Volk noch mehr steigern werden, alles wird so sein, wie es im Sprichwort gesagt wird: ‚Neue Bessen kehren gut‘.“<sup>480</sup>

---

<sup>479</sup> Ebd., 270–272.

<sup>480</sup> Ebd., 310 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Высланная в 1941 году из Литовской ССР как социально-опасный элемент З., 1897 года рождения, по национальности литовка, 7 марта в разговоре о смерти товарища И. В. Сталина заявила: „...Я думаю, что изменений в политике Советского Союза не произойдет, но уверена в том, что еще более усилятся репрессии против народа, произойдет [так], как говорит пословица ‚новая метла – чище метет‘“.

Alle vom MVD genannten Personen wurden mit dem Gedächtnisbuch für das Gebiet Tomsk<sup>481</sup> und mit der Datenbank „Die Opfer des politischen Terrors der UdSSR“ verglichen, die von der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ zusammengestellt wurde. Dort wurden neun von 34 Sondersiedlern gefunden. Im Ergebnis wurden nicht nur die formellen Informationen über die betrachteten Deportierten (Alter, Wohnort, Bildung, Parteizugehörigkeit) präzisiert und ergänzt, sondern auch ihr weiteres Schicksal wurde beleuchtet. So wurde die Verhaftung einiger Sondersiedler offenbart. Da alle Verhaftungen zwischen dem 9. März und dem 1. April durchgeführt wurden, lässt sich schließen, dass sie sich auf das Protestverhalten der Sondersiedler nach dem Tod Stalins bezogen.

Außerdem wurde ein Interview mit dem in den Sondernachrichten genannten Sondersiedler Samuel Zisser benutzt, das in der vom Memorialmuseum „Untersuchungsgefängnis des NKVD“ Tomsk gesammelten Datenbank „Oral History“ gefunden wurde<sup>482</sup>. Aba Taratuta führte dieses Interview im März 2003 in Jerusalem, als der befragte ehemalige Sondersiedler Zisser 82 Jahre alt war. Er wurde in Moskau geboren, sein Vater war Jude, Holzhändler von Beruf und kam aus Riga, seine Mutter war Deutsche. Nach dem Beitritt Lettlands zur UdSSR wurde der Vater verhaftet und für zehn Jahre ins Lager geschickt, während Samuel zusammen mit seiner Mutter in das Gebiet Tomsk, nach Kolpaševo, deportiert wurde, wo er als Geiger tätig war. Nach dem Krieg bekam er die Genehmigung für eine Fahrt nach Tomsk, wo er in der Philharmonie arbeitete. Am 9. März 1952 wurden Zisser und seine Mutter wegen konterrevolutionärer Sabotage verhaftet und schon am 11. Juni 1953 wurden sie zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager und fünf Jahren Entzug der Bürgerrechte verurteilt. Anschließend wurde die Gefängnisstrafe auf zehn Jahre Besserungsarbeitslager reduziert. 1973 emigrierten Zisser und seine Familie nach Israel und wohnten in Jerusalem. Zwar

---

<sup>481</sup> Vgl. Bol' ljudskaja: Kniga pamjati tomičej, repressirovannyh v 1930-e – načale 50-ch godov, hg. v. Valerij Ujmanov, 3 Bde., Tomsk: Izdatel'stvo Tomskogo universiteta, 2016.

<sup>482</sup> Vgl. Interview mit Samuel Zisser: in: Tomsker Museum „Untersuchungsgefängnis des NKVD“, [online] <http://nkvd.tomsk.ru/projects/posledniysvidetel/writings/zissers/> [30.01.2019].

werden die Ereignisse des Frühlings 1953 in diesem Interview nicht angesprochen, aber es ermöglicht, zu verstehen, welche Persönlichkeit hinter den formalen Dokumenten des MVD stand.

### 2.1. Die Merkmale der protestierenden Sondersiedler

Das Alter der vom MVD genannten Sondersiedler ist in Tabelle 4.2 dargestellt. Das Protestverhalten war größtenteils für die dreißig- bis vierzigjährigen Sondersiedler charakteristisch. Nur ein Sondersiedler aus der untersuchten Gruppe war zur Zeit der Deportation neun Jahre alt und zwei weitere waren 17 und 19 Jahre alt. Das Alter der meisten Protestler ist damit zu begründen, dass die im späteren Alter nach Sibirien deportierten Menschen reiche Lebenserfahrungen und vor der Repression entwickelte Verhaltensmodelle hatten. Für sie war es im Vergleich zu der Generation, die in den Sondersiedlungen aufgewachsen war, viel schwieriger, die neuen Regeln des Lebens anzunehmen.

**Tabelle 4.2. Alter der protestierenden Sondersiedler**

Altersstufen	im Jahr 1953		zur Zeit der Deportation	
	Pers.	%	Pers.	%
bis 10 Jahre	0	0	1	7,6
von 10 bis 19 Jahren	0	0	2	15,4
von 20 bis 29 Jahren	4	18,2	4	30,8
von 30 bis 39 Jahren	7	31,8	2	15,4
von 40 bis 49 Jahren	6	27,3	4	30,8
von 50 bis 59 Jahren	3	13,6	0	0
von 60 bis 69 Jahren	2	9,1	0	0
Insgesamt	22	100	13	100

Auf Grundlage von: CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1923 (2), l. 207–216; 225–230; 252–256; 262–266; 270–272; 310–315.

Bei der Analyse des Geschlechts der Sondersiedler wurde ein wesentliches Ungleichgewicht zugunsten der Männer offenbart (61,5 %). Dies war nicht unbedingt damit verbunden, dass Männer stärker zu Protestverhaltensmustern geneigt waren. Es lassen sich mindestens zwei Hypothesen aufstellen, die die Gründe dieser Disproportion erklären können. Erstens konnte das MVD öfter eine „antisowjetische“ Aktivität der Männer feststellen, da es weniger Aufmerksamkeit auf das Protestverhalten von Frauen richtete, denn es war für sie weniger wesentlich. Zweitens konnte das MVD bei der Beschreibung des „antisowjetischen“ Verhaltens ganzer Familien nur das Vergehen der Familienoberhäupter, die meistens Männer waren, als Beispiel anführen. So wird in der Sondernachricht über die „antisowjetische“ Tätigkeit des Sondersiedlers Zisser nichts über das Verhalten seiner Mutter berichtet, obwohl sie zusammen mit ihm zu zehn Jahren Besserungsarbeitslager und fünf Jahren Entzug der Bürgerrechte verurteilt wurde. In der Quelle wird nur die folgende Phrase angegeben: „Zisser, [Name des anderen Sondersiedlers] und mit ihnen verbundene Personen, insgesamt vier Personen, wurden verhaftet und werden strafrechtlich zur Verantwortung gezogen“.<sup>483</sup> Wahrscheinlich war seine Mutter eine der „mit ihnen verbundenen Personen“.

Die Information über die Zugehörigkeit zu einem Sonderkontingent wurde bezüglich 19 Deportierter offenbart. Ihre überwiegende Mehrheit (12 Pers. oder 63,2 %) stammte aus Litauen (5 Pers.) oder Lettland (7 Pers.). Aus diesen Territorien wurden die größten Deportationskampagnen durchgeführt. Die erste erfolgte im Juni 1941 nach dem Beitritt der baltischen Staaten zur UdSSR. In ihrem Rahmen fand „die Säuberung von antisowjetischen, kriminellen und sozial gefährlichen Elementen“ statt. Die zweite, sogenannte Operation „Priboi“ wurde im März 1949 durchgeführt. Es ließ sich nicht immer offenbaren, innerhalb welcher der zwei Kampagnen eine Person deportiert wurde. Mindestens fünf Perso-

---

<sup>483</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1923 (2), l. 207–211. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Зиссер, [имя другого спецпоселенца] и связанные с ними лица, всего в количестве четырех человек, арестованы и привлекаются к уголовной ответственности“.

nen wurden 1941 verbannt, mindestens zwei wurden 1949 ausgewiesen. Folglich hing der Grad ihrer politischen Loyalität nicht von der Dauer des Lebens in Sibirien ab: „Antisowjetische“ Tätigkeiten wurden sowohl von Sondersiedlern, die schon 12 Jahre in der Verbannung wohnten, als auch von solchen, die erst vier Jahre vor dem Tod Stalins deportiert wurden, ausgeführt. Diese Angaben bestätigen auch die Befürchtungen, die bezüglich der Litauer und Letten von Angestellten des MVD im Zusammenhang mit den Wahlen 1946–1947 geäußert wurden: Die Vertreter dieser Sondersiedlerkategorien waren am meisten zum Ausdruck von Protest geneigt. Darüber hinaus gehörten zwei Personen (10,5 %) zu „Verbannungssiedler aus der Ukraine“ (Deportation 1941), „Repatriierten“ und „Unterstützer der deutschen Besatzungsmacht“ (Deportation 1945). Eine Sondersiedlerin war eine 1951 deportierte Zeugin Jehovas. Es lässt sich außerdem bemerken, dass es unter den analysierten Sondersiedlern keine sowjetischen Deutschen und Kalmücken gibt, obwohl diese Sonderkontingente die größten Gruppen der Deportierten im Gebiet Tomsk waren.

**Tabelle 4.3. Nationalität der Sondersiedler, die eine „antisowjetische“ Tätigkeit ausübten**

Nationalität	Armenier	Juden	Letten	Litauer	Moldauer	Deutsche	Polen	Türken	Insgesamt
Pers.	1	3	5	8	1	5	1	1	25
%	4	12	20	36	4	20	4	4	100

Auf Grundlage von: CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1923 (2), l. 207–216; 225–230; 252–256; 262–266; 270–272; 310–315.

Die Zugehörigkeit zu einem Sonderkontingent spiegelt nicht immer die Nationalität der Person wider. Zum Beispiel besteht die Kategorie „Verbannungssiedler aus Lettland“ nicht nur aus Letten, sondern auch aus Juden, Litauern, Polen usw. Nach den in Tabelle 4.3 dargestellten Informationen war das Protestverhalten öfter für Letten, Litauer und Deutsche (nicht für Sowjetdeutsche) charakteristisch. Folglich war im betrachteten Fall das Protestverhalten nur für die aus

westlichen Regionen, überwiegend aus dem Baltikum, deportierten Personen typisch. Die restlichen Sondersiedler waren zumindest dem äußeren Anschein nach politisch loyal und hielten sich im Großen und Ganzen an die neuen Regeln.

In den Gedächtnisbüchern taucht auch die Information über die Berufe, die Bildungsebene und die Parteizugehörigkeit der Sondersiedler auf. Jedoch sind diese Daten nicht repräsentativ. Die analysierte Gruppe der Deportierten umfasst Personen mit unterschiedlichen Bildungsebenen (Grund-, Mittel-, Fach- und Hochschulbildung). Auch die Berufszusammensetzung der betrachteten Gruppe ist vielfältig (Hilfsarbeiter, Turner, Schmied, Buchhalter, Ingenieur, Arzt, Geiger). Über die Parteimitgliedschaft der analysierten Gruppe der Sondersiedler wird nichts offenbart.

## **2.2. Die Formen des Protestverhaltens und die Reaktion der Behörden**

In den untersuchten Quellen wurden drei Formen des Protestes der Deportierten genannt:

1. die Unlust, an dem Tod Stalins gewidmeten Trauerveranstaltungen teilzunehmen;
2. der offene Ausdruck von Freude (kollektive Feierlichkeiten, das Singen „antisowjetischer“ Lieder oder Schnaderhüpfel);
3. „antisowjetische“ Äußerungen.

Die erste Form umfasst nur einen Fall, der vom Leiter der Abteilung des MVD für das Gebiet Tomsk Velikanov folgendermaßen beschrieben wurde: „Am 6. März 1953 lehnte die Gruppe der Sektierer, der Zeugen Jehovas, der Sondersiedler aus Moldawien, die in der Asinoer MTS arbeitete, die Teilnahme an der dem Gedächtnis von Josef Wissarionowitsch Stalin gewidmeten Trauerveranstaltung ab. Als Antwort auf wiederholte Einladungen sagte der Sondersiedler G., 1911 geb., in der Gegenwart von Arbeitern: „An ihren Versammlungen gibt es nichts zu tun... Ihr Gott starb, morgen wird ein anderer sterben, unser Gott ist ewig. Wir glauben nur unserem Gott und hoffen darauf, dass niemand außer ihm

das gute Leben bauen wird'. G. wird unter anderen Mitgliedern der antisowjetischen Gruppe von uns in naher Zukunft verhaftet werden“.<sup>484</sup>

Der Sondersiedler G. wurde am 23. März 1953 tatsächlich wegen antisowjetischer Agitation verhaftet und am 5. Juni 1953 zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager und fünf Jahren Entzug der Bürgerrechte verurteilt. Jedoch wurde er im Oktober 1955 rehabilitiert<sup>485</sup>. Die Verweigerung, an Trauerveranstaltungen teilzunehmen, hatte größtenteils religiöse Motive. Einige Dogmen der Zeugen Jehovas implizieren eine teilweise oder vollständige Leugnung der weltlichen Regierung. Aus diesem Grund feiern sie keine staatlichen oder weltlichen Feste, lehnen es ab, an sozialen und staatlichen Aktivitäten teilzunehmen, Militärdienst zu leisten sowie einen Ausweis zu bekommen. Folglich lässt sich zu dem Schluss kommen, dass die erste Form des Protestes keinen massiven Charakter hatte. Aber in einer Reihe von Fällen konnte die Einhaltung der Dogmen ihres Glaubens für die Sondersiedler wesentlicher als potenzielle Risiken sein, die mit der Ablehnung der Teilnahme an den Trauerveranstaltungen verbunden waren.

Die Schlussfolgerung, dass diese Form des Protestes nicht massenhaft war, wird indirekt durch die Angaben über das Verhalten der vollberechtigten Bevölkerung bestätigt, das auch in den Sondernachrichten des MVD beschrieben wurde: In zur Verfügung stehenden Quellen sind keine Beispiele vorhanden, in denen gewöhnliche Bürger sich weigerten, an den staatlichen Trauerveranstaltungen teilzunehmen. Darüber sprechen auch die von Vladimir Kozlov gesammelten Dokumente. Unter den Fällen des Ausdrucks von Proteststimmung wurde

---

<sup>484</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1923 (2), l. 225 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „6 марта 1953 года группа сектантов-иеговистов спецпоселенцев молдаван, работающих в Асиновской МТС, отказались от участия в траурном собрании, посвященным памяти Иосифа Виссарионовича Сталина. На неоднократные приглашения ссыльный Г., 1911 года рождения, в присутствии рабочих заявил: „На ваших собраниях нам делать нечего... Ваш бог умер, завтра другой умрет, а наш бог вечный. Мы только своему богу верим и надеемся, что кроме его никто не построит хорошей жизни'. Г. в числе других участников антисоветской группы намечается нами в ближайшее время к аресту“.

<sup>485</sup> Vgl. Bol' ljudskaja: Kniga pamjati tomičej, repressirovannyh v 1930-e – načale 50-ch godov, 2016, Bd. 1, S. 319.



nur einer genannt, in dem ein Bürger sich offen weigerte, zu einer Trauerversammlung zu gehen: „Der ältere Fabrikmeister aus dem Dorf Verchnjaja Volga, ein ehemaliges Parteimitglied, der gemäß Artikel 58 verurteilt wurde, ließ die Arbeiter der Werkstatt nicht zur Trauerfeier gehen („Man muss arbeiten, es wird noch viel mehr solcher Kundgebungen geben“), sagte einer Mitarbeiterin: „Hör auf zu heulen“. Zur Zeit des Begräbnisses des Führers beschloss er, den Befehl des Betriebsleiters über die Verteilung der Schichten bekanntzugeben.“<sup>486</sup>

Als Beispiel der zweiten Form des Protestverhaltens, die sich im offenen Feiern des Todes Stalins zeigte, dient das folgende Zitat:

„Am 4. März dieses Jahres nahm während einer Zusammenrottung der litauischen Sondersiedler, die im Holzwirtschaftsbetrieb Timirjazevo arbeiteten, die Gruppe der Verbannten [die Namen und Geburtsdaten werden genannt] mit Freude die Mitteilung über die schwere Krankheit des Genossen Josef Wissarionowitsch Stalin wahr. Dabei behauptete Š.:

„...Jetzt ist er krank und vielleicht wird er sein Ende finden...“

Die anwesende S. unterstützte ihre Verleumdungen, indem sie antwortete:

„...Es ist sehr gut, dass sein Sprechen paralytisch ist, sonst wird er vor dem Tod irgendwas sagen und eine Schlinge um unseren Hals legen...“

Diese antisowjetischen Angriffe unterstützte auch der Sondersiedler P., indem er einen Freudentanz aufführte und erklärte:

„...Es ist gut, dass es so passiert ist, vielleicht wird er sterben...“

Danach begannen alle bei der Zusammenrottung anwesenden Sondersiedler, Lieder zu singen, in denen sie boshafte antisowjetische Verleumdungen be-

---

<sup>486</sup> Kramola. Inakomyšlie v SSSR pri Chruščeve i Brežneve 1953–1982 gg., hg. v. Vladimir Kozlov / Sergej Mironenko / Ol'ga Èdel'man, Moskau: Materik, 2005, S. 38. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Пожилый заводской мастер с Верхней Волги, бывший член партии, прежде судимый по ст. 58, не пустил рабочих цеха на траурный митинг („нужно работать, таких митингов будет еще много“), сказал сотруднице: „Не распускай нюни“. В момент похорон вождя решил огласить приказ директора завода о распределении смен“.

züglich des Leiters der sowjetischen Regierung ausdrückten und sie mit übler Sprache begleiteten“.<sup>487</sup>

Das weitere Schicksal der genannten Litauer wurde nur in Bezug auf die Sondersiedlerin S. offenbart. Sie wurde am 1. April 1953 wegen einer konterrevolutionären Aktivität verhaftet und am 17. Juni 1953 zu zehn Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt. Im März 1990 wurde S. rehabilitiert<sup>488</sup>.

Dieses Beispiel ist der einzige in den analysierten Quellen genannte Fall, in dem Sondersiedler so öffentlich ihre Freude an der Krankheit Stalins ausdrückten. Öfter feierten die Deportierten dieses Ereignis in einer privaten Umgebung. Zum Beispiel wurde das folgende Zitat der Sondersiedlerin M., 1907 geb., in den Sondernachrichten aufgeführt: „Plötzlich berichtet man über die Krankheit des Herrschers, ich spürte so Gutes und wusste einfach nicht, wie ich vor Freude nach Hause kam. Und als man über den Tod /sie nennt den Namen des Herrschers/ berichtete, kam ich nach Hause und konnte den Ehemann nicht abwarten. Nachdem P. [der Ehemann] so freudig zurückgekommen war, weinten wir vor Freude“.<sup>489</sup> Ein anderer Sondersiedler, der Litauer P., sagte am 9. März 1953,

---

<sup>487</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1923 (2), l. 252 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „4 марта сего года на сборище спецпоселенцев литовцев, работающих в Тимирязевском леспромхозе, группа ссыльных: [Называются имена и годы рождения] с радостью восприняли весть о тяжелой болезни товарища Иосифа Виссарионовича Сталина. При этом Ш. заявила:

„...Ну, теперь он заболел и может быть ему придет конец...“

Поддерживая ее измышления присутствовавшая С. ответила:

„... очень хорошо, что у него парализовало речь, а то бы он перед смертью что-нибудь сказал на нашу шею...“

Эти антисоветские выпады поддержал и спецпоселенец П., который пустился в пляс, заявляя:

„...Хорошо, что так случилось, может быть он умрет...“

После этого все, присутствовавшие на сборище спецпоселенцы стали петь песни, в которых высказывали злобные антисоветские измышления по адресу Главы Советского Правительства, сопровождая их нецензурной бранью“.

<sup>488</sup> Vgl. Bol' ljudskaja: Kniga pamjati tomičej, repressirovannyh v 1930-e – načale 50-ch godov, 2016, Bd. 3, S. 153.

<sup>489</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1923 (2), l. 252 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Вдруг сообщают о болезни вождя, от этих слов мне стало так хорошо на душе[,] и я просто не знала, как дошла до дома от радости. А когда сообщили о смерти /называет имя вождя/, я пришла домой и никак не могла дож-

dass um 4 Uhr [die Zeit der Invasion Hitlers in die UdSSR] zu Ehren dieser freudigen Ereignisse 200 Gramm getrunken werden sollten<sup>490</sup>. Das weitere Schicksal dieser Deportierten ließ sich nicht ermitteln. Obwohl die Krankheit und der anschließende Tod Stalins zweifellos erfreuliche Ereignisse für eine Reihe von Sondersiedlern waren, fokussierten sie ihren Wunsch nach Selbsterhaltung und behielten die seit Jahren entwickelten Anpassungsmechanismen bei. Aus diesem Grund erlaubten sie sich selten, ihre Gefühle publik zu machen, und versuchten, sie vor neugierigen Blicken zu verbergen, wenn auch nicht immer erfolgreich.

Die dritte und verbreitetste Form des Protestverhaltens der Sondersiedler umfasst die „antisowjetischen“ Äußerungen. Zwar werden die Umstände, in denen diese Aussagen getätigt wurden, nicht immer in den Quellen angegeben, aber sie können nach diesem Kriterium in drei Gruppen eingeteilt werden. Zur ersten Gruppe gehören vier Äußerungen, die im öffentlichen Raum getätigt wurden, beispielsweise in der Gegenwart anderer Arbeiter, die keine Sondersiedler waren. Die zweite Gruppe umfasst zwölf Aussagen, zu denen es im Gespräch zwischen mehreren Deportierten kam. Die dritte Kategorie besteht aus acht Ausschnitten aus privaten Briefen von Sondersiedlern. Im Ergebnis der Analyse dieser Aussagen wurde keine Abhängigkeit zwischen den Umständen, in denen sie getroffen wurden, und ihrem Inhalt sowie dem Grad der Härte der Sanktionen offenbart.

In den betrachteten Äußerungen wurden drei Hauptthemen behandelt:

1. Beschreibung von Freude über die Krankheit oder den Tod Stalins und die Erklärung der Gründe für ihren Hass auf den Diktator und das Sowjetregime;
2. Vermutungen über die Entwicklung der Innenpolitik;
3. Prognose über Änderungen der Außenpolitik.

Das erste Thema kommt in 16 von 34 betrachteten Aussagen (47 %) zum Ausdruck. Mehrheitlich (11 Stück oder 69 %) werden dabei keine Gründe für

---

даться мужа. И вот П. [муж] пришел такой радостный, что мы вместе заплакали от такой радости“.

<sup>490</sup> Ebd., 310 f.

den Hass auf Stalin genannt. Die Sondersiedler äußerten lediglich ihre positiven Emotionen. Als Beispiel lassen sich hier die folgenden Aussagen heranziehen: „die Menschen weinten und das kam mir komisch vor“,<sup>491</sup> „Nachdem [wir] alles erfahren hatten, tanzten wir auf einem Bein und unser Herz fühlte sich fröhlicher“,<sup>492</sup> „Gott sei Dank, /sie nannte den Namen des Herrschers und drückte eine beleidigende Aussage in Bezug auf ihn aus/ und die Sowjetmacht krepieren bald“.<sup>493</sup> Die Gründe für den Hass der Sondersiedler auf Stalin waren, dass als Ergebnis seiner Tätigkeit „so viele Menschen ins Gefängnis gerieten und die Kinder vor Hunger starben und niemand ein Stück Brot spenden konnte“<sup>494</sup> und dass Stalin „schon so viel Blut und so viele Tränen austrank, er zwang viele Mütter und Väter zu weinen“.<sup>495</sup> Es weckt besonderes Interesse, dass die Deportierten den Diktator der Repressionen weniger in Bezug auf ihre nationale Gruppe als vielmehr in Bezug auf alles Sowjetvolk beschuldigten. Dies kann auf indirektem Wege demonstrieren, dass die allgemeine Tragödie und die Not nicht nur die Vertreter der verschiedenen Sonderkontingente vereinigten, sondern auch die Grenze zwischen den Sondersiedlern und der vollberechtigten Bevölkerung auflösten.

Der Tod Stalins war, wie schon erwähnt, wahrscheinlich das erste große Ereignis nach 1945, das die gewöhnliche Lebensordnung zerstörte. Er schaffte eine Atmosphäre unvermeidlicher Veränderungen. Deswegen stellten die Sondersiedler viele Vermutungen über ihre Zukunft und die Entwicklung der Innen-

---

<sup>491</sup> Ebd., 252 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Люди плачут, а меня смех берет“.

<sup>492</sup> Ebd., 270 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Узнав это все плясали на одной ноге, и наше сердце чувствует [себя] веселее.“

<sup>493</sup> Ebd., 310 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Слава богу /называет имя вождя и допускает по его адресу оскорбительное выражение/[.] и Советская власть тоже скоро подойдет...“

<sup>494</sup> Ebd., 225 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „[Я вспомнил,] сколько невинных людей попали в тюрьмы. Дети умирали с голоду и некому было подать куска хлеба.“

<sup>495</sup> Ebd., 270 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Он и так уже много слез народа выпил, так много крови, он заставил заплакать ни одну мать и ни одного отца.“

und Außenpolitik an. Eine Hauptfrage, die die Sondersiedler zu beantworten versuchten, bestand darin, ob die neue Regierung die Repressionen verstärken oder den Terror verringern und die Deportierten freilassen würde. Derartige Vermutungen sind in zehn Aussagen enthalten.

Größtenteils (70 %) war die Prognose positiv: Größtenteils (70 %) war die Prognose positiv: Die neue Macht würde die Sondersiedler freilassen und ihnen erlauben, nach Hause zurückzukehren, da die Deportierten die Repression oft direkt mit der Persönlichkeit Stalins verbanden. So sagte eine Sondersiedlerin, die Lettin K., am 6. März 1953: „Noch ein /verletzender Ausdruck/ starb... Er ist der Wichtigste in Moskau. Danach wird sich alles ändern, nur dieser hielt uns hier. Bald sollten wir uns vorbereiten, in die Heimat wegzufahren“.<sup>496</sup> Ein anderer Sondersiedler, der Lette M., 1912 geb., der im Artel „Krasnyj boevik“ des Bezirks Krivošeino als Schmied tätig war, behauptete im Gespräch mit anderen Sondersiedlern: „Beachten Sie, welche Änderungen in der Regierung stattfanden, all dies macht uns Hoffnung. Diese Tatsachen sprechen zu unseren Gunsten“.<sup>497</sup> Darüber hinaus würde eine Konsequenz des Todes Stalins nach Meinung einer Reihe von Sondersiedlern die Liquidation des Kolchossystems sein. Diese Vermutung äußerte der „Unterstützer der deutschen Besatzungsmacht“ T., 1919 geb., der als Dreher im Kugellagerwerk № 5 arbeitete: „So starb schon der Leiter der Partei und der Regierung. Die ganze Regierung wird allmählich krepieren. Brüderchen! Dann wird alles für uns besser sein... Keine Kolchosen wird es geben, jeder wird das machen, was er will“.<sup>498</sup>

---

<sup>496</sup> Ebd., 262 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Еще один /оскорбительное выражение/ умер... Самый главный в Москве. После этого все дела пойдут по другому, этот только держал нас здесь... Нам скоро нужно будет готовиться уехать на родину“.

<sup>497</sup> Ebd., 310 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Обратите внимание[,] какие изменения произошли в Правительстве – все это обнадеживает нас. Сами эти факты говорят в нашу пользу“.

<sup>498</sup> Ebd., 262 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Так, руководитель партии и правительства уже умер. Ничего, правительство все помаленьку подохнет, потом для нас, братцы, будет лучше... колхозов не будет, каждый будет делать, что он хочет“.

Pessimistische Gedanken äußerten die Sondersiedler viel seltener (30 %). Zu dieser Gruppe gehörte der oben erwähnte Samuel Zisser, der im Gespräch mit einem anderen Sondersiedler A. behauptete: „Nein, ihr werdet sehen, dass Malenkov sich herausfordernder gegenüber den Großstaaten benehmen wird, und innerhalb des Landes werden sich der Terror und die Zwangsumsiedlung aus den Heimstätten verstärken“.<sup>499</sup> Am nächsten Tag wurde Zisser verhaftet und nach drei Monaten zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt. In seinem Interview 2003 erzählte er fast nichts über die Gründe seiner Verhaftung und verwechselte darüber hinaus beträchtlich die tatsächlichen Umstände dieses Falls. Zum Beispiel wurde seine Verhaftung nicht 1948/1949, wie der ehemalige Sondersiedler mitteilte, sondern sowohl nach den Daten des MVD als auch der Gedächtnisbücher am 9. März 1953 durchgeführt:

„S. Z. [Samuel Zisser]: Wie lange sie [die Verbannung] dauerte, daran erinnere ich mich nicht, erinnere ich mich nicht sehr... Ich will jetzt ausrechnen, in welchem Jahr man mich einsperrte. Man sperrte mich zusammen mit meiner Mutter und anderen Menschen ein, die aus irgendwelchen deutschen Bezirken verbannt wurden, d. h. zusammen mit deutschen Juden, mit denen wir übrigens befreundet waren...

A. T. [Interviewer Aba Taratuta]: Das Theater zog im Jahr 1945 um, folglich arbeiteten Sie noch einige Jahre in Tomsk...

S. Z.: Ja, etwa 1948 oder 1949 sperrte man uns ein (ich erinnere mich nicht genau an den Jahr). Man sperrte uns ein...

A. T.: Wegen Landesverrates?

S. Z.: Ja, aber wegen der Aufhebung der Todesstrafe verurteilte man uns zu 25 Jahren (Artikel 58). Viele Menschen reichten Bittschriften ein, um die Strafzeit zu verringern, und ihren Bittschriften wurde stattgegeben; man verrin-

---

<sup>499</sup> Ebd., 207 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Нет, вот увидите, что Маленков будет вести себя более вызывающе по отношению к великим державам, а внутри страны усилится террор и выселение людей из их родных мест“.

gerte sie auf 10 Jahre. Ich reichte keine Bittschriften ein, aber da man ihre Strafzeiten verringerte, verringerte man auch meine.

A. T.: Sehen Sie, wie ‚human‘ die Sowjetmacht ist. Sie machte Ihnen sogar ohne eine Bitte Geschenke.

S. Z.: Ja, ohne jede Bitte. Ich saß nicht so lang ein, weil irgendwer erschien, der sagte, dass Stalin etwas falsch machte. Es scheint mir, dass sein Nachname mit ‚K‘ beginnt...

A. T.: Ist das Kossygin?

S. Z.: Diese Person deklarierte auf dem Kongress der KPdSU, dass Stalin alles falsch machte...

A. T.: Ist das Chruschtschow oder was?

S. Z.: Chruschtschow? Nein, Chruschtschow war später, es scheint mir, dass bis zu ihm noch jemand war. Was Chruschtschow etwas?

A. T.: Ja, das war Chruschtschow, 1956 ist Chruschtschow. Die Rehabilitation begann früher, aber sein Vortrag ist bekannt... Ah so! Saßen Sie sieben Jahre ein?

S. Z.: Es scheint mir etwa fünf Jahre...

A. T.: Vielleicht wurden Sie 1952 eingesperrt, weil die Welle der Verhaftungen 1949 war und dann 1952 war. Es ist egal, fünf Jahre sind auch nicht schlimm.

S. Z.: Ich erinnere mich nicht.<sup>500</sup>

---

<sup>500</sup> Interview mit Samuel Zisser, o. J. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „С.З. [Самуил Зиссер]: Сколько оно [время ссылки] продолжалось...не очень помню, не очень помню... Вот, я хочу сейчас высчитать, когда же меня посадили, в каком году? Посадили нас вместе с мамой, и получили мы, вместе с мамой и вместе с другими, которые были высланы из каких-то немецких районов, т. е. вместе с немецкими евреями, с которыми мы, кстати, были очень дружны...

A.Т. [интервьюер Аба Таратуга]: Значит, если театр перебрался в Томск в 1945 году, вы еще несколько лет проработали в Томске...

С.З.: Да, и где-то в 1948 или в 1949 году нас посадили (точно год я не помню). Посадили нас...

A.Т.: Измена Родине?

Bemerkenswerterweise beschrieb Zisser in anderen Teilen des Interviews sein Leben in der Sondersiedlung als relativ glückliche Zeit, obwohl er zutiefst beleidigt von der Sowjetmacht war und den Beitritt der baltischen Staaten zur UdSSR als Besetzung wahrnahm. Seiner Meinung nach habe seine Familie „perfekt, nicht sehr einfach, aber nicht schlecht“ in Sibirien gewohnt. Besonders zufrieden war der ehemalige Sondersiedler damit, dass er nicht in die Armee einbezogen wurde, weil er in den Augen der Macht ein „antisowjetisches Element“ war. Im Interview lenkte Zisser seine Aufmerksamkeit nicht auf die Schwierigkeiten seines Lebens im Lager oder in der Verbannung (er erwähnte den Hunger im Vorbeigehen), sondern auf die Dinge, die ihn glücklich machten. Er antwortete so, als ob die äußeren Bedingungen für ihn keine wesentliche Rolle gespielt hätten: Er erinnerte sich an fast keine wichtigen politischen Ereignisse, keine Namen von sowjetischen Leitern und erzählte kaum über die Alltagsbedingungen, aber beschrieb recht detailliert die Umstände des ersten Treffens mit seiner Ehefrau, den Prozess des Lernens der russischen Sprache und den Umzug nach Irkutsk nach der Freilassung aus dem Lager. Wahrscheinlich funktionierten in

---

С.З.: Да. Но в связи с отменой смертной казни нам дали по 25 лет – статья 58. Многие подавали прошения, чтобы им дали меньше, их просьбы удовлетворяли, и им снизили с 25 на 10. Я просьбы такой не подавал, но так как им снизили, также снизили и мне.

А.Т.: Видите, какая «гуманная» советская власть, даже без просьбы она вам сделала подарки.

С.З.: Ну что вы, без всякой просьбы. Просидел я не очень долго, потому что появился кто-то, кто сказал, что Сталин делал что-то не так. На К, мне кажется его фамилия...

А.Т.: Косыгин?

С.З.: Этот кто-то на тайном каком-то съезде КПСС объявил о том, что Сталин делал неправильно, то и другое...

А.Т.: Хрущев, что ли?

С.З.: Хрущев? Нет, Хрущев был позднее, мне кажется, а был до него какой-то другой. Хрущев читал что-то?

А.Т.: Да, это был Хрущев, 1956 год – это Хрущев. Реабилитации начались пораньше, но доклад его известный... Так ничего себе, это вы лет 7 отсидели?

С.З.: Мне кажется, лет 5...

А.Т.: Тогда, может быть, вас посадили в 1952 году, потому что волна посадок была в 1949 году, а потом в 1952 году. Но неважно, 5 лет – тоже неплохо.

С.З.: Я не помню“.



ähnlicher Weise die Schutzmechanismen seiner Psyche, die in seinem Gedächtnis hauptsächlich nur jene Ereignisse bewahrten, die sich auf sein glückliches Privatleben bezogen.

Nicht alle Sondersiedler machten eine negative oder positive Prognose bezüglich ihrer Zukunft. Drei Deportierte glaubten, dass die Änderungen stattfinden würden, aber ihr Charakter blieb unbekannt. So schrieb ein Sondersiedler in seinem privaten Brief: „Liebe Alide, du siehst, dass ‚der alte Teufel‘ krepirt ist; jetzt kommt wahrscheinlich ein Ende oder ein Beginn“.<sup>501</sup>

In den betrachteten Aussagen wird der Bewertung, wie die neue Macht auf den Tod des Diktators reagiert, große Beachtung gewidmet. Informationen dazu tauchen in sechs von ihnen auf. Den Sondersiedlern zufolge sei ein innerparteilicher Kampf im Kreml geführt worden. Deshalb sei der Tod Stalins für die neuen Leiter vorteilhaft gewesen, da sie der Repressionen und regelmäßigen Umstellungen in den Oberbehörden müde gewesen seien. Außerdem vermutete eine Reihe von Sondersiedlern, dass eine Verschwörung gegen Stalin verwirklicht worden sei, in deren Ergebnis er getötet worden sei. So behauptete der „Unterstützer der deutschen Besatzungsmacht“, der Sondersiedler R., 1921 geb.: „Alle Leiter wurden umgestellt, es ist sofort sichtbar, dass die Mitglieder der Regierung auch nicht mit /er nennt den Namen des Herrschers/ befreundet waren[...]. Ich denke, dass vieles sich ändern wird. Alle diese Entlassungen in der Regierung bedeuten etwas Besonderes“.<sup>502</sup> Der Sondersiedler V., 1891 geb., äußerte den folgenden Gedanken am 6. März 1953 in der Anwesenheit von Arbeitern des Krivošeiner Industriekombinats: „Der Kreml ist ein dunkler Ort, dort ist viel los. Sobald man in den Organismus von / er nennt den Namen des Herrschers / die Medizin, die den Blutdruck erhöht, injiziert hatte, starb er, aber keine Spuren

---

<sup>501</sup> Ebd., 270 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Дорогая Алиде, видишь, ‚старый чорт‘ подох, теперь[,] может[,] будет какой-нибудь конец, или придет начало“.

<sup>502</sup> Ebd., 310 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Все руководители переставлены по другим местам, сразу видно, что члены правительства со /называет имя вождя/ тоже дружно не жили [...] Я думаю, что сейчас многое переменится. Все эти сокращения в правительстве – это что-то особое означает“.

werden bestätigen, dass das eine absichtliche Tötung war“.<sup>503</sup> Darüber hinaus vermuteten zwei Sondersiedler, dass der Tod Stalins den innerparteilichen Kampf verstärken werde („Ich denke, dass noch etwas passieren wird, die Spaltung wird passieren... Ich hätte nichts dagegen, noch irgendwelche Änderungen abzuwarten“;<sup>504</sup> „Im Kreml wurden zwei Gruppen gebildet. Es gibt einen Kampf um das Territorium, den Kampf zwischen zwei Gruppen im Kreml“).<sup>505</sup>

In zehn analysierten Aussprüchen stellten die Sondersiedler Vermutungen über eine schnelle Änderung der außenpolitischen Situation an: Sie prognostizierten eine baldige Konflikteskalation. In sechs Aussagen berichteten die Deportierten, dass der Krieg bald beginnen würde. Jedoch wurde dem positiv entgegengesehen. Im Ergebnis würde ein bewaffneter Konflikt die Sondersiedler ganz gewiss freilassen, sodass sie in die Heimat zurückkommen würden. Die Rolle des Erretters wurde in allen betrachteten Fällen den USA oder anderen kapitalistischen westlichen Staaten zugeschrieben. Als Beispiel, das diese Vorstellung illustriert, lässt sich eine Aussage des Litauers Š. heranziehen, der am 8. März 1953 in der Anwesenheit einer Gruppe anderer Litauer sagte: „Der Krieg kommt bald. Dieser [Malenkov] wird nicht leiten können... Jetzt werden die Amerikaner nicht warten... Sobald wir über den Krieg hören werden, sollten wir zu den Amerikanern rennen, um sie /das sowjetische Volk/ zu schlagen... Wir sollten irgendwie an die Frontlinie gelangen und zu den Amerikanern in Gefangenschaft gehen... Dazu müsste man irgendwo einen Russen töten und ihm seine Doku-

---

<sup>503</sup> Ebd. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Кремль – место темное[,] там много творится. Стоило ввести в организм /называет имя вождя/ препарат, вызывающий высокое кровяное давление[,] и он скончался, но никакие следы не покажут на злоумышленное умертвление“.

<sup>504</sup> Ebd., 225 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Я думаю, что произойдет еще что-нибудь – произойдет раскол... Я был бы не прочь дожидаться еще каких-либо изменений“.

<sup>505</sup> Ebd., 310 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „В Кремле образовалось два лагеря. Борьба за территорию, борьба между двумя лагерями в Кремле“.

mente abnehmen“.<sup>506</sup> Ein anderer Sondersiedler, K., ein Türke, war weniger kämpferisch eingestellt: „Jetzt sind die kapitalistischen Staaten stark und robust, sie bewaffneten sich, um die Sowjetunion anzugreifen. Außerdem ist die Mehrheit der Leiter der bolschewistischen Partei im Kaukasus gegen die UdSSR... Dies beeinflusste den Regierungsleiter [Malenkov] und er erkrankte wegen der starken Besorgnis“.<sup>507</sup> Drei Sondersiedler glaubten, dass die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR sich verschlechtern würden, aber sie sagten nichts über den nahenden Kriegsbeginn („Malenkov wird sich herausfordernder in Bezug auf die Großstaaten verhalten“).<sup>508</sup> Noch eine Aussage zeigt sehr deutlich, wie sehr die Sondersiedler einen Krieg erwarteten: Jede Nachricht von Radiosprecher Jurij Levitan wurde mit seinem Beginn assoziiert: „Am Mittwoch, am 4. März, höre ich die Stimme von Levitan im Radio neben unserem Geschäft, ich freute mich und dachte, dass es der Krieg ist! Und plötzlich berichtete man über die Krankheit des Herrschers“.<sup>509</sup> Der Mythos über einen äußeren Retter, der im vorherigen Abschnitt beschrieben wurde, prägte folglich auch im Jahr 1953 das Bewusstsein der Sondersiedler. Die Rolle des Befreiers wurde allerdings den westlichen Ländern übertragen, was unter den Bedingungen des Kalten Krieges logisch wirkt.

---

<sup>506</sup> Ebd., 252 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Все равно скоро будет война. Этот [Маленков] не сумеет руководить... Теперь американцы ждать не будут... А нам, как только услышим про войну, то надо бежать к американцам, помогать их /советский народ/ бить... Нам надо как-нибудь попасть к передовым линиям и перейти к американцам в плен... для этого надо где-нибудь убить какого-нибудь русского и забрать его документы“.

<sup>507</sup> Ebd., 310 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Сейчас капиталистические страны сильны и крепки, вооружились для нападения на Советский Союз. Кроме того, на Кавказе большинство руководителей большевистской партии против СССР... Это повлияло на руководителя правительства и от сильного переживания он заболел“.

<sup>508</sup> Ebd., 207 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „Маленков будет вести себя более вызывающе по отношению к великим державам“.

<sup>509</sup> Ebd., 252 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „В среду 4 марта я... слышу около нашего магазина голос Левитана по радио, я обрадовалась, ну думаю, война! И вдруг сообщают о болезни вождя“.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Tod Stalins die Hoffnungen der Deportierten auf die baldige Freilassung und die Rückkehr in die Heimat verstärkte. Ihre Hoffnungen hatten zwei Gründe. Erstens wurde angenommen, dass die neuen Herrscher einen Akt guten Willens zeigen würden, obwohl die neue Regierung nicht idealisiert wurde: Es gab Gerüchte, dass viele Konflikte innerhalb der neuen politischen Elite herrschen würden und die Mitglieder der neuen Regierung beim Tod Stalins die Hände im Spiel gehabt hätten. Zweitens brachten sie die potenzielle Freilassung auch in Verbindung mit einer militärischen Intervention der westlichen Staaten, besonders der USA. Die Sondersiedler äußerten keine Gedanken, dass die Freilassung als Ergebnis beispielsweise eines Volksaufstandes oder einer anderen Aktivität der Bevölkerung eintreten würde. Dies zeugt von dem hohen Grad des Paternalismus im Bewusstsein der Sondersiedler (die Freiheit zu erlangen war nur durch den Willen entweder des neuen Herrschers oder der ausländischen Staaten möglich).

In den Sonderberichten des MVD werden zwei Varianten des Schicksals der Sondersiedler genannt. Im ersten Fall wird angegeben, dass die erwähnten Personen bald verhaftet und zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen worden seien. Diese Information wurde durch die Gedächtnisbücher bestätigt. Nach ihnen wurden fünf von sieben Sondersiedlern, die vom MVD zur Verhaftung empfohlen wurden, schuldig gesprochen (die restlichen wurden in den Gedächtnisbüchern nicht gefunden). Im zweiten Fall gibt es keinen Hinweis auf die zukünftige Verhaftung. Die Angestellten des MVD verwendeten die folgenden Phrasen: „In Bezug auf diese Sondersiedler führen wir Maßnahmen zur Aufdeckung anderer Tatsachen antisowjetischer Tätigkeit durch“, „Seine antisowjetische Tätigkeit untersuchen wir weiterhin“, „Die praktische kriminelle Aktivität dieses Sondersiedlers wird von uns untersucht“ usw. In diesen Fällen wurden die Sondersiedler nicht verhaftet, aber verstärkt vom MVD kontrolliert. Die Gedächtnisbücher bestätigten dies. In den Quellen fehlen Informationen über die weiteren Schicksale von 18 Sondersiedlern. Mit großer Wahrscheinlichkeit wurde über diese Deportierten kein Urteil gesprochen, weil das MVD normalerweise über voraussichtli-

che Verhaftungen berichtete. Die Informationen über die Sanktionen sind in Tabelle 4.4 dargestellt.

**Tabelle 4.4. Bestrafungen, die die Sondersiedler bekamen**

Kategorien	Pers.	%
wurden nicht verhaftet	9	26,5
wurden verhaftet und verurteilt	7	20,5
einschließlich:		
1) wurden zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager und fünf Jahren Entzug der Bürgerrechte verurteilt	2	5,9
2) wurden zu 10 Jahren Besserungsarbeitslager und fünf Jahren Entzug der Bürgerrechte verurteilt	3	8,8
3) unbekannt	2	5,9
unbekannt	18	53,0
Insgesamt	34	100

Auf Grundlage von: Vgl. Bol' ljudskaja: Kniga pamjati tomičej, repressirovannyh v 1930-e – načale 50-ch godov, 2016; CDNI TO f. 607, op. 1, d. 1923 (2), l. 207–216; 225–230; 252–256; 262–266; 270–272; 310–315.

Anhand der Tabelle lässt sich erkennen, dass etwa ein Fünftel der Sondersiedler harte Bestrafungen bekam (dies betrifft etwas weniger als die Hälfte, wenn die Deportierten nicht berücksichtigt werden, deren nachfolgendes Schicksal unbekannt ist). Zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager und fünf Jahren Entzug der Bürgerrechte wurden Zisser (wegen einer „antisowjetischen“ Aussage im Gespräch mit anderen Sondersiedlern) und der oben erwähnte Zeuge Jehovas G. (wegen der Ablehnung, an einer Trauerveranstaltung teilzunehmen) verurteilt. Zu 10 Jahren Besserungsarbeitslager wurde der Gesprächspartner Zissers verurteilt. Außerdem wurden drei Litauer verhaftet, die ihre Freude offen ausgedrückt und Lieder gesungen hatten (einer von ihnen wurde zu zehn Jahren Besserungsarbeitslager und fünf Jahren Entzug der Bürgerrechte verurteilt; die Strafzeit der

anderen beiden bleibt unklar). Eine Bestrafung in Form von 10 Jahren Besserungsarbeitslager bekam auch die litauische Sondersiedlerin B., 1910 geb. Ihre Geschichte ist untypisch. Nach Angaben des MVD tätigte ihr Sohn, ein Schüler der dritten Schulklasse, am 4. März 1953 eine „antisowjetische“ Aussage über die Krankheit Stalins (ihr Inhalt ist nicht angegeben) in der Anwesenheit anderer Schüler und Lehrer. Später gestand er, dass er die Worte seiner Mutter und anderer Letten nachsprach, die sich oft in ihrer Wohnung versammelten. Das Haus der Sondersiedlerin B. wurde durchsucht und als Ergebnis wurde eine „große Anzahl antisowjetischer Literatur offenbart, die von der bürgerlichen Regierung Lettlands und der deutschen okkupierten Macht veröffentlicht wurde“.<sup>510</sup> Folglich bekamen die Sondersiedler harte Bestrafungen, wenn ihr Protestverhalten sich nicht nur in mündlicher Form zeigte, sondern auch durch irgendeine Aktion begleitet wurde (die Ablehnung der Teilnahme an einer Trauerversammlung; das Singen von „antisowjetischen“ Liedern; der Besitz verbotener Literatur usw.). Die einzige Ausnahme ist die Geschichte Zissers und seines Genossen, die nur wegen des Äußerns „antisowjetischer“ Gedanken verurteilt wurden. In den restlichen Fällen wurden die betrachteten Sondersiedler wegen unzulässiger Gespräche nicht verhaftet, selbst wenn diese im relativ öffentlichen Raum geführt wurden.

Zusammenfassend lässt sich bemerken, dass das Protestverhalten der Sondersiedler passiv war, besonders im Vergleich zu den Gefangenen des Gulags, die 1953–1955 gegen das Regime rebellierten. Die Sondersiedler glaubten nicht, dass ein umfassender Volksaufstand tatsächlich möglich sei. Es lässt sich der Schlussfolgerung zustimmen, die Vladimir Kozlov bei der Bewertung der Protestaktivität der gewöhnlichen Bevölkerung zog:<sup>511</sup> Der öffentliche Ausdruck von Freude, das Trinken alkoholischer Getränke und die Äußerung positiver Emotionen über den Tod Stalins waren weniger gezielte Protestaktionen als die ersten,

---

<sup>510</sup> Ebd., 212 f. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „большое количество антисоветской литературы, изданной буржуазным правительством Латвии и немецкими оккупационными властями“.

<sup>511</sup> Vgl. Kozlov, 2005, S. 33–36.

irrationalen und nicht immer kontrollierten Reaktionen der vom sowjetischen Regime unterdrückten Menschen, die die Vorsicht vergaßen. Diese Handlungen hatten dabei keinen Massencharakter.

Die repressiven Aktionen des März 1953 wurden nicht vom Zentrum initiiert. Die höchsten Führungskräfte begannen bereits in den ersten Tagen nach dem Tod Stalins, konsequent von früheren Praktiken abzuweichen. Dies zeigt sich in der Vereinigung des MVD und MGB (am 5. März), der Schaffung spezieller Kommissionen zur Überprüfung wichtiger politischer Fälle (am 13. März) und der Durchführung der Amnestie (am 27. März). Jedoch wurden diese neuen Tendenzen in der Innenpolitik nicht klar an die Strafbehörden kommuniziert, die wiederum daran gewohnt waren, ihre Handlungen an vom Zentrum eindeutig formulierte Normen anzupassen. Als sie im Frühling 1953 keine eindeutigen Anweisungen hatten, begannen sie daher, nach dem lange Zeit entwickelten Instinkt zu handeln, der lautete, dass alle Menschen, die ihre Illoyalität gegenüber dem derzeitigen politischen System zeigten, schnell identifiziert und verhaftet werden mussten.

Um das Kapitel zusammenzufassen, lässt sich bemerken, dass die Sondersiedler im Allgemeinen bereit waren, an politischen Ritualen teilzunehmen, und lernten, sich an die Forderungen der Behörden anzupassen und Loyalität zumindest zu simulieren. Fälle des öffentlichen Protestes waren vorhanden, jedoch waren sie erstens nicht massiv, zeigten sich zweitens nur in passiven Formen und waren drittens nicht für alle Deportiertenkategorien typisch. In dieser Hinsicht ähnelte das Verhalten der Sondersiedler eher dem der vollberechtigten Bevölkerung als dem der Gefangenen des Gulags.

## V. Beseitigung des Sondersiedlungssystems

Ein der Schlüsselkriterien, aufgrund dessen sich bestimmen lässt, ob die soziale Integration der Sondersiedler in der neuen Umgebung erfolgreich war, ist ihr Wunsch, nach der Entlassung in Sibirien zu bleiben. Wenn die Deportierten an ihren neuen Wohnorten verblieben, obwohl ihnen erlaubt wurde, in ihre Heimat zurückzukehren, lässt sich die Hypothese aufstellen, dass der Integrationsprozess relativ erfolgreich war. Umgekehrt wird eine massive Auswanderung der Sondersiedler aus Sibirien, einschließlich derer, die ein Haus erwarben, eine passende Arbeitsstelle fanden, in der Verbannung eine Ausbildung erhielten und im Allgemeinen den vom sowjetischen Regime gegenüber den Deportierten gestellten Anforderungen entsprachen, zeigen, dass eine tatsächliche Eingliederung der betrachteten Gruppe in das gesellschaftliche System Sibiriens nicht erfolgte.

Bevor jedoch das Ausmaß der Migration der Sondersiedler nach ihrer Abmeldung aus der Sondersiedlung bewertet wird, ist zu ermitteln, ob sie eine reale Möglichkeit hatten, Sibirien zu verlassen. In diesem Zusammenhang werden im ersten Abschnitt dieses Kapitels formelle Hindernisse betrachtet, die die Deportierten laut den regionalen und zentralen Behörden überwinden mussten, um Sibirien verlassen zu dürfen. Wenngleich das Zentrum die Sondersiedler freiließ, legte es für jede Kategorie der Deportierten unterschiedliche Verfahren für den Umzug in ihre Heimat fest. Für die Rückkehr einiger Sonderkontingente teilten die zentralen Behörden die nötigen Ressourcen zu und organisierten einen zentralisierten Transport; die Vertreter anderer Sondersiedlergruppen mussten den Umzug nicht nur selbst bezahlen, sondern auch eine komplizierte bürokratische Prozedur durchlaufen; andere hatten überhaupt kein Recht, in ihre Heimat zurückzukehren, und waren folglich gezwungen, dies illegal zu machen. Daher ist es nur sinnvoll, das Ausmaß der Migration unterschiedlicher Sonderkontingente nach ihrer Abmeldung miteinander zu vergleichen, wenn das Verfahren der Rückkehr zu ihren ehemaligen Wohnorten gleich war.

Auch die regionalen Behörden schufen Hindernisse für den Wegzug der Sondersiedler, denn deren massive Auswanderung stellte eine Bedrohung für die



ökonomische Entwicklung der ihnen anvertrauten Territorien dar. Ihre Einstellung gegenüber verschiedenen Sondersiedlergruppen war unterschiedlich. Sie nahmen einige als nützlich und zuverlässig wahr und strebten folglich an, sie durch verschiedene Mittel in der Region zu halten. Dagegen betrachteten sie andere Gruppen als überschüssigen Ballast und der sowjetischen Gesellschaft fremde Elemente und ergriffen keine Maßnahmen, um deren Wegzug zu verhindern. Da also die Position der regionalen Behörden das Ausmaß der Abwanderung der Sondersiedler beeinflusste, erfordert sie eine separate Analyse.

In diesem Kapitel liegt der Akzent auf dem Vergleich des Prozesses der Abmeldung der unterschiedlichen Sonderkontingente aus den Sondersiedlungen. Dies ist damit verbunden, dass eine derartige vergleichende Analyse bislang noch nicht untersucht worden ist, weil die Historiographie sich bislang auf die Entlassung und die Rehabilitation der einzelnen Deportiertenkategorien konzentriert hat. Der Vergleich beschränkt sich wiederum häufig auf den Allunionsrechtsrahmen, der die Abmeldung aus den Sondersiedlungen regulierte. Die regionale Dokumentation blieb dagegen unberücksichtigt.

## 1. Der Verlauf der Freilassungskampagne

Die Zerstörung des Sondersiedlungssystems war keine einzelne Aktion. Das Regime ging allmählich und vorsichtig vor und kombinierte individuelle und kollektive Praktiken. Den individuellen Methoden gingen oft kollektive voraus. Seit 1954 hatten die Ministerräte der Unionrepubliken, aus deren Territorium die Zwangsumsiedlungen erfolgten, das Recht, Fälle einzelner Sondersiedler zu überprüfen und Entscheidungen über deren Freilassung zu treffen. Darüber hinaus durften die Kommissionen des Präsidiums der Obersten Räte der Ukrainischen, Moldawischen, Lettischen, Estnischen und Litauischen ASSR zwischen 1957 und 1958 ähnliche Entscheidungen treffen. Die betreffenden Kommissionen stellten die Rechtmäßigkeit der Deportationspolitik nicht infrage. Sie offenbarten Personen, die versehentlich zwangsumsiedelt worden waren, weil die örtlichen Behörden gegen Anweisungen und Dekrete, die den Deportationsprozess regulierten, verstoßen hatten. Nach Victor Zemskov entschieden diese Kommissionen zumeist über die Freilassung der Sondersiedler, die von 1948–1952 als „Kulaken“ aus dem Baltikum, der westlichen Ukraine und Weißrussland sowie Moldawien verbannt worden waren. Das lag daran, dass die Zugehörigkeit der Bauern zu den „Kulaken“ auf der Grundlage von Wirtschaftslisten für 1939–1940 bestimmt worden war. Diese Dokumente verloren zum Zeitpunkt der Zwangsumsiedlung ihre Aktualität und viele Personen waren keine „Kulaken“ mehr und einige befanden sich auf Kolchosen<sup>512</sup>. Auf diese Weise wurde bereits vor Beginn des kollektiven Verfahrens der Freilassung eine bedeutende Anzahl ehemaliger „Kulaken“ abgemeldet: Allein in der Litauischen SSR wurde die Entlassung von 4.511 bäuerlichen Familien entschieden<sup>513</sup>.

Im Rahmen der kollektiven Freilassung wurden von dem Obersten Rat der UdSSR und den Ministerräten der UdSSR unterschiedliche Gesetze verabschie-

---

<sup>512</sup> Vgl. Zemskov, 1991b, S. 12.

<sup>513</sup> Vgl. Blum, Alain: Protivorečivoje zaveršenie stalinizma: medlennoe osvoboždenie naselenija, deportirovannogo s zapadnyh territorij SSSR, in: Natal'ja Abłažej / Alain Blum (Hrsg.), Migracionnye posledstvija Vtoroj Mirovoj Vojny: Deportacii v SSSR i stranach Vostočnoj Evropy, 3 Bde., Novosibirsk: Nauka, 2014, Bd. 3, S. 24.

det, die die Abmeldung bestimmter Sondersiedlergruppen regulierten (Tabelle 5.1). Die allgemeine Tendenz dieser mehr als 20 Jahre dauernden Kampagne bestand darin, dass zuerst die loyalsten Sondersiedlerkategorien, die nach der Abmeldung mit der geringsten Wahrscheinlichkeit die Ansiedlungsorte verlassen würden (Parteiangehörige, Lehrkräfte, Veteranen, Behinderte, Deutsche, Kalmücke usw.), und danach die illoyalsten („OUN-Angehörige“, „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“, „Sektierer“ usw.) freigelassen wurden. Dabei gab es Ausnahmen von der allgemeinen Regel. So wurden vor der Entlassung der „bestraften Völker“ die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ (die Mehrheit von ihnen wurden noch zwischen 1951 und 1952, nach Ablauf der sechsjährigen Verbannung, freigelassen), die „Volksdeutschen“ und die „Unterstützer der deutschen Besatzungsmacht“ abgemeldet. Dies lag daran, dass diese Personen von einer parallel laufenden Kampagne zur Amnestie von Gefangenen betroffen waren.

**Tabelle 5.1 Direktiven zur Beseitigung des Sondersiedlungssystems**

Datum		Norm
1951	07.10.	Ministerratsbeschluss der UdSSR <i>No 3857-1763cc</i> Abmeldung der ehemaligen Militärangehörigen und Wehrdienstpflichtigen der Roten Armee, die von den Deutschen gefangen genommen wurden und in der deutschen Armee und in speziellen deutschen Truppeneinheiten, der „Angehörigen der Wlassow Armee“ und der Polizisten nach Ablauf von sechs Jahren seit dem Zeitpunkt ihrer Ankunft in den Sondersiedlungen
1954	05.07.	Ministerratsbeschluss der UdSSR „Über die Aufhebung einiger Einschränkungen in der Rechtsstellung der Sondersiedler“ Abmeldung der Kinder der Sondersiedler über 16 Jahren und der Abiturienten, die an Bildungseinrichtungen angenommen wurden; Anmeldung in der Kommandantur: einmal pro Jahr; Bewegungsrecht innerhalb des Gebiets oder der sowjetischen Republik; Arbeitsreisen innerhalb des Landes; galt nicht für Zwangsausgesiedelte, die von 1945–1952 aus den westlichen Territorien deportiert wurden

	13.08.	<p>Ministerratsbeschluss der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen hinsichtlich der Sondersiedlung von ehemaligen Kulaken und anderen Personen“</p> <p>Das Verbot, zu früheren Wohnorten zurückzukehren, und eine Entschädigung für beschlagnahmtes Eigentum wurden in der Verordnung nicht festgelegt</p>
1955	10.03.	Ministerratsbeschluss der UdSSR „Über die Ausstellung von Pässen an die Sondersiedler“
	23.03.	Ministerratsbeschluss der UdSSR „Über die Einberufung einiger Sondersiedlerkategorien in die Armee“
	09.05.	<p>Beschluss des Präsidiums des ZK der KPdSU „Über die Aufhebung der Einschränkungen von Angehörigen und Kandidaten der KPdSU und ihrer Familienmitglieder“</p> <p>Die Rückkehr zu früheren Wohnorten musste von örtlichen Parteikomitees erlaubt werden</p>
	29.06.	Beschluss des Präsidiums des ZK der KPdSU „Über die Maßnahmen zur Verstärkung der politischen Arbeit unter den Sondersiedlern“
	17.09.	<p>Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Amnestie sowjetischer Bürger, die während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945 mit den Besatzern zusammenarbeiteten“</p> <p>Abmeldung der „Angehörigen der Wlassow-Armee“, der „Volksdeutschen“ und der „Unterstützer der deutschen Besatzungsmacht“, teilweise der „Zwangsausgesiedelten aus Moldawien“, „von der Schwarzmeerküste“ und der Esten</p>
	24.11.	<p>Ministerratsbeschluss der UdSSR „Über die Abmeldung einiger Sondersiedlerkategorien“</p> <p>Abmeldung der Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges und Personen, die mit Orden und Medaillen der UdSSR ausgezeichnet sind; Frauen, die mit Einheimischen verheiratet sind; Frauen der russischen, ukrainischen und anderen Nationalitäten, die wegen ehelicher Beziehungen mit Krimtataren, Tschetschenen usw. verbannt wurden, die später beendet wurden; alleinstehenden Behinderten; Familienmitglieder der</p>

		Gefallenen an den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges; Lehrer von Hochschuleinrichtungen
	13.12.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen und der Mitglieder ihrer Familien, die sich in einer Sondersiedlung befinden“
1956	17.03	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der Kalmücken und der Mitglieder ihrer Familien, die sich in einer Sondersiedlung befinden“
	27.03.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der Griechen, Bulgaren, Armenier und der Mitglieder ihrer Familien, die sich in einer Sondersiedlung befinden“
	28.04.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der Krimtataren, Balkaren, Türken – Bürger der UdSSR; Kurden, Hemschinli und der Mitglieder ihrer Familien, die innerhalb des Großen Vaterländischen Krieges deportiert wurden“
	16.07.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen hinsichtlich der Sondersiedlung von Tschetschenen, Inguschen, Karatschaiern und der Mitglieder ihrer Familien, die innerhalb des Großen Vaterländischen Krieges deportiert wurden“
	22.09.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Abmeldung aus der Sondersiedlung einiger Kategorien von Ausländern, Staatenloser und ehemaliger Ausländer, die zu sowjetischen Bürgern wurden“
1957	09.01.	Erlaße des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Gründung der Kalmückischen Autonomen Republik innerhalb der RSFSR“; „Über die Umwandlung der Kabardinischen ASSR in die Kabardino-Balkarische ASSR“; „Über die Umwandlung des Tscherkessischen Autonomen Gebiets in das Karatschai-Tscherkessische Autonome Gebiet“; „Über die Wiederherstellung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR innerhalb der RSFSR“

		Erlaubnis für die aus diesen Regionen deportierten Personen, in ihre Heimat zurückzukehren; teilweise Aufhebung der Verordnungen von 1956
	31.10.	<p>Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen von Aserbajdschanern, die 1944 aus der Georgischen SSR umgesiedelt wurden“</p> <p>Da die Bezirke der Georgischen ASSR, aus denen die Zwangsumsiedlung durchgeführt wurde, schon bevölkert waren, durften diese Personen nicht an ihre ehemaligen Wohnorte zurückkehren. Jedoch hatten sie das Recht, in die Aserbajdschanische SSR umzusiedeln</p>
1958	13.01.	Ministerratsbeschluss der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen von während des Großen Vaterländischen Kriegs innerhalb des Territoriums Polen Internierten und Gefangenen“
	28.03.	<p>Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen von einigen Sondersiedlerkategorien“</p> <p>Abmeldung der Personen, die in die örtlichen Räte der Abgeordneten der Arbeiter sowie in die Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen gewählt wurden, und der von ihnen abhängigen Familienangehörigen; Personen, die zu dem Zeitpunkt der Deportation unter 16 Jahren waren</p>
	19.05.	<p>Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen von einigen Sondersiedlerkategorien“</p> <p>Abmeldung der ehemaligen Kulaken, Komplizen des nationalistischen Untergrunds und Mitglieder ihrer Familien; Familienmitglieder der ehemaligen Grundbesitzer, Hersteller, Händler, Führer und Mitglieder bürgerlicher politischer Parteien; Führer der ehemaligen bürgerlichen Regierungen</p>
	02.08.	<p>Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen von einigen Sondersiedlerkategorien“</p> <p>Abmeldung der Angehörigen der Anders-Armee und ihrer Familienmitglieder; ehemalige Mitglieder der basmatischen und daschnakischen Organisationen</p>

1960	07.01.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen von einigen Sondersiedlerkategorien“ Abmeldung der Familienmitglieder der Führer und der Angehörigen des nationalistischen Untergrunds und der bewaffneten Banden, die aus den westlichen Gebieten der Ukraine, dem Baltikum und dem Gebiet Pskov deportiert wurden; ehemalige Grundbesitzer, Hersteller, Händler, Mitglieder bürgerlicher Regierungen und politischer Parteien aus den westlichen Gebieten der Ukraine, dem Baltikum und Moldawien
1961	18.04.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen von ehemaligen Mitgliedern des nationalistischen Untergrunds und der bewaffneten Banden, die wegen Verbrechen verurteilt wurden, die sie unter 18 Jahren begingen“
1963	06.12.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen von einigen Sondersiedlerkategorien“ Abmeldung der ehemaligen Führer und Mitglieder des nationalistischen Untergrunds und der bewaffneten nationalistischen Banden, die durch das Dekret vom 11. März 1952 in die Sondersiedlung verschickt wurden
1965	30.09.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkungen hinsichtlich der Sondersiedlung von Mitgliedern der Sekten „Zeugen Jehovas“, „Wahre orthodoxe Christen“, „Innokent'evna“, „Adventisten“ und ihrer Familienmitglieder“
1967	05.09.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über Bürger tatarischer Nationalität, die auf der Krim lebten“ Aufhebung der gegen die Krimtataren erhobenen Vorwürfe; Recht auf Rückkehr in die Krim wird nicht direkt erwähnt
1972	03.11.	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Aufhebung der Einschränkung der Wahl des Wohnorts, die in der Vergangenheit für einzelne Kategorien von Bürgern vorgesehen war“ Die Einschränkungen wurden in Bezug auf die Deutschen, Griechen, Bulgaren, Armenier und die ehemaligen griechischen, türkischen sowie iranischen Staatsangehörigen aufgehoben

Die Abmeldung aus der Sondersiedlung bedeutete nicht immer, dass alle Einschränkungen, die früher für die Sondersiedler gegolten hatten, abgeschafft waren und die Deportierten in ihre ehemaligen Wohnorte zurückkehren durften. Das Regime wendete laut Marc Elie eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche an. Einerseits demontierte es allmählich das Sondersiedlungssystem und zeigte dadurch, dass die Sondersiedler sich in ihrem Status immer mehr der vollberechtigten Bevölkerung der UdSSR annäherten. Andererseits wollte es den ökonomischen Schock, der mit der Freilassung des überwiegenden Teils der Sondersiedler drohte, verhindern und Zeit schaffen, damit sich die regionale Wirtschaft auf den Übergang von der Zwangsarbeit zu freier Arbeit vorbereiten konnte<sup>514</sup>. Darüber hinaus bestand eine große Angst, dass die massive Rückkehr der Sondersiedler Konflikte verursachen und die Situation in den betreffenden Regionen destabilisieren würde: Die Deportierten konnten Entschädigungen für verlorenes Eigentum fordern sowie auf unangemessene Weise die lokale Bevölkerung beeinflussen<sup>515</sup>. Außerdem berücksichtigte das Regime den Arbeitskräftebedarf der Gebiete, aus denen die Zwangsumsiedlung erfolgte. In diesem Zusammenhang wurde ein eigenes Verfahren für die Entlassung aus der Sondersiedlung und die Rückkehr in die ehemaligen Wohnorte für jede Deportiertenkategorie festgelegt.

Die ersten, an denen das Regime die Politik von Zuckerbrot und Peitsche erprobte, waren die „Angehörigen der Wlassow-Armee“, denn zwischen 1951 und 1952 lief ihre sechsjährige Verbannungsdauer ab. Ursprünglich schlug das MVD vor, die Entlassung dieser Kategorie abzulehnen und alle „Angehörigen der Wlassow-Armee“ in die Kategorie der „Zwangsausgesiedelten auf ewig“ zu übertragen. Seine Position äußerte es im Projekt der Verordnung des Ministerrates der UdSSR vom Mai 1951<sup>516</sup>. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, die Bezirke der Ansiedlung der „Angehörigen der Wlassow-Armee“ wesentlich einzug-

---

<sup>514</sup> Vgl. Elie, Marc: Razmyšlenija o sochranenii sistemy specposelenij v 1953–1957 gg., in: Natal'ja Abłažej / Alain Blum (Hrsg.), Migracionnyje posledstvija Vtoroj Mirovoj Vojny: Deportacii v SSSR i stranach Vostočnoj Evropy, 3 Bde., Novosibirsk: Nauka, 3 Bd., 2014, S. 69.

<sup>515</sup> Vgl. Ebd., 72.

<sup>516</sup> GARF f. r-9479, op. 1, d. 372, l. 152.



renzen, indem ein Drittel von ihnen in andere Gebiete des Landes umgesiedelt wird. Am Ende wurde dieser Vorschlag nicht unterstützt und die Verordnung des Ministerrates der UdSSR vom 7. Oktober 1951 wurde verabschiedet. Nach ihr mussten die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ aus den Sondersiedlungen unter drei wesentlichen Einschränkungen freigelassen werden. Erstens hatten sie kein Recht, in Moskau, Leningrad, Kiew, verbotenen Zonen, Grenzstreifen sowie in Lettland, Estland, Litauen, Moldawien und den westlichen Gebieten der Ukraine und Weißrusslands zu wohnen<sup>517</sup>. Diese Beschränkung wurde jedoch nach anderthalb Jahren aufgehoben, als die Verordnung des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 20. Mai 1953 „Über die Abschaffung der Passbeschränkungen“ verabschiedet wurde<sup>518</sup>. Zweitens blieben die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ der deutschen, tschetschenischen, kalmückischen, inguschischen, balkarischen, karatschaischen und griechischen Nationalität sowie Krimtataren auf ewig in den Sondersiedlungen. Später, am 24. Oktober 1954, wurde dies auf die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ ausgeweitet, deren Familienmitglieder aus der Lettischen, Litauischen oder Estnischen ASSR sowie den westlichen Gebieten der Ukraine und Weißrusslands deportiert und durch Beschlüsse der Sondersitzung des NKVD als Komplizen von Banden zur ewigen Sondersiedlung verurteilt wurden<sup>519</sup>. Drittens blieben die Sondersiedler, die in Tadschikistan am Bau des Kombinats № 6 der Zweiten Hauptverwaltung beim Ministerrat der UdSSR arbeiteten, bis zum Ende des Baus in der Verbannung, um die dortigen Staatsgeheimnisse zu bewahren (das Kombinat beschäftigte sich mit Uranabbau).

Die Verordnung vom 7. Oktober 1951 verpflichtete auch die Unternehmen, in denen „Angehörige der Wlassow-Armee“ arbeiteten, individuelle Arbeitsverträge zu schließen, durch die alle Privilegien, die für andere Arbeiter und Angestellte galten, auf die Sondersiedler ausgeweitet wurden. Darüber hinaus

---

<sup>517</sup> GAKO f. r-279, op. 2, d. 20, l. 49.

<sup>518</sup> Vgl. Reabilitacija: kak èto bylo. Dokumenty Prezidiuma CK KPSS i drugie materialy. Mart 1953 – fevral’ 1956, hg. v. A. N. Artizov / Ju. V. Sigačev, Moskau: MVD, 2000, S. 45–48.

<sup>519</sup> Vgl. Ablažej/Markdorf, 2013, S. 131.

erwarben die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ das Recht, ein Darlehen in Höhe von 5000 Rubel für sieben Jahre aufzunehmen, das für den Hausbau, Kauf von Vieh und Haushaltswaren verwendet werden durfte<sup>520</sup>. Da die Leiter der Unternehmen die Arbeiter in der regionalen Industrie halten wollten, begannen sie, diejenigen materiell zu unterstützen, die eigene Häuser bauen oder ihre Familien nach Sibirien holen wollten. Sie erhielten außer der Reihe Einzelzimmer und Wohnungen, einen kostenlosen Transport ihrer persönlichen Gegenstände und ihrer Familie nach Sibirien und landwirtschaftliches Inventar zur vorübergehenden Verwendung. Dies führte laut Rašit Bikmetov dazu, dass die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ nach dem Passumtausch 1953 vollberechtigte und vollwertige Arbeiter der Kohleindustrie wurden<sup>521</sup>. Jedoch konnten nicht alle Sondersiedler ablehnen, diese Arbeitsverträge zu unterschreiben. So wurde am 5. März 1952 noch die Verordnung des Ministerrates der UdSSR № 1206-394 cc verabschiedet, nach der die noch nicht abgemeldeten „Angehörigen der Wlassow-Armee“ nach dem Ablauf der sechsjährigen Verbannung in das ständige Personal der Industrie wechseln und für drei Jahre in den Unternehmen als freie Lohnarbeiter und Angestellte arbeiten mussten. Personen, die ohne Genehmigung die Arbeitsstelle verließen, wurden als Deserteure betrachtet und folglich vor Gericht gebracht<sup>522</sup>.

Die Vertreter der bestraften Völker bekamen nach den in Tabelle 5.1 dargestellten Erläufen des Präsidiums des Obersten Sowjets aus dem Jahr 1956 auch kein Recht auf die Rückkehr an ihre ehemaligen Wohnorte. Außerdem wurden sie nicht rehabilitiert und konnten keine Eigentumsentschädigungen fordern. Jedoch wurde nach weniger als einem Jahr die Wiederherstellung der Kalmückischen und Karatschai-Tscherkessischen Autonomen Gebiete sowie der Tschetscheno-Inguschischen und Kabardino-Balkarischen Autonomen Republiken entschieden. Dies bedeutete, dass die Kalmücken, Tschetschenen, Inguschen und

---

<sup>520</sup> GAKO f. r-456, op. 4, d. 51, l. 20.

<sup>521</sup> Vgl. Bikmetov, 2009, S. 248.

<sup>522</sup> Vgl. Ablažej/Markdorf, 2013, S. 132.

Karatschaier, Balkaren die Möglichkeit erhielten, in ihr Heimatland zurückzukehren. Um aber die chaotische und massive Migration dieser Kategorien der ehemaligen Sondersiedler zu verhindern, führte das Regime Kampagnen für ihre zentralisierte Rückkehr durch<sup>523</sup>. Die Deutschen und Sondersiedler aus der Krim bekamen das Recht auf die Heimkehr erst 1972 bzw. 1967. Dieser Unterschied in der Politik, die in Bezug auf die Vertreter der verschiedenen „bestraften Völker“ verwirklicht wurde, lässt sich dadurch erklären, dass das Regime anstrebte, die Interessen sowohl der Regionen, in denen sich die Sondersiedlungen befanden, als auch der Gebiete, aus denen die Deportationen durchgeführt wurden, zu berücksichtigen. Dies wird am Beispiel der Deutschen und Kalmücken deutlich. Einerseits hatten die Steppengebiete der ehemaligen Kalmückischen ASSR im Vergleich zu der fruchtbaren ehemaligen Wolgadeutschen Republik einen großen Bedarf an Personal. Andererseits traf der massive und einmalige Wegzug der Kalmücken die Wirtschaft der Regionen, in denen sich die Sondersiedlungen befanden, viel weniger als Wegzug der Deutschen.

Bemerkenswerterweise versuchten die Leiter der Dorfräte und örtlichen Wirtschaftsorganisationen, zu verhindern, dass selbst Vertreter jener Völker Sibirien verließen, an deren Rückkehr in die Heimat das Zentrum Interesse hatte. So wurden Fälle festgestellt, in denen die Vorsitzenden der Dorfräte es ablehnten, die Kalmücken abzumelden, bis sie alle Geld- und natürlichen Steuern für das Vorjahr bezahlen hatten<sup>524</sup>. Außerdem entließen die Leiter der Unternehmen die Sondersiedler bis zum Ende des Produktionsprozesses nicht, also beispielsweise nicht, bis die Fischereisaison beendet war. Der wesentliche Trick aber, durch den Sondersiedler in den Wirtschaftsorganisationen festgehalten wurden, bestand jedoch darin, die Zahlung oder Abarbeitung von Umzugsgeld vor dem Wegzug zu fordern. All dies führte dazu, dass sich der Wegzug der Kalmücken, die in der

---

<sup>523</sup> Vgl. UbušaeV/UbušaeV, 2007, S. 361.

<sup>524</sup> Vgl. Lidžieva, Irina: Osnovnye etapy rehabilitacii repressirovannyh narodov: na materialach Kalmykii, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Astrachan': Astrachanskij gosudarstvennyj universitet, 2007, S. 94.

Industrie arbeiteten, im Vergleich zu Personen, die in den Kolchosen beschäftigt waren, wesentlich erschwerte und verzögerte<sup>525</sup>.

Die Rückkehr der Personen, die aus den westlichen Regionen des Landes deportiert worden waren („OUN-Angehörige“, „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum und Moldawien“, „Sektierer“), war nur mit der Genehmigung der Gebietsexekutivkomitees oder Ministerräte der Republiken gestattet, aus denen die Deportationen durchgeführt worden waren. Dabei wurde auch vereinbart, dass diese Personen kein Recht auf die Entschädigung für beschlagnahmtes Eigentum hatten (im Gegensatz zu zuvor individuell abgemeldeten Personen, deren Zwangsumsiedlung als rechtswidrig anerkannt wurde). Laut Alain Blum zwangen diese Verfahren die Sondersiedler, sich an endlosen Klagen zu beteiligen, die dadurch erschwert wurden, dass sowohl die zentralen als auch die regionalen Behörden ein nachhaltiges Misstrauen gegenüber den Deportierten hegten. So stellten die ukrainischen Behörden, die Angst vor der Rückkehr unzuverlässiger Personen hatten, mithilfe des regionalen Staatssicherheitsdiensts, der Staatsanwaltschaft und anderer Ämter Listen von Personen zusammen, deren Rückkehr unerwünscht war. Darüber hinaus wurden Anstrengungen unternommen, um diese Menschen zu überzeugen, zurückzufahren. Zum Beispiel wurden die ehemaligen Sondersiedler zu diesem Zweck regelmäßig zu Aufklärungsgesprächen einbestellt<sup>526</sup>.

Über die bürokratischen Hindernisse, die die Sondersiedler auf ihrem Weg in ihre Heimat überwinden mussten, berichtete Seville Keredži Ogly im Juli 2017 in einem Interview mit dem Leiter des Tomsker Museums „Untersuchungsfängnis des NKVD“ Vasilij Chanevič. Sie wurde 1952 in einer Familie von Lazen geboren, die 1949 aus Georgien in den Bezirk Vasjugan deportiert wurde. Nach der Abmeldung im Januar 1957 trafen ihre Eltern die Entscheidung, nach Hause zurückzukehren. Jedoch konnten sie erst im Sommer Vasjugan verlassen, als der Transport per Schiff erlaubt wurde. Als sie in Georgien ankamen, erkann-

---

<sup>525</sup> Vgl. Ivanov, 2014a, S. 174 f.

<sup>526</sup> Vgl. Blum, 2014, S. 27.

ten sie, dass es keine Unterkunft für sie gab. Deshalb blieb die Familie bei der Schwester des Vaters, die auf wundersame Weise der Deportation entgangen war. Der Vater konnte weder eine Arbeit finden, da er hörgeschädigt war, noch eine Rente bekommen, da er Volksfeind galt. Außerdem verfügte er über keinen Pass, nur über eine Bescheinigung über die Abmeldung. Im Endergebnis beschlossen Sevilles Eltern im Jahr 1958, nach Sibirien zurückzukehren, wo der Vater gute Chancen hatte, eine Stelle als Bäcker zu finden. Dort erhielt die Familie eine Wohnung und ihr Leben verlief wieder in geordneten Bahnen.

Jedoch unternahm Sevilles Mutter 1963, nach dem Tod ihres Vaters, noch einen Versuch, zurückzukehren, aber stand erneut vor einer Reihe von Problemen. Seville beschrieb dies folgendermaßen: „Im Jahr 1963 hatte ich gerade die vierte Klasse absolviert, bin in die fünfte gegangen. Wir haben alles verkauft und entschieden, dorthin zurückzukehren [...]. Es war der 28. Mai, Schnee war gefallen. Das Schiff kam an und es hat geschneit, der Schnee war geradezu kniehoch. Deshalb hat die Mutter alle warmen Kleidungsstücke gesammelt und dort diese Bänke in dem Schiff bedeckt, damit wir nicht frieren werden, wir sind in winterlicher warmer Kleidung in Kargasok angekommen. Man muss mehr als einen Tag mit diesem Schiff fahren [etwa 500 km entlang des Flusses Vasjugan]. Und in Kargasok hat man ihr den ständigen Pass nicht ausgestellt, genauer gesagt galt er nur sechs Monate. Und es wurde gesagt, dass du in sechs Monaten nach Sibirien zurückkehren musst. Wir haben natürlich darauf gehofft, dass die Verwandten in Georgien helfen werden, da sie dort, in Georgien, sehr gut und reich leben. Alle Vettern des Vaters waren in der Deportation [...]. Nachdem sie von dort zurückgekehrt waren, haben sie sich gut niedergelassen, und als wir zurückgekehrt sind, haben sie schon in zweistöckigen Häusern gewohnt, auch seine Schwester hat sehr gut gelebt. Aber man hat uns nirgendwo angemeldet: Es gibt keinen Pass. Ihr seid Feinde des Volkes. Kehrt nach Sibirien zurück... Wissen Sie, in Georgien liebt man Geld und hat es immer geliebt. Eigentlich haben wir Bestechungsgeld gegeben. Es war nutzlos. Deshalb war die Mutter gezwungen, ein kleines Häuschen in Kobuleti an der See zu kaufen und dort die Großmutter

anzusiedeln. Und wir sind nach Sibirien zurückgekehrt, um die Dokumente zu bekommen. Wir haben gedacht, in einem Jahr fahren wir zurück. Aber das erste Jahr verging, das zweite, das dritte... Wir mussten beweisen, nach Georgien schreiben, fordern. [...] Und erst nach vier Jahren hat sie den unbefristeten Pass erhalten“.<sup>527</sup> Einen dritten Rückkehrversuch unternahmen sie jedoch nicht. Stattdessen blieben sie für immer in Sibirien, weil die Mutter einen Russen heiratete und Angst hatte, mit dem russischen Ehemann nach Georgien zu fahren.

Bemerkenswerterweise gab es auch unter den Kalmücken, deren Umsiedlung zentralisiert organisiert wurde, Fälle der Rückkehr nach Sibirien. Die ehemaligen Sondersiedler verließen die Kalmückische Republik aus den gleichen Gründen wie Sevilles Eltern: Sie fanden eine passende Stelle oder Unterkunft<sup>528</sup>. Jedoch waren diese Fälle selten.

So verzichtete das Regime, selbst als es die Kampagne zur Freilassung der Sondersiedler durchführte, nicht auf die alten Praktiken und löste seine Aufgaben weiterhin hauptsächlich durch die die Ausübung von Zwang. Die Rechtmäßigkeit

---

<sup>527</sup> Vgl. Interview mit Seville Keredži Ogly: in: Tomsker Museum „Untersuchungsgefängnis des NKVD“, [online] <http://nkvd.tomsk.ru/projects/posledniysvidetel/videovosp/kereji/> [17.09.2020]. Übersetzung der Autorin aus dem Russischen. Originalzitat: „В 63 году я как раз закончила 4 класса, перешла в пятый. Мы распродали все и решили вернуться туда [...]. Это было 28 мая, выпал снег. Пришел речной трамвайчик[,] и выпал снег, по колено буквально. И поэтому собрав все теплые вещи, мама застелила там эти лавки в трамвайчике, чтобы мы не замерзли. Мы в зимних теплых вещах отправились до Каргоска. Нужно было более суток ехать на этом трамвайчике. А в Каргоске ей не выдали паспорт. Не выдали паспорт постоянный, т. е. только на 6 месяцев. Сказали, через шесть месяцев ты должна вернуться обратно. Мы, конечно, надеялись, что родственники в Грузии помогут, что живут там, в Грузии, очень хорошо, богато. Все отцовы братья двоюродные, они все были в депортации. [...] Мы когда вернулись[,] они жили все уже в двухэтажных домах, также сестра его жила уже хорошо. А прописать нас – нигде не прописывали. Нет паспорта. Вы – враги народа. Возвращайтесь в Сибирь. Знаете, в Грузии всегда любят деньги и любили. В общем-то и мзду давали. Бесполезно. И поэтому мама вынуждена была купить маленький домик в Кабулети, на берегу моря, поселить там бабушку[,] и мы вернулись обратно в Сибирь – делать документы. Мы думали, что через годы мы уедем обратно. Но прошел год, второй, третий... Нужно было доказывать, писать в Грузию, требовать [...]. И только через четыре года она получила паспорт. Постоянный. Бессрочный“.

<sup>528</sup> Vgl. Ivanov, 2014a, S. 176.

der Deportationspolitik wurde nicht infrage gestellt, die Bewegungsfreiheit einzelner Kategorien ehemaliger Sondersiedler wurde eingeschränkt, wenn dies wirtschaftlich oder politisch zweckmäßig war. Dabei wurden sowohl direkte, gesetzlich festgelegte Verbote der Rückkehr zu den früheren Wohnorten erlassen als auch indirekte Praktiken des Zwangs angewendet: Den Sondersiedlern wurde angeboten, individuelle Arbeitsverträge zu günstigeren Bedingungen als früher abzuschließen, deren Unterzeichnung die Deportierten jedoch nicht immer verweigern konnten. Nach dieser seit Jahrzehnten funktionierenden Logik handelten auch die lokalen Behörden sowohl der Gebiete, in denen sich die Sondersiedlungen befanden, als auch der Regionen, aus denen die Deportationen durchgeführt worden waren. Erstere verzögerten den Wegzug der Sondersiedler durch unterschiedliche Tricks (von der Ablehnung der Entlassung und der Ausstellung unbefristeter Pässe bis zur Forderung, alle Steuern und Umzugsgeld bis zum Wegzug zu bezahlen), Zweitere verhinderten auf jede mögliche Weise die Rückkehr der aus ihrer Sicht unzuverlässigen Personen. Im Ergebnis wurde der Wegzug der Sondersiedler aus Sibirien in der Praxis erheblich erschwert, selbst wenn es Personen waren, die zu ihren früheren Ansiedlungsorten zurückkehren durften. Daher war der Prozess der Beseitigung des Sondersiedlungssystems eine unvollständige Reform, genau wie andere Veränderungen des „Tauwetters“, bei denen, wie Anne Applebaum feststellte, zwei Schritte vorwärts, dann aber wieder ein, manchmal auch drei Schritte zurückgegangen wurde<sup>529</sup>.

Jedoch versuchten die Behörden nicht nur durch Methoden des Zwangs, die massive Auswanderung der Sondersiedler aus den Regionen zu verhindern. Bevor die Freilassungskampagne ihren Höhenpunkt erreichte, waren Gesetze verabschiedet worden, die einzelne Aspekte des Lebens der nicht abgemeldeten Personen verbesserten und folglich zu ihrem Verbleib an den Ansiedlungsorten beitragen sollten. In diesem Zusammenhang ist der Beschluss des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 29. Juni 1955 „Über die Maßnahmen zur Verstärkung der politischen Arbeit unter den Sondersiedlern“ von besonderer Bedeutung. Ihr Ziel

---

<sup>529</sup> Vgl. Applebaum, 2004, S. 537.

war es, alle Deportierten in das aktive soziopolitische Leben einzubeziehen und ihre Wahrnehmung, in den Regionen Bürger zweiter Klasse zu sein, abzubauen. Dieses Gesetz bestätigte die Rechte der Sondersiedler, in die Räte und Verwaltungsorgane der Gewerkschafts- und Kooperationsorganisationen gewählt zu werden, staatliche Auszeichnungen zu erhalten und aktiv am internen Partei-, Komsomol- und Gewerkschaftsleben teilzunehmen. Darüber hinaus war einer der Schlüsselgründe, aus dem die Sondersiedler nach der Abmeldung die Sondersiedlungsorte verlassen konnten, nach Meinung der regionalen Behörden das Bedürfnis der Deportierten nach Unterstützung ihrer ethnischen Kultur. In diesem Zusammenhang empfahl die besagte Verordnung den örtlichen Behörden, Zeitschriften und Zeitungen in der Muttersprache der Sondersiedler zu veröffentlichen<sup>530</sup>. Zur Verfügung stehen 59 schriftliche Berichte aus dem Gebiet Tomsk und elf aus dem Gebiet Kemerovo, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 von Mitarbeitern der Bezirks- und Gebietskomitees der KPdSU für die Rechnungslegung zusammengestellt wurden, um gegenüber dem Zentrum die Verwirklichung dieser Verordnung zu belegen<sup>531</sup>. Ihre Analyse ermöglichte, drei wichtige Dinge aufzudecken.

Erstens erkannten die lokalen Behörden die Diskriminierung der Sondersiedler in der Arbeit und dem öffentlichen Leben. Zum Beispiel erhielten die Deportierten weder Vergütungen noch Kuraufenthalte, ihnen wurden keine Parteaufgaben anvertraut, sie wurden auf Ehrentafeln nicht ausgehängt. Nichtsdestoweniger ging diese Diskriminierung nach Meinung der örtlichen Parteiangestellten nur von einzelnen Unternehmensleitern aus und war eher eine Ausnahme als die Regel. Im Allgemeinen waren sich die Verfasser der schriftlichen Berichte einig, dass die sozialpolitische Arbeit der Sondersiedler gleichberechtigt zu der der übrigen Bürger stattfand: Sie nahmen an politischen Lektionen und anderen ideologischen Veranstaltungen teil, wurden für Produktionserfolge belohnt und

---

<sup>530</sup> Vgl. *Reabilitacija: kak èto bylo*, 2000, S. 224–247.

<sup>531</sup> GAKO f. p-75, op. 7, d. 404, l. 1–27; f. p-75, op. 8, d. 39, l. 54–57; CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2248, l. 77–98; f. 607, op. 1, d. 2267, l. 19–103; f. 607, op. 1, d. 2279, l. 1–28, 31–34, 36–41; f.607, op. 1, d. 2416, l. 33–42, 54–56.



beteiligten sich an Partei-, Komsomol-, Gewerkschafts- und anderen öffentlichen Arbeiten. Darüber hinaus wurden die Sondersiedler als gewissenhafte Arbeiter charakterisiert, die die Arbeitsnormen erfüllten und übererfüllten.

Zweitens bewerteten die regionalen Parteiangestellten einzelne Gruppen der Sondersiedler als unzuverlässig, zu religiös, patriarchalisch und die sowjetischen Normen nicht anerkennend. So kamen Berichte aus unterschiedlichen Bezirkskomitees des Gebietes Tomsk, dass Moldauer auf das Staatsdarlehen, die Teilnahme an Wahlen sowie den Besuch von Versammlungen und Lektionen verzichteten, da es ihren religiösen Überzeugungen widersprach<sup>532</sup>. Negativ wurden auch Assyrer, Türken und Aserbaidschaner charakterisiert, die zu den „Zwangsausgesiedelten von der Schwarzmeerküste“ gehörten. Sie nahmen nach Meinung der Verfasser der Quellen nicht am öffentlichen Leben des Kollektivs teil und drückten sich vor körperlicher Arbeit. Dabei wurden sie direkt den Esten, Letten und Litauern gegenübergestellt, die als fleißig und tatkräftig bewertet wurden<sup>533</sup>.

Drittens wird in den schriftlichen Berichten angemerkt, dass die kulturelle und ideologische Arbeit in den Regionen nicht in den Muttersprachen der Sondersiedler durchgeführt wurde: Es gab keine Schulklassen, keine speziellen Zeitschriften und keine Radiosender in diesen Sprachen. Bemerkenswerterweise waren die meisten konkreten Vorschläge der regionalen Behörden zur Stärkung der sozialpolitischen Arbeit unter den Sondersiedlern auf die Lösung dieses Problems orientiert. Bei der Beschreibung der potenziellen Lösungen der übrigen Probleme, beispielsweise der antisowjetischen Einstellung einzelner Kategorien der Sondersiedler, beschränkten sich die örtlichen Parteiangestellten meistens auf Floskeln („man muss die erklärende Arbeit verstärken, die Jugendlichen in die Komsomolstätigkeit einbeziehen, Gespräche mit Unternehmensleitern führen, die Sondersiedler diskriminieren“). In diesem Fall schlugen die Bezirkskomitees recht aktiv unterschiedliche Mittel vor, die dazu beitragen sollten, die ethnische

---

<sup>532</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2267, l. 22, 99, 102.

<sup>533</sup> Ebd., 47, 74 f.

Kultur der Sondersiedler zu fördern und sie folglich zu motivieren, nach der Abmeldung im Bezirk zu bleiben. Das Tomske Gebietskomitee der KPdSU fasste diese örtlichen Initiativen zusammen und drückte seine Meinung bezüglich jeder von ihnen aus. Es ist zu betonen, dass alle Vorschläge nur eine Kategorie der Sondersiedler berührten – die Deutschen.

Vor allem hielt das Tomske Gebietskomitee der KPdSU es für unzweckmäßig, deutschsprachige Schulen und Klassen zu eröffnen. Dies war damit verbunden, dass die deutsche Bevölkerung in kleinen Gruppen innerhalb der Regionen untergebracht war und folglich die Zahl der schulpflichtigen Kinder in den einzelnen Bezirken nicht ausreichte, um eine deutschsprachige Schule oder auch nur eine Klasse zu gründen. Darüber hinaus wünschten sich die Deutschen zwar Institutionen, die ihnen halfen, ihre kulturelle Identität zu bewahren, aber sie waren nicht bereit, ihre Kinder an deutschsprachige Schulen zu schicken, da ihre Absolventen weniger Möglichkeiten gehabt hätten, sich an Fach- und Hochschuleinrichtungen zu immatrikulieren. Für unangemessen hielt das Gebietskomitee auch die Einführung deutschsprachiger Radiosendungen: Sie würden eine relativ niedrige Nachfrage haben, gleichzeitig aber eine große Investition erfordern. Allerdings unterstützte das Tomske Gebietskomitee die Idee, politische Veranstaltungen für die Deutschen in ihrer Muttersprache durchzuführen sowie deutschsprachige Bücher und Zeitschriften herauszugeben<sup>534</sup>. Einerseits zeigen diese Maßnahmen, dass die Behörden begannen, allmählich auf die Politik der totalen Russifizierung zu verzichten. Andererseits waren diese Maßnahmen nicht auf das Bedürfnis der Sondersiedler an der Entwicklung ihrer ethnischen Kultur ausgerichtet, sondern auf die Übertragung und Verbreitung der sowjetischen Ideologie: Die örtlichen Parteimitarbeiter wollten unterbinden, dass die Sondersiedler im Untergrund Bücher beschaffen mussten, die dann meistens antisowjetischen Inhalt hatten, weil sie keine Möglichkeit hatten, muttersprachliche Literatur an Zeitungsständen oder in Buchhandlungen zu kaufen<sup>535</sup>.

---

<sup>534</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2416, l. 54 ff.

<sup>535</sup> Ebd., 56.

Auf diese Weise zeigte die Analyse der schriftlichen Berichte, dass die regionalen Behörden die Sondersiedler zunächst weiterhin in loyale und illoyale teilten. Maßnahmen, die das Leben der als unzuverlässig eingestuften Deportierten verbesserten, wurden von örtlichen Parteimitarbeitern nicht vorgeschlagen: Sie hatten kein Interesse am Verbleib dieser Gruppen in Sibirien und betrachteten ihren Wegzug im Allgemeinen als unvermeidlich. Eine andere Einstellung bestand zu den zuverlässigen Sondersiedlerkategorien. Die Behörden waren bereit, ihren Zustand zu verbessern, und interessiert, ihre Probleme zu lösen, die in der Zukunft ein Grund für ihren Wegzug aus den Ansiedlungsorten werden konnten. Eins dieser Probleme war die Russifizierung. Allerdings konnten die regionalen Parteiverwaltungen es aufgrund beschränkter Ressourcen und die fehlende finanzielle Unterstützung durch das Zentrum nicht lösen. Die einzelnen Maßnahmen der regionalen Behörden konnten den allgemeinen Kurs der nationalen Politik der UdSSR, der ausschließlich auf die Russifizierung abzielte, nicht umkehren.

## 2. Das Ausmaß der Migration der Sondersiedler nach ihrer Abmeldung

Die Anzahl der Sondersiedler, die nach der Entlassung die Ansiedlungsor-  
te verließen, ist recht schwer zu ermitteln, denn viele Gebietsabteilungen des  
MVD erhoben unmittelbar nach der Abmeldung keine Statistiken mehr über die  
Anzahl der Deportierten. Darüber hinaus verließen die Sondersiedler Sibirien oft  
erst einige Zeit nach dem Erhalt des Rechts auf die Rückkehr, da sie zunächst ihr  
Eigentum verkauften, das Geschäftsjahr abschlossen, Dokumente beantragten,  
nicht deportierte Verwandte kontaktierten, Verpflichtungen aus dem unterzeich-  
neten Arbeitsvertrag erfüllen mussten usw.

Aus diesen Gründen wurden indirekte Daten verwendet, um das Ausmaß  
der Migration der Sondersiedler nach der Abmeldung festzustellen. So wurde in  
den Volkszählungen von 1939, 1959 und 1970 die ethnische Zusammensetzung  
der Bevölkerung aller Regionen erfasst. Indem diese Daten mit der Anzahl der  
Sondersiedler verglichen werden, lässt sich ungefähr das Ausmaß der Migration  
der Vertreter der Sonderkontingente offenbaren, die anhand ihrer Nationalität  
gebildet wurden. Die Informationen darüber sind in Tabelle 5.2 dargestellt. Dabei  
enthalten einige Spalten zusammenfassende Daten für alle drei analysierten Re-  
gionen, weil die Gebiete Kemerovo und Tomsk erst 1943 bzw. 1944 dem Gebiet  
Novosibirsk zugeteilt wurden.

**Tabelle 5.2. Entwicklung der Anzahl einzelner Nationalitäten und Sonderkontin-  
gente in den Gebieten Kemerovo, Novosibirsk und Tomsk (Pers.)**

Nationale Zusammensetzung nach Volkszählungen						Sondersiedler	
Nationalität	Gebiet	1939	1959	Zunahme 1939– 1959	1970	Kontingent	1950
Deutsche	K.	8394	65041	156568	52155	Deutsche	58954
	N.		78769		67931		74535
	T.		21152		15257		23119
Kalmücken	K.	98	459	3148	158	Kalmücken	112

	N.		2067		608		17109	
	T.		720		161		1075	
Esten	K.	9157	2562	-506	2008	„aus dem Baltikum“ <sup>536</sup>	n. v.	
	N.		4219		2745		Esten	9689
	T.		1870		1374		n. v.	
Letten	K.	4176	2698	4554	1806		Letten	n. v.
	N.		2459		1928			n. v.
	T.		3573		1560			14836
Litauer	K.	2690	1189	3506	826	„Litauer“	133	
	N.		1348		945		0	
	T.		3659		1079		2400	
Moldawier	K.	474	2434	5974	1580	aus Moldawien	1427	
	N.		642		1057		0	
	T.		3372		1267		0	
Krimtataren	K.	n. v.	n. v.	n. v.	4	von der Krim	5233	
	N.		1		2		20	
	T.		n. v.		0		15	

Auf Grundlage von: GARF f. 9479, op. 1, d. 556, l. 11–16; RGAE f. 1562, op. 336, d. 1566a–1566d; Itogi vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda: Nacional’nyj sostav naselenija SSSR, sojuznych i avtonomnych respublik, kraev oblastej i nacional’nych okrugov, hg. v. K. A. Orechov, Moskau: Statistika, 1973, S. 61–152; Vsesojuznaja perepis’ naselenija 1939 goda. Osnovnye itogi, hg. v. I. A. Poljakov, Moskau: Nauka, 1992, S. 59–79.

Die in der Tabelle dargestellten Angaben zeigen, dass nach der Freilassung aus den Sondersiedlungen eine massive Auswanderung der Deutschen aus den betrachteten westsibirischen Regionen ausblieb. Gleichzeitig begannen einzelne Familien, von Sibirien in andere Gebiete des Landes zu ziehen, einschließ-

<sup>536</sup> Zum Sonderkontingent „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“ gehörten die ehemaligen Bewohner aller drei baltischen Republiken. In diesem Zusammenhang ist es nicht möglich, genau zu bestimmen, welche Nationalitäten der Teil dieses Kontingents in den betrachteten Regionen hatte. Es ist jedoch bekannt, dass die Mehrheit der Esten im Gebiet Novosibirsk untergebracht war und die meisten Letten in Tomsk. Aus diesem Grund werden „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“, die im Gebiet Novosibirsk wohnten, allgemein als Esten bezeichnet und die im Gebiet Tomsk als Letten. Darüber hinaus umfasste das Kontingent „Zwangsausgesiedelte aus dem Baltikum“ die relativ große Gruppe der Juden, die in der Tabelle nicht berücksichtigt werden.

lich des Wolgagebietes, in denen sie nach der Verordnung vom 13. Dezember 1955 nicht wohnen durften. Nach Daten von Victor Zemskov vom 1. Oktober 1956 kehrten 1.972 Deutsche zu ihren früheren Wohnorten zurück, davon 1.500 Personen in das Gebiet Stalingrad, 102 in das Gebiet Saratov und 70 in das Gebiet Rostov<sup>537</sup>. Die Auswanderung der Deutschen aus Sibirien nahm in den nächsten zehn Jahren wesentlich zu, sodass ihre Anzahl in Sibirien deutlich sank. Bemerkenswerterweise stieg die Gesamtzahl der Bevölkerung in drei Gebieten gleichzeitig mit der Auswanderung der Deutschen: Von 1959–1970 erhöhte sich die Bevölkerung im Gebiet Novosibirsk um 206.768 Personen, im Gebiet Kemerovo um 132.447 und im Gebiet Tomsk um 38.904.

Auf Grundlage von schriftlichen Berichten, die im Oktober 1956, d. h. ein Jahr nach der Abmeldung, von den Vorsitzenden der Bezirks- und Stadtkomitees zusammengestellt wurden, lässt sich zu dem Schluss kommen, dass die Deutschen unmittelbar nach der Freilassung Sibirien zwar nicht massiv verließen, aber die Mobilität dieser Gruppe wesentlich zunahm. Da die Migration meistens innerhalb des Gebietes stattfand, spiegelte sie sich nicht in Volkszählungen wider. Die Vertreter der regionalen Parteibehörden berichten, dass die Deutschen begannen, aus den abgelegenen Bezirken des Gebietes in die städtischen umzuziehen, zu Verwandten in die benachbarten Regionen wegzuziehen sowie den hohen Norden wegen der harten klimatischen Bedingungen zu verlassen. Bemerkenswerterweise betonen die regionalen Behörden, dass der Wegzug der Deutschen nicht durch schlechte materielle Bedingungen verursacht war<sup>538</sup>. Das lag zum Teil daran, dass die Angestellten der regionalen Behörden sich schützen und zeigen wollten, dass es innerhalb des ihnen anvertrauten Territoriums keine Probleme mit der materiellen Versorgung der Sondersiedler gab. Zum Teil war es damit begründet, dass die Deutschen tatsächlich in der ersten Hälfte der 1950er Jahre nicht schlechter als die örtliche Bevölkerung wohnten.

---

<sup>537</sup> Vgl. Zemskov, 1991b, S. 17.

<sup>538</sup> CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2416, l. 126.

**Tabelle 5.3. Migrationen der Deutschen aus den Bezirken des Gebietes Tomsk im ersten Jahr nach ihrer Abmeldung**

Bezirk	Gesamtzahl der Deutschen		Von Dezember 1955 bis Oktober 1956 weggezogen		Zurückgekehrte Personen
	Pers.	Familien	Pers.	Familien	
Vasjugan	344	260	12	5	n. v.
Vokzal'nyj (Stadt Tomsk)	1899	673	n. v.	8	n. v.
Zyrjanskoe	n. v.	n. v.	35	n. v.	n. v.
Kargasok	1547	405	399	n. v.	n. v.
Koževnikovo	1787	n. v.	80	n. v.	32
Krivošeino	1211	n. v.	76	n. v.	n. v.
Molčanovo	1702	424	277	n. v.	13
Tomsk	1642	515	86	n. v.	n. v.
Tuganskij	1533	385	134	34	0
Šegarskij	191	52	14	5	n. v.

Auf Grundlage von: CDNI TO f. 607, op. 1, d. 2416, l. 43–47, 49–53, 65–75, 79–102, 108–134.

Die in Tabelle 5.3 dargestellten Daten über die Anzahl der Deutschen, die während des ersten Jahr nach der Abmeldung den Ansiedlungsort verließen, zeigen, dass die höchste Abwanderung dieser Bevölkerungsgruppe in den Bezirken Kargasok (25,8 %) und Molčanovo (16,3 %), die geringste in den Bezirken Vasjugan (3,5 %) und Koževnikovo (4,5 %) erfolgte. Dabei ist es recht schwierig, eine allgemeine Tendenz herauszufinden, die diese Tatsachen erklären würde. Einerseits wirkt es logisch, dass die Deutschen aktiv den Bezirk Kargasok verließen, da er einer der entlegensten Bezirke des Gebietes Tomsk war. Andererseits befand sich der Bezirk, aus dem die Deutschen wesentlich seltener weggezogen, in noch größerer Entfernung von Tomsk. Dies ist wahrscheinlich damit zu erklären, dass der Umzug aus Kargasok einfacher zu organisieren war. So war die Verkehrsinfrastruktur im Bezirk Kargasok im Vergleich zu Vasjugan besser entwickelt: Er konnte nicht nur im Frühling und Sommer erreicht werden. Darü-

ber hinaus gab es in Kargasok im Gegensatz zu den Ansiedlungen des Bezirkes Vasjugan Fachschuleinrichtungen, nach deren Abschluss die Sondersiedler die Chancen hatten, in Städten eine Stelle zu finden. Und schließlich war es aufgrund der größeren Nachfrage in Kargasok einfacher, Eigentum zu verkaufen.

Die repatriierten Deutschen hatten im Gegensatz zu Sowjetdeutschen die theoretische Gelegenheit, nach Deutschland zurückzukehren. Alles begann mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung der Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955, auf dessen Grundlage die repatriierten Deutschen die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten<sup>539</sup>. Dies gab ihnen jedoch kein Recht, das Territorium der Sowjetunion zu verlassen<sup>540</sup>. Die Situation änderte sich am 8. April 1958, als das sowjetisch-westdeutsche Rückführungsabkommen geschlossen wurde, das das Verfahren für die Rückkehr von Repatriierten in ihre Heimat regelte. Obwohl die sowjetische Seite dieses Abkommen bereits 1960 kündigte, gelang es 13.000 Deutschen, das Land innerhalb von zwei Jahren zu verlassen<sup>541</sup>.

Bemerkenswerterweise verstärkte die Auswanderungstimmung der repatriierten Deutschen sich bereits vor dem 8. April 1958, was nicht nur mit ihrer Abmeldung aus den Sondersiedlungen, sondern auch mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland (1955) sowie der Eröffnung der BRD-Botschaft in Moskau verbunden war (1956). Arkadij

---

<sup>539</sup> Vgl. Privalova, Marija: *Sovetskie nemcy-repatrianty v nacional'noj politike SSSR v 1940-e – 1970-e gg.*, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Saratov: Saratovskij gosudarstvennyj universitet, 2008, S. 27.

<sup>540</sup> Bemerkenswerterweise erhielten im Gegensatz zu den „repatriierten Deutschen“ andere Kategorien deutscher Staatsbürger, die infolge des Krieges in das Territorium der UdSSR gerieten, wie „Kriegsgefangene“ und „Internierte“, viel früher das Recht, die Sowjetunion zu verlassen. Der Prozess ihrer Rückkehr in ihre Heimat begann unmittelbar nach Kriegsende und endete Mitte der 1950er Jahre (Beschluss des Ministerrates vom 2. April 1952 „Über die Repatriierung ehemaliger Kriegsgefangener und internierter deutscher Bürger aus der UdSSR“, Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU vom 30. November 1953 „Über die vorzeitige Freilassung deutscher Kriegsgefangener, Internierter und Zivilisten, die durch sowjetische Gerichte verurteilt wurden“, Beschluss des Ministerrates vom 19. April 1956 „Über die Repatriierung deutscher Staatsbürger aus der UdSSR“). Dieser Unterschied in der Politik ist darauf zurückzuführen, dass die „repatriierten Deutschen“ nach ihrem Status mit „Sowjetdeutschen“ gleichgesetzt wurden, die auf ewig in den Sondersiedlungen blieben.

<sup>541</sup> Vgl. German/Pleve, 2002, S. 59.



German und Igor' Pleve zufolge gingen erst von Februar bis Juni 1955 etwa 2.000 Briefe von deutschen Sondersiedlern mit der Bitte ein, nach Deutschland wegziehen zu dürfen<sup>542</sup>.

Der Auswanderungswunsch der Sondersiedler spiegelt sich auch deutlich in regionalen Dokumenten wider. So lebten im Bezirk Jugra des Gebietes Kemerovo 1.872 repatriierte Deutsche, von denen 148 nach Angaben der örtlichen Abteilung des MVD mit Verwandten und Bekannten in Verbindung blieben, die in westlichen Staaten, überwiegend in Westdeutschland, wohnten. Seit dem Frühling 1956 erhielten sie Briefe von diesen Verwandten, in denen berichtet wurde, dass es notwendig sei, sich auf eine rasche Emigration aus der Sowjetunion vorzubereiten. So bekam der Repatriierte Š., der in der Bauindustrie arbeitete, im April 1956 einen Brief von seinem Bruder aus Karaganda. Darin erzählte dieser, dass er Formulare in Form von Fragebögen von der westdeutschen Botschaft für die Ausreise aus dem Land erhalten habe, die er ausgefüllt und zurückgeschickt habe. Darüber hinaus lud der Bruder Š. zusammen mit seiner Familie nach Karaganda ein, um zusammen nach Westdeutschland zu fahren. Er bemerkte darüber hinaus, dass die anderen in Karaganda wohnenden Repatriierten ebenfalls planen würden, die Sowjetunion zu verlassen. Einen ähnlichen Brief bekam der ehemalige Sondersiedler B.: Sein Bruder berichtete, dass er durch das Rote Kreuz an der deutschen Botschaft in Moskau den Antrag über die Rückkehr von B. nach Westdeutschland geschickt habe. Später, im Mai 1956, erhielt B. die für den Wegzug notwendigen Formulare, die er ausfüllte und an den Absender zurückschickte. Außerdem begann eine beträchtliche Anzahl von Deutschen, persönlich nach Moskau zu reisen, um sich mit Mitarbeitern der Botschaft zu treffen: Von April bis Mai 1956 machten dies 15 Bewohner des Bezirkes. Diese Geschichten wurden schnell unter den übrigen Deutschen verbreitet und laut den Gerüchten sollte die Rückkehr der Repatriierten in die Heimat in den nächsten zwei bis drei Monaten stattfinden. Am Ende kam es so weit, dass Anfang Mai die Deutschen damit begannen, Listen der Personen, die nach Deutschland abfahren wollten,

---

<sup>542</sup> Vgl. Ebd., 59 f.

zusammenzustellen und sie nach Moskau zu senden. Insgesamt umfassten diese Listen 1.546 Sondersiedler, d. h. mehr als 80 % der in der Region wohnenden repatriierten Deutschen. Ein Deutscher erhielt kurze Zeit später einen Brief, dass die Entscheidung über die Rückkehr individuell getroffen werde und er deshalb einen ausgefüllten Bewerbungsbogen statt der allgemeinen Liste nach Moskau senden müsste. Danach begannen die Repatriierten, diese Dokumente an die Botschaft zu schicken. Nach dem Beauftragten des Komitees für Staatssicherheit im Gebiet Kemerovo in der Stadt Jugra Major Ivšin destabilisierten diese Gerüchte die Situation in der Region und verstärkten den Wunsch der Deutschen, Sibirien zu verlassen, aber sie seien nicht die wahre Ursache für die Migration gewesen. Die Deutschen wollten wegen des Gefühls der ständigen ethnischen Diskriminierung bei der Arbeit und im öffentlichen Leben sowie des Wunsches, in einem deutschen Kulturumfeld zu wohnen, die Ansiedlungsorte verlassen<sup>543</sup>.

Die Kalmücken zogen meistens aus den westsibirischen Regionen im Rahmen der zentralisierten Umsiedlungskampagne weg, die nach der Verordnung des Ministerrates der RSFSR vom 12. September 1958 bis zum Jahr 1959 beendet werden musste<sup>544</sup> und die wirtschaftliche Entwicklung des Territoriums der ehemaligen Kalmückischen ASSR fördern sollte. Wie in Tabelle 5.2 dargestellt, blieben etwa 10–15 % der im Ergebnis dieser Kampagne abgemeldeten Sondersiedler in den betrachteten Regionen. Eine ähnliche Situation wurde in den benachbarten Gebieten Omsk und Tjumen beobachtet, aus denen laut Aleksandr Ivanov 85 % der Kalmücken wegzogen<sup>545</sup>. Darüber hinaus bemerkt der Historiker, dass diejenigen, die Sibirien verlassen wollten, die geplanten Zahlen überschritten<sup>546</sup>. Teilweise als Folge dessen reisten etwa 10 % der Sondersiedler, die die Gebiete Omsk und Tjumen verließen, unerlaubt nach Kalmückien ab, in-

---

<sup>543</sup> GAKO f. p-75, op. 8, d. 12, l. 25–29.

<sup>544</sup> „Po rešeniju pravitel'stva SSSR...“ (Deportacija narodov: dokumenty i materialy), hg. v. Nikolaj Bugaj, Nal'čik: Èl'fa, 2003, S. 774.

<sup>545</sup> Vgl. Ivanov, 2014a, S. 176.

<sup>546</sup> Vgl. Ebd., 171.

dem sie das festgelegte Verwaltungsverfahren umgingen<sup>547</sup>. Dabei hörte die Abwanderung der Kalmücken aus Sibirien mit dem Ende der zentralisierten Umsiedlung im Jahr 1959 nicht auf. Infolgedessen befanden sich 1970 nur noch 927 Kalmücken in den Gebieten Kemerovo, Novosibirsk und Tomsk.

Wird das Ausmaß der Abwanderung von Balten und Moldawiern aus den betrachteten Gebieten bewertet, ist zu beachten, dass zum Zeitpunkt der Volkszählung 1959 nicht alle von ihnen abgemeldet waren. Außerdem war ihre Rückkehr in die Heimat nur nach der Genehmigung der republikanischen Behörden möglich. Dennoch war die Abwanderung dieser Kategorie aus Sibirien wesentlich stärker im Vergleich zu den Kalmücken. Dies ist am Beispiel der Esten besonders sichtbar. Im Allgemeinen erhöhte sich die Anzahl der Balten, die in den drei analysierten Gebieten wohnten, von 1939 bis 1970 von 16.023 auf 23.577 Personen, d. h. um 47 %. Zum Vergleich: In diesem Zeitraum nahm die Zahl der Kalmücken fast um das 10fache zu.

Tabelle 5.2 enthält unvollständige Angaben zur Anzahl der Krimtataren. Dies ist damit verbunden, dass in den zusammengefassten statistischen Daten der Volkszählungen nicht immer eine separate Spalte „Krimtataren“ existierte. Sie waren oft der Teil der Spalte „Tataren und Krimtataren“. Nichtsdestoweniger lässt sich auch auf der Grundlage der verfügbaren Teildaten schlussfolgern, dass die Krimtataren Westsibirien verließen, sobald sie die Möglichkeit bekamen, auf die Krim zurückzukehren.

Auf diese Weise lässt sich zu folgendem Schluss kommen. Obwohl viele Gruppen der Sondersiedler zum Zeitpunkt der Abmeldung den Forderungen des sowjetischen Regimes an seine Bürger vollständig entsprachen, d. h. am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben aktiv teilnahmen, Bildung genossen, nicht gegen die Regeln verstießen, sich an öffentlichen Ritualen beteiligten und im Allgemeinen von Vertretern der regionalen Behörden als loyal und zuverlässig bewertet wurden, verursachte die Freilassungskampagne eine massive Abwanderung der Deportierten aus Sibirien. Allerdings zog sie sich wegen der von den

---

<sup>547</sup> Vgl. Ebd., 177.

zentralen und regionalen Behörden festgelegten Einschränkungen über lange Zeit hin. So verließen einige Sondersiedlerkategorien in den ersten Jahren nach der Abmeldung die Ansiedlungsorte (Kalmücken, Balten, Moldawier), andere erst nach 10–15 Jahren (Deutsche, Sondersiedler von der Krim). Darüber hinaus war diese Abwanderung nicht gleichartig: Einige migrierten deutlich aktiver als andere. Dies lag nicht nur an den externen Bedingungen (verschiedene Verfahren der Abmeldung), sondern auch daran, dass sie in unterschiedlichem Maße in die Gesellschaft integriert waren. Dies ist am Beispiel der Deutschen und Sondersiedler von der Krim gut sichtbar: Wenngleich die Vertreter dieser Kategorien das Recht auf die Rückkehr in die Heimat relativ spät bekamen, verließen die zweiten im Gegensatz zu den ersten Sibirien in größerem Ausmaß.

## Schluss

Ein Schlüsselmerkmal der sozialen Integration der Sondersiedler bestand darin, dass sie unter einem starken Druck durch den Staat verlief, der ihre Grenzen festlegte. Das Regime verfasste durch formelle und informelle diskriminierende Techniken eine Liste der beruflichen, bildenden und soziopolitischen Möglichkeiten der Deportierten und bestimmte den Grad der Zugänglichkeit zu sozialen Institutionen. Der Regimestatus der Sondersiedler bedeutete nicht nur eine Reihe einzelner Beschränkungen, die mit dem Bewegungsverbot verbunden waren. Er determinierte das Leben der Deportierten in fast allen seinen Aspekten: von beruflichen Bereichen bis zum Selbstbewusstsein. Die soziale Integration verlief somit unter den Bedingungen einer permanenten und breiten Diskriminierung.

Der Grad des Drucks, den das Regime auf die Sondersiedler ausübte, sowie die Grenze des „Zulässigen“ änderte sich je nachdem, welches Motiv in den Handlungen der Behörden in der einen oder anderen Zeitspanne vorherrschte. In den ersten Jahren nach dem Kriegsende führte der vorrangige Wiederaufbau des Landes zu einer Ausweitung der beruflichen Möglichkeiten für die Deportierten. Dann, gegen Ende der 1940er Jahre, fand eine Korrektur in der Politik statt und die Kontrolle über die Sondersiedler wurde verschärft. Diese Tendenz ist in allen Aspekten der gestellten Problematik sichtbar. 1948/49 wurden Kampagnen umgesetzt, um Unternehmen und Parteien von Sondersiedlern zu „säubern“; ihnen der Zugang zu verschiedenen Produktionsbelohnungen zu verwehren; es wurden strenge Gesetze gegen Fluchten verabschiedet; es erfolgte eine Bestandsaufnahme der Anzahl der Sonderkontingente und das Netzwerk der Geheimagenten wurde fast bis an seine Grenzen erweitert. Dies war Teil eines allgemeinen Trends einer strengen Schutzpolitik, die sich unter anderem in der Intensivierung des Kampfes gegen Kosmopoliten und die Universalisierung der „Säuberungen“ äußerte und den zwar nicht liberalen, aber relativ weichen „Ždanovščina“ ersetzte. Der Tod Stalins und das darauffolgende „Taufwetter“ führten ebenfalls zu Anpassungen: Die Diskriminierung der Sondersiedler wurde erheblich verringert.

Die Analyse des Diskriminierungssystems in Bezug auf die Deportierten ermöglichte es, das Verständnis einer Reihe von Problemen zu erweitern, die in der Geschichtsschreibung sowohl des Stalinismus im Allgemeinen als auch seiner Sozial- und Nationalpolitik im Besonderen bestanden.

1. Das Problem der Grenzen der „Totalität“. Obwohl das NKVD / MVD eindeutig einige Erfolge darin erzielte, die Kontrolle über die „unzuverlässigen“ Elemente zu erlangen, stimmten seine Ziele in der Praxis nicht immer mit seinen Möglichkeiten überein. Hier spielten nicht nur der finanzielle und personelle Ressourcenmangel und die subjektiven Qualitäten der Ausführenden eine Rolle. Von Bedeutung war auch, dass je mehr Beschränkungen bezüglich der Deportierten festgelegt und je mehr die Kontrollinstrumente erweitert wurden, desto komplizierter wurde das Sondersiedlungssystem, desto schwieriger war es zu verwalten und desto mehr verhinderten die den Sondersiedlern auferlegten Einschränkungen, andere gesellschaftliche Probleme zu lösen. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel der Weigerung der Mitarbeiter des Innenministeriums, Maßnahmen zu ergreifen, um Sondersiedler, die sich illegal mit ihren Familien vereint hatten oder in eine größere Stadt umgezogen waren, zu den Ansiedlungsorten zurückzuholen. Die Bekämpfung dieses Phänomens erforderte nicht nur viel Arbeit, sondern war auch aufgrund anderer gesellschaftlicher Interessen nicht zweckmäßig (Stärkung der kleinen Familie als Schlüsselform der Familienbeziehungen und effektive wirtschaftliche Nutzung der Sonderkontingente). In diesem Zusammenhang machte das „bewachende Motiv“, das darauf abzielte, eine vollständige Kontrolle über die Migration „unzuverlässiger“ Elemente zu erlangen, dem „integrierenden Motiv“ Platz. Selbst die Mitarbeiter des NKVD / MVD bewerteten die „totale“ Aufsicht nicht immer als zweckmäßig.

Darüber hinaus stießen die Bestrebungen des Innenministeriums in der Praxis auf den Widerstand anderer Entscheidungsträger. So versuchten die Leiter von Wirtschaftsorganisationen, die Beschränkungen, die bezüglich der Sondersiedler festgelegt wurden, zu umgehen (Massenausgabe von Genehmigungen für die Deportierten, auf Geschäftsreisen zu gehen oder sich einer Behandlung zu

unterziehen; Nichteinhaltung von Entscheidungen zur Entlassung von Deportierten aus hohen Positionen ohne passenden Personalersatz), um die Arbeit der von ihnen kontrollierten Unternehmen zu optimieren. Mitarbeiter des NKVD / MVD gerieten auch in Konflikt mit anderen Behörden, die in relativ seltenen Fällen versuchten, den Einflussbereich des Amtes einzuschränken. So versuchten die Justiz und Staatsanwaltschaft, die Aktionen des Innenministeriums in eine rechtliche Richtung zu lenken, und die Parteibehörden waren bestrebt, die Interessen der deportierten Parteimitglieder zu schützen oder die Arbeiter des Sondersiedlungssystems zu zwingen, ihre Pflichten zur Rückkehr der Sondersiedler, die die Ansiedlungsorte unerlaubt verließen, zu erfüllen. Dies gibt jedoch keinen Grund, der Schlussfolgerung von Larisa Belkovec zuzustimmen, dass ein System zur Aufsicht und Kontrolle über Handlungen der Mitarbeiter der Kommandanturen entwickelt wurde<sup>548</sup>. Zutreffender ist der Standpunkt von Aleksandr Ivanov, laut dem im Spätstalinismus eine Aufsicht zumindest durch die Staatsanwaltschaft über die Rechtmäßigkeit der Einhaltung des Sondersiedlungsregimes de facto fehlte<sup>549</sup>. Es sollte hier nur ergänzt werden, dass dennoch einzelne Versuche unternommen wurden, die Aktionen des NKVD / MVD zu korrigieren.

2. Das Problem des Umsetzungsmechanismus der repressiven Maßnahmen. Die Sondersiedlungen unterlagen zwei Normensystemen: dem formalen und realen. Nach dem ersten schienen die Deportationen und das Sondersiedlungssystem eine erzwungene Maßnahme unter den Kriegsbedingungen zu sein, in deren Rahmen den Deportierten einzelne Beschränkungen auferlegt wurden, vor allem in Bezug auf ihre Bewegungsfreiheit (diese Vorstellung wird am deutlichsten in der Verordnung vom 8. Januar 1945 festgehalten). Das Diskriminierungssystem wurde jedoch sowohl durch dokumentierte als auch durch informelle Praktiken, die nicht immer direkt vom Innenministerium stammten, erheblich erweitert. Oft waren dies Initiativen anderer lokaler Akteure, die versuchten, ihr

---

<sup>548</sup> Vgl. Belkovec, 2006, S. 112.

<sup>549</sup> Vgl. Ivanov, Aleksandr: Prokurorskij nadzor za sistemoj specposelenij (1945–1960 gg.), in: Sovetskoe gosudarstvo i obščestvo v period pozdnego stalinizma. 1945–1953 gg., Moskau: ROSSPÈN, 2014b, S. 705.

Verhalten im Geiste einer von oben diktierten Politik zu gestalten und der allgemeinen Atmosphäre jener Jahre zu entsprechen.

Darin wird ein Element einer Inszenierungsdiktatur deutlich, in deren Rahmen gezielt das Bild der Legitimität der Zentralregierung geschaffen wurde. Darüber hinaus konnte das Zentrum repressive Praktiken als separate Exzesse lokaler Herrscher verurteilen. Die Inszenierung des stalinistischen Systems manifestiert sich auch in Massenkampagnen, darunter die Wahlen 1946–1947. Die Einbeziehung der Sondersiedler in sie ermöglichte es zu zeigen, dass die derzeitige Parteilinie unter den „unzuverlässigen“ Elementen Unterstützung fand. Im Allgemeinen war dies eine Fortsetzung der Mitte der 1930er Jahre begonnenen Politik, als die Verfassung von 1936 verabschiedet und Beschränkungen für Personen ohne Stimmrecht (rus. lišency) aufgehoben wurden.

Bemerkenswerterweise schränkte in einigen Situationen der Wunsch des Regimes, ein Bild seiner Legitimität zu schaffen, den Umfang repressiver Praktiken ein, da sie „vorbehaltlich der Einhaltung des Gesetzes“ umgesetzt werden mussten. Insbesondere dadurch wurde die Kampagne zur „Säuberung“ von Unternehmen und Einrichtungen nicht auf eine schwangere Sondersiedlerin angewendet und der Ausschluss der Sondersiedler aus der Partei erfolgte erst, nachdem formelle Gründe dafür gefunden worden waren. Darin zeigt sich eine weitere Einschränkung der stalinistischen Diktatur.

3. Das Problem der Ziele der Sozial- und Nationalpolitik des stalinistischen Regimes: Diskussion über die Konzepte von Assimilation – Marginalisierung – Social Engineering / Bevölkerungspolitik – Genozid. Die Deportationspolitik war trotz ihres repressiven Charakters und ihrer katastrophalen Folgen kein Genozid. Diese Aussage basiert nicht nur darauf, dass das Regime Maßnahmen unternahm, um die Sterblichkeitsrate der Sondersiedler zu senken und ihre finanzielle Situation zu verbessern. Hier ist auch wichtig, welche sozialen Möglichkeiten die Vertreter der unterdrückten Gruppe hatten. Mit anderen Worten, die Politik des Genozids impliziert kaum, dass die Personen, die davon betroffen sind, eine zwar in der Praxis begrenzte, aber dennoch bestehende Chance hatten, eine



Hochschulbildung zu erhalten, als Ingenieur zu arbeiten oder Parteimitglied zu sein.

Bei den anderen drei Konzepten ist die Situation komplizierter. Einerseits beschleunigte die Deportation die Assimilation der deportierten Völker deutlich, enthielt klare Elemente der Russifizierung und führte zu einer Stigmatisierung der ethnischen Zugehörigkeit der Sondersiedler in deren eigener Wahrnehmung. Andererseits waren eine Assimilation und die damit verbundene Russifizierung nicht das Ziel der Sowjetmacht, sondern ein Mittel zur Konstruktion der sowjetischen Bevölkerung, da die russische Kultur als offensichtlichstes Merkmal der konstruierten sowjetischen Einheitlichkeit gewählt wurde. In dieser Hinsicht spielten nicht kulturelle und ethnische, sondern gesellschaftspolitische Faktoren eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Zwangsumsiedlungen. Mit anderen Worten, die Völker wurden verbannt, nicht weil ihre Kultur nicht russisch war, sondern weil sie nicht in das Konstrukt der sowjetischen Gesellschaft passte, sie also aus gesellschaftspolitischer Sicht „gefährlich“ war. Aus diesem Grund wurde beispielsweise die Krimtataren deportiert, nicht jedoch die im europäischen Teil Russlands lebenden Tataren.

Die angegebene Tendenz zeigt sich auch in der Politik, die direkt in den Sondersiedlungen durchgeführt wurde. So wurde nicht festgestellt, dass die Deportierten für das Festhalten an ihrer nationalen Kultur (beispielsweise das Sprechen ihrer Muttersprache) bestraft wurden. Sanktionen wurden nur wegen Verstoßes gegen gesellschaftspolitische Normen verhängt und die Diskriminierung aufgrund der ethnischen Charakteristiken wurde durch die Wahrnehmung der Zugehörigkeit zu einer Nationalität als Indikator für politische Unzuverlässigkeit bedingt. Außerdem unterband der Staat die Entwicklung der Kultur kleiner Völker (fehlende Schulen, Zeitungen, Radioprogramme in nationalen Sprachen), nicht weil er sie zerstören wollte, sondern weil er deren Unterstützung nicht als Hauptaufgabe betrachtete. Es ging also vielmehr darum, die kulturellen und nationalen Bedürfnisse ethnischer Gruppen im Zusammenhang mit der Ausrichtung des allgemeinen politischen Kurses auf die Lösung wirtschaftlicher und militär-

strategischer Aufgaben zu ignorieren und die Diskriminierung, die zunächst aus sozialpolitischen Gründen erfolgte, auf die ethnische Gruppe zu übertragen.

Auf der Grundlage des Vorstehenden erscheint es zutreffender, die Politik des stalinistischen Regimes nicht unter dem Gesichtspunkt seines Wunsches zu analysieren, die Assimilation der deportierten Völker zu beschleunigen, sondern unter dem Gesichtspunkt seiner Bestrebung nach der sozialen Konstruktion, die in der in Sondersiedlungen verfolgten Politik deutlich sichtbar ist. So baute das Regime auf der Grundlage von Vorstellungen über die Loyalität gezielt eine soziale Hierarchie innerhalb der Sondersiedlungen auf, bestimmte den Tätigkeitsbereich der Deportierten streng, führte Maßnahmen zur Stärkung der Arbeiterklasse durch und förderte die Institution der kleinen Familie als Hauptform der Familienbeziehungen.

Das Problem hierbei ist, dass das Regime zwar eine Reihe von Maßnahmen durchführte, um aus „unzuverlässigen“ Elementen echte Sowjetbürger zu formen, aber tatsächlich immer noch nicht bereit war, diese Personen vollständig zu akzeptieren, selbst nachdem sie das „Umerziehungsverfahren“ durchlaufen hatten. Dies führte in der Praxis zu einer ambivalenten und instabilen Position der Deportierten. Aus diesem Grund hatten die Sondersiedler einerseits die Möglichkeit, in qualifizierten Positionen zu arbeiten, andererseits wurden sie bei der geringsten Änderung des internen politischen Kurses entlassen. Die Politik zur Erhöhung des Schulbildungsniveaus der Deportierten war überraschenderweise mit dem praktischen Verbot des Erhalts einer Fach- und Hochschulbildung kombiniert. Die Position der Kommunisten war ebenfalls instabil: Während sie die formelle Möglichkeit behielten, Parteimitglied zu sein, wurden sie unter einem weit hergeholten Vorwand praktisch davon ausgeschlossen. Darüber hinaus erfolgte die Ausübung des Rechts der Sondersiedler auf verschiedene Belohnungen entweder „nach einem Restprinzip“ oder stieß auf Widerspruch derjenigen, die die Entscheidungen über die Vergabe von Prämien trafen. Gleichzeitig war das Regime trotz der Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen zur Einbeziehung der

Sondersiedler in verschiedene politische Kampagnen nicht bereit, den Deportierten mehr oder weniger verantwortungsvolle Aufgaben anzuvertrauen.

Erlaubt die gegebene Statusunsicherheit und Instabilität jedoch, die Sondersiedler als marginale Gruppe der sowjetischen Gesellschaft zu betrachten? Nach Aussage von Oleg Lysenko, dem Aleksandr Ivanov zustimmt<sup>550</sup>, kann der Begriff „Marginalität“ nur unter den Bedingungen einer stabilen sozialen Struktur angewendet werden. In diesem Fall weichen die „Marginalen“ von einigen „richtigen“ Gruppen ab. Wenn die Gesellschaft instabil ist, kann die Parteinomenklatur auch als „Marginale“ bezeichnet werden<sup>551</sup>. Die Tatsache, dass sich in der stalinistischen Gesellschaft fast alle sozialen Gruppen in einer konstanten Risikozone befanden, bedeutet jedoch nicht, dass keine „richtigen“ Gruppen existierten. Im Gegenteil, die Bevölkerungskategorien, die von den Behörden als „richtig“ eingestuft wurden, spiegelten sich deutlich in der ideologischen Triade „Arbeiter – Bauern – Intelligenz“ wider. Zudem kann das Beispiel der Parteinomenklatur nicht als relevant angesehen werden, da die Marginalität auch den Verlust der früheren sozialen Positionen der Gruppe einschließt. Außerdem ist der Grad der potenziellen Bedrohung wichtig: Die Sondersiedler waren eines der offensichtlichsten Ziele für Diskriminierung im Falle einer erneuten Verschärfung der Innenpolitik.

Somit ist der Begriff „Marginalität“ in Bezug auf die Sondersiedler durchaus anwendbar. Hier geht es nicht darum, dass die Deportierten vollständig an den Rand der sozialen Beziehungen gerieten oder den durch Repressionen verlorenen sozialen Status nicht teilweise wiederherstellten, sondern dass die Sondersiedler keinen stabilen Platz in der sozialen Struktur der Gesellschaft einnehmen konnten, während sie an deren unterem Ende standen. Es ist wichtig, dass sich die Konzepte der Marginalisierung und des Social Engineering / der Bevölke-

---

<sup>550</sup> Vgl. Ivanov, Aleksandr: „Konceptcija marginalizacii“ i osmyslenie problem sredy specposelenija, in: Severnyj region: nauka, obrazovanie, kul'tura, Nr. 2, 2016a, S. 54.

<sup>551</sup> Vgl. Lysenko, Oleg: Gorod po-sovetski: intelligencija kak disciplinirujuščaja instancija poslevoennogo sovetskogo obščestva, in: Sovetskoe gosudarstvo i obščestvo v period pozdnego stalinizma. 1945–1953 gg., Moskau, Russland: ROSSPÈN, 2015, S. 128.

rungspolitik nicht gegenseitig ausschließen: Die Bestrebung des Regimes nach sozialem Aufbau sowie seine mangelnde Bereitschaft in der Praxis, „unzuverlässige“ Elemente nach ihrer „Umerziehung“ zu akzeptieren, führten zur Entstehung einer zwar keineswegs vollständig, aber dennoch marginalisierten sozialen Kategorie.

4. Das Problem der Kontinuität der stalinistischen Diktatur. Die sowjetische Nachkriegsgesellschaft enthielt explizite Elemente der Retraditionalisierung der sozialen Beziehungen. Dies äußerte sich vor allem in dem Wunsch des Regimes, eine quasiständische soziale Struktur zu bilden, in der je nach Zugehörigkeit der Personen zu einem bestimmten Quasi-Stand die Höhe des potenziellen Nutzens festgelegt wurde, auf den sie Anspruch erheben konnten. So wurde für jede quasiständische Gruppe nicht nur der Umfang von Rechten und Pflichten bestimmt, sondern auch das Spektrum der verfügbaren Berufs- und Bildungsmöglichkeiten umrissen. In diesem Zusammenhang scheinen die Sondersiedler einer dieser Quasi-Stände zu sein, die aufgrund der oben genannten Statusunsicherheit eine Zwischenposition in der sozialen Hierarchie einnahmen. Gleichzeitig stützte sich das Regime bei der Bildung dieser sozialen Struktur auf traditionelle Archetypen wie Paternalismus, strenge Hierarchie in Machtverhältnissen, Distanzierung der Zentralregierung von der Gesellschaft, Kollektivismus, Verweigerung individueller Merkmale, kollektive Verantwortung, Notwendigkeit der Selbstaufopferung im Namen des Gemeinwohls, Aufteilung der Gesellschaft in vereinfachte Kategorien von „unseren“ und „anderen“ usw.

Bei der Charakterisierung der Unterschiede zwischen der stalinistischen Diktatur und dem traditionellen Staat lässt sich voll und ganz Andrej Meduševskij zustimmen, der feststellte, dass während der stalinistischen Zeit die soziale Regulierung in einem qualitativ großen historischen Maßstab durchgeführt wurde. Dem Historiker zufolge wurden Techniken, die in zaristischen Zeiten existiert hatten, wie die Volkszählung, das Passsystem und die Anmeldung, neu institutionalisiert und funktionierten gemäß den politischen und sozialen Plänen des Regimes: Die Macht konstruierte eine Organisation der Gesellschaft, die

die Regulation der Menschen durch Kontrolle über alle ihre Grundbedürfnisse, Bewegungen und Veränderungen des sozialen Status sicherstellte<sup>552</sup>. In diesem Zusammenhang sind die Deportationen und das Sondersiedlungssystem vielleicht das auffälligste Beispiel, das das Ausmaß dieser sozialen Regulierung widerspiegelt: Um seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, setzte das Regime Massenbewegungen der Bevölkerung um, ohne ihre Interessen zu berücksichtigen, und führte anschließend eine, auch im Vergleich zu anderen Bürgern, strikte Kontrolle über ihren Wohn- und Arbeitsort und eine ständige Aufzeichnung ihrer Anzahl und Familienzusammensetzung ein.

Die soziale Integration verlief für verschiedene Gruppen von Sondersiedlern unterschiedlich. Dabei spielten zwei Faktoren eine Schlüsselrolle: das Integrationspotential dieser oder jener Deportiertenkategorie und die von den Behörden in der Hierarchie der Sondersiedler vorgeschriebene Stelle.

Der Grad des Integrationspotentials wurde durch den Wunsch und die Fähigkeit der Sondersiedler bestimmt, sich in die Umgebung der Verbannung zu integrieren. Mit diesem Faktor hängt beispielsweise die Tatsache zusammen, dass die aus den baltischen Staaten Deportierten einerseits danach strebten, eine Qualifikation zu bekommen und ihre Bildung fortzusetzen, andererseits keinen Wunsch zeigten, am politischen Leben des Landes teilzunehmen und der Partei beizutreten, sowie sich im Vergleich zu anderen Sonderkontingenten häufiger „antisowjetische“ Aussagen erlaubten. Ein anderes Beispiel ist, dass die geringe Alphabetisierung der „OUN-Angehörigen“ und ein relativ hoher Anteil älterer Menschen unter ihnen objektive Hindernisse für ihre berufliche Entwicklung waren. Das niedrigste Integrationspotential besaßen „Ukazniki“ und religiöse Deportierte. Sie verfügten weder über Eigenschaften, die ihre Integration hätten erleichtern können, noch zeigten sie eindeutig den Wunsch danach. Die gegenteilige Situation ist bei ethnischen Deportierten, insbesondere bei Deutschen, zu beobachten.

---

<sup>552</sup> Vgl. Meduševskij, 2011, S. 13.

Das Regime konstruierte eine interkontingente Hierarchie auf der Grundlage seiner eigenen Einschätzung des Integrationspotenzials der Deportierten. Gleichzeitig wurde der Beurteilung der politischen Loyalität der Gruppe eine zentrale Bedeutung beigemessen. Der in der Hierarchie zugewiesene Platz bestimmte nicht nur die Strenge der Aufsicht, die in Bezug auf eine Kategorie von Sondersiedlern festgelegt wurde, sondern auch die beruflichen, bildungsbezogenen und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten. Deshalb konnten die über die entsprechende Qualifikation verfügenden Deutschen jene beruflichen Positionen einnehmen, die für die „Angehörigen der Wlassow-Armee“ praktisch unzugänglich waren. Darüber hinaus beeinflusste die Position in der Hierarchie den Grad der Unterstützung, den die Behörden den Sondersiedlern bei ihrem Ansiedeln gewährten. Die Deportierten hatten keine Gelegenheit, ihre Position zu ändern, ihre persönlichen Leistungen hatten praktisch keine Auswirkungen darauf. Der niedrigste Platz in der Hierarchie wurde den Sondersiedlern eingeräumt, die aus gesellschaftspolitischen Gründen verbannt wurden, den höchsten bekamen die ethnischen Deportierten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der „Antisowjetismus“ der ersteren für die Behörden offensichtlicher als der der letzteren war. Diese Tatsache bestätigt erneut die These, dass das Regime eher nach sozialer Konstruktion als nach Assimilation strebte.

Die Kombination dieser beiden Faktoren schuf einen gewissen Teufelskreis für eine Reihe von Deportiertenkategorien, in dessen Rahmen eine erfolgreiche Integration unwahrscheinlich war. Mit anderen Worten, Personen mit geringem Integrationspotenzial wurden von den Behörden als illoyal und nicht zur Integration geneigt eingestuft. Dies führte nicht nur dazu, dass in Bezug auf sie ein strengeres Aufsichtssystem eingeführt wurde, sondern auch dazu, dass diese Deportiertenkategorien bei ihrem Ansiedeln weniger Unterstützung erhielten. Dies machte die Situation noch komplizierter.

Wenn jedoch die Sondersiedler im Allgemeinen betrachtet werden, lässt sich durchaus sagen, dass sie sich an den Staatsdruck anpassten und die festgelegten Spielregeln akzeptierten. Protestverhalten war nicht weit verbreitet und

zielte hauptsächlich darauf ab, das unflexible Sondersiedlungssystem an ihre Bedürfnisse anzupassen. Die auffälligsten Beispiele sind unerlaubte Abwesenheiten und Migrationen, mit deren Hilfe die Deportierten langwierigen und komplexen bürokratischen Verfahren entgingen. Das gleiche Ziel wurde mit einem anderen Verhalten verfolgt, das von den Behörden als „antisowjetisch“ eingestuft wurde – dies sind Beschwerden und Petitionen (zum Beispiel Versuche, Entlassungen anzufechten, oder die Aktivitäten der Initiativgruppe ehemaliger führender Mitarbeiter der Kalmückischen ASSR).

Ist das fehlende Protestverhalten jedoch ein Indikator dafür, dass ein relatives Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen des Staates und der Gesellschaft hergestellt wurde? Einerseits erfüllten die Sondersiedler im Allgemeinen die von den Behörden gestellten Anforderungen und lernten, ihre Loyalität zu demonstrieren. Andererseits hatten sie die Möglichkeit – wenn auch mit einer Reihe erwähnter Einschränkungen –, in qualifizierten Positionen zu arbeiten, neue Berufe zu erlernen und am politischen Leben des Landes teilzunehmen. Nichtsdestoweniger fand keine vollständige Integration der Deportierten statt aufgrund der offensichtlichen Verunglimpfung durch die Verbannung, der dauerhaften oder erwarteten Diskriminierung, der Notwendigkeit, ihr Leben unter ständiger Berücksichtigung des Sondersiedlerstatus aufzubauen, sowie der Unmöglichkeit, die kulturellen und ethnischen Bedürfnisse zu befriedigen. Dies führte unmittelbar nach der Beseitigung des Sondersiedlungssystems zur Massenmigration der Sondersiedler aus Sibirien.

Beim Vergleich des Sondersiedlungssystems der Nachkriegszeit mit dem der Vorkriegszeit ist anzumerken, dass sich in der Zeit des Spätstalinismus die in den 1930er Jahren festgelegten Tendenzen fortsetzten. Das Regime setzte weiterhin soziale Mobilisierungs- und Konstruktionstechniken ein, führte die Kampagnen der „Schädlingsbekämpfung“ durch und demonstrierte seine Legitimität durch verschiedene Inszenierungen. Selbst der Übergang von gesellschaftspolitischen zu ethnischen Deportationen war keineswegs eine Neuerung: In den 1930er Jahren gab es bereits nationale Deportationen, wenn auch in viel geringe-

rem Ausmaß. Der Hauptunterschied besteht darin, dass das stalinistische System durch den Gewinn des Großen Vaterländischen Krieges seine Legitimität bestätigte. Der Sieg rechtfertigte gleichsam alle Repressionen, Opfer und Wandlungen der 1930er Jahre und gab dem Regime das Recht, den Umfang der zuvor angewandten repressiven Praktiken zu erweitern. Dies führte nicht nur zu der Vergrößerung des Sondersiedlungssystems, das nun fast alle Arten der „antisowjetischen“ Bevölkerung betraf. Hier ist es wichtig, dass eine fast endgültige Unterwerfung des Volks stattfand. Dies zeigt sich sowohl in der Unpolitizität, die die Begeisterung der 1930er Jahre ersetzte, als auch in der minimalen Verbreitung von Protestgefühlen. Zum Vergleich: 1932 flohen 207.010 Menschen aus den Sondersiedlungen, während die Gesamtzahl der Sondersiedler 1.317.022 Menschen betrug<sup>553</sup>. Vor dem Hintergrund dieser Zahl erscheint die Fluchtaktivität der Deportierten der Nachkriegsjahre, auf deren Verringerung sich meistens das großflächige Aufsichtssystem orientierte, unbedeutend. Nichtsdestoweniger war es der Krieg, durch den die Institution der Sondersiedlungen an ihre Grenzen stieß, sodass es letztlich zu ihrer Auflösung kam.

---

<sup>553</sup> Vgl. Zemskov, 1990b, S. 6.



## **Abkürzungsverzeichnis**

ASSR – Autonome Sozialistische Sowjetrepublik

KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion

MGB – Ministerium für Staatssicherheit

MTS – Maschinen-Traktoren-Station

NKVD – Innenministerium der UdSSR von 1934 bis 1946

MVD – Innenministerium der UdSSR seit 1946

OSP – Abteilung des Innenministeriums für Sondersiedlungen

OUN – Organisation ukrainischer Nationalisten

RSFSR – Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik

SNK – Rat der Volkskommissare der Sowjetunion

ZK – Zentralkomitee

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Archivalen

**Archiv sibirskogo gosudarstvennogo medicinskogo universiteta (Archiv der SibMU)**

*(Archiv der Sibirischen Staatlichen Medizinischen Universität)*

Fond 561 Ličnye dela studentov

**Archiv Tomskogo gosudarstvennogo pedagogičeskogo universiteta (Archiv der TSPU)**

*(Archiv der Staatlichen Pädagogischen Universität Tomsk)*

Fond 566 Ličnye dela studentov

**Archiv Tomskogo gosudarstvennogo universiteta (Archiv der TSU)**

*(Archiv der Staatlichen Universität Tomsk)*

Fond 815 Ličnye dela studentov

**Archiv Tomskogo politečničeskogo universiteta (Archiv der TPU)**

*(Archiv der Polytechnischen Universität Tomsk)*

Fond 1 Ličnye dela studentov

**Centr dokumentacii novejšej istorii Tomskoj oblasti (CDNI TO)**

*(Dokumentationszentrum der neuesten Geschichte für das Gebiet Tomsk)*

Fond 607 Tomskij oblastnoj komitet KPSS (obkom KPSS)

**Gosudarstvennyj archiv Kemerovskoj oblasti (GAKO)**

*(Staatsarchiv für das Gebiet Kemerovo)*

Fond p-75 Kemerovskij oblastnoj komitet KPSS (obkom KPSS)

Fond r-194 Trest „Kiselevskugol“

Fond r-279 Trest „Molotovugol“

Fond r-456 Kombinat „Kemerovougol“

**Gosudarstvennyj archiv Novosibirskoj oblasti (GANO)**

*(Staatsarchiv für das Gebiet Kemerovo)*

Fond p-4 Novosibirskij oblastnoj komitet KPSS (obkom KPSS)

Fond p-12 Upolnomočennyj komissii partijnogo kontrolja pri Central'nom

- Komitete VKP(b) po Novosibirskoj oblasti, g. Novosibirsk, ijul' 1939 – ijul' 1947 g.
- Fond p-30 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Bolotninskij rajon
- Fond p-43 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Dovolenskij rajon
- Fond p-51 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Irmenskij rajon
- Fond p-54 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Kolyvanskij rajon
- Fond p-56 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Kočkovskij rajon
- Fond p-57 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Krasnozerskij rajon
- Fond p-58 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Kujbyševskij rajon
- Fond p-78 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Pichtovskij rajon
- Fond p-79 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Severnyj rajon
- Fond p-81 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Spirinskij rajon
- Fond p-90 Sel'skie rajonnye komitety partii (rajkomy KPSS): Čerepanovskij rajon
- Fond r-29 Upravlenie zdravoochranenija administracii Novosibirskoj oblasti, g. Novosibirsk, 1937 – do nast. vr.
- Fond r-1020 Novosibirskij oblastnoj Sovet narodnych deputatov i ego ispolnitel'nyj komitet, g. Novosibirsk, sentjabr' 1937 – 27.11.1991
- Fond r-1366 Glavnoe upravlenie narodnogo obrazovanija administracii Novosibirskoj oblasti, g. Novosibirsk, 02.10.1937 – po nast. vr.

**Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (GARF)**

*(Staatsarchiv der Russischen Föderation)*

- Fond r-9401 Ministerstvo vnutrennich del SSSR (MVD SSSR)
- Fond r-9408 Otdel proveročno-fil'tracionnyh lagerej narodnogo komissariata vnutrennich del SSSR
- Fond r-9479 4-j specotdel ministerstva vnutrennich del SSSR

### **Gosudarstvennyj archiv Tomskoj oblasti (GATO)**

#### *(Staatsarchiv für das Gebiet Tomsk)*

- Fond 561 Gosudarstvennoe obrazovatel'noe učreždenie vysšego professional'nogo obrazovanija „Sibirskij gosudarstvennyj medicinskij universitet“ Federal'nogo agentstva po zdavoochraneniju i social'nomu razvitiju (1930 g. – po nast. vremja)
- Fond 829 Tomskij oblastnoj sovet narodnyh deputatov i ego ispolnitel'nyj komitet (oblsovet, oblispolkom) (1944–1993gg.)
- Fond 858 Kombinat „Tomles“ Glavnogo upravlenija lesozagotovitel'noj promyšlennosti Ministerstva lesnoj i derevoobrabatyvajuščej promyšlennosti SSSR (1929–1933, 1936–1971 gg.)
- Fond 1129 Tomskij politehnikum Ministerstva zagotovok SSSR (1930–1955 gg.)

### **Rossijskij gosudarstvennyj archiv èkonomiki (RGAE)**

#### *(Russisches Staatliches Wirtschaftsarchiv)*

- Fond 1562 Gosudarstvennyj komitet SSSR po statistike

## **2. Dokumentensammlungen und Quelleneditionen**

Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, hg. v. Alfred Eisfeld / Viktor Herdt, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1996.

Deportirovannye kalmyki na Novosibirskoj zemle: rasselenie i obustrojstvo. Dekabr' 1943–1946 gg., hg. v. Ol'ga Vydrina / Igor' Samarin, Novosibirsk: Gosudarstvennyj archiv Novosibirskoj oblasti, 2018.

Istorija stalinskogo Gulaga, konec 1920-ch – pervaja polovina 1950-ch godov, hg. v. Tat'jana Carevskaja-Djakina, 7 Bde., Moskau: ROSSPÈN, 2004.

- Iz istorii zemli Tomskoj. 1940–1956. Nevol'nye sibirjaki: sb. dok. i materialov, hg. v. Irida Nam / Natal'ja Naumova / Boris Trenin, Tomsk: Vodolej, 2001.
- Kramola. Inakomyslie v SSSR pri Chruščeve i Brežneve 1953–1982 gg., hg. v. Vladimir Kozlov / Sergej Mironenko / Ol'ga Èdel'man, Moskau: Materik, 2005.
- „Po rešeniju pravitel'stva SSSR...“ (Deportacija narodov: dokumenty i materialy), hg. v. Nikolaj Bugaj, Nal'čik: Èl'fa, 2003.
- Reabilitacija: kak èto bylo. Dokumenty Prezidiuma CK KPSS i drugie materialy. Mart 1953 – fevral' 1956, hg. v. A. N. Artizov / Ju. V. Sigačev, Moskau: MVD, 2000.
- Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam: 1917–1967. 5 Bde., Moskau: Politizdat, 1967.
- Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i rehabilitacii žertv političeskich repressij, hg. v. Evgenij Zajcev, Moskau: Respublika, 2005.
- Sobranie postanovlenij i rasporjaženij pravitel'stva Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik, Moskau: Upravlenie delami Soveta ministrov SSSR, 1940.

### **3. Tagebücher, Memoiren und zeitgenössische Literatur**

- Andraev, Dordži: Gor'koe prozren'e nastupilo pozže, in: Pavel Godaev (Hrsg.), Bol' pamjati, Èlista: Džangar, 2002, S. 211–223.
- Ginsburg, Jewgenia: Gratwanderung, München, Zürich: Piper, 1980.
- Interview mit Samuel Zisser: in: Tomsker Museum „Untersuchungsgefängnis des NKVD“, [online] <http://nkvd.tomsk.ru/projects/posledniysvidetel/writings/zissers/> [30.01.2019].
- Interview mit Seville Keredži Ogly: in: Tomsker Museum „Untersuchungsgefängnis des NKVD“, [online] <http://nkvd.tomsk.ru/projects/posledniysvidetel/videoosp/kereji/> [17.09.2020].

Rabinovič, Rivka: Skvoz' tri stroja, Moskau: Muza tvorčestva, 2015.

Wall, Jelena / Dietmar Neutatz (Hrsg.): Ein Weg durch Russland: Die autobiographischen Aufzeichnungen des Russlanddeutschen Jacob Wall über sein Leben in der Deportation, Essen: Klartext, 2014.

#### **4. Nachschlagewerke**

Bol' ljudskaja: Kniga pamjati tomičej, repressirovannyh v 1930-e – načale 50-ch godov, hg. v. Valerij Ujmanov, 3 Bde., Tomsk: Izdatel'stvo Tomskogo universiteta, 2016.

Itogi vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda: Nacional'nyj sostav naselenija SSSR, sojuznyh i avtonomnyh respublik, kraev oblastej i nacional'nyh okrugov, hg. v. K. A. Orechov, Moskau: Statistika, 1973.

Tomskaja železnaja doroga, in: Schemy železnych dorog i vodnyh putej soobščeniya SSSR. Central'noe upravlenie voennyh soobščenij Krasnoj Armii, hg. v. L. Šalyt, Moskau: Voennoe izdatel'stvo narodnogo komissariata oborony, 1943, S. 79.

Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda. Osnovnye itogi, hg. v. I. A. Poljakov, Moskau: Nauka, 1992.

Žertvy političeskogo terrora v SSSR: [online] <https://base.memo.ru/> [05.09.2020].

#### **5. Wissenschaftliche Literatur**

Ablažej, Natal'ja / Natal'ja Markdorf: Vlasovcy na specposelenie v SSSR, in: Natal'ja Ablažej / Alan Bljum (Hrsg.), Migracionnye posledstvija Vtoroj Mirovoj Vojny: Deportacii v SSSR i stranach Vostočnoj Evropy, 3 Bde., Novosibirsk: Nauka, 2013, Bd. 2, S. 123–134.

Applebaum, Anne: Der Gulag, Berlin: Siedler, 2004.

Arendt, Hannah: The Origins of Totalitarianism, New York: Harcourt, Brance & World, 1966.

Avtorchanov, Abdurachman: Zagadka smerti Stalina: zagovor Berija, Frankfurt a. M.: Possev-Verlag, V.Gorachek K.G., 1976.

- Baberowski, Jörg: *Der rote Terror: Die Geschichte des Stalinismus*, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2003.
- Barbašina, Èl'vira: *Praktičeskoye znachenije nauchnykh issledovaniy problem rossijskikh nemtsev kak samostoyatel'naya tema*, in: Arkadij German (Hrsg.), *Ključevye problemy istorii kul'tury rossijskich nemcev. Materialy 10oj mezhdunarodnoj naučnoj konferencii*, Moskau: ZAO MSNK-press, 2004, S. 40–43.
- Barnes, Steven: *Death and Redemption. The Gulag and the shaping of soviet society*, Princeton: Princeton University Press, 2011.
- Belkovec, Larisa: *Administrativno-pravovoe položenie rossijskich nemcev na specposelenie 1941–1945: Istoriko-pravovoe issledovanie*, Novosibirsk: In-t istorii SO RAN, 2003a.
- Belkovec, Larisa: *Administrativno-pravovoj režim specposelenija (novye podchody k ocenke deportacii i specposelenija rossijskich nemcev)*, in: *Ključevye problemy istorii rossijskich nemcev: Materialy X mezhdunarodnoj konferencii*, Moskau: ZAO „MSNK-press“, 2004, S. 99–111.
- Belkovec, Larisa: *Glasnyj i neglasnyj nadzor za specpereselencami-nemcami v 1941–1955 godach kak sposob formirovanija totalitarnogo mentaliteta*, in: *Totalitarnyj mentalitet: problemy izučenija, puti preodolenija: materialy mezhdunar. nauč. konf.*, Kemerovo: Kuzbassvuzizdat', 2003b, S. 142–156.
- Belkovec, Larisa: *Pravovye aspekty nacional'noj politiki SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny i v pervoe poslevoennoe desjatiletie*, in: *Gosudarstvo i pravo*, Nr. 5, 2006, S. 106–113.
- Belkovec, Larisa: *Specposelenie nemcev v Zapadnoj Sibiri (1941–1955 gg.)*, in: Irina Ščerbakova (Hrsg.), *Nakazannyj narod: Repressii protiv rossijskich nemcev*, Moskau: Zven'ja, 1999, S. 158–179.
- Bembeeva, Elena: *Dejatel'nost' ženščin Kalmykii v gody Velikoj Otečestvennoj vojny (1941–1945)*, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Astrachan': Astrachanskij gosudarstvennyj universitet, 2008.

- Berdinskich, Viktor: *Specposelency: Poličasckaja ssylka narodov Sovetskoj Rossii*, Moskau: Novoe literaturnoe obozrenie, 2005.
- Bikmetov, Rašit: *Ispol'zovanie speckontingenta v èkonomike Kuzbassa (1929–1956)*, Kemerovo: GU Kuzgtu, 2009.
- Bikmetov, Rašit: *Repatrianty v promyšlennosti Kuzbassa (1945–1948 gg.)*, in: *Vestnik Tomskogo gosudarstvennogo universiteta*, Nr. 300, 2007, S. 82–86.
- Blum, Alain: *Protivorečivoje zaveršenie stalinizma: medlennoe osvoboždenie naselenija, deportirovannogo s zapadnyh territorij SSSR*, in: *Natal'ja Abladžej / Alain Blum (Hrsg.), Migracionnye posledstvija Vtoroj Mirovoj Vojny: Deportacii v SSSR i stranach Vostočnoj Evropy*, 3 Bde., Novosibirsk: Nauka, 2014, 3 Bd., S. 12–31.
- von Borcke, Astrid: *Partizipationsprobleme und Parteiregime in der Sowjetunion. Grenzen des bürokratischen Autoritarismus*, Köln: Bundesinst. für Ostwiss. u. Internat Studien, 1983.
- Brandisauskas, Valentinas: *Anti-Soviet Restiance in 1940 and 1941 and the Revolt of junie 1941*, in: *Arvydas Anusauskas (Hrsg.), The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States*, Vilnius: GRRCL, 2002, S. 8–22.
- Bruhl, Viktor: *Die Deutschen in Sibirien*, Nürnberg, München: Großburgwedel, 2003.
- Brzezinski, Zbigniew: *Ideology and Power in Soviet Politics*, New York: Praeger, 1962.
- Bugaj, Nikolaj / Askarbi Gonov: *Kavkaz: Narody v èšelonach (20–60e gg.)*, Machačkala: INSAN, 1998.
- Bugaj, Nikolaj / Askarbi Gonov: *The Forced Evacuation of the Chechens and the Ingush*, in: *Russian Studies in History*, Nr. 2, 2002, S. 43–67.
- Bugaj, Nikolaj: *L. Berija – I. Stalin: „Soglasno Vašemu ukazaniju“*, Moskau: AJRO-XX, 1995.
- Bugaj, Nikolaj: *Zaščita sostojalas', problemy ostajutsja*, in: *Privolžskij naučnyj vestnik*, Nr. 7, 2014, S. 118–135.



- Burds, Jeffrey: The Soviet War against “Fifth Columnists”: The Case of Chechnya, 1942–1944, in: *Journal of Contemporary History*, Nr. 2, 2007, S. 267–314.
- Busheva, Alexandra / Anatoly Slezin: Vorlesungen der Zeitgenossen von dem Mechanismus der Wahlen in den Obersten Rat der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg, in: *Vestnik Tambovskogo gosudarstvennogo tekhnicheskogo universiteta*, Nr. 4, 2011, S. 1126–1129.
- Čebotareva, Valentina: Gosudarstvennaja nacional'naja politika v Respublike nemcev Povolž'ja. 1918–1941., Moskau: OARN, 1999.
- Chlevnjuk, Oleg: Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg: Hamburger Edition, 1998.
- Chlevnjuk, Oleg: Stalin: Eine Biographie, München: Siedler Verlag, 2015.
- Conquest, Robert: The Nations Killers: The Soviet Deportation of Nationalities, London: Palgrave Macmillan, 1970.
- David-Fox, Michael: Crossing borders: modernity, ideology, and culture in Russia and the Soviet Union, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 2015.
- David-Fox, Michael: Russian □ Soviet Modernity: None, Shared, Alternative, or Entangled?, in: *Modernost' v Rossii i SSSR: otsutstvjuščaja, obščaja, al'ternativnaja, perepletennaja?*, Nr. 140, 2016, S. 19–44.
- Djilas, Milovan: Die neue Klasse: Eine Analyse des kommunistischen Systems, München: Kindler, 1957.
- Dorožkina, Jana: Vybery v Verhovnyj Sovet SSSR 1937 g.: formirovanie okružnych i učastkovych izbiratel'nych komissij, in: Vladimir Šiškin (Hrsg.), *Sibir' v XVII–XX vekach: problemy političeskoj i social'noj istorii: Bachrušinskie čtenija 1999–2000 gg.*, Novosibirsk: Novosibirskij gosudarstvennyj universitet, 2002, S. 132–141.
- Eisfeld, Alfred: Die Aussiedlung der Deutschen aus der Wolgarepublik 1941–1957, München: Osteuropa-Institut München, 2003.
- Èl'buzdukaeva, Tamara / Sacita Jandarova: Političeskij aspekt socializacii čečencev i ingušej v oblasti obrazovanija i kul'tury v mestach specposele-

- nija v 40–50-e gg. XX v., in: Vestn. Vladikavkaz. nauč. centra, Nr. 4, 2016, S. 24–29.
- Elie, Marc: Razmyšlenija o sochranenii sistemy specposelenij v 1953–1957 gg., in: Natal'ja Abladžej / Alain Blum (Hrsg.), Migracionnye posledstvija Vtoroj mirovoj Vojny: Deportacii v SSSR i stranach Vostočnoj Evropy, 3 Bde., Novosibirsk: Nauka, 2014, Bd. 3, S. 65–73.
- Fieseler, Beate: The bitter legacy of the 'Great Patriotic War': Red Army disabled soldiers under late Stalinism, in: Juliane Fürst (Hrsg.), Late Stalinist Russia Society Between Reconstruction and Reinvention, London, New York: Routledge Taylor & Francis Group, 2006, S. 46–62.
- Filipčuk, Irina: Rabota agitatorov s naseleniem v chode izbiratel'nyh kampanij 1940–1950-ch gg. (na primere Gor'kovskoj oblasti), in: Privolžskij naučnyj vestnik. Serija: Istorija. Istoričeskie nauki, Nr. 40, 2014, S. 102–104.
- Fitzpatrick, Sheila: "Social Parasites": How tramps, Idle Youth, and Busy Entrepreneurs Impeded the Soviet March to Communism, in: Cahiers du monde russe et soviétique, Nr. 47 (1–2), 2006, S. 377–408.
- Fitzpatrick, Sheila: Education and Social Mobility in the Soviet Union, 1921–1934, Cambridge: Cambridge University Press, 1979.
- Fitzpatrick, Sheila: Introduction, in: Sheila Fitzpatrick (Hrsg.), Stalinism: New Directions, London: Routledge, 1999, S. 1–14.
- Friedrich, Carl / Zbigniew Brzezinski: Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Harvard: Harvard University Press, 1965.
- Ganzenmüller, Jörg: Russische Staatsgewalt und polnischer Adler. Elitenintegration und Staatsausbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850), Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2013.
- Gavrilov, Dmitrij: Dvojnye standarty v ocenke vnutrennej politiki stran antigitlerovskoj koalicii v gody Vtoroj mirovoj vojny, in: Voenno-istoričeskij žurnal, Nr. 1, 2012, S. 3–9.

- Genina, Elena / Marina Koljazimova: Ideologičeskie kampanii v SSSR 1946–1953 gg., svjazannye s obrazom I. V. Stalina (po materialam Kemerovskoj oblasti), in: Vestnik Kemerovskogo gosudarstvennogo universiteta. Istorija i archeologija, Nr. 3, 2014, S. 145–150.
- Genina, Elena: Kampanija po bor'be s kosmopolitizmom v Tomskoj oblasti (konec 1940-ch – načalo 1950-ch gg.), in: Vestnik Tomskogo gosudarstvennogo universiteta, Nr. 437, 2008, S. 57–61.
- German, Arkadij / Igor' Pleve: Nemcy Povolž'ja: Kratkij istoričeskij očerk, Saratov: Izd-vo Sarat. universiteta, 2002.
- German, Arkadij: Die Deportation der Wolgadeutschen, in: Arkadij German / Ol'ga Silant'eva (Hrsg.), "Fortjagen muss man sie". Zeitzeugen und Forscher berichten über die Tragödie der Russlanddeutschen, Moskau: VDK-Medien, 2016, S. 7–127.
- German, Arkadij: O krajnich napravlenijach v istoriografii rossijskich nemcev: popytka analiza, in: Izv. Sarat. un-ta. Nov. ser. Ser. Istorija. Meždunarodnye otnošenija, Nr. 17, 2017, S. 52–58.
- German, Arkadij: Repressii kak neot'emlemyj èlement politiki bol'shevistskogo režima po otnošeniju k rossijskim nemcam, in: Irina Ščerbakova (Hrsg.), Nakazannyj narod. Repressii protiv rossijskich nemcev, Moskau: Zven'ja, 1999, S. 17–26.
- Getty, J. Arch: Origins of the Great Purges: The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1939, Cambridge: Cambridge University Press, 2008.
- Gučinova, Èl'za Bair: Pomnit' nel'zja zabyt'. Antropologija deportacionnoj travmy kalmykov, Stuttgart: Ibidem, 2005.
- Heinzen, James: A Campaign Spasm: Graft and the Limits of the „Campaign“ against Bribery after the Great Patriotic War, in: Juliane Fürst (Hrsg.), Late Stalinist Russia: Society Between Reconstruction and Reinvention, London, New York: Routledge Taylor & Francis Group, 2006, S. 123–142.

- Herdt, Viktor: Die Neuordnung des Sondersiedlungsregimes und das Derekt vom 26. November 1948, in: Alfred Eisfeld (Hrsg.), Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung. Die Jahre 1918 und 1941 bis 1948 in der Geschichte der Deutschen in Russland, Stuttgart: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, 2008, S. 204–222.
- Hirsh, Francine: Race without the Practice of Racial Politics, in: Slavic Review, Nr. 1, 2002, S. 30–43.
- Hoffmann, Joachim: Deutsche und Kalmyken 1942–1945, Freiburg: Rombach, 1974.
- Holquist, Peter: Information is the Alpha and Omega of Our Work: Bolshevik Surveillance in its Pan-European Perspective, in: Journal of Modern History, Nr. 3, 1997, S. 415–450.
- Holquist, Peter: Making War, Forging Revolution: Russia's Continuum of Crisis, 1914—1921, Cambridge, UK: Harvard University Press, 2002.
- Holquist, Peter: Violent Russia, Deadly Marxism: Russia in the Epoch of Violence, in: Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History, Nr. 3, 2003, S. 627–652.
- Hooper, Cynthia: A darker „Big Deal“: concealing party crimes in the post-Second World War era, in: Juliane Fürst (Hrsg.), Late Stalinist Russia: Society Between Reconstruction and Reinvention, London, New York: Routledge Taylor & Francis Group, 2006, S. 142–165.
- Ignatova, Nadežda: Osobennosti učeta čislennosti specpereselencev v Komi ASSR v 1930–1950-ye gody, in: Magistra Vitae: èlektronnyj žurnal po istoričeskim naukam i archeologii, Nr. 35, 2008, S. 42–52.
- Ignatova, Nadežda: Social'nyj i duchovnyj protest specpereselencev v 1930–1950-e gg. Na evropejskom severe: postanovka problem i interpretacija istočnikov, in: Vestnik Severnogo (Arktičeskogo) federal'nogo universiteta. Serija: Gumanitarnye i social'nye nauki, Nr. 1, 2006, S. 5–13.
- Ignatova, Nadežda: Specpereselency v Respublike Komi v 1930–1950-e gg., Syktyvkar: Ural'skoe otделение Rossijskoj akademii nauk, 2009.

- Ivanov, Aleksandr: „Iz“jat’, kak antisovetskij èlement“. Kalmyki v gosudarstvennoj politike (1943–1959), Moskau: Naučnyj sovet pri prezidiume RAN po problemam voennoj istorii, 2014a.
- Ivanov, Aleksandr: „Koncepcija marginalizacii“ i osmyslenie problem sredy specposelenija, in: Severnyj region: nauka, obrazovanie, kul’tura, Nr. 2, 2016a, S. 51–55.
- Ivanov, Aleksandr: Administrativnyj nadzor za specpereselencami-kalmikami (1944–1956 gody) v kontekste “politiki naselija”, in: Vestnik Čeljabinskogo gosudarstvennogo universiteta, Nr. 2, 2015a, S. 83–93.
- Ivanov, Aleksandr: Ierarchija specposelenija (1940–1950-e gg.), in: Vestnik Tomskogo gosudarstvennogo universiteta. Istorija, Nr. 51, 2018, S. 45–53.
- Ivanov, Aleksandr: Kalmyki v Zapadnoj Sibiri (1944–1956): osobennosti socializacii na specposelenie, in: Vestnik archeologii, antropologii i ètnografii, Nr. 2, 2011, S. 210–217.
- Ivanov, Aleksandr: Obrazovatel’naja sreda i ierarchičnost’ na specposelenie v Zapadnoj Sibiri (1940–1950-e gg.), in: Oriental Studies, Nr. 27, 2016b, S. 45–57.
- Ivanov, Aleksandr: Prokurorskij nadzor za sistemoj specposelenij (1945–1960 gg.), in: Sovetskoe gosudarstvo i obščestvo v period pozdnego stalinizma. 1945–1953 gg., Moskau: ROSSPÈN, 2014b, S. 698–706.
- Ivanov, Aleksandr: Stalinskaja politika v otnošenii “nakazannyh narodov” (1940–1950e gg.): genocid, assimiljacija, “politika naselenija”, in: Vestnik NVGU, Nr. 4, 2015b, S. 3–8.
- Ivanova, Galina: Istorija GULAGa. 1918–1958: Social’no-èkonomičeskij i politiko-pravovoj aspekty, Moskau: Nauka, 2008.
- Keep, John / Alter Litvin: Stalinism. Russian and Western views at the turn of the millennium, London, New York: Routledge, 2005.
- Kellmann, Klaus: Stalins langer Tod, in: Thomas Großbölting / Rüdiger Schmidt (Hrsg.), Der Tod des Diktators: Ereignis und Erinnerung im 20. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011, S. 95–115.

- Kimerling, Anna: „Kto portit bjuulleteni, tot v sojuze nedovol'nych”, in: Otečestvennye zapiski, Nr. 1, 2013, S. 326–334.
- Kimerling, Anna: Po tu storonu lozungov: praktiki prisposoblenija k političeskim kampanijam v 1945–1953 gg., in: Jörg Baberowski (Hrsg.), Sov. gosudarstvo i obščestvo v period pozdnego stalinizma. 1945–1953 gg., Moskau: ROSSPÈN, 2015, S. 136–147.
- Kimerling, Anna: Vybery v Verchovnyj Sovet SSSR 1946 goda v Molotovskoj oblasti kak primer mobilizacionnoj političeskoj kampanii, in: Vestnik Permskogo universiteta. Serija: Istorija, Nr. 4, 2016, S. 104–112.
- Kirillov, Viktor: Deutsche Sondersiedlungen im Ural, in: Arkadij German / Ol'ga Silant'eva (Hrsg.), „Auf ewig, ohne Recht auf Rückkehr“. Augenzeugen und Wissenschaftler über das Sondersiedlungsregime der Deutschen in der UdSSR: Sammelband mit wissenschaftlichen Aufsätzen und Erinnerungen., Moskau: IVDK-Medien, 2015, S. 33–59.
- Koljazimova, Marina: Ideologo-propagandistskaja kampanija, svjazannaja s podgotovkoj k vyboramv Verchovnyj Sovet SSSR 1946 (po materialam Kemerovskoj oblasti), in: Vestnik Kemerovskogo gosudarstvennogo universiteta. Serija: Istorija. Istoričeskie nauki, Nr. 4, 2013, S. 33–36.
- Konstantinov, Viacheslav: The Socio-economic Structure of the Jewish Population of the USSR from the 1960s to the 1980s, in: Jews in Eastern Europe, Nr. 3(43), 2000, S. 47–77.
- Korel', Ljudmila: Sociologija adaptacii. Voprosy teorii, metodologii i metodiki, Novosibirsk: Nauka, 2005.
- Kostjašov, Juri: Ideologičeskie kampanii perioda pozdnego stalinizma v kolchozach Kaliningradskoj oblasti: istorija povsednevnosti, in: Vestnik Baltijskogo federal'nogo universiteta Kanta, Nr. 12, 2012, S. 75–84.
- Kostyrčenko, Gennadij: Stalin protiv „kosmopolitov“: Vlast' i evrejskaja intelligencija v SSSR, Moskau: ROSSPÈN, 2010.
- Kotkin, Stephen: Modern Times: The Soviet Union and the Interwar Conjunction, in: Kritika, Nr. 2 (1), 2001, S. 111–164.

- Kozlov, Vladimir: Stalin umer!, in: Kramola. Inakomyslie v SSSR pri chruščeve i Brežneve 1953–1982 gg., hg. v. Vladimir Kozlov / Sergej Mironenko / Ol'ga Èdel'man, Moskau: Materik, 2005, S. 33–36.
- Krasil'nikov, Sergej (Hrsg.): Marginaly v sovetskom obščestve 1920–1930-ch gg.: istoriografija, istočniki, Novosibirsk: In-t istorii SO RAN, 2001.
- Krasil'nikov, Sergej / Aleksandr Šadt (Hrsg.): Marginaly v sovetskom obščestve: mehanizmy i praktiki statusnogo regulirovanija v 1930–1950-e gg., Novosibirsk: NGU, 2006.
- Krasil'nikov, Sergej / Aleksandr Šadt (Hrsg.): Marginaly v sovetskom obščestve: mehanizmy i praktiki statusnogo regulirovanija v 1930–1950-e gg., Novosibirsk: NGU, 2007.
- Krasil'nikov, Sergej / Aleksandr Šadt (Hrsg.): Marginaly v sovetskom sociume. 1930-e – seredina 1950-ch gg., Novosibirsk: In-t istorii SO RAN, 2010.
- Krasil'nikov, Sergej / Aleksandr Šadt (Hrsg.): Marginaly v sovetskom sociume. 1930-e – seredina 1950-ch godov, Novosibirsk: ROSSPÈN, 2017.
- Krasil'nikov, Sergej / Marina Salamatova / Svetlana Ušakova: Kornj i ščepki: Krest'janskaja sem'ja na specposelenie v Zapadnoj Sibiri (1930-e – načalo 1950-ch), Novosibirsk: Izdatel'skij dom Sova, 2008.
- Krasil'nikov, Sergej / Viktorija Sarnova: Sochranenie nacional'noj kul'tury i ètničnosti specpereselencami v Sibiri v 1930–1940-e gody, in: Sergej Krasil'nikov (Hrsg.), Nacional'no-kul'turnaja politika v Sibirskom regione v XX v., Novosibirsk: Novosib. gos. un-t, 2004, S. 197–217.
- Krasil'nikov, Sergej: Očranitel'nost' kak sistemnaja charakteristika stalinskogo režima: k voprosu o roli i funkcijach repressij v kvazisudebnoj forme, in: Znat', čtoby ne zabyt': totalitarnaja vlast' i narod v načale 20 – načale 50-ch godov XX veka., Ust'-Kaminogorsk: Vostočno-kazachstanskij gosudarstvennyj universitet im. S. Amanžolova, 2014, S. 248–257.
- Krasil'nikov, Sergej: Pis'mo v redakciju (o monografii L. P. Belkovec), in: Otečestvennaja istorija, Nr. 6, 2005, S. 198–200.

- Krasil'nikov, Sergej: Stalinskaja model' social'noj mobilizacii: nekotorye problemy izučenija, in: Vestnik NGU. Serija: istorija, filologija, Nr. 10, 2011, S. 40–46.
- Krieger, Viktor: Deportationen der Russlanddeutschen 1941–1945 und die Folgen, in: Alfred Eisfeld (Hrsg.), Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung. Die Jahre 1918 und 1941 bis 1948 in der Geschichte der Deutschen in Russland, Stuttgart: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, 2008, S. 106–122.
- Krieger, Viktor: Personen minderen Rechts: Rußlanddeutsche in den Jahren 1941–1946, in: Alfred Eisfeld (Hrsg.), Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung. Die Jahre 1918 und 1941 bis 1948 in der Geschichte der Deutschen in Russland, Stuttgart: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, 2003, S. 93–107.
- Kur'janovič, Aleksandr: Vybory v Verchovnyj Sovet SSSR 1937 g. kak legitimacija sovetskogo obščestvenno-političeskogo režima (na primere Belorusskoj SSSR), in: Vestnik Samarskogo universiteta. Istorija, pedagogika, filologija, Nr. 1, 2016, S. 46–53.
- Kuropatkin, Anton: Novye napravlenija v ideologičeskoj propagande v SSSR posle smerti I. V. Stalina, in: Izvestija Samarskogo naučnogo centra Rossijskoj akademii nauk, Nr. 3, 2011, S. 165–168.
- Kuropatkin, Anton: Novye vejanija v ideologičeskoj propagande SSSR v pervye meščjacy posle smerti Stalina (na materialach peredač sojuznogo veščanija), in: Aktual'nye problemy gumanitarnych i estestvennych nauk, Nr. 12, 2010, S. 99–101.
- Lejbovič, Oleg: V gorode M. Očerki social'noj povsednevnosti sovetskoj provincii, Moskau: ROSSPÈN, 2008.
- Lemon, Alaina: Without a “Concept”? Race as Discursive Practice, in: Slavic Review, Nr. 1, 2002, S. 54–61.
- Leng, Hermann-Otto: Die allgemeine Wahl im bolschewistischen Staat: Theorie. Praxis. Genesis, Meisenheim am Glan: Anton Hain, 1973.



- Lenoe, Matthew: *Closer to the Masses: Stalinist Culture, Social Revolution, and Soviet Newspapers*, Harvard: Harvard University Press, 2004a.
- Lenoe, Matthew: In Defense of Timasheff's Great Retreat, in: *Kritika*, Nr. 5 (4), 2004b, S. 721–730.
- Lewin, Moshe: *The Soviet Century*, London, New York: Verso, 2005.
- Lidžieva, Irina: *Osnovnye ètapy rehabilitacii repressirovannykh narodov: na materialakh Kalmykii*, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Astrachan': Astrachanskij gosudarstvennyj universitet, 2007.
- Lidžieva, Irina: Pravovoj status spenspereselencev v 40–50e gg. XX v., in: *Vestnik kalmyckogo instituta gumanitarnykh issledovanij RAN*, Nr. 3, 2013, S. 34–39.
- Linz, Juan: *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, Boulder: Lynne Rienner, 2000.
- Lysenko, Oleg: Gorod po-sovetski: intelligencija kak disciplinirujuščaja instancija poslevoennogo sovetskogo obščestva, in: *Sovetskoe gosudarstvo i obščestvo v period pozdnego stalinizma. 1945–1953 gg.*, Moskau: ROSSPÈN, 2015, S. 126–136.
- Maksimov, Konstantin: *Repressii protiv kalmyckogo naroda i ego rehabilitacija (1943–1950e gg.)*, in: Nina Očirova / Konstantin Maksimov (Hrsg.), *Istorija Kalmykii s drevnejšich vremen do našich dnejj*, 3 Bde., Èlista: Gegel', 2009, Bd. 2, S. 580–641.
- Maksimov, Konstantin: *Tragedija naroda: repressii v Kalmykii. 1918–1940e gg.*, Moskau: Nauka, 2004.
- Manning, Roberta: *Government in the Soviet countryside in the Stalinist thirties: The case of Belyi Raion in 1937: The Carl Beck papers in Russian and East European studies*, Pittsburgh: Russian and East European Studies Program, University of Pittsburgh, 1984.
- Martin, Terry: *Modernization or Neo-Traditionalism? Ascribed Nationality and Soviet Primordialism*, in: David Hoffmann (Hrsg.), *Russian Modernity*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2000, S. 161–184.

- Martin, Terry: *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939*, New York: Cornell University Press, 2001.
- Martin, Terry: *The Origins of Soviet Ethnic Cleansing*, in: *The Journal of Modern History*, Nr. 4, 1998, S. 813–861.
- Meduševskij, Andrej: *Pravo i revoljucija: Vklad sovjetskoj legitimnosti v postsovjetskuju konstitucionnuju transformaciju*, in: *Pravo: istorija i sovremenost'*, Nr. 1, 2018, S. 49–60.
- Meduševskij, Andrej: *Stalinizm kak model' social'nogo konstruirovanija: K zaveršeniju naučno-izdatel'skogo proekta*, in: *Vestnik Evropy*, Nr. 30, 2011, S. 3–29.
- Medvedev, Roy: *Let History Judge: the Origins and Consequences of Stalinism*, New York: Columbia University Press, 1989.
- Meyer, Alfred: *The Soviet Political System: An Interpretation*, New York: Penguin Random House, 1965.
- Mick, Christoph: *Die Ethnisierung des Stalinismus. Zur Wirksamkeit ethnischer Kategorien bei der Sowjetisierung der Westukraine 1944–1948*, in: Jörg Baberowski (Hrsg.), *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006, S. 145–174.
- Moškin, Viktor: *Krest'janskaja ssylka na Ob'-Irtyškij Sever (1930–1933 gg.)*, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Tobol'sk: Nižneartovskij gosudarstvennyj gumanitarnyj universitet, 2008.
- Motrevič, Vladimir: *Vybory v Verchovnyj Sovet SSSR 1946 g.*, in: *Dokument. Archiv. Istorija. Sovremennost'*, Nr. 10, 2009, S. 372–381.
- Naimark, Norman: *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Harvard: Harvard University Press, 2001.
- Naimark, Norman: *Stalin's Genocides*, Princeton, New-York: Princeton University Press, 2010.
- Nekrich, Aleksandr: *The punished people. The Deportation and Fate of Soviet Minorities of the End the second World War*, New York: W. W. Norton & Company, 1978.

- Okladnikov, Aleksej (Hrsg.): Istorija Sibiri s drevnejšich vremen do našich dnejj, 5 Bde., Leningrad: Nauka, 1969, Bd. 5.
- Parsons, Talcott: *The System of Modern Societies*, New Jersey: Prentice-Hall, 1971.
- Pavlova, Irina: 1937: vybory kak mistifikacija, terror kak real'nost', in: *Voprosy istorii*, Nr. 10, 2003, S. 19–37.
- Pavlova, Irina: *Mechanizm vlasti i stroitel'stvo stalinskogo socializma*, Novosibirsk: Izdatel'stvo SO RAN, 2001.
- Pavlova, Irina: *Sovremennye zapadnye istoriki o stalinskoj Rossii 30-ch godov (kritika revizionistskogo podchoda)*, in: *Otečestvennaja istorija*, Nr. 5, 1998, S. 107–121.
- Pennar, Jean / Ivan Bakalo / George Bereday: *Modernization and diversity in Soviet Education*, New York: Praeger publishers, 1971.
- Pichoja, Rudolf: *Sovetskij Sojuz: istorija vlasti*, Moskau, Berlin: Direkt-Media, 2019.
- Pinkus, Benjamin / Ingeborg Fleischhauer: *Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1987.
- Pinkus, Benjamin: *Die Deutschen in der Sowjetunion beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, in: Johann Kampen / Hans Kampen (Hrsg.), *Heimatbuch der Deutschen aus Russland*, Stuttgart: LmDR e.V., 1973, S. 9–20.
- Plaggenborg, Stefan: *Schweigen ist Gold: Die Moderntheorie und der Kommunismus*, in: *Osteuropa*, Nr. 63 (5–6), 2013, S. 67–78.
- Pohl, Otto: *Ethnic Cleansing in the USSR, 1937–1949*, London: Greenwood Press, 1999.
- Pohl, Otto: *Stalin's Genocide against the „Repressed Peoples“*, in: *Journal of Genocide Research*, Nr. 2, 2000, S. 267–293.
- Poljan, Pavel / Olga Gleser: *Ethnische Deportationen im Raum der ehemaligen UdSSR*, in: *Geographica Slovenica. Geografija in narodnosti. Geography*

- and Ethnicity. Institute of Geography of the University of Ljubljana, Nr. 24, 1992, S. 139–152.
- Poljan, Pavel: Deportacii i ètničnost', in: Stalinskie deportacii. 1928–1953, in: Aleksandr Jakovlev (Hrsg.), Stalinskie deportacii. 1928–1953, Moskau: Materik, 2005, S. 5–19.
- Poljan, Pavel: Deportacija sovetskich nemcev v 1941–1943 gg. kak krupnejšaja deportacionnaja kampanija, in: Meždunarodnye issledovanija, Nr. 2, 2010, S. 77–99.
- Poljan, Pavel: Ethnische Deportation im Raum der ehemaligen Sowjetunion, in: Robert Streibel (Hrsg.), Flucht und Vertreibung: zwischen Aufrechnung und Verdrängung, Wien: Picus-Verlag, 1994, S. 227–236.
- Poljan, Pavel: Nasil'stvennyye migracii v byvšem SSSR, in: Žanna Zajončkovskaja (Hrsg.), Migracionnaja situacija v stranach SNG, Moskau: Kompleks-Progress, 1999, S. 265–276.
- Poljan, Pavel: Ne po svoej vole... Istorija i geografija prinuditel'nyh migracij v SSSR, Moskau: Memorial, 2001.
- Privalova, Marija: Sovetskie nemcy-repatrianty v nacional'noj politike SSSR v 1940-e – 1970-e gg., Dissertation, Geschichtswissenschaft, Saratov: Saratovskij gosudarstvennyj universitet, 2008.
- Rebitschek, Immo: Die disziplinierte Diktatur: Stalinismus und Justiz in der sowjetischen Provinz, 1938 bis 1956, Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag, 2018.
- Reimann, Max: N. S. Khrushchev i povорот 1953 g., in: Voprosy istorii, Nr. 12, 1997, S. 165–168.
- Rieber, Alfred: Stalin, Man of the Borderlands, in: The American Historical Review, Nr. 106 (5), 2001, S. 1651–1691.
- Riekstin's, Janis: Načalo stalinskich repressij v Latvii, in: Daugava, Nr. 1, 1992, S. 139–146.

- Roemich, Heinrich: Die Tragödie der deutschen Volksgruppe in Russland, in: Johann Kampen / Hans Kampen (Hrsg.), Heimatbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart: LmDR e.V., 1958, S. 7–21.
- Rolf, Malte: Das sowjetische Massenfest, Hamburg: Hamburger Edition, 2006.
- Rossmann, Jeffrey: Commentary on Stalin's Genocides. *Journal of Cold War Studies*, in: *Journal of Cold War Studies*, Nr. 14 (3), 2012, S. 179–183.
- Rubenstein, Joshua: *The Last Days of Stalin*, New Haven, London: Yale University Press, 2016.
- Šadt, Aleksandr: Die Russlanddeutschen in den Sondersiedlungen Sibiriens, in: Arkadij German (Hrsg.), *Auf ewig, ohne Recht auf Rückkehr*, Moskau: MSNK-press, 2015, S. 58–85.
- Šadt, Aleksandr: Ètničeskaja sšylka kak instrument sovetskoj nacional'noj politiki (1940–1950-e gg.), in: *Ural i Sibir' v stalinskoj politike*, Novosibirsk: Sibirskij chronograf, 2002, S. 224–248.
- Šadt, Aleksandr: Ètničeskaja sšylka sovetskich nemcev, in: Sergej Krasil'nikov / Aleksandr Šadt (Hrsg.), *Marginaly v sovetskom sociume. 1930-e – seredina 1950-ch gg.*, Novosibirsk: Institut istorii SO RAN, 2010, S. 335–416.
- Šadt, Aleksandr: Normativno-pravovaja baza ètničeskoj sšylki (reglamentacija politiko-pravovogo statusa rossijskich nemcev) (1940–1950-e gg.), in: *Marginaly v sovetskom obščestve: mehanizmy i praktika statusnogo regulirovanija v 1930–1950-e gody*, Novosibirsk: Izd-vo NGU, 2006, S. 72–102.
- Šadt, Aleksandr: Pravovoj status rossijskich nemcev v SSSR (1940-e – 1950-e gg.), in: *Nemcy SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny i v pervoe poslevoennoe desjatiletie, 1941–1955 gg.: materialy 7-i meždunarodnoj naučnoj konferencii*, Moskau: Gotika, 2001, S. 287–312.
- Sarnova, Viktorija: *Prinuditel'nye migracii naselenija SSSR v Zapadnuju Sibir' v period Vtoroj mirovoj vojny*, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Novosibirsk: Tomskij gosudarstvennyj universitet, 2005.

- Schlögel, Karl: *Terror und Traum: Moskau 1937*, München: Carl Hanser Verlag, 2008.
- Scott, James: *The Moral Economy of the Peasant: Rebellion and Subsistence in Southeast Asia*, New Haven: Yale University Press, 1977.
- Shternshis, Anna: *When Sonia Met Boris: an Oral History of Jewish Life under Stalin*, New York: Oxford University Press, 2017.
- Sinicyn, Fedor: *Iniciativnaja grupa byvšich rukovodjaščich rabotnikov Kalmyckoj ASSR i ee usilija po osvoboždeniju kalmyckogo naroda iz specposelenija (1944–1956)*, in: *Rossijskaja istorija*, Nr. 2, 2001, S. 125–141.
- Sinicyn, Fedor: *Sovetskaja nacija i vojna. Nacional'nyj vopros v SSSR. 1933–1945*, Moskau: Centrpoligraf, 2018.
- Slezkine, Yuri: *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: *Slavic Review*, Nr. 2, 1994, S. 414–452.
- Smirnova, Tat'jana: *Nemcy Sibiri: ètničeskie processy*, Omsk: ITS „RUSINKO“, 2002.
- Smith, Jeremy: *Red Nations: The Nationalities Experience in and after the USSR*, Cambridge: Cambridge University Press, 2013.
- Solomon, Peter: *Soviet Criminal Justice under Stalin*, Cambridge: Cambridge University Press, 1996.
- Sorokin, Pitirim: *Social Mobility*, New York: Routledge, 1927.
- Starostin, Sergej: *Struktura i funkcii administracii specpereselenčeskich poselkov Vologodskoj oblasti v 1930–1956 gody*, in: *Istoričeskoe kraevedenie i arhivy*, Nr. 9, 2003, S. 109–125.
- Statiev, Alexander: *Motivations and Goals of Soviet Deportations in the Western Borderlands*, in: *Journal of Strategic Studies*, Nr. 28 (6), 2005, S. 977–1003.
- Statiev, Alexander: *Soviet Ethnic Deportations: Intent Versus Outcome*, in: *Journal of Genocide Research*, Nr. 11 (2/3), 2009, S. 243–264.

- Stumpp, Karl: Die heutigen Wohngebiete und berufliche Aufgliederung der Deutschen in der Sowjetunion, in: Johann Kampen / Hans Kampen (Hrsg.), Heimatbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart: LmDR e.V., 1959, S. 5–15.
- Teich, Gerhard: Die Rußlanddeutsche Bevölkerungsbewegung in Kriegs und Nachkriegszeit (1941–1950), in: Johann Kampen / Hans Kampen (Hrsg.), Heimatbuch der Deutschen aus Russland, Stuttgart: LmDR e.V., 1958, S. 82–94.
- Ubušaev, Vladimir / Konstantin Ubušaev: Kalmyki: vyselenie, vozvraščenie, vozroždenie. 1943–1959, Èlista: Kalmyckij gosudarstvennyj universitet, 2007.
- Ubušaev, Vladimir: Kalmyki: Vyselenie i vozvraščenie, 1943–1957, Èlista: Sannan, 1991.
- Ulam, Adam B.: Stalin. The Man and his Era, Boston: Beacon Press, 1989.
- Ušakova, Svetlana: Ideologo-propagandistskie kampanii kak sposob social'noj mobilizacii sovetskogo obščestva v konce 1920-ch – načale 1940-ch gg.: Na materialach Zapadnoj Sibiri, Dissertation, Geschichtswissenschaft, Novosibirsk: Novosibirskij gosudarstvennyj universitet, 2001.
- Ušakova, Svetlana: Social'naja mobilizacija kak sistemnaja charakteristika sovetskogo obščestva, in: Aleksej Kirillov (Hrsg.), Istoričeskie issledovanija v Sibiri: problemy i perspektiv Sb. materialov I regional'noj molodežnoj nauč. konf., Novosibirsk: Institut istorii SO RAN, 2008, S. 205–212.
- Varju, Peep: Deportation of Estonian Children: 14th Juni 1941 – Both genocide and war-crime, in: The International Journal of Evacuee and War Child Studies, Nr. 9, 2012, S. 87–99.
- Vavulinskaja, Ljudmila: Dejatel'nost' organov NKVD (MVD) po obespečeniju režima specposelenija (na materialach Karelo-Finskoj SSR, seredina 1940-ch – seredina 1950-ch gg.), in: Voprosy istorii i kul'tury severnych stran i territorij, Nr. 4, 2001, S. 79–91.

- Vavulinskaja, Ljudmila: Pobegi specpereselencev kak forma social'nogo protesta (na materialach Karelo-Finskoj SSR, seredina 1940-ch – seredina 1950-ch gg., in: Vestnik Karel'skogo filiala RANChiGS. Sb. nauč. statej., Petrozavodsk: Karel'skij filial RANChiGS, 2012, S. 201–211.
- Vavulinskaja, Ljudmila: Specpereselency – marginaly v social'noj strukture sovjetskogo obščestva (na materialach Karelii poslevoennogo desjatiletija), in: Trudy Karel'skogo naučnogo centra Rossijskoj akademii nauk, Nr. 6, 2011, S. 106–113.
- Vavulinskaja, Ljudmila: Specpereselency i inostrannye voennoplennye v Karelii v seredine 1940-ch – seredine 1950-ch gg., Petrozavodsk: Karel'skij naučnyj centr RAN, 2013.
- Viola, Lynne: *The Best Sons of the Fatherland: Workers in the Vanguard of Soviet Collectivization*, Oxford: Oxford University Press, 1989.
- Viola, Lynne: *The Unknown Gulag: The Lost World of Stalin's Special Settlements*, Oxford: Oxford University Press, 2007.
- Vol'chin, Aleksandr / Vladimir Motrevič: Dejatel'nost' organov NKVD po presečeniju pobegov specpereselencev s territorii Urala i Sibiri v gody Velikoj Otečestvennoj vojny, in: Istorija repressij na Urale: ideologija, politika, praktika (1917 – 1980-e gody), Nižnij Tagil: NTGPI, 1997, S. 145–155.
- Vol'chin, Aleksandr: Rol' organov gosbezopasnosti v realizacii specposelenčeskoj politiki Sovetskogo gosudarstva v 1930–40-ch gg. (na materialach Urala i Sibiri), in: Ural v prošlom i nastojaščem, Nr. 1, 1998, S. 401–403.
- Vol'chin, Aleksandr: Vyyavleniye i rozysk organami gosbezopasnosti Urala i Sibiri izmennikov rodiny, predately i posobnikov nemetskikh okkupan-  
tov v gody Velikoy Otečestvennoj vojny, in: Ural v strategii Vtoroj mirovoj vojny: materialy Vseros. nauč. konf., Ekaterinburg: Institut istorii i archeologii, 2000, S. 199–205.



- Voslensky, Michael: Nomenklatura: Gospodstvujuščij klass Sovetskogo Sojuza, 2005, [online] <https://www.litmir.me/br/?b=101493>.
- Weiner, Amir: Landscaping the Human Garden: Twentieth-Century Population Management in Comparative Perspective, Stanford: Stanford University Press, 2003.
- Weiner, Amir: Making Sense of the War: The Second World War and the Fate of the Bolshevik Revolution, Princeton: Princeton University Press, 2001.
- Weiner, Amir: Nature, Nurture, and Memory in a Socialist Utopia: Delineating the Soviet Socio-Ethnic Body in the Age of Socialism, in: The American Historical Review, Nr. 4 (104), 1999, S. 1114–1155.
- Weiner, Amir: Nothing but Certainty, in: Slavic Review, Nr. 1, 2002, S. 44–53.
- Weitz, Eric: Racial Politics without the Concept of Race: Reevaluating Soviet Ethnic and National Purges, in: Slavic Review, Nr. 1, 2002, S. 1–29.
- Werth, Nicolas: Terror i besporyadok: Stalinizm kak sistema, Moskau: ROSSPEN, 2010.
- Zagorodnjuk, Nadežda: Školy dlja specpereselencev (30–50 gg.), in: Istoričeskij opyt obrazovanija Tjumenskogo kraja: materialy obl. nauč. konf., Tobol'sk: [B. i.], 1992, S. 78–80.
- Zberovskaja, Elena: Specposelency v Sibiri (1940–1950-e), Krasnojarsk: Krasnojarskij gosudarstvennyj universitet, 2010.
- Zdravomyslova, Elena / Anna Temkina: Sovetskij ètakratičeskij gendernyj porjadok, in: Natal'ja Puškarevoj (Hrsg.), Social'naja istorija. Ežegodnik. Ženskaja i gendernaja istorija, Moskau: ROSSPEN, 2003, S. 436–464.
- Zemskov, Viktor: „Kulackaja ssylka“ nakanune i v gody Velikoj Otečestvennoj vojny, in: Sociologičeskie issledovanija, Nr. 2, 1992a, S. 3–26.
- Zemskov, Viktor: Gulag (istoriko-sociologičeskij aspekt), in: Sociologičeskie issledovanija, Nr. 7, 1991a, S. 3–17.
- Zemskov, Viktor: K voprosu o repatriacii sovetskich graždan: 1944–1951, in: Istorija SSSR, Nr. 4, 1990a, S. 26–41.

- Zemskov, Viktor: Massovoye osvobozhdeniye spetsposelentsev i ssyl'nykh (1954–1960 gg.), in: Sotsiologicheskiye issledovaniya, Nr. 1, 1991b, S. 5–26.
- Zemskov, Viktor: Specposelency v SSSR, 1930—1960, Moskau: Nauka, 2005.
- Zemskov, Viktor: Specposelency: po dokumentacii NKVD-MVD SSSR, in: Sociologičeskie issledovaniya, Nr. 11, 1990b, S. 3–17.
- Zemskov, Viktor: Sud'ba „kulackoj ssylki“ v poslevoennoe vremya, in: Sociologičeskie issledovaniya, Nr. 8, 1992b, S. 18–37.
- Zemskov, Viktor: Zaključennyye, specposelency, ssyl'noposelency, ssyl'nye i vyslannyye: statistiko-geografičeskij aspekt, in: Istorija SSSR, Nr. 5, 1991c, S. 151–155.
- Zezina, Marina: Šokovaja terapija ot 1953-go k 1956 godu, in: Otečestvennaja istorija, Nr. 2, 1996, S. 121–135.
- Zubkova, Elena: Na “kraju” sovetskogo obščestva. Marginal'nye gruppy nasele-nija i gosudarstvennaja politika. 1940–1960e gody, in: Rossijskaja istorija, Nr. 5, 2009, S. 101–118.
- Zubkova, Elena: Obščestvo i reformy. 1945–1964, Moskau: AJRO, 1993.
- Zubkova, Elena: Poslevoennoe sovetskoe obščestvo: politika i povsednevnoš'. 1945–1953, Moskau: ROSSPÈN, 1999.
- Žukov, Jurij: Bor'ba za vlast' v partijno-gosudarstvennyh verchach SSSR ves-noj 1953, in: Voprosy istorii, Nr. 5–6, 1996, S. 89–104.

## **Ehrenwörtliche Erklärung**

Hiermit erkläre ich, dass mir die geltende Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena bekannt ist und dass ich die vorgelegte Dissertation selbst angefertigt, keine Textabschnitte eines anderen Autors oder eigener Prüfungsarbeiten ohne Kennzeichnung übernommen und alle von mir benutzen Hilfsmittel und Quellen in meiner Arbeit angegeben habe.

Bei der Auswahl und Auswertung des Materials sowie bei der Herstellung des Manuskriptes haben mich keine anderen Personen unterstützt; die Hilfe eines Promotionsberaters habe ich nicht in Anspruch genommen und Dritte haben weder unmittelbar noch mittelbar geldwerte Leistungen von mir für die Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen.

Des Weiteren erkläre ich, dass die Dissertation noch nicht als Prüfungsarbeit für eine wissenschaftliche Prüfung eingereicht habe; auch habe ich keine gleiche, eine in wesentlichen Teilen ähnliche oder eine andere Abhandlung bei einer anderen Hochschule als Dissertation eingereicht.

## **Statement on honour**

I hereby declare that I am aware of the applicable doctoral regulations of the Faculty of Arts at the Friedrich Schiller University of Jena and that I have completed the submitted dissertation myself, that I have not included text sections from another author or my own examination theses without marking them and that I have indicated all resources and sources used by me in my dissertation.

No other individuals have assisted me in the selection and evaluation of the material or in the preparation of the manuscript; I have not enlisted the help of a doctoral consultant and third parties have not received any direct or indirect monetary benefits from me for work relating to the submitted dissertation.

Furthermore, I declare that I have not submitted this doctoral thesis as an academic examination paper elsewhere; nor have I submitted an identical or substantially similar thesis to another university as a doctoral dissertation.

Ort, Datum

Unterschrift